

Arbeitspapier 25

Kriminalprävention in städtischen Siedlungen

Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit im Wohnumfeld für den Transfer in die Wohnungswirtschaft und in das kommunale Management

– am Beispiel von Rheindorf-Nord in Leverkusen

Herbert Schubert

Katja Veil

Das Forschungsprojekt „Sicherheit in städtischen Siedlungen“ wurde in den Jahren 2004 bis 2006 gefördert vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technik des Landes Nordrhein-Westfalen (Programm "Transferorientierte Forschung an Fachhochschulen in NRW / TRAFÖ") sowie von der Wohnungsbaugesellschaft Leverkusen GmbH (WGL), von der Wilhelm-Sander-Stiftung, von der Baywoqe GmbH und der GAGFAH Immobilien GmbH. Weitere Kooperationspartner waren die Stadt Leverkusen und die Polizei Leverkusen. Die Projektleitung hatte Prof. Dr. Herbert Schubert; an der Durchführung war Frau Dipl.-Geographin Sabine Kaldun beteiligt.

Wissenschaftliche Bearbeitung des Abschlussberichts:

Herbert Schubert, Prof. Dr. phil. Dr. rer. hort. habil.

Katja Veil, Dipl.-Ing.



Fachhochschule Köln

Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Institut für angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS)

Forschungsschwerpunkt „Sozial Raum Management“

Mainzer Straße 5

50678 Köln

<http://www.sozial-raum-management.de>

<http://www.f01.fh-koeln.de>

Juni 2007

Hinweis:

Auf die weibliche Schreibweise „Innen“ wurde im Allgemeinen verzichtet, um eine gute Lesbarkeit des Textes gewährleisten zu können. Männer und Frauen sind gleichermaßen angesprochen.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	vi
Tabellenverzeichnis.....	vi
1 Beschreibung des Forschungsvorhabens	1
1.1 Ziel der Studie und Vorgehensweise	1
1.1.1 Hintergrund der Untersuchung.....	1
1.1.2 Überblick über die Untersuchung	1
1.1.3 Kooperationspartner im Forschungsprojekt.....	2
1.2 Stadt als sicherer Raum – Zur Diskussion um eine ‚städtebauliche Kriminalprävention‘	2
1.2.1 Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial	2
1.2.2 Sicherheit als Gestaltungsprinzip der europäischen Stadt	3
1.2.3 Ansätze der Kriminalprävention im stadträumlichen Kontext	5
1.2.4 Das ISIS Modell als ein integrierender Mehrebenenansatz	6
1.2.5 Gestaltungsmuster und Umsetzungskonzepte	8
1.3 Vorgehensweise und methodische Schritte.....	12
1.3.1 Interdisziplinäres Forschungskonzept durch integrierte Handlungsperspektive	12
1.3.2 Ausgangssituation städtebaulicher Kriminalprävention	13
1.3.3 Kernaufgaben des Forschungsprojekts.....	13
1.3.4 Städtebauliches Sicherheitsaudit	14
1.3.5 Quantitative Analysen.....	15
1.3.6 Städtebauliche Analyse	16
1.3.7 Schriftliche Bewohnerbefragung.....	16
1.3.8 Ortsbegehungen mit Bewohnern aus Rheindorf-Nord.....	17
1.3.9 Expertengespräche	19
1.3.10 Ergebnisse studentische Untersuchungen	20
1.4 Ableitung von Handlungsempfehlungen	20
1.4.1 Städtebaulicher Planungsworkshop	20
1.4.2 Planungsworkshop soziale Arbeit	20
1.4.3 Aufbau des Berichts	21
2 Städtebauliche und soziale Situation in Rheindorf-Nord	22
2.1 Beschreibung des Stadtteils Rheindorf-Nord	22
2.1.1 Entstehungszeitraum der Siedlung 1959-1973.....	22
2.1.2 Gebäude- und Wohnungsbestand	24
2.1.3 Soziale Infrastruktur	27
2.1.4 Stadtentwicklung.....	27
2.2 Situation der Einwohner und Einwohnerentwicklung.....	28
2.2.1 Statistische Unterschiede in den Quartieren von Rheindorf	28
2.2.2 Einwohnerzahl	28
2.2.3 Haushaltsgröße.....	29
2.2.4 Altersstruktur	30
2.2.5 Bewohner mit Migrationshintergrund	31
2.2.6 Sonderauswertung: Erste Wohnorte von Spätaussiedlern in Leverkusen	32
2.2.7 Religion und Konfessionen	34
2.2.8 Arbeitslosigkeit	34
2.2.9 Schulische Bildung	35
2.2.10 Zusammenfassung der Sozialberichterstattung.....	36
2.3 Wohnungsmarktentwicklung.....	37
2.3.1 Lokaler Wohnungsmarkt und Mieterstruktur	37

2.3.2	Wohnungsnachfrage	38
2.3.3	Rheindorf-Nord aus Sicht der Wohnungsunternehmen	39
2.3.4	Wohnraummanagement der Wohnungsunternehmen.....	40
2.3.5	Themen aus Sicht der Wohnungsunternehmen im TRAFÖ- Forschungsprojekt	42
2.3.6	Städtebauliche und wohnungsbauliche Kriminalprävention	42
2.4	<i>Analyse der Baustruktur in Rheindorf-Nord</i>	43
2.4.1	Erscheinungsbild der Wohngebäude	44
2.4.2	Grün- und Freiraum	44
2.4.3	Spiel- und Bolzplätze.....	45
2.4.4	Die Verkehrserschließung	45
2.4.5	Fuß- und Radwege.....	45
2.4.6	Öffentlicher und privater Parkraum	46
2.4.7	Orientierung.....	46
2.4.8	Versorgung Einzelhandel	47
2.4.9	Königsberger Platz	47
3	<i>Sicherheitsanalyse</i>	48
3.1	<i>Polizei und öffentliche Ordnung</i>	48
3.1.1	Polizeiliche Daten	48
3.1.2	Verteilung der Tatorte	48
3.1.3	Auswertung der Polizeieinsätze nach Einsatzdaten im Jahr 2003.....	49
3.1.4	Tatverdächtige in Rheindorf-Nord.....	50
3.1.5	Wohnorte der Tatverdächtigen	50
3.1.6	Fazit.....	51
3.2	<i>Bewohnerbefragung in Rheindorf-Nord</i>	52
3.2.1	Profil der Befragten	52
3.2.2	Positive und negative Aspekte von Rheindorf-Nord	52
3.2.3	Erfassung von Straftaten und Sicherheitseinschätzung.....	55
3.2.4	Subjektive Sicherheit	55
3.2.5	Bewertung des Wohnumfelds und des Vermieters	60
3.2.6	Nachbarschaft und soziale Kontakte	61
3.2.7	Soziale Kontrolle durch die Polizei.....	62
3.2.8	Verbesserungsvorschläge der Befragten	63
3.3	<i>Ergebnisse der Begehungen im Rahmen des Sicherheitsaudits in Rheindorf-Nord</i>	65
3.3.1	Durchführung des Audits	65
3.3.2	Park I am Königsberger Platz	66
3.3.3	Königsberger Platz, Rheindorf-Nord	68
3.3.4	Park II (Festplatz).....	70
3.3.5	Bushaltestelle Endstation / Elbestraße	71
3.3.6	Scheibenhochhaus an der Okerstraße 30	73
3.3.7	Punkthochhäuser an der Baumberger Straße	74
3.4	<i>Ergebnisse der studentischen Untersuchungen</i>	75
3.4.1	„Ausländerkriminalität“ – Delinquenz und Devianz türkischstämmiger Jugendlicher und Heranwachsender in Rheindorf-Nord (Autorin: Jessica Ladoé)	75
3.4.2	Junge russlanddeutsche Heranwachsende im Sozialraum – Untersuchung in Leverkusen, Rheindorf-Nord (Autorin: Maria Merten)	76
3.4.3	Cliquenportrait von Jugendlichen in Rheindorf-Nord (Autorin: Martina Wellemsen)	77
4	<i>Vorbereitung eines Handlungskonzepts</i>	80
4.1	<i>Zusammenfassung der Sicherheitssituation</i>	80

4.1.1	Objektive und subjektive Sicherheit.....	80
4.1.2	Sicherheit in öffentlichen Räumen.....	80
4.1.3	Sicherheit in den Wohnhäusern.....	81
4.2	<i>Ableitung von Handlungsansätzen aus dem Sicherheitsaudit</i>	82
4.2.1	Städtebaulicher Veränderungsbedarf zur Erhöhung der Sicherheit.....	82
4.2.2	Veränderungsbedarf der Gebäude zur Erhöhung der Sicherheit	85
4.2.3	Soziale Kontrolle und Polizei	86
4.2.4	Erkenntnisse aus den sozialpädagogischen Arbeiten	87
4.2.5	Netzwerke und Kooperation im Quartier	87
4.3	<i>Städtebauliche Planungswerkstatt</i>	89
4.3.1	Ausgewählte Bestände und Aufgabenfelder	90
4.3.2	Ergebnisse der Planungswerkstatt Zeilenhäuser Unstrut- und Zschopaustraße.....	90
4.3.3	Ergebnisse der Planungswerkstatt Scheibenhochhaus Okerstraße 30a/b,..	92
4.3.4	Freiraumkonzept.....	96
4.3.5	Stadteilentwicklung	97
4.4	<i>Workshop "Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord"</i>	99
4.4.1	Arbeitsgruppe „Akteure Soziales/Kirche/Polizei“	100
4.4.2	Arbeitsgruppe „Wohnungswirtschaft und Stadtplanung“	102
4.4.3	Entwicklung von integrierten Handlungsansätzen	105
5	<i>Schlussbetrachtung</i>	109
5.1	<i>Perspektiven der Methode "städtebauliches Sicherheitsaudit"</i>	109
5.2	<i>Die Auditmethode aus wissenschaftlicher Perspektive</i>	109
6	<i>Quellenverzeichnis</i>	112
7	<i>Appendix: Erhebungsinstrumente</i>	119

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Luftbild Leverkusen Rheindorf-Nord. Quelle: Stadt Leverkusen.....	23
Abbildung 2-2: Prozentualer Anteil der Wohnungsbestände der vier Wohnungsunternehmen in Rheindorf-Nord.....	25
Abbildung 2-3: Vergleich der Bevölkerungsanteile zwischen 45 bis unter 60 Jahren und über 60 Jahre in Rheindorf-Nord, Rheindorf und Leverkusen	30
Abbildung 2-4: Anteil der Bevölkerung in Rheindorf und Leverkusen unter 18 Jahren nach Nationalität	31
Abbildung 2-5: Vergleich der Übergänge in weiterführende Schulen von Grundschulern in Rheindorf-Nord	36
Abbildung 3-1: Wie gern leben Sie in Rheindorf-Nord?	53
Abbildung 3-2: Gibt es Orte oder Plätze in Rheindorf-Nord, die Sie meiden, weil Sie sich dort unwohl oder sicher fühlen?	56
Abbildung 3-3: Haben Sie nachts (draußen) alleine in Rheindorf-Nord Angst, Opfer einer Straftat zu werden?	57
Abbildung 3-4: Gründe für Unsicherheit im öffentlichen Raum.....	58
Abbildung 3-5: Wie ist Ihr Kontakt zu Ihren Nachbarn im Haus?.....	62
Abbildung 4-1: Städtebauliche Planungswerkstadt, Foto: eigene Quelle	89
Abbildung 4-2: Zeilenhäuser Unstrut- und Zschopaustraße, Foto: eigene Quelle	90
Abbildung 4-3: Scheibenhochhaus Okerstraße 30a/b; Foto: eigene Quelle	92
Abbildung 4-4: Workshop 'Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord', Foto: eigene Quelle.....	99

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1-1: ISIS-Modell der präventiven Stadtgestaltung	7
Tabelle 2-1: Gebäude mit Wohnungen in Rheindorf-Nord am 31.12.2002	24
Tabelle 2-2: Wohnungen in Gebäuden in Rheindorf-Nord am 31.12.2002.....	24
Tabelle 2-3: Deutsche und ausländische Bevölkerung in den Quartieren am 31. Dezember 2003.....	29
Tabelle 2-4: Anteil Bevölkerung in Rheindorf-Nord und in Leverkusen nach Altersgruppen	30
Tabelle 2-5: Ausgewählte Herkunftsländer der Migranten in Rheindorf-Nord und in Leverkusen 2002	31
Tabelle 2-6: Verteilung der heutigen Wohnstandorte der Spätaussiedler nach Stadtteilen (Stand 31.07.2005)	33
Tabelle 2-7: Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe in Leverkusen und Rheindorf im Vergleich (2002).....	34
Tabelle 3-3-1 Anzahl der Delikte nach Straßen und Jahren in ausgewählten Straßen Rheindorf-Nord (1999-2003).....	48
Tabelle 3-2: Gewichtung der Polizeieinsätze nach Schwere der Taten	50
Tabelle 3-3: Wohnsitze von Tatverdächtigen/Anzahl von Delikten nach Straßen im Zeitraum 1999-2003.....	51
Tabelle 3-4: Was gefällt Ihnen in Rheindorf-Nord?.....	53
Tabelle 3-5: Was gefällt Ihnen in Rheindorf-Nord nicht?.....	54
Tabelle 3-6: Am häufigsten genannte "größte Probleme" von Rheindorf-Nord:.....	54
Tabelle 3-7: Wo hat sich die Straftat ereignet?	55
Tabelle 3-8: Orte und Plätze an denen Sie Angst haben oder sich unsicher fühlen?	58
Tabelle 3-9: Meistgenannte Unsicherheitsfaktoren im Wohnhaus.....	59
Tabelle 3-10: Auswertung Frage: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld.....	60
Tabelle 3-11: Am häufigsten genannte Orte, an denen Beleuchtung fehlt	61
Tabelle 3-12: Zu welchen Zeiten sollte die Polizei in Rheindorf anwesend sein?	62
Tabelle 3-13: Veränderungswünsche der Mieter	63
Tabelle 3-14: Offenen Nennungen von Ideen und Verbesserungsvorschläge	64
Tabelle 3-15: Am häufigsten genannte Verbesserungsvorschläge für Vermieter	64

1 Beschreibung des Forschungsvorhabens

1.1 Ziel der Studie und Vorgehensweise

1.1.1 Hintergrund der Untersuchung

Das Thema „Kriminalprävention in städtischen Siedlungen“ bietet sich vor allem auf Grund seiner in Deutschland bisher kaum untersuchten Fragen an. In Architektur, Stadtplanung, Stadtgeografie und Stadtsoziologie wurde Fragen der Kriminalprävention bisher kaum in angewandten Fallbeispielen nachgegangen. Das wachsende Bedürfnis der Bevölkerung nach nachvollziehbarer objektiver und subjektiver Sicherheit im Wohngebäude, Wohnumfeld, Quartier und in der Stadt fordert von Wissenschaft und Praxis eine offene, konstruktive und vor allem eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit dem Thema „sichere Stadt“.

Kommunen, Wohnungswirtschaft und Polizei erkennen in ihren Handlungsfeldern zunehmend, dass sie auf Grund der demografischen Entwicklung und in Verbindung mit den Konsequenzen der ökonomischen Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozesse in den Städten mit wachsender sozialer Benachteiligung und zum Teil ungelösten Integrationsprozessen konfrontiert sind. Dazu gehört auch der Aspekt der städtebaulichen Sicherheit, so dass sich die Akteure mit neuen Strategien zur Lösung der Anforderungen auseinander setzen müssen. So ist in vielen Siedlungen die Lebensqualität der Bevölkerung wieder herzustellen und zu gewährleisten.

Die Prozesse zur Förderung sicherer Siedlungen und Wohnquartiere erfordern interdisziplinäres Denken und neue kooperative Verfahren und Herangehensweisen in den Städten, um auch in Zukunft die Lebensqualität in den Städten, Stadtteilen und Quartieren zu erhalten und – wo erforderlich – zu verbessern. Gleichzeitig muss von Anfang an kritisch überprüft werden, in welchem Kontext das Bedürfnis nach mehr Sicherheit in der Stadt auftaucht und wie es nach europäischen Wertevorstellungen und Vorstellungen von Städtebaukultur sinnvoll befriedigt werden kann, ohne dabei gegen Grundvorstellungen der öffentlichen Sicherheit und des Gemeinwesens zu verstoßen und tendenzielle Abgrenzungsprozesse zu fördern.

Im Folgenden wird diese Perspektive auf den Siedlungsbereich Rheindorf-Nord in Leverkusen bezogen. Konkret geht es darum, das Thema Sicherheit in der Stadt als eine neue komplexe Herausforderung in der Gesamtstadt und in den Quartieren zu verstehen. Die Erkenntnisse der angewandten Studie sollen, anders als in traditionellen Forschungsberichten, in einer anwenderfreundlichen Handlungs- und Verfahrensempfehlung dargestellt werden. Langfristiges Ziel ist es, die integrierte städtebauliche Kriminalprävention in den Organisationen als Querschnittsaufgabe zu verankern. Das vorliegende Forschungsvorhaben soll dafür einen Orientierungsrahmen bilden.

1.1.2 Überblick über die Untersuchung

Mit dem angewandten TRAF0-Forschungsprojekt „Sicherheit in städtischen Siedlungen“ wurde eine auf zwei Jahre angelegte, transferorientierte Forschungsarbeit vom Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen an der Fachhochschule Köln gefördert. Ziel der praxisorientierten Forschung war es, innovative Ansätze zur Kriminalprävention im Städte- und Wohnungsbau im Dialog mit Wissenschaft und Praxis an einem konkreten räumlichen Fallbeispiel in Leverkusen Rheindorf-Nord zu erforschen und auf Machbarkeit hin zu überprüfen. Dabei wurden integrierte Lösungsansätze zur städtebaulichen Kriminalprävention weiter entwickelt und am Fallbeispiel mit den handelnden Akteuren erprobt. Das TRAF0-Forschungsvorhaben wurde angewandt und lösungsorientiert angelegt und versuchte in experimentellen Methoden zu einer aktuellen gesellschaftlichen Problemstel-

lung in der Stadt- und Siedlungsentwicklung Lösungsansätze aufzuzeigen. Die Forschungsfragen und der Forschungsansatz griffen aktuelle Fragen und Anforderungen aus der Praxis auf; gemeinsam mit den Fachleuten der unterschiedlichen Ressorts aus Stadtverwaltung, Wohnungswirtschaft und Polizei wurden Handlungsentwürfe für die identifizierten sicherheitsrelevanten und sozial-räumlichen Problemlagen im Untersuchungsgebiet entwickelt. Die Erkenntnisse der angewandten Studie werden, anders als in traditionellen Forschungsberichten, in einer anwenderfreundlichen Handlungs- und Verfahrensempfehlung dargestellt.

1.1.3 Kooperationspartner im Forschungsprojekt

Der Forschungs- und Transferprozess wurde mit Unterstützung der Wohnungswirtschaft, der Stadt Leverkusen und dem örtlichen Kommissariat Vorbeugung bei der Polizei Leverkusen realisiert.

Die Partner der Wohnungswirtschaft, die über Bestände in der Großwohnsiedlung Rheindorf-Nord verfügen, waren:

- Wohnungsgesellschaft Leverkusen mbH (abgekürzt: WGL),
- Wilhelm-Sander-Stiftung, Leverkusen (abgekürzt: WSS),
- GAGFAH Immobilien-Management GmbH, Essen,
- Baywoqe GmbH, Leverkusen (ehemalige Wohnungsgesellschaft des Unternehmens Bayer).

Als Partner der Stadt Leverkusen wirkten mit:

- Fachbereich Jugend und Familie,
- Fachbereich Soziales und Gesundheit,
- Fachbereich Stadtplanung, Projekt Stadtentwicklungsplanung;
- Koordination durch die örtliche Jugendhilfeplanung.

Als weiterer Partner war das Kommissariat Vorbeugung des Polizeipräsidiums Leverkusen beteiligt.

Weitere lokale Akteure wurden im Verlauf des Forschungsprozesses einbezogen. Die Bewohner und Bewohnerinnen wurden mittels einer schriftlichen Bewohnerbefragung und über die Teilnahme an Ortsbegehungen im Rahmen des städtebaulichen Sicherheitsaudits einbezogen. Zudem wurden in ausgewählten Wohngebäuden Mieterbefragungen durchgeführt, um offene Details zur konkreten baulich-technischen Sicherheitssituation zu klären.

1.2 Stadt als sicherer Raum – Zur Diskussion um eine ‚städtebauliche Kriminalprävention‘

1.2.1 Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial

Der Zusammenhang zwischen Raumgestalt und sozialer Solidarität wird heute zum Beispiel in städtebaulich kritischen und sozial prekären Stadtquartieren erfahrbar. Darunter sind viele Stadterweiterungen der 1960er und 1970er Jahre zu finden. Die offene Form der Großsiedlung als Siedlungsmuster zerfließt in der Landschaft. Die Gebäude verselbstständigen sich und kommunizieren nicht mehr miteinander; die Blickbeziehungen von der Wohnung in den öffentlichen Raum des Wohnumfeldes werden ästhetisierten Blicken in ferne Landschaften geopfert.

Neben den städtebaulichen Eigenschaften weisen Großsiedlungen im Allgemeinen eine hohe Quote von Belegungsrechten auf, sodass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen dort konzent-

rieren.¹ Das Zusammenspiel von fragmentarischer Stadtgestalt, Zeichen der Unordnung und spezifischen Personengruppen im öffentlichen Raum ‚verängstigt‘ Passanten und Bewohner. Wenn sie die Funktion der informellen sozialen Kontrolle im Wohnumfeld nicht mehr ausüben, sondern sich in die Privatheit ihrer Wohnungen zurückziehen, werden die Regeln eines geordneten Miteinanders preisgegeben.² Deshalb bezeichnen wir solche Siedlungsbereiche als „Stadtgebiete mit einem hohen Unsicherheitspotenzial“.³

Unter einer empirischen Prozessperspektive lässt sich der Niedergang eines Stadtgebiets und ein damit verbundenes Ansteigen von Unsicherheitsgefühlen folgendermaßen zusammenfassen: Unordnung, Verwahrlosung und der physische Verfall von Gebäuden und öffentlichem Raum lösen Furcht vor Kriminalität unter der Bewohnerschaft aus. Die Unordnung lockt Personen an, für die die Zeichen der Verwahrlosung signalisieren, dass soziale Kontrolle in dieser Gegend kaum stattfindet. Das Auftreten dieser Personen verstärkt die Furcht unter der Bevölkerung sowie den Rückzug in die Wohnung und verursacht so eine tatsächliche Verringerung der Kontrolle. Die verminderte Kontrolle erleichtert die Äußerung von unerwünschten Verhaltensweisen bis hin zur Begehung von Straftaten. Der Anstieg von Disorder, unzivilisiertem Verhalten und evtl. auch von Straftaten treibt die Spirale erhöhter Verbrechensfurcht an und begünstigt den Rückzug bzw. Fortzug von Haushalten.⁴

Das Unsicherheitspotenzial wird auch durch besondere Gestaltungsmängel – so genannte „Angsträume“ – genährt.⁵ Beispielsweise wirken Einkaufsstraßen in der Innenstadt abends verlassen und anonym. Kommen noch andere situative Aspekte hinzu, wie z.B. vernachlässigte und ungepflegte Grünflächen, verunreinigte Aufenthaltsbereiche, defekte und mutwillig zerstörte Abfallbehälter, so verdichten sich die negativen Wahrnehmungen bei den Nutzern zu dem Bild eines „Angstraums“. Weil sie Unbehagen erzeugen, werden diese Orte konsequent vermieden. Typische Beispiele von Angsträumen sind:⁶ unzureichend belichtete bzw. beleuchtete Gebäude; unübersichtliche Straßen und Wege sowie Unterführungen und U-Bahn-Eingänge; Dunkelzonen mit unzureichender Beleuchtung (z.B. Eingänge, Kellertreppen, Parkplätze); unbelebte Straßenräume, wo keine Passanten in der Nähe sind (z.B. reine Gewerbegebiete); isolierte, nicht von Wohnungen einsehbare Parkplätze oder Garagenhöfe oder nicht an Siedlungen angebundene Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. Die Einstufung eines Ortes als Angstraum resultiert allein aus den subjektiven Empfindungen und Wahrnehmungen.

1.2.2 Sicherheit als Gestaltungsprinzip der europäischen Stadt

Aus der Nutzerperspektive wird die urbane Sicherheit in solchen Stadtbereichen weniger über die faktische Kriminalitätsbelastung – als objektives Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden – wahrgenommen, sondern vor allem über das subjektive Sicherheitsempfinden – sozusagen die ‚gefühlte Sicherheit‘.⁷ Die subjektive Furcht vor einer möglichen Viktimisierung korrespondiert ei-

¹ Vgl. *Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW* (Hg.), *Überforderte Nachbarschaften*, Köln, Berlin 1998

² Vgl. *J. Wilson / G.L. Kelling*, Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster, in: *Kriminologisches Journal* 28 (1996), S. 121-137.

³ *H. Schubert* (Hg.), *Sicherheit durch Stadtgestaltung: Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention*, Köln 2005, S. 47.

⁴ Vgl. *D. Rössner et al.*, *Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen*, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, Marburg, Düsseldorf 2001.

⁵ Vgl. *S. Tillner / K. Licka*, *Richtlinien für eine sichere Stadt: Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume*, Wien 1995.

⁶ Vgl. *B. Pohlmann-Rohr*, *Sichere Stadträume – auch für Frauen*, in: *E. Kube / H. Schneider / J. Stock* (Hg.), *Ver-eint gegen Kriminalität: Wege der kommunalen Kriminalitätsprävention in Deutschland*, Lübeck u.a. 1996, S. 231-259

⁷ Vgl. *T. Kasperzak*, *Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht*, Holzkirchen/Obb. 2000.

nerseits mit der fragmentarischen sowie unübersichtlichen Gestalt eines Raumes und andererseits mit Zeichen von ‚Disorder‘ im öffentlichen Siedlungsraum.⁸ Im Wohlfahrtssurvey von 1998 erklärte fast ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland, dass sie sich nachts auf den Straßen der eigenen Wohngegend nicht sicher fühle.

Die zu Grunde liegenden Veränderungen der städtischen Raumstrukturen verweisen auf einen tiefgreifenden Wandel, der als Antithese zur traditionellen europäischen Stadt erkennbar ist. Ein Vergleich der Gestaltungsmuster zwischen der mittelalterlichen Stadt⁹ und der modernen Stadtlandschaft veranschaulicht die Entwicklungslinie von der gesicherten zur offenen Stadtform. Zwei wesentliche Kennzeichen können an der mittelalterlichen europäischen Stadt als Archetyp der sicheren Stadt hervorgehoben werden: (1) die Betonung kontrollierbarer Grenzen durch Barrieren wie z.B. Stadtmauer und Stadttor und (2) die städtebauliche Anordnung sowie systematische Ausrichtung der Gebäude auf zentrale Punkte und Achsen wie z.B. Plätze und Straßen. Die hier eingenommene Perspektive darf nicht als rückwärts gewandte Idealisierung und Romantisierung der Ordnung in der europäischen Stadt missverstanden werden.¹⁰ Es soll nicht für eine Renaissance des traditionellen Stadtbilds geworben werden, wie es beispielsweise die nordamerikanische Bewegung des „New Urbanism“ pflegt.¹¹ Und der Hinweis auf die wesentlichen Kennzeichen soll auch nicht als Plädoyer für bewachte Siedlungen des Typs „Gated Communities“ oder für bewachte abgeschottete Parzellen missverstanden werden. Bilder aus brasilianischen Städten veranschaulichen, dass „gating“ die Quartiersbildung stört und Sichtachsen im öffentlichen Raum ignoriert, sich also lediglich auf Barrieren und Zugangskontrollen konzentriert. Die Bezugnahme auf die mittelalterliche Stadt soll das Augenmerk nicht auf Merkmale der Exklusion richten, sondern auf die allgemeinen Ordnungsprinzipien des öffentlichen Raumes in der europäischen Tradition.

Es geht nicht darum, diese Muster eins zu eins in die Gegenwart zu projizieren – in der aktuellen Diskussion¹² über eine „städtebauliche Kriminalprävention“ steht eher die Frage im Raum, wie diese Merkmale in der gegenwärtigen Siedlungsentwicklung unter Gesichtspunkten der Sicherheitsrelevanz wieder berücksichtigt werden können. Die traditionellen Prinzipien werden dabei als über Generationen kumuliertes Erfahrungswissen begriffen. Die Gründung der mittelalterlichen Städte verdankte sich vor allem der Funktion, Sicherheit zu erreichen und zu erhalten. Durch das gemeinsame Siedeln an einem Ort wird Sicherheit zum Kollektivgut und die Opportunitätskosten werden für die einzelnen Bewohner verringert.

Max Weber hat in seinen retrospektiven Untersuchungen über die europäische Stadt zwar besonders die Marktfunktion hervorgehoben, aber neben diesem ökonomischen Begriff auch den politisch-administrativen Charakter der Stadt als „Festung“ formuliert: So waren die Stadtbewohner des Mittelalters „zu bestimmten militärischen Leistungen, vor allem zu Bau und Reparatur der Mauern, Wachtdienst und Verteidigung ... verpflichtet“.¹³ Sowohl die ständische Mitgliedschaft als auch die Stadtbürgerschaft waren an solche Leistungen geknüpft. Dadurch waren die Sicherheitsfunktionen einerseits sozialräumlich in soziale Handlungsketten eingebettet und manifestierten

⁸ Vgl. H. Herrmann / K. Sessar / M. Weinrich, Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 02. Baden-Baden 2002, S. 251-286.

⁹ Vgl. K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, 2. Auflage, München 1976.

¹⁰ Vgl. z.B. W. Siebel, Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums? in: Die Alte Stadt 30 (2003), S. 247-257.

¹¹ Vgl. H. Bodenschatz / B. Schönig, Smart Groth – New Urbanism – Liveable Communities, Wuppertal 2004.

¹² Vgl. z.B. Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (Hg.), Städtebau und Kriminalprävention – polizeiliche Kriminalprävention, Mainz 2002; Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen (Hg.), Sicherheit durch Gestaltung der Städte, Düsseldorf 2005; Niedersächsisches Innenministerium (Hg.), Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft, Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung, Hannover 2002; Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hg.), Städtebau und Kriminalprävention – eine Broschüre für die planerische Praxis, Stuttgart 2004.

¹³ M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Auflage, Tübingen 1972, S. 733f.

sich andererseits in den Gestalten des Siedlungsraums. Hoffmann-Axthelm führte die Raumökonomie der geschlossenen Stadt des Mittelalters – trotz Vorhandenseins von mehreren Machtzentren wie Burg, Kirche, Stadtrat, Patrizier und Zünfte – auf eine „zentrierende Ordnung“ zurück, weil jedes Siedlungssegment nach denselben Prinzipien organisiert war.¹⁴ Dieses zentrale Prinzip wurde von der sozialen Solidarität der Stadtbewohnerschaft repräsentiert, das neben der städtischen Organisation und den damit in Verbindung stehenden Gestaltungsmustern eine wesentliche Voraussetzung für Sicherheit war. Insofern wird die mittelalterliche Stadt von einer doppelten Gestaltungsperspektive geprägt: Neben der baulichen Gestaltung einer „abwehrenden“ Raumfigur spielt die soziale Gestaltung einer „solidarischen“ Stadtgesellschaft eine wichtige Rolle.

1.2.3 Ansätze der Kriminalprävention im stadträumlichen Kontext

Ganz allgemein dient die Kriminalprävention der vorbeugenden Beeinflussung von Straffälligkeit. Auf der einen Seite sind es Maß und Wirksamkeit der angewandten Kontrollen, die extern oder intern auf eine Einzelperson einwirken, um sie davon abzuhalten, Straftaten zu begehen. Auf der anderen Seite haben die Anreize, gesetzestreu zu bleiben, eine Bedeutung. Es werden im Allgemeinen drei Ansätze der Kriminalprävention unterschieden: (a) Kriminalitätsverhütung durch Sozialpolitik, (b) situationsbezogene Kriminalitätsprävention und (c) Kriminalprävention auf kommunaler Ebene.¹⁵

Weil Jugendliche, Kranke, Migranten, Arme und Obdachlose die schwächste Abwehr gegen Straffälligkeit aufweisen, neigt die Kriminalitätsverhütung dazu, sich auf diese Gruppen zu konzentrieren. Um stigmatisierende Effekte zu vermeiden, wird die Kriminalprävention mit Maßnahmen der Sozialpolitik in den Bereichen der Familien-, Gesundheits-, Jugend-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik verbunden. Es werden auch Maßnahmen des Städtebaus, wie Sanierung sozialer Brennpunkte, Bekämpfung der Obdachlosigkeit, sozialer Wohnungsbau, Bereitstellung von Grünflächen und Schaffung sozialer Infrastruktureinrichtungen, dazugerechnet. Neben diesem Versorgungsansatz kommt auch der Gestaltungsansatz des Städtebaus zum Tragen, der aber keine architektonischen Ansätze beinhaltet, sondern Strategien der sozialen Mischung und der Nutzungsmischung. Graham und Bennett merken dazu an, es habe bisher keinen Beweis gegeben, ob „diese Verbesserungen auch zur Reduktion der Kriminalität und Viktimisierung geführt habe“.¹⁶

Die situationsbezogene Kriminalprävention richtet sich auf die äußere Gestaltung bzw. auf die Beeinflussung der unmittelbaren Umgebung, in der Abweichungen und Straftaten vorkommen.¹⁷ Darunter sind Maßnahmen zu verstehen, die den Aufwand für eine Straftat beträchtlich erhöhen. Beispiele sind die Sicherung von Objekten und die Errichtung von physikalischen Sperren (Schlösser, Bauvorschriften etc), die Durchführung von Zugangskontrollen (Identifikationscards, Gegensprechanlagen, Absperrungen etc) und die Lenkung von Zielgruppen (Begleitung von Fußballhooligans vom Bahnhof zum Fußballplatz etc). Es gehören aber auch Maßnahmen dazu, die die Risiken bei Straftaten erhöhen. Beispiele dieser Maßnahmen sind förmliche Überwachungen (durch Polizeistreifen, Wachdienste, Video- und Alarmanlagen etc) sowie natürliche Überwachungsformen (über die Schaffung eines „verteidigungsfähigen Raumes“ durch Beleuchtung, Wegeführung etc). Eine dritte Maßnahmengruppe zielt auf die Verringerung des Nutzens von Straftaten, indem beispielsweise Eigentum markiert wird, optische Anreize beseitigt und Regeln ausdifferenziert werden.

¹⁴ D. Hoffmann-Axthelm, Die dritte Stadt. Frankfurt/M. 1993, S. 104f.

¹⁵ Vgl. Graham, Bennett 1997, 11f

¹⁶ ebd., 14

¹⁷ ebd., 53ff

Die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene bezeichnet den räumlichen Bezug des Aktionsrahmens. Es werden drei Ansätze im kommunalen Wirkungskreis unterschieden:¹⁸ die Gemeinwesenarbeit, der Schutz der Stadt und der Entwicklungsansatz. Die Gemeinwesenarbeit ist in dem Zeitraum der 20er bis 40er Jahre in den USA von den Humanökologen der Chicago School zum Zweck der Kriminalprävention entwickelt worden. Dabei werden nicht nur sozialplanerische Konzepte für ausgewählte Gebietseinheiten implementiert, sondern nach kommunitaristischen Prinzipien auch Gemeindeorganisationen gegründet und lokale Bewohner angeregt, bei der Bestimmung und Umsetzung von Aktivitäten mitzuwirken. Es ist kritisch zu überprüfen, ob die heutigen Ansätze der Gemeinwesenarbeit diesem Anspruch noch gerecht werden und wie durch Soziale Arbeit eine informelle Sozialkontrolle erreicht werden kann, indem Bürgerinnen und Bürgern mehr Schutzvorkehrungen treffen und bei Straftaten persönlich intervenieren.

In dem Ansatz der Entwicklung des Gemeinwesens dominieren Maßnahmen, die das Problem der städtischen Desintegration durch Wiederaufbau der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und baulichen Strukturen einer Stadt zu lösen versuchen. Bei den baulichen Maßnahmen werden Verbesserungen der städtebaulichen Strukturen durchgeführt, um die Zugänglichkeit, die Überschaubarkeit und das äußere Erscheinungsbild günstiger zu gestalten und um die Verfügungsrechte neu zu ordnen. In Kanada werden dazu auch neue Netzwerke aufgebaut: Neben Fortbildungskursen zum Verhältnis von Architektur, Städteplanung und Straftaten treffen sich Kriminalpräventionsbeauftragte der Polizei regelmäßig mit den kommunalen Planungsbeamten zum Austausch.¹⁹ Zu den Maßnahmen gehört auch die Motivation von Hausbesitzern und Wohnungsunternehmen, in die Wartung und Verbesserung des Eigentums zu investieren. Schließlich zählen auch Konzepte der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung dazu, bei denen bauliche, umweltbezogene, verwaltungstechnische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen miteinander kombiniert werden. Ein prominentes Beispiel ist das Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem die Kriminalprävention in einen integrierten Politikansatz verpackt ist. Es werden arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen mit Städtebau- und Kulturförderung, mit Jugend- und Schulpolitik sowie mit Sozial- und Frauenpolitik verknüpft, um die Potentiale der Bevölkerung zu mobilisieren und neue kooperative Netzwerke zu initiieren.

1.2.4 Das ISIS Modell als ein integrierender Mehrebenenansatz

Um die Stadtentwicklung unter Sicherheitsgesichtspunkten konstruktiv zu unterstützen, wird vermehrt für den räumlich ausgerichteten Handlungsansatz der städtebaulichen Kriminalprävention – als Alternative zu rein technischen Mechanismen des Überwachens – plädiert.²⁰ Es handelt sich um das Leitbild einer „präventiven Stadtgestaltung“, nach dem menschliches Verhalten im Raum positiv beeinflusst und kritische Verhaltensweisen oder Ereignisse verhindert werden sollen. Unter der Bewohnerschaft von Wohnquartieren wird durch städtebauliche, architektonische und freiraumarchitektonische Planungen, die Sichtachsen, Transparenz und Blickbeziehungen im öffentlichen und halböffentlichen Raum einen hohen Stellenwert einräumen, die informelle (d.h. ‚natürliche‘) soziale Kontrolle gefördert. Weitere Ziele im Leitbild der „präventiven Stadtgestaltung“ sind: eine moderate Belebung des Wohnumfeldes, Vermeidung großflächiger Monostrukturen der Zwischenstadt, eine kleinteilige Gliederung des Siedlungsraums und eine hohe Aufenthaltsqualität durch ansprechende Gestaltungsmuster. Über begleitende Partizipationsprozesse wird angestrebt, dass

¹⁸ ebd., 81ff

¹⁹ ebd., 96

²⁰ In Niedersachsen hat das Landeskriminalamt in den Jahren 2004 / 2005 in drei Städten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Ämtern für Stadtplanung Modellvorhaben der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt.

sich Bewohnerinnen und Bewohner in nachbarschaftlichen Kontakten engagieren und mehr Verantwortung im öffentlichen und halböffentlichen Raum übernehmen.²¹

In angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat sich die situative Prävention bei der Stadtgestaltung bereits etabliert; in Deutschland ist das Thema noch relativ jung: Hier lag der Schwerpunkt bisher auf der sozialen Prävention, die dem kommunalen sowie wohnungswirtschaftlichen Belegungsmanagement und der sozialpädagogischen Integration einen hohen Stellenwert einräumt. Der situative und der sozialpolitische Ansatz lassen sich zu dem umfassenden Präventionsansatz ISIS auf mehreren Handlungsebenen komplementär integrieren:²²

Insgesamt ist das ISIS-Modell von einer konzentrischen Einbettung der Integrationsmaßnahmen in das Sozialmanagement der Wohnungsunternehmen, in intermediäre lokale Netzwerke von Schlüsselakteuren und in eine städtische Umwelt ohne Angsträume und Tatgelegenheitsstrukturen gekennzeichnet. Der Ansatz deckt sich mit den Erkenntnissen über kriminalpräventive Wirkungen.²³ Darin wird festgestellt, dass die Wirksamkeit von Kriminalprävention bei integrierten Programmsätzen besonders günstig ausfällt, d.h. wenn mehrere Maßnahmen und Ebenen vernetzt ineinander greifen.

Tabelle 1-1: ISIS-Modell der präventiven Stadtgestaltung

I	Integrationsmaßnahmen	Im Zentrum – sozusagen die individuelle Ebene – stehen sozialpädagogische Präventionsansätze zur Integration und Aktivierung gefährdeter Personen und Personengruppen.
S	Sozialmanagement	Auf dieser Ebene ist die Belegung der Nachbarschaften wichtig, damit eine natürliche, d.h. informelle soziale Kontrolle entstehen kann. Wenn beispielsweise die Wohnbevölkerung vom Sozialmanagement der Wohnungsgesellschaften aktiviert und beteiligt wird, stabilisieren sich Sicherheit fördernde Kräfte im Wohnumfeld.
I	Intermediäre Kooperation	Auf der korporativen Ebene entwickelt sich aus der Zusammenarbeit zwischen Professionellen, Organisationen und Institutionen ein präventives Milieu im Wohnquartier und im Stadtteil. Exemplarisch sind hier kommunale Präventionsräte, aber auch Netzwerke zwischen Polizei, Wohnungswirtschaft und Stadtplanung zu nennen.
S	Städtebauliche Gestaltung	Diese Ebene bezieht sich auf den gesamten Siedlungsraum. Nach dem situativen Präventionsansatz kommt es hier darauf an, den städtischen Raum so zu gestalten, dass Tatgelegenheiten minimiert und Angst erzeugende Bereiche planerisch ausgeschlossen werden.

Sicherheitsgefühle werden auf den Ebenen vermittelt durch: (a) Bekanntheit und Kontakte der Nutzer im Raum; (b) koordiniertes Handeln korporativer Akteure; (c) zeitnahe Intervention bei Regelverletzungen; (d) Wert symbolisierendes Material und Image fördernde Gestaltung; (e) verträgliche Mengen / Frequenzen durchlaufender Nutzungen; (f) Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit; und (g) Signale der Identifikation und Verantwortlichkeit.

²¹ Vgl. A. Brassard, Integrating the Planning Process and Second-Generation CPTED, in: The CPTED-Journal 2 (2003), S. 46-53.

²² H. Schubert (s. A. 3), S. 59

²³ D. Rössner et al. (s. A 4).

Soziale Kontrolle wird in der städtischen Umwelt durch folgende Faktoren begünstigt: (a) Induzierung von Belebtheit, (b) Ausgestaltung von Sichtachsen zur Sicherung von Blickbeziehungen, (c) Transparenz / Übersichtlichkeit der Nahräume, (d) hinreichende Orientierung im Siedlungsraum, (e) Zonierung und Grenzlinien zur Markierung sozialer Ansprüche im Raum, (e) Gelegenheiten zur personalisierten Verantwortung für Territorien bzw. Teilräume im Wohnumfeld und (f) gute Belichtung des öffentlichen Raums zu Tages- und Nachtzeiten.

1.2.5 Gestaltungsmuster und Umsetzungskonzepte

Einige Gestaltungsmuster und unterstützende Umsetzungskonzepte, die in der aktuellen Diskussion um eine städtebauliche Kriminalprävention eine Rolle spielen, sollen im Folgenden auf den vier Handlungsebenen des ISIS-Modells umrissen werden. Die Bezugnahme auf die europäische Tradition der mittelalterlichen Stadt bzw. auf deren allgemeine Ordnungsprinzipien für den öffentlichen Raums wird dabei deutlich.

(1) Schaffung belebter Räume (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Sicherheit in Siedlungsräumen hat viel mit Leben auf der Straße zu tun. Wenn sich mehrere Menschen zur gleichen Zeit an einem Ort aufhalten, signalisieren sie sich mit ihrem Verhalten gegenseitig, dass sie die anderen wahrnehmen und dass sie sich an die Regeln eines konfliktfreien Miteinanders halten werden. Aus der Rolle zu fallen wird dadurch erschwert. Die wesentlichen Voraussetzungen für Sicherheit sind somit auf der baulichen Seite Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit und Helligkeit und auf der sozialen Seite die Anwesenheit von Menschen und die kontinuierliche Nutzung.

Mit dem Planungsprinzip der „Nutzungsmischung“ kann die kommunale Stadtplanung auf der Ebene der Bebauungsplanung das Nebeneinander verschiedener Funktionen fördern und eine urbane Heterogenität in Wohnquartieren erzeugen, in denen nicht Angstgefühle beherrschend sind, sondern Gefühle der Sicherheit. Das klassische urbane Muster, mehrere Nutzungsfunktionen zu mischen, weist Läden des Einzelhandels, Arztpraxen und gastronomische Einrichtungen dem Erdgeschoss sowie Wohnungen den oberen Stockwerken zu. Aber auch die Ansiedlung von wohnverträglichen Handwerksunternehmen im Hofbereich dient einer nahräumlichen Nutzungsmischung.

(2) Transparenz im öffentlichen Stadtraum (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Viele Bewohner meiden Plätze in der Stadt, weil sie sich dort unwohl fühlen und teilweise auch Angst vor Kriminalität haben. Besonders bemängelt wird die Unübersichtlichkeit – beispielsweise wenn Plätze überdimensioniert und in einer Weise gestaltet sind, dass keine Blickbeziehungen über das Areal möglich sind. Bei der kriminalpräventiven Gestaltung öffentlicher Stadtplätze sind zwei Muster der Freiraumplanung – ‚introvertierte‘ und ‚extrovertierte‘ Flächen – zu unterscheiden. Introvertierte öffentliche Räume sind nach innen gerichtet und die Kontrolle des Zugangs macht das wesentliche Merkmal der Prävention aus. Die Fläche wird rundherum umzäunt und von einem Wach- und Schließdienst bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen.

Extrovertierte Plätze orientieren sich nach außen, wobei die gezielte Öffnung und das Herstellen von Sichtbeziehungen zur umgebenden Bebauung Sicherheit vermitteln. Unübersichtlichkeit wird vermieden, indem statt Barrieren wie Sträucherreihen, Koppelzäune und Hochbeete in Waschbetonsockeln nur niedrige Gewächse für die Freiraumgestaltung eingesetzt werden. Dadurch gibt es keine versteckten Nischen; alle Bereiche des Platzes sind Blicken zugänglich. Die lichte Öffnung der Ränder ermöglicht den Sichtkontakt zwischen den gegenüber liegenden Gebäudereihen. Von den angrenzenden Wohnungen, Läden und Straßencafés aus ist der Platz kontrollierbar.

(3) Traditionelle Gestaltungsmuster der Öffnung und Schließung zum Straßenraum (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Muster der Öffnung und Schließung zum Straßenraum wie z.B. der Erker und das Tor fördern die Beobachtung der Ereignisse im Wohnumfeld und festigen die nachbarschaftliche Sozialstruktur. Die Umsetzung erfolgt in der Phase der Ausführungsplanung.

Der Erker repräsentiert ein mittelalterliches Gestaltungsprinzip: An der Fassade oder Ecke eines Gebäudes kragt ein Vorbau hervor, der den Blick in drei Richtungen erlaubt und dadurch eine besondere Verbindung zur Straße herstellt. Die Sichtbeziehungen auf die Straße und parallel zur Gebäudefront fördern die Beobachtung und somit die ‚natürliche‘ soziale Kontrolle des öffentlichen Raumes.

Tore und Torwege markieren Zugangswege und Grenzen. Das Wohnquartier und die Nachbarschaft werden besser unterscheidbar, symbolisch gekennzeichnet und als eigener Bezirk erlebbar, mit dem sich die Bewohnerschaft identifizieren kann. Durch die gestalterische Betonung von Eingängen entstehen städtebauliche Ensembles mit präventiver Wirkung, weil sie mit der Grenzziehung von ‚drinnen‘ / ‚draußen‘ eine erhöhte Aufmerksamkeit unter der Bewohnerschaft und eine besondere Zurückhaltung unter Besuchern veranlassen.

(4) Siedlungsprofil als Qualitätsmerkmal (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Die internationale Zuwanderung und die hohe regionale Mobilität erzeugen einen Nachfragedruck auf den Wohnungsmärkten der Agglomerationsräume. Um negative Folgen zu vermeiden, wie sie in den Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre aufgetreten waren, müssen die städtebaulichen und architektonischen Gestaltungsmuster neu entstehender Wohnquartiere so ‚robust‘ sein, dass die große Vielfalt von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft relativ konfliktfrei zusammenleben, dass die heterogene Bevölkerung ein hohes Maß an Identifikation entwickeln und dass informelle soziale Kontrolle untereinander funktionieren kann.

Beim Neubau urban verdichteter Stadtteile – wie z.B. Kronsberg in Hannover oder Rieselfeld in Freiburg – wurden spezifische Planungsprinzipien verwirklicht, die unter der Bewohnerschaft Sicherheit fördern: (1) Das städtebauliche Raster besteht aus räumlich erkennbaren Quartieren. Die Anordnung der Häuser in Blöcken vermittelt der Bewohnerschaft ein räumliches Zugehörigkeitsgefühl und fördert identifizierbare Nachbarschaften. (2) Ein anderes Beispiel ist die Mischung der Haushalte durch unterschiedliche Wohnungsgrößen. Dadurch sind immer Leute im Haus, die mitbekommen, was im Gebäude und im Außenbereich passiert. (3) In Folge einer Beschränkung der Gebäude auf vier Geschosse können die Bewohner auf der Straße noch Details erkennen, aus dem Fenster noch mündlich kommunizieren und Kontakt zu den Menschen auf dem ‚Boden‘ halten. (4) Viele Gebäude weisen einen differenzierten Übergang zwischen Straße und dem Innern auf. Für die Gestaltung der Übergangsbereiche zwischen dem öffentlichen Fußweg und dem halböffentlichen Treppenhaus von Mehrfamilienhäusern bieten sich ein Wechsel der Richtung sowie der Höhenlage und ein Wechsel der Bodenoberfläche sowie der räumlichen Umschließung an. (5) Die Verbindung zur Straße wird besonders betont, indem die Häuser über große oder erkerförmige Fenster dem Straßenleben zugewandt sind. Die Räume zur Straßenseite haben oft verglaste Nischen als besondere ‚Fensterplätze‘, die zum Blick nach draußen einladen. Passanten verhalten sich in einer solchen Umgebung unter dem Eindruck des ‚Beobachtet Werdens‘ kontrolliert. (6) Die Standorte von Abfallbehältern werden den Blicken nicht entzogen, sondern im Schnittpunkt benachbarter Fenster an der Straße platziert.

In Einfamilienhausgebieten spielen solche städtebaulichen Rahmenbedingungen bisher keine große Rolle, weil jeder Bauherr primär auf seine Parzelle fixiert ist. Dies führt zu hermetisch abgeschlossenen, aneinandergereihten Grundstücken ohne Siedlungszusammenhang. Nach außen kommunizieren solche Gebiete, dass nicht die Siedlung sich schützt, sondern nur jeder einzelne

Bauherr sein Anwesen zu sichern versucht. Eine Rückbesinnung auf Gestaltungsprinzipien der mittelalterlichen Stadt verlangt stattdessen die gestalterische Symbolisierung von Wachsamkeit und die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhangs. Die Vorgärten und Umzäunungen werden dabei so gestaltet, dass das Geschehen im öffentlichen Straßenraum aus allen Häusern gut überblickt werden kann. Über Festlegungen in einer Gestaltungssatzung lassen sich die Tiefe der Vorgärten, die Höhe von Hecken und Zäunen und die Art der Begrenzungen – wie z.B. lebende Hecken, niedrige Mauern, keine undurchsichtigen Holzzäune – regulieren.

(5) Werthaltige Materialien und Lösungen (S wie Städtebauliche Gestaltung)

In einer Großsiedlung im Ruhrgebiet wurde um die Leitidee des „sicheren Wohnens“ herum ein Bündel von Maßnahmen entwickelt. Aus der Sicht des Wohnungsunternehmens sollen die präventiven Lösungen den Vermögenswert des Bestands sichern. Einerseits wurde das Image der Wohnanlage verändert, indem nur hochwertige Materialien Verwendung fanden. Andererseits wurde durch die Neugestaltung die Orientierung in der zuvor unübersichtlichen Siedlung verbessert: Bei der Gestaltung der Eingänge wurden dazu große architektonische Gesten eingesetzt wie z.B. überdimensionierte Hausnummern, die als Kunstobjekte über drei Stockwerke an die Gebäude angelehnt sind. Die öffentliche Reaktion auf die werthaltigen Lösungen förderte ein positives Image, das unter der Bewohnerschaft das Selbstwertgefühl stärkte und die Unsicherheit im Siedlungsraum minderte.

(6) Entwicklung der Nachbarschaft (S wie Sozialmanagement)

Um die Zwangsläufigkeit des Niedergangs eines Wohnquartiers zu durchbrechen, werden neben Gestaltungsmaßnahmen auch Initiativen zur Aktivierung der Nachbarschaft ergriffen. Das Leitbild des „Defensible Space“ setzt auf das Engagement der Bewohnerschaft als eine wichtige Komponente. Es steigert die Lebensqualität, wenn man der Nachbarschaft vertrauen und sich darauf verlassen kann, dass sie genau so wachsam die Ereignisse im Quartier beobachtet, wie man das selber tut. Dies beendet Gleichgültigkeit im Wohnumfeld und führt zu sozialer Verantwortung.

Für Wohnanlagen, die im Rahmen von Beteiligungsprozessen mitgestaltet worden sind, bringen Bewohner im Allgemeinen ein größeres Verantwortungsgefühl auf. Es gibt zahlreiche Beispiele einer frühzeitigen Beteiligung der zukünftigen Bewohnerschaft von Neubauprojekten. Um eine stabile Nachbarschaftsstruktur aufzubauen und eine nachhaltige Belegung der öffentlich geförderten Wohnungen zu erzielen, wird ein Prozess des Kennen Lernens durchgeführt, an dessen Ende sich thematische Nachbargruppen bilden.

Ein anderer Weg zur Aktivierung der Bewohnerschaft ist das Abtreten von Verfügungsrechten, um Engagement für das Wohnhaus und die Wohnsiedlung anzuregen. Ein bewährtes Beispiel sind Mietergärten. Mit der Übernahme von Verantwortung für einen Mietergarten, für die Pflege des Vorgartens oder für andere Dinge im und am Haus (z.B. Baum-, Spielplatzpatenschaft) steigt der nachbarliche Zusammenhalt und das Interesse an den Ereignissen im Wohnumfeld.

(7) Wohnungswirtschaftliches Sicherheitsmanagement (S wie Sozialmanagement)

Zum „Sicherheitsmanagement“ zählen einerseits technische und bauliche Maßnahmen des Wohnungsunternehmens im Bestand. Dabei geht es um die technische Einbruchsicherung von Wohnungen, eine übersichtliche Gestaltung des Eingangsbereiches der Gebäude, die Transparenz und Pflege der Außenanlagen, die schnelle Beseitigung von Zerstörungen und Verschmutzungen und die zügige Erledigung von Reparaturen. Andererseits umfasst das wohnungswirtschaftliche Sicherheitsmanagement aber auch interaktive Maßnahmen der sozialen Kontrolle wie z.B. regelmäßige Kontrollgänge professioneller Wachdienste im Wohnquartier. An der Schnittstelle des wohnungswirtschaftlichen Sicherheitsmanagements zur nachbarschaftlichen sozialen Kontrolle werden engagierte Schlüsselpersonen aus der Mieterschaft einbezogen.

(8) Lokales Netzwerk (I wie Intermediäre Kooperation)

Begriffe wie Kriminalpräventive Räte, Sicherheitspartnerschaften, Sicherheitsnetzwerke oder Ordnungspartnerschaften umschreiben mögliche Kooperationsformen.²⁴ Der Schlüssel liegt im netzwerkartigen Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte auf freiwilliger Basis. Im Rahmen der präventiven Stadtgestaltung sind die kommunalen Bauverwaltungen, freiberufliche Planungsbüros (Architektur, Städtebau, Freiraumplanung, Verkehrsplanung) und die örtlichen Wohnungsunternehmen bevorzugte Kooperationspartner, damit städtebauliche und gestalterische Ideen zur Erhöhung der Sicherheit in Wohnquartieren realisiert werden können.

Die interdisziplinäre Kooperation zwischen den Professionen ist erfolgreich, wenn sowohl ein Nutzen für die Kunden dabei herauskommt als auch die Professionen selbst einen Nutzen daraus ziehen. Die Stadtplanung und die Wohnungswirtschaft können aus der Zusammenarbeit mit der Polizei große Informationsgewinne erzielen. Denn die Stadtplanung erhält Informationen über kritische Ereignisse im Siedlungsraum. Auf dieser Grundlage können Gebiete bzw. Orte oder Platzsituationen mit hohem Unsicherheitspotenzial identifiziert werden, z.B. Orte mit hoher Anzahl unerwünschter Ereignisse (Hot Spots). Evaluiert werden können auch die Erfahrungen, die die Polizei in einem Plangebiet gesammelt hat. Auf dieser Grundlage sind räumliche und Gestaltungsfaktoren zu erkennen, die mit subjektiver und objektiver Unsicherheit korrespondieren. Die Polizei kann auch Hinweise geben, welche kritischen Einflüsse dabei im Plangebiet selbst induziert werden und welche von außen aus benachbarten Stadtarealen in das Plangebiet dringen. In der kooperativen Auseinandersetzung zwischen Stadtplanung und Polizei werden darüber hinaus Informationen über kritische Wegebeziehungen in den Siedlungsraum hinein und innerhalb des Siedlungsraumes verfügbar sowie Informationen über Siedlungsbereiche, die eine unerwünschte Raumnutzung begünstigen. Wenn diese kooperativ erschlossenen Informationen in Handlungsziele der Stadtplanung übertragen werden, können Maßnahmen initiiert werden, die für die Bewohnerschaft zu deutlichen Qualitätsverbesserungen des Wohnstandortes führen. Beispielsweise können gezielte Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Identität durchgeführt, Wege auf Grund der Ereignislage geschlossen oder geöffnet werden, Verkehre anders gelenkt werden und spezifisch identifizierte Orte im öffentlichen Raum präventiv gestaltet werden.

(9) Maßnahmen zur Integration (I wie Integrationsmaßnahmen)

Hier wird z.B. Mitternachtssport angeboten, um junge Menschen nachts von den Straßen zu holen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich sinnvoll zu beschäftigen. Kriminalität und Vandalismus werden vorbeugend bekämpft, indem sie an den Wochenenden in den Nachtzeiten bis in die frühen Morgenstunden aktiviert werden. Kostengünstige Freizeitangebote in diesen Zeiten sind für Jugendliche attraktiv und bieten eine Alternative zum ziellosen ‚Herumhängen‘ auf der Straße. Die Jugendlichen lernen in Sport- und Kulturprojekten selbständiges Handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen.

²⁴ Vgl. *H. van den Brink*, Kommunale Kriminalprävention – Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien, Frankfurt/M. 2005

1.3 Vorgehensweise und methodische Schritte

1.3.1 Interdisziplinäres Forschungskonzept durch integrierte Handlungsperspektive

Die Annahme eines monokausalen Zusammenhangs zwischen faktischer Kriminalitätsbelastung und städtebaulicher Struktur wird in der Literatur zu Recht ernstlich angezweifelt, aber das Auftreten indirekter positiver Wirkungen durch eine situative kriminalpräventive Gestaltung der baulichen Umwelt findet demgegenüber zunehmend Zustimmung.²⁵ Es setzt sich ein multifaktorielles Verständnis durch, das die baulichen Strukturen nicht isoliert betrachtet, sondern beispielsweise auch die soziale Struktur des Wohnumfeldes als Erklärungsfaktor für eine mangelnde Abwehrfähigkeit des Raumes heranzieht. „Ermöglicht die bauliche Umwelt wenig informelle Sozialkontrolle oder werden öffentliche und private Räume unzureichend verdeutlicht, so trägt dies (...) zu Vandalismus und anderen Gewalthandlungen bei“, fasst Kasperzak die Lage der Befunde vorsichtig zusammen und verweist zugleich darauf, „dass deutsche Arbeiten und Daten nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen“, um von empirisch gesicherten Wissen sprechen zu können.²⁶

Die Vielfalt exemplarischer Maßnahmen, die zu Handlungspaketen gebündelt werden können, zeigt die „Länder-Bund-Projektsammlung“;²⁷ darin werden alljährlich ausgewählte nationale Präventionsprojekte aus dem „Infopool Prävention“ des BKA dokumentiert. In der Publikation wird nicht die wissenschaftlich-evaluative Perspektive eingenommen, sondern es werden konkrete Anregungen und Orientierungen vermittelt, welche Präventionsprojekte im Laufe der vergangenen Jahre und aktuell erfolgreich umgesetzt werden. Darüber hinaus gibt es neuere deutschsprachige Übersichten, welche städtebaulichen und sozialplanerischen Maßnahmen mit präventiven Einflüssen zur Anwendung gebracht werden können.²⁸ Schließlich ist noch auf eine deutsche Studie zu verweisen, in deren Rahmen ein „Audit zur Verkehrsraumgestaltung“ zur integrativen Kriminalitätsprävention entwickelt worden ist.²⁹

Dieser aktuelle deutsche Wissensstand wurde im Vorhaben mit den theoretischen Grundlagen aus dem angelsächsischen Raum konstruktiv in Verbindung gebracht. Der wissenschaftliche Stand wurde im Verlauf des Projekts in dem ausgewählten Leverkusener Untersuchungsraum Rheindorf-Nord konzeptionell und interdisziplinär operationalisiert, um das Wissen planerisch-anwendungsbezogen für den Transfer bzw. die Umsetzung in die Wohnungswirtschaft und in das kommunale Management aufbereiten zu können. Auf der Grundlage von (1) empirischen Erhebungen sowie Analysen und (2) sozialen sowie raumbezogenen Planungen wurde ein integriertes Handlungskonzept entwickelt und implementiert.

²⁵ Kasperzak, T. (2000): Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis. Empirische Polizeiforschung, Bd. 14, Holzkirchen/Obb., 116f

²⁶ ebd., 119f

²⁷ *Bundeskriminalamt* (Hrsg.) (2001): Kriminalprävention in Deutschland. Länder-Bund-Projektsammlung. Neuwied, Krißtel

²⁸ Vgl z.B.. *Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz* (Hg.), Städtebau und Kriminalprävention – polizeiliche Kriminalprävention, Mainz 2002; *Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen* (Hg.), Sicherheit durch Gestaltung der Städte, Düsseldorf 2005; *Niedersächsisches Innenministerium* (Hg.), Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft, Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung, Hannover 2002; *Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes* (Hg.), Städtebau und Kriminalprävention – eine Broschüre für die planerische Praxis, Stuttgart 2004.

²⁹ *Baier, Reinhold / Schäfer, Karl-Heinz* (2003): Integrative Prävention durch Audits zur Verkehrsraumgestaltung. Teil 4: Verfahrenskonkretisierung. Studie im Auftrag der Polizei-Führungsakademie Münster. Typskript, Aachen

Der Forschungs- und Transferprozess wurde mit Unterstützung der lokalen Wohnungswirtschaft, des kommunalen Managements und der örtlichen Polizei realisiert. Bei der wissenschaftlichen Bearbeitung wurde einerseits mit Fachkollegen von der Fakultät für Architektur der Fachhochschule Köln und andererseits mit einem Kriminologen der Ruhr-Universität Bochum zusammengearbeitet (siehe Beschreibung der Kooperation).

1.3.2 Ausgangssituation städtebaulicher Kriminalprävention

In Leverkusen existiert zum Zeitpunkt der Untersuchung kein kriminalpräventives Gremium (Kriminalpräventiver Rat, Runder Tisch) auf gesamtstädtischer bzw. auf Stadtteilebene. Ein Konzept zur gesamtstädtischen Gewalt- und Kriminalprävention gibt es folglich in Leverkusen nicht. In Leverkusen gibt es eine Ordnungspartnerschaft zwischen der Polizei Leverkusen und dem Ordnungsamt der Stadt Leverkusen. Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention sind weder in der kommunalen Bauverwaltung noch in den Wohnungsunternehmen, bei den Bauträgern und der Polizei in die Arbeitsabläufe integriert (Expertengespräch Polizeipräsidium Leverkusen 2004). Die Polizei Leverkusen versucht beratend den Bauträgern und Wohnungsunternehmen baulich-technische Sicherheitsaspekte näher zu bringen. Im Bereich der Jugendhilfe existiert kein soziales Frühwarnsystem, verhaltensorientierte Präventionskonzepte im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention werden punktuell als Einzelaktionen in den Institutionen eingesetzt (Expertengespräche Fachbereich Kinder und Jugendliche). Dabei handelt es sich beispielsweise um Antigewaltkurse in Kindergärten und Schulen. Bei den Wohnungsunternehmen ist das Thema "Sicheres Wohnen" zum Zeitpunkt des Starts des Vorhabens nicht Bestandteil der Vermietungsstrategie (Expertengespräche WGL, WSS, GAGFAH, BaywoGe).

1.3.3 Kernaufgaben des Forschungsprojekts

Aus den Aufgaben und Fragestellungen ergeben sich folgende Kernaufgaben im Forschungsprozess:

- Erhebung quantitativer Daten der Kommunalstatistik, Polizeistatistik und Wohnungsverwaltung – differenziert nach Teilräumen – zur Charakterisierung der Großwohnsiedlung.
- Qualitative Befragungen zur Analyse der Ist-Situation (u.a. Expertengespräche, Passantenbefragungen).
- Durchführung einer schriftlichen Haushaltsbefragung zur Wohnzufriedenheit und zur Sicherheitslage im Wohngebiet – unter Verwendung von Vergleichsindikatoren des Standardinventars zur Durchführung kommunaler Opferstudien.
- Erstellung eines Lagebilds zur Sicherheit im Untersuchungsgebiet.
- Entwicklung eines städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Sicherheitsaudits für die Anwendung auf Bestände / Gebiete von Wohnungsgesellschaften.
- Durchführung des Sicherheitsaudits an ausgewählten Orten mit unterschiedlichen Zielgruppen als semi-formalisiertes Verfahren.
- Koordination eines Netzwerks von Akteuren der Wohnungswirtschaft, des kommunalen Managements, der Polizei; der Sozial- und Kulturarbeit und intermediärer lokaler Kräfte zur Abstimmung und Integration von Maßnahmen.
- Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der „Kultur- und Imageentwicklung“ zur Initiierung von Beteiligungsprozessen und zur Stärkung der Selbsthilfepotenziale in den

Nachbarschaften – unter besonderer Einbeziehung und Aktivierung der Kinder und Jugendlichen.

- Transfer von Beste-Praxis-Beispielen, Beratung und fachliche Unterstützung der beteiligten Stadtteilakteure (z.B. Beratung bei Fragen zum sozialen Wohnungsmanagement).
- Vorbereitung und Abstimmung eines integrierten Handlungskonzepts – bestehend aus sozialplanerischen, wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Maßnahmen.

1.3.4 Städtebauliches Sicherheitsaudit

Die Durchführung von Sicherheitsaudits im Städte- und Wohnungsbau war bis vor einigen Jahren in der städtebaulichen Kriminalprävention und im Städte- und Wohnungsbau in Deutschland eine weitgehend unbekannt Methode. Seither wurden in einigen Kommunen, Verkehrs- und Wohnungsunternehmen Sicherheitsbegehungen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit durchgeführt.³⁰

Demgegenüber haben Sicherheitsaudits im Städtebau in angloamerikanischen Städten und Gemeinden bereits eine langjährige Tradition. So werden bauliche Sicherheitsaspekte in kanadischen Städten seit einigen Jahren in einem engen Zusammenhang zur Gesamtstrategie zur Verbesserung der Lebensqualität und Nachhaltigkeitsdebatte in den Städten (Safe Community Designations) vorgenommen und spielen heute schon in den komplexen kommunalen Sicherheitsprogrammen eine Rolle. Entscheidend ist, dass die Kommune jedermann aufruft, sich in seinem Umfeld mit der Sicherheitslage auseinander zusetzen "Anyone can take part in safety audits. They are designed to empower residents who feel vulnerable. When organising the audit you should consider everyone who would be interested in participating or helping in your effort".³¹ Ein derartig offenes Verfahren und Herangehen an das Sichere Orte Thema existiert in der deutschen Stadtlandschaft nicht. Auch in Großbritannien hat der Sicherheitsaspekt in der Kommune einen hohen Stellenwert, so genannte Safety-Audits werden seit einigen Jahren im öffentlichen Raum durchgeführt. Die Initiative Crime Concern in London und die Crime Prevention Agency geben auf nationaler Ebene in ihrem Handbuch Planungshilfen und konkrete Beispiele für unterschiedlich anwendbare Sicherheits-Checklisten vor. Diese Verfahrenbeispiele können in verschiedenen örtlichen Situationen und für unterschiedliche Zielgruppen abgewandelt werden und dienen den Praktikern in den Gemeinden als Planungshilfe zur Verbesserung der tatortorientierten, situativen Sicherheitslage in städtebaulichen Erneuerungsverfahren. Das in Rheindorf angewandte Verfahren ist vergleichbar mit den dort beschriebenen Walkround Audit Checklisten für bebaute Räume.

Dabei werden spezielle Fragen auf die jeweilige räumliche Situation angewendet. Diese beziehen sich auf die Themen:

- Beleuchtungssituation
- Orientierung und Übersichtlichkeit
- Aspekte der baulich-technischen Sicherheit
- Ausstattung des privaten bzw. halbprivaten Raums
- Ausstattung des öffentlichen Raums
- Wegebeziehungen

³⁰ Jäger, J. (1996): Kriminalitätsvorbeugung im öffentlichen Verkehrsraum. Dortmund, ILS NRW 1995; Baier, Reinhold / Schäfer, Karl-Heinz (2003): Integrative Prävention durch Audits zur Verkehrsraumgestaltung. Teil 4: Verfahrenskonkretisierung. Studie im Auftrag der Polizei-Führungsakademie Münster. Typoskript, Aachen

³¹ www.toronto.ca/safetyaudits/resources.htm; Stand Juni 2007

Die britischen Vorlagen wurden in Rheindorf präzisiert und an den vorhandenen Raum angepasst.³² Weitere methodische Aspekte wurden dem kanadischen Safety-Audit von Toronto entnommen. In der folgenden Abbildung wird der Ablauf des städtebaulichen Sicherheitsaudits dargestellt.

Ablauf der städtebaulichen Sicherheitsaudits in Rheindorf-Nord

Teil 1: Analysen

1. Voranalysen des bebauten Siedlungs- und Sozialraums
2. Fotodokumentation
3. Sichtung der Daten, Pläne und Planungsunterlagen (Bebauungsplan)
4. Haushaltsbefragung 2004: Ermittlung Angstorte, Raumdefizite und Potenziale im Fragebogen-Teil D
5. Auswertung der Angstorte aus den Fragen im Teil D der Haushaltsbefragung
6. Benachrichtigung freiwilliger Teilnehmer für die Ortsbegehungen
7. Begehung der Angstorte mit Bewohnergruppen (07.01.2005 / 08.01.2005 / 19.05.2005)
8. Auswertung der Voranalysen und Begehungsprotokolle

Teil 2: Handlungskonzept

10. Erarbeitung von Basisinformationen für Architektur, Freiraumplanung, Stadtplanung und Wohnungsbau
11. Workshop mit Projektpartnern zur anwendungsorientierten Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts (Winter 2006)

1.3.5 Quantitative Analysen

Im ersten Untersuchungsschritt wurden Daten der Kommunalstatistik, Wohnungswirtschaft und der Polizeistatistik gesichtet und ausgewertet, soweit geeignete Daten zum Untersuchungsgebiet in den einzelnen Institutionen zur Verfügung standen. Es wurde versucht, eine möglichst kleinräumige Sozialraumanalyse für das Untersuchungsgebiet zu erstellen, um den besonderen Handlungsbedarf hinsichtlich der Untersuchungsfragen und Zielsetzung des Forschungsvorhabens auf Blockebene zu identifizieren.

(a) Bei der Stadt Leverkusen findet erst seit kurzer Zeit eine Umstellung der Datendarstellung auf Quartiersebene statt, sodass nur begrenzte Aussagen auf Quartiersebene möglich sind. Zur Beschreibung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur wurden Indikatoren und Merkmale der Sozialberichterstattung ausgewertet (Geschlecht, Altersstruktur, Religion, Haushaltsgröße, Zu- und Fortzüge). Aus dem Schulamt wurden Daten der Schulübergänge zu weiterführenden Schulen herangezogen. Beim Amt für Gesundes und Soziales konnte auf den kommunalen Gesundheitsbericht zurückgegriffen werden, der detailliert den Ist-Zustand der Gesundheitssituation von Kindern vor der Einschulung stadtteilbezogen abbildet. Zudem wurden die verfügbaren Daten zur Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit ausgewertet. Auf die wichtigen Daten der Jugendhilfestatistik musste im Rahmen der Forschungsarbeit verzichtet werden, da hierzu bei der Jugendhilfe keine Aufzeichnungen vor-

³² <http://www.crimereduction.gov.uk/aud00.htm>; Stand Juni 2007

lagen. Beim Sozialamt wurden die Wohnortdaten der Spätaussiedlerhaushalte in einer Sonderauswertung straßenweise ausgewertet.

(b) Des Weiteren wurden die Daten der vier Wohnungsunternehmen gesichtet, soweit diese in dokumentierter Form vorliegen. Dabei wurden Informationen zum Baujahr, zu Art der Wohnungsbauförderung, Wohnungsbelegung, Wohndauer und Modernisierung erfragt. Weitere erfragte Aspekte waren u.a. die Fluktuation, Kündigungsgründe und Vandalismusschäden. Die Daten lagen in den vier Wohnungsunternehmen in unterschiedlicher Dokumentationsform und Qualität vor.

(c) Beim Polizeipräsidium Leverkusen wurden Daten nach Straßen aus der Eingangsstatistik und den Einsatzdaten abgefragt und ausgewertet, um ein geographisches Lagebild über die spezifischen Tatgelegenheiten und Tatorte zu erhalten.

1.3.6 Städtebauliche Analyse

Anhand der amtlichen Pläne der Stadt Leverkusen (Luftbild, Übersichtsplan, Katasterpläne 1:1.000) wurde Rheindorf-Nord geografisch in den Gesamtkontext zur Gesamtstadt Leverkusen eingeordnet und eine erste Karteninterpretation bezüglich der baulichen Genese vorgenommen. Zudem wurde beim Bauamt der Stadt Leverkusen Einsicht in den aktuellen Bebauungsplan von Rheindorf-Nord genommen, um detaillierte Informationen über Art und Umfang des Baubestands und mögliche Neubauvorhaben in Erfahrung zu bringen. Im nächsten Schritt konnte auf eine vorliegende Standortanalyse angeknüpft werden.

Die Standortanalyse wurde im Sommersemester 2004 im Rahmen einer Seminarveranstaltung des F & E Forschungsschwerpunkt an der Fachhochschule Köln angefertigt. Dabei wurden neben der baulichen Entstehungsgeschichte auch Typisierungen der Baustruktur vorgenommen. Des Weiteren wurden die Straßen- und Wegebeziehungen, die Orientierung, das ÖPNV-Angebot und die sozialen und ökonomischen Infrastrukturen aufgezeichnet. An drei aufeinander folgenden Terminen wurden Ortsbesichtigungen durchgeführt, wobei vorläufig erste subjektiv wahrnehmbare städtebauliche und sozialräumliche Defizite erfasst wurden. Dabei wurden bauliche und soziale Teilräume unterschieden und defizitäre Räume neben Potenzialräumen erhoben. Diese wurden auch fotografisch dokumentiert. Signifikante physikalische Raummerkmale der Karteninterpretation wurden vor Ort in Augenschein genommen und auf ihre Bedeutung für das Quartier vor Ort überprüft. Erste Hinweise auf potenzielle städtebauliche Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention wurden im Gesamtgebiet aufgenommen.

1.3.7 Schriftliche Bewohnerbefragung

Im Herbst 2004 wurde eine schriftliche Bewohnerbefragung durchgeführt. Der Fragebogen umfasst 51 Fragen (s. Anlage Fragebogen). Er wurde in folgende inhaltliche Teile gegliedert.

- Teil A) Fragen zur Wohnsituation in Rheindorf-Nord
- Teil B) Fragen zur Zufriedenheit mit dem Quartier
- Teil C) Fragen zur Nachbarschaft und verwandtschaftlichen Kontakten im Stadtteil
- Teil D) Fragen zum persönlichen Sicherheitsgefühl in Rheindorf-Nord
- Teil E) Fragen zum Wohnungsvermieter bzw. zur Stadt Leverkusen
- Teil F) Fragen zur persönlichen Situation der Befragten

Die speziellen Fragestellungen in der Bewohnerbefragung dienten zur Fokussierung und engeren räumlichen Abgrenzung der Aussagen von den Bewohnern und Bewohnerinnen, welche Orte im

Wohnumfeld als unsicher eingestuft wurden. Zudem wurden neben der persönlichen Opfererfahrung, Tatorte und Straftaten bei den Bewohnern erfragt. Diese gewonnenen Hinweise zu unsicheren Orten wurden später im Verlauf des städtebaulichen Sicherheitsaudits als Grundlage für die weiteren Verfahrensschritte selektiert. Dazu werden die Ergebnisse als Grundlage für das städtebauliche Sicherheitsaudit und weiterer ausgewählter persönlicher Mieterbefragungen verwendet. Weitere Fragen richteten sich an das nachbarschaftliche Gefüge.

Der Fragebogenteil D, in dem Fragen zum persönlichen Sicherheitsgefühl in Rheindorf-Nord erhoben wurden, wurde in enger Kooperation mit dem Forschungsteam von Prof. Dr. Feltes, Ruhr-Universität Bochum, entwickelt. In Anlehnung an die mehr kriminologisch ausgerichteten Bewohnerbefragungen in Baden-Württemberg, wurde hier eine Neukombination von Elementen der Wohnzufriedenheitsstudien, die in der Stadtteilmforschung und Wohnungsmarktforschung verbreitet sind, mit kriminologischen Fragestellungen erprobt. So konnten Fragemodule zur selbst berichteten Opfererfahrung, Angaben zu unsicheren Orten – subjektiven Angsträumen und möglichen Tatorten - erhoben werden. Die Antworten dienten der Vorbereitung der Ortsbegehungen im Sicherheitsaudit.

Der Fragebogen wurde zur Unterscheidung von Mieterhaushalten und Bewohnern von Einfamilienhaushalten in zwei inhaltlich und optisch unterscheidbare Fragebögen aufgeteilt. Inhaltlich unterscheiden sich die Fragebögen bei der Frage 1 (Wer ist Ihr Vermieter?) und den Fragenteil E, worin Servicefragen zum Wohnungsvermieter an die Mieter gerichtet wurden, bei den Bewohnern der Einfamilienhausbebauung hingegen servicebezogene Fragen zur Stadt Leverkusen ersetzt wurden. Der Fragebogen enthält neben standardisierten Antwortkategorien eine Vielzahl offener Antwortmöglichkeiten, um weitere potentielle Antworten zu erfassen. Der Fragebogen wurde auch in die türkische und russische Sprache übersetzt und über die Wohnungsunternehmen an die entsprechenden Mieterhaushalte verteilt bzw. beim Migrationsdienst der Caritas e.V. im Mediacafé zum Tausch hinterlegt.

Der Pretest wurde in vergleichbaren Siedlungsstrukturen, im unmittelbar angrenzenden Wohngebiet Rheindorf-Süd durchgeführt. Der Versand der Mieterfragebögen wurde von den Wohnungsunternehmen übernommen. Es wurden rund 4.400 Fragebögen an die Haushalte verteilt. Die Verteilung der Fragebögen an die Einfamilienhaushalte übernahm die Fachhochschule Köln. Die ausgefüllten Fragebögen konnten als portofreie Rückantwort an die Fachhochschule zurückgeschickt werden. Zur Motivation setzten die Wohnungsunternehmen Preise aus. Es wurden allerdings keine Fragebögen in russischer bzw. türkischer Übersetzung an die Fachhochschule zurückgeschickt. Die Ausschöpfung der Mieterhaushalte betrug rund 25% (N = 713 Mieterhaushalte). Die Rückantwortquote der Eigenheimbewohner lag ebenfalls bei rund 25% (N = 360 Eigentümer).

1.3.8 Ortsbegehungen mit Bewohnern aus Rheindorf-Nord

Am 07. und 08. Januar 2005 wurden die ersten beiden Ortsbegehungen mit Bewohnern und Bewohnerinnen bei Einbruch der Dunkelheit durchgeführt. Am 19.05.2005 folgte das dritte Bewohneraudit mit Mietern der WGL bei Tageslicht. Alle Termine wurden bewusst in den späten Nachmittag gelegt, damit erwerbstätige Bewohner die Gelegenheit zur Teilnahme hatten und die in der Haushaltsbefragung vielfach kritisierte Beleuchtungssituation im Sicherheitscheck geprüft werden konnte. Die Wintermonate bieten sich für derartige Begehungen an, da der Sonnenuntergang in den frühen Abendstunden stattfindet und sich Bewohner zur Teilnahme zu diesen Uhrzeiten motivieren lassen.

Bei der Auswahl der Bewohner konnte auf die freiwillige Angabe der Telefonnummer (vgl. Frage 51: Wären Sie bereit mit uns die Plätze und Orte in Rheindorf-Nord zu besichtigen, um Verbesserungsvorschläge zu machen?) in den Fragebögen zurückgegriffen werden. Rund 160 Freiwillige

von rund 1100 Befragten hatten ihre Telefonnummer im Fragebogen ohne Angaben des Namens eingetragen. Weitere Angaben, die dem Forscherteam in der Selektion der Datensätze zur Verfügung standen, waren die Angaben zu Alter, Geschlecht, Nationalität, Mieter- bzw. Eigentümerstatus.

Für die Zusammensetzung der Bewohnergruppen wurden die Durchschnittszahlen der kommunalen Bevölkerungsdaten und die wohnungswirtschaftlichen Daten zu Mieterhaushalten und Haushalten im Eigentum zur Grundlage genommen (Verteilung/Anteil Geschlecht, Alter, Mieter- bzw. Eigentümerhaushalte). Die erste Gruppe wurde bewusst aus jüngeren Mieterhaushalten zusammengesetzt (Geburtsjahr 1960 und jünger). Die zweite Gruppe wurde aus älteren Jahrgängen aus den Bereichen der Einfamilienhäuser zusammengestellt. Die dritte Gruppe bestand aus WGL Mietern, wobei primär Frauen eingeladen wurden.

Teilnehmergruppen der Ortsbegehungen im Sicherheitsaudit

- Gruppe 1
Freitag, 07.01.2005 / 17:00 – 19:00 Uhr (bei Dunkelheit)
Bewohner: 15 Personen
Alter: Geburtsjahrgänge 1960 und jünger
Wohnstatus: 10 Mieter (5 WGL, 2 GAGFAH, 2 Wilhelm-Sander-Stiftung, 1 Baywoge) und 5 Eigentümer
Geschlecht: 8 Männer; 7 Frauen
- Gruppe 2
Samstag 08.01.2005 / 16:00 -18:00 Uhr (bei Dämmerung und Dunkelheit)
Bewohner: 15 Personen
Alter: ältere Menschen im Alter ab 60 Jahre
Wohnstatus: 8 Mieter (4 WGL, 2 Wilhelm-Sander Stiftung, 1 GAGFAH, 1 Baywoge) und 7 Eigentümer
Geschlecht: 7 Männer; 8 Frauen
- Gruppe 3
Donnerstag, 19.05.2005 / 18.30 Uhr bis 20.30 Uhr (bei Tageslicht)
Bewohner: 13 Personen
Wohnstatus: 13 Mieterinnen und Mieter der WGL
Geschlecht: 5 Männer, 8 Frauen

Die Teilnehmer wurden per Telefonliste der Haushaltsbefragung selektiert und drei Wochen vor dem Begehungstermin telefonisch informiert und eingeladen. Während des Telefonats wurden der Anlass und Zweck der Begehung erläutert. Nach der mündlichen Zusage zur Ortsbegehung erhielten die Bewohner eine schriftliche Einladung mit Informationen zum Termin, Treffpunkt, Ziel der Ortsbegehung und Ansprechpartner an der Fachhochschule Köln.

Es wurde eine kleinräumige Aufteilung der Orte zur Begehung vorgenommen. In diesem Fall wollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den großen Rundgang machen, um über die Vielzahl der defizitären Raumsituationen zu berichten. Für konkrete Einzelplanungen empfehlen sich einzelne, abgegrenzte Raumeinheiten.

Da die ersten beiden Begehungen überwiegend in der Dunkelheit durchgeführt wurden, musste aus technischen Gründen auf schriftliche Notizen verzichtet werden; daher wurden alle Aussagen

mit Genehmigung der Teilnehmer auf Tonband aufgezeichnet und im Anschluss niedergeschrieben. Es zeigte sich während der Begehungen, dass sehr gute Ortskenntnisse seitens des Untersuchungsteams erforderlich sind, um die Aussagen in der Auswertung zu rekonstruieren und mit anderen Untersuchungsergebnissen zu kombinieren. Vor allem sind Fotos in ausreichender Form zur Dokumentation der räumlichen Situation aufzunehmen. Dies kann bei Begehungen nach Einbruch der Dunkelheit vor oder noch nach der Begehung erfolgen. Die Fotos wurden zum Teil bei der Voruntersuchung und im Anschluss aufgenommen.

1.3.9 Expertengespräche

Um genaue Erkenntnisse über die aktuelle Situation im Untersuchungsgebiet zu erlangen, wurden im Sommer 2004 Experteninterviews mit Schlüsselpersonen aus den Bereichen der Leverkusener Stadtverwaltung, den vier Wohnungsunternehmen, der Leverkusener Polizei und den lokalen Institutionen und Einzelakteuren geführt (s. Anhang Liste der Expertengespräche). Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte über Personen aus den jeweiligen Ressorts. Im Verlauf der Untersuchung ergaben sich aus den Recherchen weiterführende Hinweise auf relevante Gesprächspartner. Der unterschiedliche Zugang der Gesprächspartner zur Thematik, der sich aus den verschiedenen Zuständigkeiten und Arbeitsfeldern ergibt, machte eine offene, z.T. leitfragengestützte Gesprächsführung sinnvoll. Das Fachwissen und die spezifischen Erfahrungen der Befragten ließen die Verwendung eines standardisierten Fragebogens nicht zu, zumal auf das fachliche Wissen des einzelnen Experten bezogene Fragestellungen erforderlich waren. Die Gesprächspartner wurden im ersten Schritt telefonisch und dann in einem Anschreiben über das Forschungsvorhaben und Anliegen der Interviews informiert. Dieses Verfahren erwies sich als geeignet, da sich die Gesprächsbeteiligten auf das Gespräch inhaltlich vorbereiten konnten. Alle Gespräche konnten persönlich geführt werden.

Zusätzlich gab es für jeden einzelnen Gesprächspartner einen kurzen thematisch gewichteten Gesprächsleitfaden. Er wurde zur Vorbereitung auf das Gespräch postalisch an die Experten versandt. Während des Gesprächsverlaufs unterstützte der Leitfaden die Strukturierung der Inhalte. Bei der Konzeption des Leitfadens für die Interviews mit den verschiedenen Akteuren mussten deren spezifische Arbeits- und Handlungsfelder berücksichtigt werden, so dass an den jeweiligen Akteur gezielte Fragen gerichtet werden konnten, die Erfordernisse einer offenen Gesprächsführung dennoch gewährleisten blieben.

Die Gesprächsdauer lag zwischen 1,5 Stunden und 2,5 Stunden. Die offene Befragung war erforderlich, da das spezifische, bisher nicht dokumentierte Erfahrungswissen der Experten über den Untersuchungsraum in Erfahrung gebracht werden sollte. In einigen Fällen wurden die Gespräche an einem weiteren Termin fortgeführt, zum Beispiel, wenn in der Zwischenzeit neue Entwicklungen bzw. Aspekte hinzukamen oder den Gesprächspartnern neuere Informationen zur Verfügung standen. Zudem dienten die Gespräche der Recherche von Statistiken, von forschungsrelevanter Literatur und unveröffentlichten Materialien aus den einzelnen Institutionen.

Die Gespräche wurden im vorliegenden Bericht an den Stellen der Kapitel zusammengefasst und integriert, wo sie fehlende quantitative Daten qualitativ ergänzen. Die Aussagen der Gespräche dienten primär der Fokussierung der Ist-Situation in Rheindorf-Nord und dem besseren Verständnis der lokalen Strukturen und Prozesse der Mitarbeiter des Forschungsprojekts. Des Weiteren dienten die Gespräche der inhaltlichen Vorbereitung der Haushaltsbefragung 2004 und des städtebaulichen Sicherheitsaudits. Die Aussagen wurden darüber hinaus bei der gemeinsamen Entwicklung eines integrierten Lösungskonzepts und Handlungsmodulen mit den Akteuren wieder berücksichtigt.

1.3.10 Ergebnisse studentische Untersuchungen

Die enge Anbindung des TRAFÖ-Forschungsprojekts an die Lehrveranstaltungen des Instituts für Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln ermöglichte es, verschiedene studentische Auswertungen, Untersuchungen und Diplomarbeiten in Rheindorf-Nord durchzuführen, die ohne die aktive Mitarbeit der Studierenden nicht möglich gewesen wären. In den Jahren 2004 und 2005 haben drei Diplomandinnen der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften (Studiengang Sozialpädagogik) ihre Diplomarbeit über unterschiedliche Aspekte in Rheindorf-Nord verfasst. Die wichtigsten Ergebnisse der studentischen Arbeiten werden in diesem Bericht mit speziellem Hinweis auf die Autorinnen dargestellt.

1.4 Ableitung von Handlungsempfehlungen

Das integrierte Handlungskonzept sollte auf der Grundlage von

- empirischen Erhebungen und Analysen sowie
- sozialplanungs- und raumbezogenen Planungsworkshops entwickelt werden.

1.4.1 Städtebaulicher Planungsworkshop

Basierend auf zuvor erarbeiteten Erkenntnissen im Untersuchungsraum wurde am 23. und 24. Januar 2006 mit den Vertretern der vier beteiligten Wohnungsunternehmen, der Stadtverwaltung und der Polizei Leverkusen eine prozessorientierte Planungswerkstatt vor Ort durchgeführt, um im gemeinsamen Planungs- und Lernprozess mögliche machbare gestalterische Lösungen an modellhaften Standorten zu erarbeiten und die nächsten erforderlichen Handlungsschritte zu vereinbaren. Dazu wurden jeweils ein begrenzter exemplarischer Wohnungsbestand von der WGL GmbH und der Wilhelm-Sander-Stiftung benannt. Als dritter Standort wurden die Außenbereiche der Baywoge am Königsberger Platz (Hausnummer 8, 10, 12) ausgewählt. Im ersten Fall handelt es sich um Zeilenmiethäuser in der Unstrut- und Zschopastraße. Im Fall der Wilhelm-Sander-Stiftung soll zur Gestaltung des Scheibenhochhauses an der Okerstraße (Nr. 30a/b) und des unmittelbaren Wohnumfeldes gearbeitet werden. Anhand dieser beiden Beispiele wurde den lokalen Akteuren exemplarisch vermittelt, welche relevanten Sicherheits- und Qualitätsaspekte bei der Planung beachtet werden sollten. Die großflächigen, defizitären öffentlichen Räume wurden zum Teil thematisiert, können jedoch wegen der aktuellen Haushaltsdefizite der Stadt Leverkusen nicht bei der Realisierung berücksichtigt werden. In der Planungswerkstatt wurden die defizitären Bereiche vorab vor Ort aufgesucht und eine Aufgabenstellung vorgegeben. Dabei wirkten zwei externe Architekten und Prof. Hamacher von der Fakultät für Architektur der Fachhochschule Köln fachlich unterstützend mit. In der Planungswerkstatt erarbeiteten und diskutierten die zuständigen Akteure in zwei gemischten, interdisziplinären Arbeitsgruppen im Verlauf von zwei Tagen Lösungsvorschläge für die baulichen und gestalterischen Situationen.

1.4.2 Planungsworkshop soziale Arbeit

Ergänzend zu dem städtebaulichen Workshop wurde am 23. Mai 2006 ein zweiter Workshop durchgeführt, der eine Erörterung der möglichen Gestaltung des „Sozialen Miteinanders in Rheindorf-Nord“ mit lokalen Akteuren beinhaltete. Er bot professionellen Akteuren des Quartiers Gelegenheit, in Kontakt zu treten und das soziale Miteinander in Rheindorf-Nord aus den unterschiedlichen fachlichen Perspektiven zu diskutieren. Nicht nur die Vertreter sozialer Einrichtungen, der

Polizei, Kirchen und der Verwaltung waren eingeladen, sondern auch Vertreter der Wohnungswirtschaft und Stadtplanung. Der interdisziplinäre Blick ermöglichte Einblicke in fremde professionelle Strukturen und Arbeitsweisen, die ein besseres Verständnis für ein ‚integriertes‘ oder ‚koordiniertes Handeln‘ wecken sollten. So ließen sich eigene Auffassungen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Potenzielle Interventionen konnten wahrgenommen werden, die vorher nicht in Betracht gezogen wurden. Durch den interdisziplinären Austausch sollte eine Bandbreite von Umsetzungsstrategien entwickelt werden, die von einer großen Akzeptanz der verantwortlichen Akteure im Quartier getragen wird.

1.4.3 Aufbau des Berichts

Der Bericht des Forschungsvorhabens ist in vier Teile untergliedert. In der Einführung in das Forschungsvorhaben werden die Ziele der Studie, der Stand der wissenschaftlichen Diskussion und die Vorgehensweise erläutert.

Im folgenden zweiten Kapitel werden die städtebauliche und die soziale Situation des Stadtteils Rheindorf-Nord dargestellt. Es wird Bezug genommen auf die städtebauliche Entstehungsgeschichte und Ausgangssituation sowie auf die Lage von Rheindorf-Nord im räumlichen Kontext. Zudem wird die soziale Situation der Bewohner auf der Basis statistischer Daten anhand von Informationen wie z.B. Einwohnerzahlen, Altersstruktur oder ethnische Zusammensetzung umrissen.

Die Analyse der Sicherheitssituation ist Gegenstand des dritten Kapitels; darin werden auch die einzelnen methodischen Schritte des Sicherheitsaudits dargestellt. Zuerst erfolgt die Auswertung der polizeilichen Daten in Bezug auf Delinquenz und Kriminalität im Stadtquartier. In Ergänzung dazu folgt die Auswertung der Bewohnerbefragung in Rheindorf-Nord, die Auskunft über die nicht offiziell erfassten Delikte und über das Sicherheitsempfinden der Bewohner gibt. Die Gebiete, die als Räume mit einem hohen Unsicherheitspotential identifiziert wurden, werden einzeln dargestellt und interpretiert. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsschritte wird eine Einschätzung der Sicherheitssituation aus der Perspektive der Opfer von Straftaten dargestellt. Da die sozialen Konflikte im Quartier, die dabei angesprochen werden, jedoch auch aus der Perspektive der ‚Täter‘ verstanden werden müssen, werden in Ergänzung zum Sicherheitsaudit auch studentische Untersuchungen zum Thema „jugendliche Delinquenz“ vorgestellt.

Im vierten Kapitel wird aus den Analysen ein Bild der Handlungsmöglichkeiten dargestellt, mit denen die Sicherheitssituation in Rheindorf-Nord verbessert werden kann. Damit das Handlungskonzept in einem kooperativen Verfahren entwickelt wird, wurden zwei Workshops veranstaltet, die der Vorbereitung eines Handlungskonzepts unter Einbezug lokaler Akteure dienen. Die Ergebnisse dieser Workshops werden im vierten Kapitel zusammenfassend dargestellt.

Im abschließenden fünften Kapitel erfolgt ein kurzes Resümee über die Forschungsarbeit und eine Bewertung des Auditverfahrens in Rheindorf-Nord aus der Sicht der Autoren.

2 Städtebauliche und soziale Situation in Rheindorf-Nord

2.1 Beschreibung des Stadtteils Rheindorf-Nord

Rheindorf-Nord liegt an der Peripherie von Leverkusen. Im Nordosten grenzt der Stadtteil an die Stadtgrenze zu Langenfeld. Im Westen wird die Siedlung durch die Autobahn A59 begrenzt, im Norden durch die Bahntrasse Leverkusen-Düsseldorf. Im Süden bildet der Rhein die natürliche Grenze. Im Osten schließt unmittelbar die Uferzone der Wupper an. Rheindorf-Nord weist durch die räumlichen Gegebenheiten in der Gesamtstadt Leverkusen eine Insellage auf. Die Grenze zwischen Rheindorf-Süd, dem ursprünglichen Fischerdorf am Rhein, und dem Gebiet der Großsiedlung wird durch die Yitzhak-Rabin-Straße gebildet. Sie bildet eine markante räumliche Grenze zwischen dem alten Siedlungsteil Rheindorf-Süd und dem Neubaugebiet im Norden. Zwischen den Siedlungsteilen befindet sich eine ca. 14 Morgen große Parkfläche. Diese dient primär der Trinkwassergewinnung aus Grundwasservorkommen und ist als Trinkwasserschutzzone ausgewiesen. Das städtische Wasserwerk hat hier einen Standort und sichert die Wasserversorgung des Stadtteils Opladen. Im Osten und Nordosten wird die Bebauung durch Hochspannungsleitungen begrenzt.

Der historisch gewachsene und dörflich geprägte Stadtbezirk Rheindorf hat Ende der 50er Jahre eine massive städtebauliche Veränderung durch eine expansive Stadtentwicklung erfahren. Es war möglich geworden, die bis dahin aus entwässerungstechnischen Gründen unbebaubaren Freiflächen in Rheindorf-Nord zu erschließen. Der Bau eines Hauptsammlers brachte Kapazitäten für die Entwässerung. Auch verkehrstechnisch wurde das bis dato schlecht erreichbare Gebiet angebunden. Brückenbauten über die Wupper und der damit gegebene Anschluss an Wiesdorf sowie der Bau der neuen Bahntrasse machten die Flächen für große Bauvorhaben attraktiv. So entstand nördlich der ehemaligen Benratherstraße – die heutige Yitzhak-Rabin-Straße – ein neuer Stadtteil. Im Osten umschließt der Stadtteil einen alten Siedlungskern, die Butterheide, eine ehemalige Tagelöhner- und Feldarbeitersiedlung, die heute durch bauliche Aufwertung und aufgewertete Einfamilienhäuser eine gute Wohnlage darstellt. Das Neubauvorhaben war zum damaligen Zeitpunkt die größte zusammenhängende Neubausiedlung Leverkusens. Ursprünglich ist die Großsiedlung für rund 10.000 Bewohner geplant worden. Die bis zu dieser Zeit landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden zu Bauland im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan umgewandelt.

2.1.1 Entstehungszeitraum der Siedlung 1959-1973

Die ersten Wohnhäuser wurden 1959 in Rheindorf-Nord gebaut. Die Siedlung wurde dann über einen längeren Zeitraum bis in das Jahr 1973 weiter gebaut. In den letzten Jahren fand in der Siedlung nur an wenigen Standorten eine Nachverdichtung statt. Die massiven Neubautätigkeiten der neuen Siedlung in den 60er und 70er Jahren dienten der Beseitigung der kriegsbedingten Wohnungsmengelpässe und der Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse breiter Bevölkerungsgruppen in Leverkusen. Massive Bevölkerungszuzüge, die aus der sowjetischen Besatzungszone resultierten und große Flüchtlingsströme in die zerstörten Städte brachten, bewirkten den Bau großflächiger Trabantenstädte in Westdeutschland. So wurde Rheindorf-Nord vorwiegend für die wohnungssuchenden Flüchtlinge und Vertriebenen gebaut. Hinweise auf die Herkunftsregionen der geflüchteten Menschen geben heute noch die Namen der Straßen, die auf die Flüsse in den ehemaligen deutschen Gebieten in Polen als Herkunftsregionen der ersten Flüchtlinge hindeuten.

Rheindorf-Nord ist eine typische westdeutsche Großwohnsiedlung der 60er und 70er Jahre.³³ Die Siedlung wird im Bebauungsplan, als reines Wohngebiet weitgehend ohne Mischnutzungen und Gewerbeflächen dargestellt. Die Siedlung verfügt über die für die Zeit typischen Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Grundschulen, Nebengebäude der Gesamtschule und zwei Kirchengemeinden. Aufgelockert wird sie durch den Neubau von 1- bis 2-geschossigen Ein- bis Zweifamilienhäusern in den Randbereichen. Der einzige gewachsene, alte historische Siedlungsteil ist die Butterheide, welche bauhistorisch nichts mit der Großsiedlung verbindet und sich städtebaulich deutlich abgrenzen lässt.



Abbildung 2-1: Luftbild Leverkusen Rheindorf-Nord. Quelle: Stadt Leverkusen

³³ BMBau (Hrsg.) Städttebaulicher Bericht. Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege, Bonn 1988

2.1.2 Gebäude- und Wohnungsbestand

Insgesamt gibt es in Rheindorf-Nord 4.200 Wohnungen in 918 Gebäuden. Davon sind rund 3.000 Wohneinheiten im Eigentum der vier Wohnungsunternehmen. Der überwiegende Teil der Wohngebäude (514) verfügt über 1 bis 2 Wohnungen, was durch den Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser bedingt wird. Rund 160 Gebäude verfügen über 3 bis 6 Wohneinheiten, 244 haben mehr als 7 Wohnungen. Diese Aussagen beziehen sich auf sämtliche Gebäude und Wohnungen in Rheindorf-Nord.

Tabelle 2-1.: Gebäude mit Wohnungen in Rheindorf-Nord am 31.12.2002

Rheindorf-Nord	insgesamt	mit 1 bis 2 Wohnungen	mit 3 bis 6 Wohnungen	mit 7 und mehr Wohnun- gen
Anzahl Gebäude	918	514	160	244

Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Fachbereich Stadtplanung und Bauaufsicht

Tabelle 2-2: Wohnungen in Gebäuden in Rheindorf-Nord am 31.12.2002

Rheindorf-Nord	Wohnungen insgesamt	in Gebäuden mit 1 Wohnung	in Gebäude mit 2 Wohnungen	in Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen
Anzahl WE	4.200	443	142	3.615

Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Fachbereich Stadtplanung und Bauaufsicht

Bei den Mehrfamilienhäusern handelt es sich in der Mehrzahl um typische Gebäude des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus. Die Mehrzahl der öffentlich geförderten Wohnungen sind im ersten Förderweg gebaut worden (WoBauG) und wird nur an Mieter mit einem nachgewiesenen Einkommen (Wohnberechtigungsschein) vermietet. Die Vergabe des Wohnberechtigungsscheins ist an eine Einkommensobergrenze gekoppelt. Folglich konzentrieren sich in vielen Wohngebäuden des sozialen Wohnungsbaus Haushalte mit einem geringen Einkommen. Die Fehlbelegungsabgabe ist aus diesem Grund in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt worden. Neben den öffentlich geförderten Gebäuden existiert ein hoher Anteil an freifinanzierten Miethäusern. An insgesamt drei Zentren sind Ladenlokale vorhanden, die in den Nebenzentren zum Teil leer stehen.

2.1.2.1 Wohnungsbestände der WGL GmbH

Die Wohnungsbaugesellschaft Leverkusen GmbH (abgekürzt: WGL) ist Eigentümerin von 2.122 Wohneinheiten in 122 Gebäuden und somit der größte Wohnungsvermieter in Rheindorf-Nord. Die WGL ist ein kommunales Wohnungsunternehmen und hat von daher eine große Bedeutung für die Wohnungsversorgung einkommensschwacher und benachteiligter Mietergruppen in Leverkusen. Die Wohngebäude der WGL wurden in den Jahren 1958 bis 1973 errichtet. In den Jahren 1983 bis 1996 kamen weitere 156 Wohneinheiten hinzu.³⁴

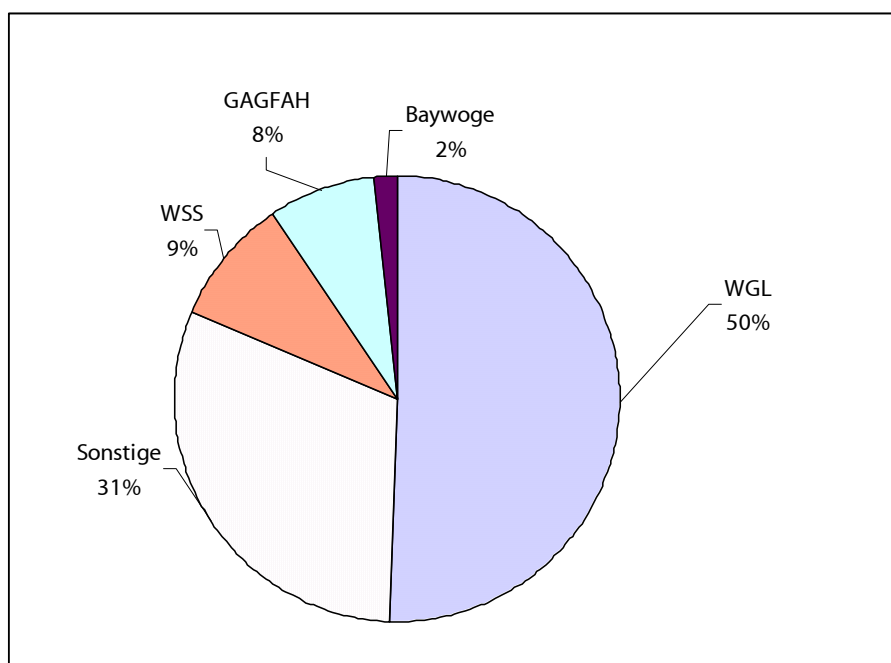
Rund 1.290 der 2.122 Wohnungen sind im 1. Wohnungsbauförderweg gebaut worden. Belegungsbindungen bestehen noch für ca. 1.290 Wohnungen. 832 Wohnungen wurden freifinanziert. Der überwiegende Teil der Bindungen der öffentlich geförderten Wohnungen läuft im Zeitraum von 2006 bis 2017 aus. Damit entfällt für die Mehrzahl der öffentlich geförderten Wohnungen in Rheindorf-Nord in den kommenden Jahren die gesetzliche Belegungsbindung (für 1.188 Wohneinheiten

³⁴ Entnommen aus dem Vortrag von Hoschkara, Horst: Wohnen und Leben in Rheindorf. O.J. Geschäftsführer der WGL GmbH

bis 2008). Belegt werden die freien Wohnungen bei der Neuvermietung durch das Wohnungsunternehmen selbst. Neumieter benötigen beim Bezug einer Wohnung einen Wohnberechtigungsschein. Aus diesem Grund findet in den Beständen der WGL eine starke Konzentration von benachteiligten Mietergruppen und darunter vermehrt Haushalten mit Migrationshintergrund statt.

Die Mehrheit der Wohnungen der WGL verfügt über 3 Räume, gefolgt von den Wohnungen mit 2 Räumen. An dritter Stelle folgen die Wohnungen mit 4 Räumen. Nur 187 Wohnungen haben einen Raum und 29 Wohnungen haben 5 Räume. Die Wohngebäude sind in unterschiedlichem Sanierungs- und Modernisierungszustand. In einem Abschnitt der Monheimer Straße wurden in der Vergangenheit umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen an den Gebäuden und im Wohnumfeld durchgeführt. In anderen Siedlungsbereichen hingegen sind die Bestände sanierungs- und modernisierungsbedürftig (z.B. Warthestr., Unstrutstr., Zschopaustr., Elbestr., etc). Das Wohngebäude in der Warthestraße 27 soll abgerissen werden und durch drei Neubauten mit insgesamt 33 Wohneinheiten ersetzt werden. Bei der Neubauplanung der drei Wohngebäude gab es noch keine Vorprüfung der sicherheitsrelevanten Gestaltungskriterien an den Gebäuden und in der Wohnumfeldplanung.

Abbildung 2-2: Prozentualer Anteil der Wohnungsbestände der vier Wohnungsunternehmen in Rheindorf-Nord



Quelle: Angaben der Wohnungsunternehmen, eigene Darstellung

2.1.2.2 Wohngebäude der Wilhelm-Sander-Stiftung

Sämtliche 388 Wohnungen der Wilhelm-Sander-Stiftung (abgekürzt: WSS) befinden sich mit einer Ausnahme in der Okerstraße. Ein weiteres Gebäude ist in der Saalestraße (Hausnummer 2a-c). Die Häuser wurden alle im Jahr 1964 erbaut. Bis auf das Scheibenhochhaus (Okerstraße 30a/b) mit 13 Geschossen sind alle Gebäude 3-geschossig. 199 Wohnungen haben 3 Zimmer, 189 Wohnungen 2 Zimmer. Alle Wohnungen wurden freifinanziert. Der Wohnstandort der WSS in der Okerstraße wird auf Grund der Nähe zum S-Bahnhof Rheindorf und dem Königsberger Platz als vorteilhaft bewertet.

2.1.2.3 Wohngebäude der GAGFAH

Die GAGFAH ist Eigentümerin von 320 Wohnungen in Rheindorf-Nord. Die Bestände der GAGFAH wurden im 1. Förderweg errichtet und sind bereits fast komplett aus der Bindung heraus. Die Regionalverwaltung der GAGFAH befindet sich in Essen-Rüttenscheid, von dort werden die Wohnungen verwaltet. Im Jahr 2005 wurden die Bestände durch die Eigentümerin, die Bundesversicherungsangestellte für Angestellte (BFA), an Fortress verkauft. Die GAGFAH verwaltet weiterhin die untersuchten Wohnungsbestände. Da der Börsengang von Fortress in Vorbereitung ist, werden aktuell keine finanziellen Mittel für die Modernisierung veranschlagt. Ein Teil der Wohnungen (144 WE) befindet sich in der Oderstraße (Hausnummern 14-48), dieser Bereich wird aus Zeilenhäusern gebildet aus dem Baujahr 1964. Der Rest (156 WE) stehen in der Baumberger Straße (Hausnummern 46-54). Die Gebäude der Baumberger Straße (50a, b; 54 a, b) Die 48 Wohnungen sind öffentlich geförderte Altenwohnungen aus dem Jahr 1990. Die Mehrzahl der Wohnungen verfügt über 3 Zimmer.

Die meisten Gebäude und Wohnungen sind nur teilmodernisiert und haben altersbedingte Defizite in der Ausstattung (z.B. Bäder). Die Fahrstühle und Heizungen wurden in den letzten Jahren saniert. Fassaden und Wärmedämmungen wurden an einigen Gebäuden vor über 20 Jahren durchgeführt. Kunststofffenster wurden in der Oderstraße 1984 und 1992 in der Baumberger Straße (Hausnummern 46, 50, 52, 54) eingebaut. Die Treppenhäuser sind zum großen Teil modernisierungsbedürftig.

2.1.2.4 Wohnungsbestände der Baywoge GmbH

Die 73 freifinanzierten Wohnungseinheiten der Baywoge beschränken sich im Untersuchungsgebiet auf ein 8-geschossiges Hochhaus am Königsberger Platz (Hausnummern 8, 10 und 12). Die Baywoge ist eine Tochtergesellschaft der Treuhandstelle für Bergmannwohnstätten (THS) mit Hauptsitz in Gelsenkirchen. Die Wohnungen wurden im Jahr 1965 erbaut und verfügen alle über Wohneinheiten mit zwei Zimmern und Balkon. In der Mehrzahl wohnen hier langjährige Mieter, die in der Vergangenheit Werksangehörige des Bayerkonzerns waren. Bei der Neuvermietung werden die Wohnungen, laut Aussagen der Wohnungsverwaltung, aus belegungsstrategischen Gründen häufig an allein stehende Senioren vermietet. Die Ausstattung der Häuser mit Fahrstühlen und die unmittelbare Nähe zum Königsberger Platz und den Geschäften machen die Wohnungen für diese Zielgruppe attraktiv. Zudem pflegt die Baywoge als Verwalterin Kontakt zur örtlichen ansässigen Arbeiterwohlfahrt (AWO), die spezielle Serviceangebote für Senioren vor Ort bereithält (Beratung, Mittagstisch, Seniorencafé, diverse Freizeitangebote).

2.1.2.5 Gewerbeimmobilien am nördlichen Königsberger Platz

Die Baywoge ist auch Eigentümerin der Ladenlokale auf der östlichen Seite am Königsberger Platz sowie der Pennymarkt-Immobilie. Die westlich gelegenen Ladenlokale sind im Eigentum der WGL GmbH. Der nördliche Bereich des Königsberger Platzes steht im Eigentum der beiden Wohnungsunternehmen (Baywoge und WGL) und wurde in der Vergangenheit bereits einmal umgestaltet. Der südliche Teil des Königsberger Platzes ist im kommunalen Eigentum und unterscheidet sich in seiner Gestaltung vom nördlichen Teil deutlich, zumal keine aufeinander abgestimmte Platzumgestaltung in der Vergangenheit stattgefunden hat. Der Vorsitzende der neu gegründeten Werbegemeinschaft ist Inhaber des Lottogeschäfts am Königsberger Platz. Er berichtet davon, dass am Königsberger Platz großer Handlungsbedarf bei den Gewerbetreibenden bestehe. Die Bewohner sparen zurzeit beim Einkaufen. Bedenken äußert er gegen die geplante Ansiedlung einiger Filialisten (Schlecker, Lidl), die große Konkurrenz für die Händler darstellten. Ein weiteres Geschäft mit russischem Warensortiment eröffnete im September 2004.

2.1.3 Soziale Infrastruktur

Unter den sozialen Angeboten fallen quantitativ die Angebote für Kinder im Bereich Freizeit, Bildung und Gesundheit auf. Sowohl das Seniorenzentrum der AWO (Arbeiterwohlfahrt) als auch die katholische und evangelische Kirchengemeinde bieten Angebote zur Erwachsenenbildung und Freizeitgestaltung an. Der Fachbereich Kinder und Jugend der Stadt Leverkusen bietet Angebote für Jugend- und Sozialberatung an. Weitere Träger für Beratungen und Familienhilfe sind die Caritas mit dem Familienzentrum, der Migrationsdienst des Caritasverbandes sowie der Kinderschutzbund.

Eine Versorgung im Gesundheitsbereich mit Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen, Apotheken, Therapiepraxen und anderen Dienstleistungsangeboten ist gegeben. Es stehen 4 Kinder- und Jugendeinrichtungen zur Verfügung: der Bauspielplatz Rheindorf e.V. (Oderstr./Solinger Str.), das evangelische Jugendhaus Elbestraße, das städtische Jugendhaus Felderstraße sowie Angebote der katholischen Kirchengemeinde in verschiedenen Pfarrheimen.

In Rheindorf-Nord gibt es im Bereich der erzieherischen und schulischen Infrastruktur:

- 7 Kindergärten: fünf städtische Kindergärten (Netzestr., Pregelstr., Bodestr., Elbestr., Weichselstr.), ein katholischer Kindergarten (Memelstr.), ein Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt (Königsberger Platz).-
- zwei Grundschulen, davon ist eine seit 2004 Offene Ganztagschule (OGATA, Löwenzahnschule, Netzestraße).
- eine Gesamtschule (Käthe-Kollwitz-Schule, Rheindorf-Süd), mit regionaler Bedeutung (ca.1.500 Schüler), eine Nebenstelle in Rheindorf-Nord in der Elbestraße (mit 500 Schülern der 5. und 6. Klasse).
- die Volkshochschule VHS Elbestr. zum nachträglichen Erwerb von Hauptschulabschluss und Fachoberschulreife für Jugendliche und junge Erwachsene ab 17 Jahren.

Im Quartier gibt es keine Hauptschule, keine Realschule und kein Gymnasium. Die Gesamtschule war laut Aussage des Schulleiters bis vor kurzem eine reine Hauptschule.

2.1.4 Stadtentwicklung

Die zuständige Planerin beim Bauordnungsamt berichtet, dass der Bebauungsplan seit langer Zeit keinerlei Änderung erfahren hat. Neuere Rahmenplanungen und Planungen zur Stadterneuerung existieren nicht und sind in absehbarer Zeit nicht vorgesehen. Pläne zur Nachverdichtung im bebauten Siedlungsbestand sind 1995 abgelehnt worden. Die Erweiterung des Altenheims am Park I wurde im Jahr 2004 abgelehnt. In Rheindorf-Nord sei seitens des Bauamtes seit langer Zeit nichts mehr passiert. Das Thema städtebauliche Kriminalprävention sei im Bauamt Leverkusen kein Planungsaspekt.

Während des Gesprächs wurden die Eigentumsverhältnisse am Königsberg Platz erläutert. Der nördliche Teil des Platzes ist im Eigentum der WGL und der BaywoGe. Der südliche Teil, dort wo der Markt stattfindet und der Parkplatz ist, liegt im Eigentum der Stadt Leverkusen. Eigentümerin der Plätze an der Felderstraße und an der Warthestraße ist ebenfalls die Stadt Leverkusen.

In der Netzestraße wurden mehrere Einfamilienhäuser fertig gestellt. Ein gewerblicher Neubau entsteht mittelfristig durch Lidl (Elbestraße/ehemaliges Grundstück der evangelischen Kirchengemeinde). Die evangelische Kirchengemeinde errichtet dafür an der Ecke Solinger Straße/Netzestraße ein neues Gemeindezentrum in unmittelbarer Angrenzung zum Festplatz. Dies geschieht jedoch ohne Öffnung und erkennbare Integration in das Umfeld. Das Potenzial könnte

durch Wege- und Raumbeziehungen noch genutzt werden, da das Gebäude und die Landschaftsplanung noch nicht fertig gestellt wurden.

2.2 Situation der Einwohner und Einwohnerentwicklung

2.2.1 Statistische Unterschiede in den Quartieren von Rheindorf

In der amtlichen Statistik von Leverkusen werden seit kurzem Bevölkerungsdaten auf Quartiers-ebene abgebildet. Rheindorf-Nord wird in vier Gebiete unterteilt:

- Quartier 17: Elbestraße/Solinger Straße
- Quartier 18: Butterheide
- Quartier 19: Baumberger Straße/Monheimer Straße
- Quartier 20: Rheindorf-Süd

Diese räumliche Differenzierung ist für die Untersuchung des Siedlungsraums Rheindorfs für die Bewertung und Fortentwicklung des Stadtteils von Bedeutung, da sich diese Bereiche in ihrer gebauten Siedlungs- und Sozialstruktur erheblich unterscheiden. So ist zum Beispiel die Butterheide (Q18) eine in der Vergangenheit gewachsene Siedlung, bestehend aus Ein- und Zweifamilienhäusern, die vielfach im Eigentum der Bewohner sind. Das Quartier Baumberger Straße/Monheimer Straße (Q 19) ist demgegenüber geprägt durch die Siedlungs- und Eigentumsstrukturen der Nachkriegszeit. Mehrgeschossige Mietshäuser im Eigentum großer Wohnungsunternehmen prägen den Siedlungsraum. In den Nebenstraßen wird diese Struktur durch zeitgleich gebaute Ein- und Zweifamilienhäuser ergänzt, was wiederum zur Folge hat, dass hier zum Teil erhebliche Unterschiede in der Sozialstruktur bestehen. Ähnliches gilt für das Quartier Elbestraße/Solingerstraße (Q17/Q19) mit der überwiegend mehrgeschossigen Bebauung mit Mehrfamilienhäusern weisen im Gegensatz zu den Quartieren 18 und 20, die mehrheitlich mit Einfamilienhäusern und einigen wenigen Mehrfamilienhäusern bebaut sind, einen höheren Anteil ausländischer Bewohner auf. Bedingt ist dies durch den hohen Anteil an Mietwohnungen. Das Quartier Rheindorf-Süd (20) ist nicht Bestandteil des Untersuchungsgebiets.

2.2.2 Einwohnerzahl

Am 31.12.2003 hatte Leverkusen eine Bevölkerung von 161.751 Einwohnern. Davon leben 9.564 in Rheindorf-Nord (Q17, Q18; Q19). Die Berichte zur Stadtforschung der Stadt Leverkusen zeigen für 2003 folgendes Bild (vgl. Tabelle 2-3):

Die Stadt Leverkusen unterscheidet zwischen den Quartieren mit mehrgeschossiger Mehrfamilienhaus-Bebauung und den Hochhäusern an der Elbestr. /Solinger Str. (Q 17) und Baumberger Straße/Monheimer Str. (Q 19), sowie denen die mehrheitlich mit Einfamilienhäusern bebaut sind, wie Butterheide (Q 18) und Rheindorf-Süd (Q 20). Erstere weisen mit 14,7 % und 11,5 % einen deutlich höheren Anteil ausländischer Bewohner auf als letztere mit 5,2% und 9,6 %.

Tabelle 2-3: Deutsche und ausländische Bevölkerung in den Quartieren am 31. Dezember 2003

Gebiet	Bevölkerung				
	insgesamt	Deutsche		Ausländer	
		absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Quartier 17 Elbestr./Solinger Str.	7.392	6.307	85,3	1.085	14,7
Quartier 18 Butterheide	421	399	94,8	22	5,2
Quartier 19 Baumberger Straße/ Monheimer Str.	1.751	1.550	88,5	201	11,5
Rheindorf-Nord (=Quartiere 17,18,19)	9.564	8.256	86,3	1.308	13,7
Rheindorf-Süd =Quartier 20	6.827	6.170	90,4	657	9,6
Leverkusen insgesamt	161.751	142.457	88,1	19.294	11,9

Quelle: Stadt Leverkusen – Berichte zur Stadtforschung, Heft 58, Stand 31.12.2003, eigene Darstellung

Die Stadt Leverkusen hatte am 31.12.2003 eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 20,5 Einwohnern je ha. Im Durchschnitt leben auf einem Hektar in Rheindorf-Süd 33,0 Einwohner. Die Bevölkerungsdichte liegt damit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Die Bevölkerungsdichte beträgt in der Butterheide (Q18) 56,4 Einwohner je ha (EW/ha) und hat damit die höchste Einwohnerdichte in Rheindorf-Nord. Gefolgt wird sie von der Baumberger Str. /Monheimer Str. (Q19) mit 53,4 EW/ha. Die geringste Bevölkerungsdichte weist die Elbestr. (Q17) mit 19,6 EW/ha auf. Im Bereich der Elbestraße/Solinger Straße (Q17) ist der Anteil der ausländischen Bewohner in Rheindorf-Nord statistisch mit 1.085 Bewohnern (14,7%) am höchsten, hingegen wohnen erwartungsgemäß im von Ein- und Zweifamilienhaushalten geprägten Quartier Butterheide (Q18) lediglich 22 Ausländer (5,2%). In der Baumberger Straße/Monheimer Straße wohnen 201 ausländische Bewohner (11,5%). Insgesamt liegt Rheindorf-Nord mit 13,7% über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 11,9%. Rheindorf-Süd (Q 20) liegt mit 657 ausländischen Bewohnern (9,6%) unter dem städtischen Durchschnitt.

Zudem verfügt die WGL über Erkenntnisse der Nationalitäten der Mieter in ihren Mietwohnungsbeständen. So haben rund 24% der WGL-Mieter einen Migrationshintergrund.³⁵ In den anderen drei Wohnungsunternehmen liegen dazu keine Daten vor.

2.2.3 Haushaltgröße

Die durchschnittliche Haushaltgröße in Rheindorf-Nord liegt mit 2,27 Personen je Haushalt deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 2,07. Der Stadtteil Rheindorf hat eine Haushaltgröße von 2,23. Ursache dafür ist der hohe Anteil an 3-Zimmerwohnungen im sozialen Mietwohnungsbau im nördlichen Quartier und der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen in den Haushalten. Die überdurchschnittliche Haushaltgröße ist von großer Bedeutung für die Haushaltsstruktur im Untersuchungsgebiet, da auch der Anteil der Seniorenhaushalte im Quartier überpro-

³⁵ Angaben der WGL GmbH 2004

portional hoch ist. Das bedeutet, dass relativ große Haushalte mit vielen Personen (Kinder und Jugendliche) in den Mietwohnungen leben.

2.2.4 Altersstruktur

Die Daten aus dem Jahr 2001 zeigen für Rheindorf-Nord insgesamt verglichen mit dem gesamten Stadtgebiet von Leverkusen :

- einen erhöhten Anteil von Bewohnern unter 18 Jahren (20% gegenüber 18%,);
- einen erhöhten Anteil von Migranten unter 18 Jahren (27% bzw. 24% gegenüber 20%);
- einen erhöhten Anteil von Bewohnern über 60 Jahren und älter (30,1% gegenüber 26,6%).

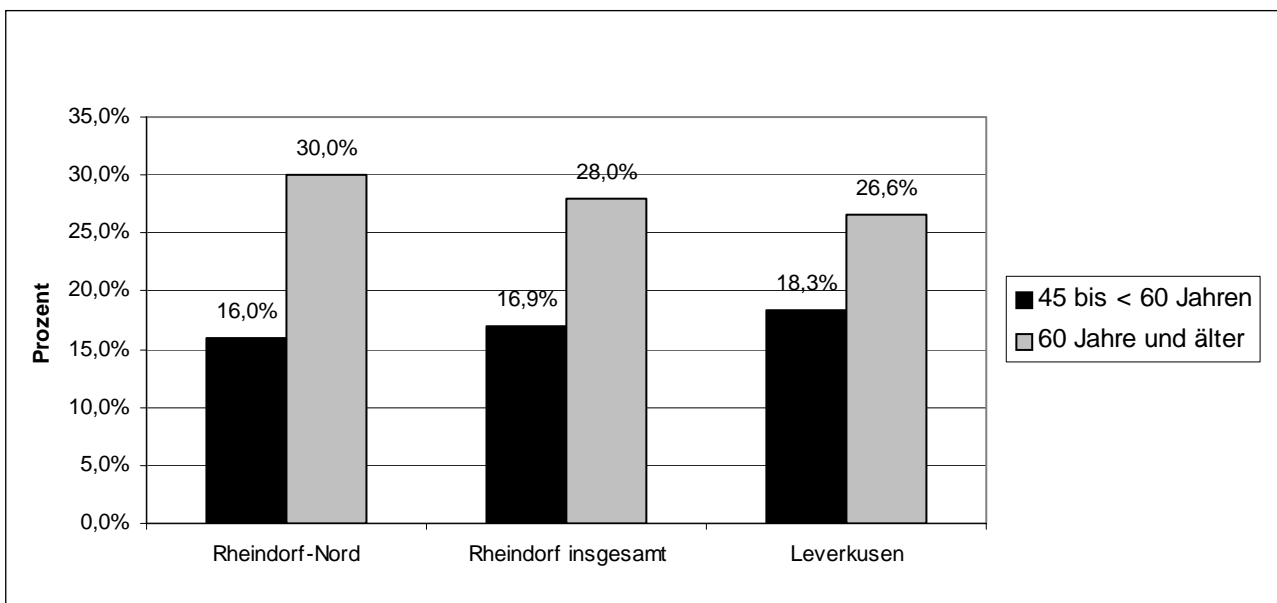
Tabelle 2-4: Anteil Bevölkerung in Rheindorf-Nord und in Leverkusen nach Altersgruppen

Altersgruppe	0-3	3 - 6	6 - 10	10 - 14	14 - 18	18 - 21	21- 27	27 - 45	45 - 60	>60
Rheindorf-Nord	2,4%	3,1%	4,1%	5,1%	4,5%	3,7%	7,1%	23,3%	16,4%	30,1%
Leverkusen insgesamt	2,6%	2,9%	3,8%	4,2%	4,2%	3,1%	6,5%	27,7%	18,3%	26,6%

Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Stichtag 31.12.2001

Im Jahr 2001 lebten in Rheindorf-Nord mehr Kinder (14,7 % unter 14 Jahre) und mehr Jugendliche (8,2 %) als im Stadtgebiet Leverkusen, gleichzeitig gab es unter den Bewohnern mehr Senioren ab 60 Jahren und älter (30,1 %). Der Frauenanteil liegt in dieser Altersgruppe bei 57,9%.

Abbildung 2-3: Vergleich der Bevölkerungsanteile zwischen 45 bis unter 60 Jahren und über 60 Jahre in Rheindorf-Nord, Rheindorf und Leverkusen



Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Stichtag 31.12.2002, eigene Darstellung

2.2.5 Bewohner mit Migrationshintergrund

Laut amtlicher Statistik der Stadt Leverkusen sind 87,5% der Bevölkerung in Rheindorf-Nord Deutsche und 12,5% Migranten (31.12.2002). Der Anteil der Migranten liegt offiziell nur gering über dem städtischen Durchschnitt (12%). Die Statistik erfasst jedoch nur Ausländer; sie bildet nicht den Migrationshintergrund der Spätaussiedler und der Folgegenerationen mit deutschem Pass ab.

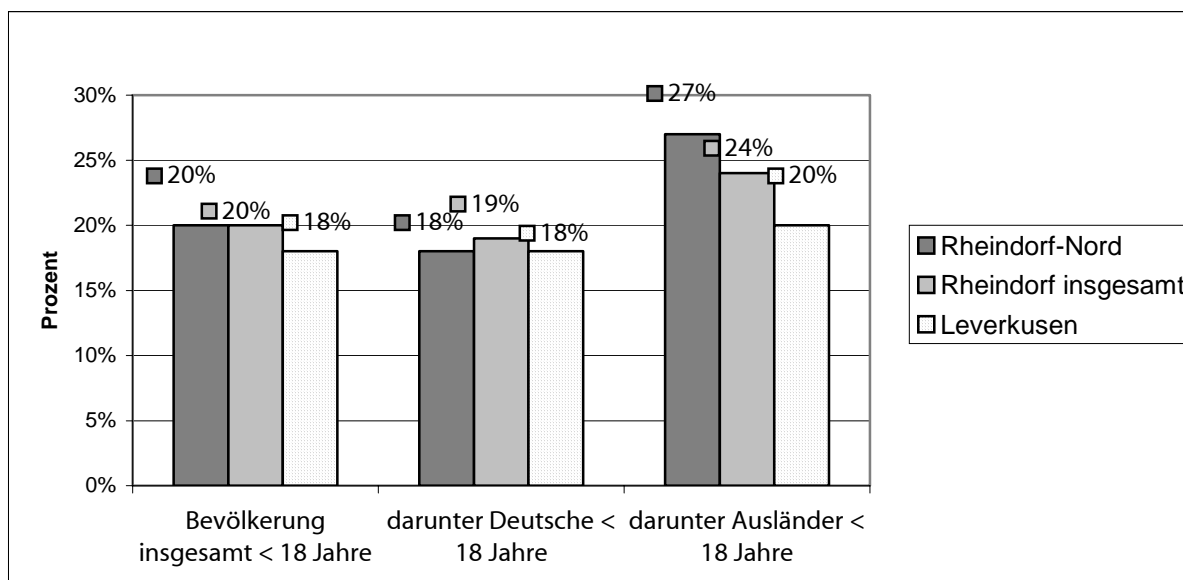
Tabelle 2-5: Ausgewählte Herkunftsländer der Migranten in Rheindorf-Nord und in Leverkusen 2002

	Türkei	Italien	Mazedonien	Jugoslawien	Marokko	Afghanistan	Sonstige	insg.
Rheindorf-Nord	3,3%	1,3%	1,9%	1,9%	0,7%	0,2%	4,6%	12,9%
Leverkusen	2,7%	1,7%	1,0%	0,7%	0,3%	0,04%	5,5%	12,0%

Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Stichtag 31.12.2002

Aus den Vortragsunterlagen des Fachbereichs Stadtplanung und Bauaufsicht der Stadt Leverkusen während der Veranstaltung „Zuwanderung und Wohnen in Leverkusen“³⁶ ist zu entnehmen, dass in Rheindorf-Nord im Vergleich zu anderen Leverkusener Quartieren nicht überdurchschnittlich viele Migranten leben. Es leben vergleichsweise wenige türkischstämmige Bewohner in Rheindorf-Nord. Diese wohnen im Bereich der Elbestraße (Quartier 17), neben der Gruppe der Mazedonier (1,9%/Gesamtstadt 1,0%). Der Anteil türkischer Migranten fällt in Rheindorf-Nord im Vergleich zum Profil Leverkusens durchschnittlich aus (3,3% / Gesamtstadt 2,7%). Die Wohnorte der Spätaussiedler wurden für diesen Vortrag nicht gesondert ausgewertet. Viele der Migranten in Rheindorf-Nord sind unter 18 Jahren, wie die Abbildung zeigt.

Abbildung 2-4: Anteil der Bevölkerung in Rheindorf und Leverkusen unter 18 Jahren nach Nationalität



Quelle: Stadt Leverkusen, Statistikstelle, Stichtag 31.12.2002, eigene Darstellung

³⁶ Stadt Leverkusen: Zuwanderung und Wohnen in Leverkusen 2004, S. 15-28

Laut Auskunft des Caritas-Migrationsdienstes e.V. ist der Anteil der Spätaussiedlerfamilien in einigen Wohnbereichen in Rheindorf-Nord überdurchschnittlich hoch. Diese Aussagen werden auch von anderen Schlüsselpersonen in den Interviews bestätigt. Aus der Untersuchung (Diplomarbeit) von Maria Merten³⁷ geht hervor, dass im Bereich der Baumberger Straße/Monheimer Straße (Q19) überdurchschnittlich viele russlanddeutsche Personen wohnen. Eine Sonderauswertung beim Sozialamt der Stadt Leverkusen belegt diese These.

2.2.6 Sonderauswertung: Erste Wohnorte von Spätaussiedlern in Leverkusen

Beim Fachbereich Soziales der Stadt Leverkusen werden seit Ende 1996 systematisch Informationen über die Wohnorte der Spätaussiedler gesammelt. Dies geschieht, sobald sie die Übergangsheime verlassen und sich am Wohnungsmarkt eine freie Mietwohnung suchen und sich beim Einwohnermeldeamt ummelden. Dabei werden der erste Wohnort und weitere Umzüge erfasst. Diese Daten wurden bisher bei der Stadt Leverkusen nicht ausgewertet. Sie sind auch bisher in der Verwaltung nicht angefragt worden. Um die Verteilung der Wohnorte der Spätaussiedler im Stadtgebiet Leverkusens zu analysieren, wurden die Daten im September 2005 ausgewertet. Dabei sollte die Frage geklärt werden, ob in Rheindorf-Nord überdurchschnittlich viele Spätaussiedler zur Miete wohnen und sich so eine Tendenz zur ethnischen Segregation von Spätaussiedlern im Stadtgebiet und den Quartieren abzeichnet oder ob sie auf alle Stadtteile gleichmäßig verteilt sind. Es liegt ein Datensatz von 1.740 Personen und 631 Haushaltsvorständen für die Gesamtstadt vor. Dieser Datensatz wurde zur Analyse der Wohnstandorte herangezogen, um etwaige ethnische Wohnortkonzentrationen zu belegen bzw. für Rheindorf-Nord zu widerlegen. Die Auswertung zeigt, dass in Rheindorf (Gesamtstadtteil) überdurchschnittlich viele Spätaussiedler wohnen. Berechnet man den Sollwert nach dem Anteil der Einwohnerzahl eines statistischen Stadtteils an der Gesamtstadt, zeigen sich Abweichungen nach oben bzw. unten.

Berechnungsbeispiel:

Seit 1997 werden die Spätaussiedler in den Übergangsheimen erhoben. In den Jahren Anfang 1997 bis Ende 2004 sind insgesamt 1.911 Spätaussiedler aus den städtischen Übergangsheimen ausgezogen.

Im Stadtteil Rheindorf (Gesamt) leben am 31.07.2005, 16.318 Einwohnern. Das entspricht 10,1% der Leverkusener Einwohner (162.091). Im Idealfall (SOLL) würden 10,1% der Spätaussiedler (192=10,1% von 1.911) hier leben. Tatsächlich leben im September 2005 jedoch 365 Personen in Rheindorf, also fast doppelt so viele.³⁸

Das Ergebnis der Analyse (vgl. Tabelle 2-4) zeigt, dass in Rheindorf, Mantfort und Quettingen die Sollzahl bei angenommener Gleichverteilung der Spätaussiedlerwohnorte deutlich überschritten wird, jedoch in allen anderen Stadtteilen nicht. Interpretiert man die Daten weiter nach höherwertigen Wohnorten (z.B. Waldsiedlung), ist auch erkennbar, dass in diesen Stadtteilen keine Wohnungen an Spätaussiedler vermietet wurden. Dieser Befund deutet auf eine ungleiche Belegung ganzer städtischer Wohngebiete hin.

³⁷ Merten 2005

³⁸ Laut Auskunft FB Soziales, 04.10.2005

Tabelle 2-6: Verteilung der heutigen Wohnstandorte der Spätaussiedler nach Stadtteilen (Stand 31.07.2005)

Stadtteil	Einwohner	Prozent	Soll	IST	Differenz
		von	nach	(Stand 09/05)	
		Gesamt-	%-Anteil	Aussiedler	Stadtteil
		stadt	Stadtteil/Aussiedler		
Alkenrath	4.038	2,5	48	46	-2
Berg. Neukirchen	6.849	4,2	81	1	-80
Bürrig	6.593	4,1	78	10	-68
Hitdorf	7.303	4,5	86	14	-72
Küppersteg	9.118	5,6	107	86	-21
Lützenkirchen	11.366	7,0	134	109	-25
Manfort	6.170	3,8	73	187	+114
Opladen	23.198	14,3	273	120	-153
Quettingen	13.017	8,0	153	385	+232
Rheindorf (insg.)	16.318	10,1	192	365	+173
Schlebusch ³⁹	21.627	13,3	255	188	-67
Steinbüchel	14.759	9,1	174	59	-115
Wiesdorf ⁴⁰	18.566	11,5	219	87	-132
Waldsiedlung	3.169	2,0	37	0	-37
Leverkusen, gesamt	162.091	100,0	1.911 (Gesamtauszüge)	1.657	-735

Quelle: Stadt Leverkusen, Fachbereich Soziales, eigene Ergänzungen

Für Rheindorf-Nord lässt sich ableiten, dass in den öffentlich geförderten Mietwohnungen überproportional viele Migrantenhaushalte bei der WGL Wohnraum finden, was sich durch die Mietwohnungsmarktstruktur und dem Wohnungsangebot mit Wohnberechtigungsschein erklären lässt. Damit wird die besondere soziale Aufgabe der kommunalen Wohnungsunternehmen deutlich, die mit gefördertem und günstigem Wohnraum in der Lage sind, Migrantenhaushalte als Mieter aufzunehmen. In der Analyse der Verteilung der Wohnstraßen der Aussiedlerhaushalte in Rheindorf-Nord zeigt sich eine deutliche Konzentration der Aussiedlerhaushalte in der Baumberger- und Monheimer Straße.

³⁹ Keine Unterteilung Wiesdorf

⁴⁰ Keine Unterteilung Schlebusch

2.2.7 Religion und Konfessionen

Evangelischer Konfession sind 18,8% der Jugendlichen in Rheindorf-Nord (Gesamtstadt Leverkusen 21,5%), 37,5% sind römisch-katholisch (Gesamtstadt Leverkusen 40,9%) und 43,7% fallen unter die Kategorie „Sonstiges“ (Gesamtstadt 37,6%). Laut Auskunft der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden vor Ort, nehmen die Mitgliederzahlen in den beiden Kirchengemeinden jährlich ab. Für Rheindorf-Nord ist entsprechend der Anteil der sonstigen Konfessionszugehörigkeit ein Hinweis auf eine sich abzeichnende Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung und den Zuzug von Migranten mit anderen Religionszugehörigkeiten (Stadt Leverkusen, 31.12.2002).

2.2.8 Arbeitslosigkeit

Mit 11,5% lag die Arbeitslosenquote für Rheindorf (Gesamt) im Jahr 2002 leicht über dem städtischen Durchschnitt von Leverkusen (10,6%). Allerdings liegen keine differenzierbaren Daten für die südlichen und nördlichen Bereiche in Rheindorf vor, so dass von einer deutlich höheren Arbeitslosenquote in einigen Teilbereichen des Nordquartiers ausgegangen werden kann. Von den 842 arbeitslos gemeldeten Personen waren 503 Männer und 339 Frauen. 172 sind davon mit Migrationshintergrund (vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Stichtag 31.12.2002). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen lag 2002 mit 40% (336) in Rheindorf über dem städtischen Durchschnitt von 37,1%. Laut statistischem Kurzbericht der Stadt Leverkusen im Mai 2004, lag die Arbeitslosenquote Ende Dezember 2003 bereits bei 13,1%.

Der Anteil der Frauen an den Erwerbslosen ist überall überdurchschnittlich hoch, Rheindorf bildet dort keine Ausnahme. Die Arbeitslosigkeit unter den Nicht-Deutschen nimmt ebenfalls keinen Spitzenplatz ein, ist aber wieder im oberen Bereich zu finden. Bemerkenswert ist die hohe Zahl junger Arbeitsloser (unter 25 und 20 bis 25 Jahre). Ebenso wie die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen in Rheindorf, die nur noch von Schlebusch-Süd und Alkenrath übertroffen wird.

Tabelle 2-7: Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe in Leverkusen und Rheindorf im Vergleich (2002)

	Arbeitslose		Sozialhilfeempfänger		
	Insgesamt	Davon: Langzeit- Arbeitslose	Insgesamt	Anteil unter 18 Jahre	nicht deutsch
Leverkusen gesamt	10,6 %	37,1%	3,5 %	37,7 %	29,7 %
Rheindorf	11,5 %	40 %	5 %	43,5 %	24,7 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Stichtag 31.12.2002, eigene Darstellung

Auffallend hoch ist der Anteil der unter 18-jährigen mit 43,5% (358) und 12,2% (100) der 18 bis unter 27-jährigen, die Transferleistungen erhalten. Dies weist auf eine Benachteiligung (Armut) unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der lokalen Bevölkerung hin. Dieser Anteil liegt in Rheindorf deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Genauere Daten lassen sich derzeit leider nicht für Rheindorf-Nord darstellen. Aufgrund des hohen Anteils an Sozialwohnungen liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger im Siedlungsgebiet Rheindorf-Nord wahrscheinlich höher als im älteren Siedlungsgebiet Rheindorf-Süd. 203 (24,7%) aller Sozialhilfeempfänger sind keine Deutschen (Leverkusen 29,4%). Hingegen sind 620 Deutsche Sozialhilfeempfänger, was 75,3% der Sozialhilfeempfänger ausmacht. Lediglich 12 Personen bezogen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Der Anteil der unter 18-jährigen Deutschen unter den Sozialhilfeempfängern ist

stark erhöht, während die nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger bis 18 Jahren unter dem Leverkusener Gesamtwert liegen. Am 12.01.2004 erhielten 148 Erwachsene und Kinder Unterstützung von der Leverkusener Tafel.

Als Sozialhilfeempfänger wurden hier Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach (früheren) Bundessozialhilfegesetz (BSHG) – ohne Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – außerhalb von Einrichtungen verstanden. In Leverkusen ist nur die Stadt Leverkusen Träger (Fachbereich Gesundheit und Soziales). In Leverkusen bezogen 5.681 Personen im Jahr 2002 Sozialhilfe. Davon lebten 823 (14,5%) in Rheindorf. Im Vergleich der Sozialhilfedichten liegt Rheindorf (Gesamtstadtteil) nach Mantfort und Wiesdorf-West an dritter Stelle.⁴¹ Leider liegen für die Quartiere bisher keine differenzierten kleinräumigen Daten für Rheindorf-Nord vor.

2.2.9 Schulische Bildung

Bei der Bewertung der sozialen Ausgangssituation in Rheindorf-Nord wurde die aktuelle Bildungssituation der Grundschüler in Betracht gezogen. Daten über den Bildungs- und Berufsstatus der Bevölkerung liegen derzeit noch nicht für die Quartiersebene vor. Daher wurden die Meldungen der weiterführenden Schulen in Leverkusen vom 15.10.2003 für das Schuljahr ausgewertet.⁴² Bei der Meldung der Übergänge zu weiterführenden Schulen fällt für Rheindorf-Nord im Vergleich zu Rheindorf-Süd auf, dass nur wenige Schüler/innen in ein Gymnasium gehen. Die meisten Übergänge finden auf die Rheindorfer Gesamtschule statt. Laut Aussage des Schulleiters war die Rheindorfer Gesamtschule bis vor fünf Jahren „eine reine Hauptschule“. Die Zielsetzung der neuen Schulleitung ist es, die schlechten Bildungsergebnisse in den nächsten Jahren in Rheindorf zu verändern, so dass es vermehrt auch zu höheren Bildungsabschlüssen kommt.

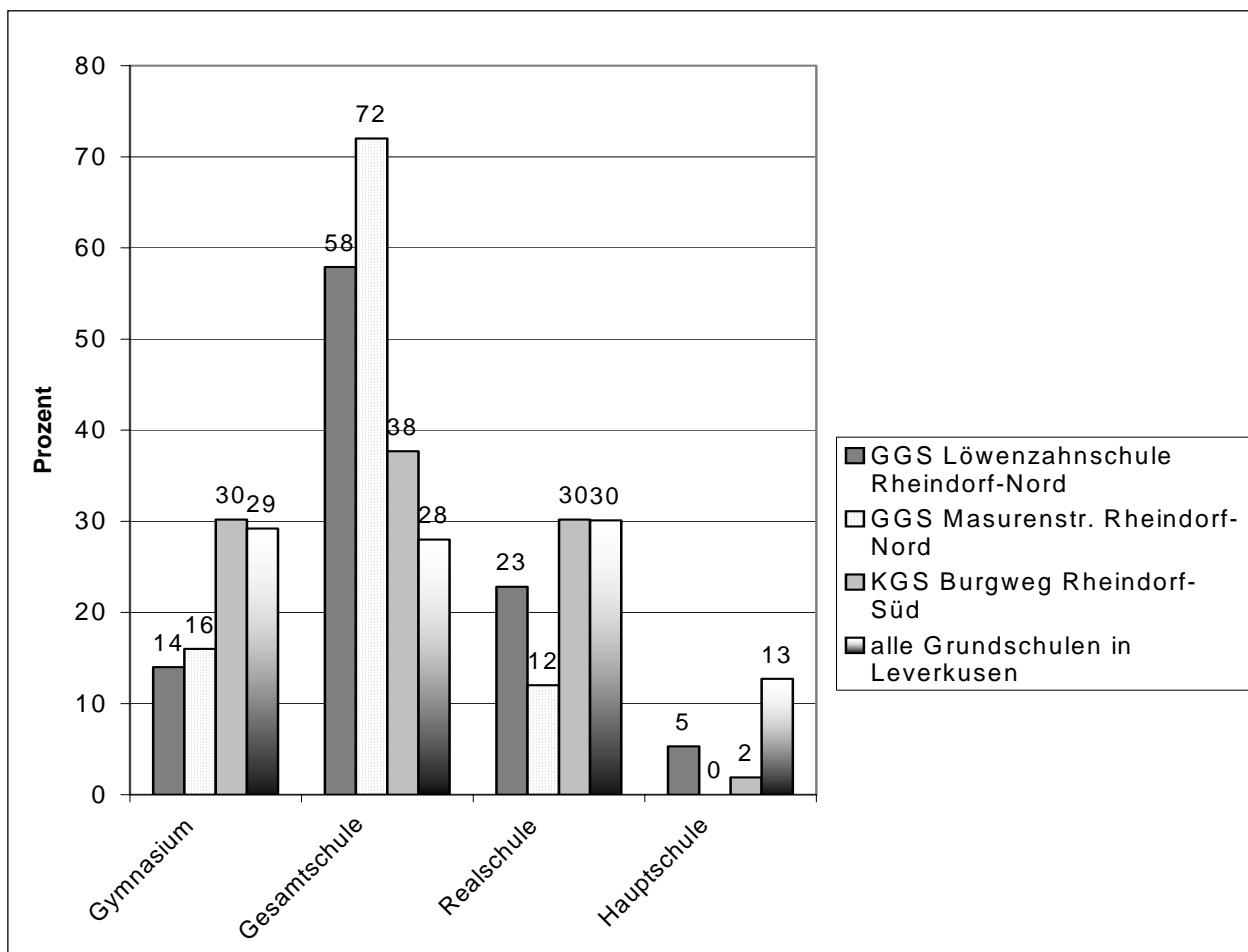
Das Bildungsniveau lässt sich anhand der Daten der Übergänge zu den weiterführenden Schulen (Bezugszeitraum Schuljahr 2003/04) beschreiben. Jedoch ist der Trend, zunächst die nächste wohnortnahe Schule zu besuchen (dies gilt für alle Schulformen), zu berücksichtigen.

- Gymnasien: In Rheindorf-Nord ist der Anteil der Grundschüler, die auf ein Gymnasium wechseln, im Vergleich zu anderen Stadtteilen am geringsten. Zusätzlich besteht ein deutliches Gefälle zwischen Rheindorf-Süd und Rheindorf-Nord.
- Realschulen: Es zeigt sich ein deutlicher Unterschied beim Wechsel der Grundschüler auf die Realschule zwischen Rheindorf-Süd und Rheindorf-Nord. Gemessen an der Schülerzahl im stadtweiten Vergleich wechseln verhältnismäßig wenig Grundschüler aus Rheindorf-Nord auf eine Realschule. Erneut zeigt sich eine Tendenz, die auf geringere Bildungschancen bei Grundschülern in Rheindorf-Nord hinzudeuten scheint.
- Gesamtschulen: In Rheindorf-Nord wechseln 60 bis 70% der Grundschüler zur Käthe-Kollwitz Gesamtschule, die die am nächsten gelegene weiterführende Schule in Rheindorf-Nord (liegt mitten im Wohngebiet an der Elbestr.) ist.
- Hauptschulen: Die Hauptschule wird als weiterführende Schule für Schüler aus Rheindorf-Nord kaum besucht. In Rheindorf besuchen fast alle Hauptschüler die Gesamtschule in Rheindorf-Süd (Käthe-Kollwitz Schule).

⁴¹ Stadt Leverkusen: Sozialbericht 2003

⁴² Datenquelle: Fachbereich Schulen der Stadt Leverkusen, Schulentwicklung/Übergänge 2003 zu weiterführenden Schulen.

Abbildung 2-5: Vergleich der Übergänge in weiterführende Schulen von Grundschulern in Rheindorf-Nord



Quelle: Stadt Leverkusen, Amt für Statistik, Leverkusen 2004, eigene Darstellung

Nur wenige Schüler aus Rheindorf-Nord verlassen zum Schulbesuch den Stadtteil. Dies gilt im Allgemeinen auch für die Freizeitmobilität der Kinder und Jugendlichen.

2.2.10 Zusammenfassung der Sozialberichterstattung

Die Auswertung der Bevölkerungs- und Sozialdaten zeigt für Rheindorf-Nord das folgende statistische Profil auf. Die Haushaltsgröße liegt über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Auch der Anteil der unter 18 Jährigen insgesamt und der Migranten unter 18 Jahren liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Gleichzeitig ist der Anteil der über 60 Jährigen in der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch. In den öffentlich geförderten Miethäusern leben überdurchschnittlich große Haushalte mit Kindern und Jugendlichen. Der Anteil der Migranten liegt nur gering über dem städtischen Durchschnitt, wobei der Anteil der Spätaussiedler im Bereich Baumberger- / Monheimer Str. (Q19) deutlich erhöht ist. Im Bereich Elbestraße / Solingerstraße (Q17) ist der Ausländeranteil überdurchschnittlich hoch.

Die Arbeitslosenquote liegt in Rheindorf-Nord leicht über dem städtischen Durchschnitt. Nach Wiesdorf-West, Mantfort und Opladen steht Rheindorf neben Quettingen an vierter Stelle bei der Arbeitslosenquote in Leverkusen. Insbesondere sind Frauen, Migranten und Personen unter 25 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine deutlich erhöhte Tendenz kann bei dem Anteil der Langzeitarbeitslosen belegt werden.

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger liegt in Rheindorf an dritter Stelle in Leverkusen. Mantfort und Wiesdorf-West liegen noch vor Rheindorf über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Bei den absoluten Zahlen liegt Rheindorf (823 /14,6%) an zweiter Stelle hinter Opladen (976/17,2%) (31.12.2002). Der Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger liegt dabei jedoch unter dem städtischen Durchschnitt. Hingegen ist der überdurchschnittliche Anteil der unter 18 Jährigen mit 358 Personen auffällig erhöht und muss bei der Maßnahmenentwicklung in einem integrierten Handlungskonzept Beachtung finden. Bei der schulischen Bildung lassen sich deutliche Tendenzen zur Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen aufzeigen. So besuchen nur sehr wenige Jugendliche das Gymnasium oder die Realschule, die meisten Schüler und Schülerinnen besuchen die Rheindorfer Gesamtschule, wo am häufigsten nur der Hauptschulabschluss erreicht wird. Der kommunale Gesundheitsbericht unterstützt die Hypothese, dass Armut und Benachteiligung besonders die Kinder und jüngeren Bewohner in Rheindorf-Nord trifft. Verstärkte Berücksichtigung muss daher auf Haushalte mit jungen Familien gelegt werden, die in der überwiegenden Zahl in den Sozialwohnungen leben.

Durch den Zuzug junger, einkommensschwacher Haushalte hat sich ein spezifisches Sozialprofil herausgebildet – wie z.B. geringes Einkommen, schlechter Gesundheitszustand oder beschränkte Einstiegs- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Verstärkend wirken sich die Kriterien bei der Wohnungsvergabe aus, die durch eine Einkommensobergrenze und die davon abhängige Berechtigung zum Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins für die Neumieter erforderlich machen. Der Zuzug Besserverdienender unterbleibt dabei meist, da diese Nachfragegruppen sich an anderen, qualitativ hochwertigeren Teilwohnungsmärkten versorgen können bzw. erst gar keinen Zugang zu den Wohnungen im Quartier erhalten.

2.3 Wohnungsmarktentwicklung

Im Sommer 2004 wurden im Rahmen der Expertenbefragungen die vier am Forschungsprojekt beteiligten Wohnungsunternehmen aufgesucht und mittels Leitfäden zur Situation in Rheindorf-Nord befragt. Im Rahmen der Experteninterviews mit Schlüsselpersonen aus den vier Wohnungsunternehmen wurden die unternehmensspezifischen Daten zu den Wohnungsbeständen im Mietwohnungsbau in Rheindorf-Nord erhoben. Diese umfassen das Spektrum lokaler Wohnungsmarkt, Wohnungsbestand, Vermietungssituation, soziale Mieterstruktur, Fluktuation und Leerstandsquote. Zudem wurde nach den Aspekten des sozialen Wohnungsmanagements gefragt (Kommunikation, Hausmeisterdienste, Beschwerde- und Belegungsmanagement, Nachbarschaftsmanagement, Imageförderung, Sicherheitsmanagement). Dabei wurde auch die Erfahrung mit Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention in den Beständen und in den lokalen Netzwerkstrukturen erfragt.

2.3.1 Lokaler Wohnungsmarkt und Mieterstruktur

Alle vier Wohnungsunternehmen haben zurzeit noch einen hohen Erstmieteranteil in ihren Wohnungsbeständen in Rheindorf-Nord und viele dieser Mieter sind bereits im Rentenalter. Dieser Sachverhalt deutet darauf hin, dass es in den kommenden Jahren vermehrt zur altersbedingten Wohnungsaufgabe kommen wird. Das Wohnungsangebot könnte dann die Wohnungsnachfrage übertreffen und die Polarisierung einkommensschwacher Haushalte zunehmen. Die Tendenz deutet sich heute bei der Wohnungsnachfrage an. Die Erfassung der Fluktuations- und Leerstandsdaten erfolgt in keinem Unternehmen bisher systematisch. Die Mitarbeiterinnen der GAGFAH beobachten eine Abwanderung der 25 bis ca. 35 jährigen deutschen Mittelschichtmieter aus dem Quartier in andere Stadtteile Leverkusens. Die Lebenslagen der verbleibenden Mieter werden als

schlecht bezeichnet. Gleichzeitig ist eine wachsende Tendenz zu Mietverschuldung in dieser Altersgruppe erkennbar.

2.3.2 Wohnungsnachfrage

Alle vier befragten Wohnungsunternehmen haben nach eigenen Angaben bisher eine niedrige Leerstandsquote am Wohnstandort. Im Durchschnitt liegt diese laut Aussagen der Wohnungsvermieter im Quartier unter 2% und damit noch unter der Mobilitätsreserve am Wohnungsmarkt. Die Stadt Leverkusen ermittelt in ihrer Wohnungsmarktbeobachtung für das Jahr 2003 für Rheindorf (Nord und Süd) eine Leerstandsquote von 0,7%. Damit hat der Gesamtstadtteil Rheindorf die niedrigste Leerstandsquote von Leverkusen. Allerdings gibt es Hinweise aus den Gesprächen, dass diese Situation in einzelnen Wohngebäuden stark zu differenzieren ist. So besteht beispielsweise in den Hochhäusern eine höhere Leerstandsquote. Die Mitarbeiterinnen der GAGFAH berichten, dass beispielsweise im Jahr 2003 im Punkthochhaus in der Baumberger Straße 50 Leerstände bis 12,5% verzeichnet wurden. Eine Vermietung der Wohneinheiten ab der 6. Etage ist relativ schwierig. Auch bei der WSS beobachtet man im Scheibenhochhaus ab der 7. Etage eine eingeschränkte Vermietbarkeit der Wohnungen. Aus den Gesprächen geht hervor, dass sich die Vermietung der Wohnungen in den Hochhäusern in den letzten Jahren im Vergleich zu den angrenzenden Zeilenhäusern, mit weniger Geschossen und Wohneinheiten schwieriger gestaltet. Die Anzahl der Nachfragen von Neumieter ist bei allen vier Unternehmen (WGL GmbH, GAGFAH, Wilhelm-Sander-Stiftung, Baywoge GmbH) am Rheindorfer Wohnungsmarkt zum Zeitpunkt der Befragung stagnierend. Der Wohnungsmarkt in Rheindorf-Nord gestaltet sich im Vergleich zu anderen Mietwohnungssegmenten der Unternehmen als vergleichsweise schwerfällig. Bei der GAGFAH fragen viele Mieter mit Wohnberechtigungsschein nach freiem Wohnraum an. Als großes Problem werden die wachsenden Mietschulden vieler jüngerer Mieterhaushalte wahrgenommen.

Alle befragten Akteure der Wohnungsunternehmen betonen einstimmig, dass die Wohnungsnachfrage in Rheindorf-Nord derzeit stagnierend bis rückläufig sei. Bei den ehemals werksgebundenen Beständen ist der Nachfragerückgang durch den massiven Stellenabbau bei den ehemaligen Bayerwerken ein Grund, bei den anderen Wohnungsbeständen kann davon ausgegangen werden, dass durch das schlechte Außenimage des Wohnstandorts Standortentscheidungen für andere Leverkusener Stadtteile gefällt werden. Primär betrifft die geringe Mieternachfrage die Hochhäuser im Untersuchungsgebiet. Des Weiteren werden bestimmte Wohnungen nur an Mieterhaushalte mit Wohnberechtigungsschein vergeben. Dies trifft besonders für große Wohnungen mit 3 und 4 Zimmern zu. Die Vermietung wird mit der Anzahl der Wohneinheiten im Gebäude eher schwieriger. Überdurchschnittlich viele Erstmieter wohnen noch in den Beständen.

Bis 1994 gab es in Rheindorf-Nord eine große Wohnungsnachfrage durch die ehemalige Belegschaft von Bayer. Mit den ökonomischen Veränderungen und internationalen Umstrukturierungsprozessen im Bayerkonzern und dem Abbau von vielen Arbeitsplätzen sank auch die Wohnungsnachfrage der zahlungsfähigen Facharbeiterhaushalte. Die traditionelle Nachfragegruppe der Industriearbeiterfamilien verliert dabei am lokalen Wohnungsmarkt zunehmend an Bedeutung. Derzeit ist der Anteil der ehemaligen Bayerangestellten im Wohnungsbestand noch hoch. Viele von ihnen sind aber bereits im Rentenalter. Da das Image von Rheindorf-Nord nicht gut ist, ist die Vermietung am freien Markt schwierig und auch die Zahl der Mietrückstände und Mietschulden steigt an. Die Zahl der Leerstände ist bisher gering, wie auch die kommunale Wohnungsmarktbeobachtung verdeutlicht. Bei der Belegung der Wohnungen bei Neuvermietungen "könnte man derzeit nicht sehr wählerisch sein", betonte der Geschäftsführer des Unternehmens. Bei der Neuvermietung achtet die WSS durch eine Schufa-Anfrage auf die finanzielle Situation der Neumieter. Bei Sozialhilfemieter gäbe es die Mietgarantie durch das Sozialamt (Stand Juli 2004).

Ein anderer nicht zu unterschätzender Effekt für die zukünftige Wohnungsmarktentwicklung ist die Tatsache, dass früher vorrangig die Belegschaft des ehemaligen Bayerkonzerns mit Wohnraum versorgt wurde. Diese industrieverbundene Wohnungsversorgung von Facharbeitern wird durch die jüngsten Umstrukturierungsprozesse und Arbeitsplatzverluste bei Lanxess AG und den Töchtern des Bayerkonzerns zwangsläufig eine rückläufige Nachfrage der beschäftigten Mitarbeiter erzeugen und somit langfristig auch eine Veränderung der Mieterstruktur zur Folge haben. Die geringe Nachfrage nach Wohnraum wird aber auch durch bestehende Modernisierungsrückstände, dem schlechten Ausstattungsstandard (Bäder) vieler Wohnungen und durch das Außenimage am Leverkusener Wohnungsmarkt verstärkt. Die Grundrisse der Wohnungen spielen dabei, laut Aussagen der Vermieter, kaum eine Rolle. Ausnahme ist das Scheibenhochhaus in der Okerstraße 30 (Eigentümerin: Wilhelm-Sander Stiftung). Die Neuvermietung gestaltet sich in den Hochhäusern im Quartier prinzipiell nicht einfach und auch die Fluktuation ist dort, nach Aussagen der Mitarbeiter der Wohnungsunternehmen, höher als in den niedrig geschossigen Wohngebäuden (Zeilenhäuser). Bei der GAGFAH können in einigen Bereichen bis zu 12,5% Leerstand verzeichnet werden (Punkthochhäuser Baumberger Straße). Laut Aussagen von der Wilhelm-Sander-Stiftung, ist die Neuvermietung der 2-Zimmer-Wohnungen im Scheibenhochhaus in der letzten Zeit schwierig. Dies liegt an den relativ hohen Mieten und ungünstigen Grundrissen der Wohnungen, die 73qm Wohnfläche umfassen. Auch das negative Außenimage von Rheindorf-Nord spielt eine Rolle bei der Neuvermietung.

2.3.3 Rheindorf-Nord aus Sicht der Wohnungsunternehmen

Mehrheitlich wird ausgesagt, dass das Image von Rheindorf-Nord ‚schlecht‘ sei. Ursächlich liege das bereits im Neubau der Siedlung nach dem Krieg begründet und hat sich nie wirklich in den Jahren verbessert. Der Zuzug von Flüchtlingen nach dem 2. Weltkrieg und der bis heute anhaltende Zuzug von deutschen Familien aus Polen und Russland führten zwischen Rheindorf-Süd und Nord zu einer Kluft von Alteingesessenen und Fremden. Diese soziale Kluft wird durch die städtebaulichen Planungen und Bauten noch verstärkt. So bildet nicht nur die Verbindungsstraße zur Autobahn A59 mit seinem Lärmschutzwall und der Fußgängerbrücke eine scharfe Grenze zwischen Alt und Neu. Der gesamte nördliche Siedlungsteil ist als Insellage zu beschreiben, die ein Zusammenwachsen des Stadtteils auf Dauer räumlich nicht zulässt.

Das negative Image von Rheindorf-Nord in Leverkusen ist für die Unternehmen ein zentrales Thema. In diesem Zusammenhang wird die erforderliche Verbesserung der Gestaltung der Wohngebäude und des Wohnumfeldes seitens der Wohnungsunternehmen thematisiert. Dabei ist neben der Verbesserung des Wohnungsstandards die Senkung der Mietnebenkosten ein strategisches Aufgabenfeld. Die mangelnde Identifikation der Mieter mit dem Quartier und dem Unternehmen soll in Zukunft stärker in die Marketingbemühungen der Wohnungsunternehmen einfließen.

- GAGFAH: Aufgrund des Verkaufs des Unternehmens ist heute noch nicht absehbar, ob und wie viel in die Sanierung und Modernisierung der Bestände investiert wird. Ob eine bessere Bindung der Mieter durch geeignete Modernisierungsmaßnahmen stattfinden wird, bleibt daher fraglich. Der Vandalismus in den Hochhäusern ist ein zentrales Problem. Dies betrifft die Fahrstühle und die Treppenhäuser. Die Verringerung des Vandalismus und der damit verbundenen Kosten ist für die GAGFAH Mitarbeiter ein wichtiges Handlungsfeld.
- Wilhelm-Sander-Stiftung: Die Zeilenhäuser sind derzeit unproblematisch. Das Scheibenhochhaus verursacht schwierige bauliche und technische Aufgaben. Die beiden Hauseingangsbereiche wurden erst vor kurzer Zeit erneuert. Die anonymen Treppenhäuser sind kaum kontrollierbar und daher ständig verschmutzt und beschmiert. Die Einhaltung der Hausordnung durch die Mieter, insbesondere bei der Treppenhausreinigung, ist ein häufi-

ger Beschwerdegrund. Die hohen Kosten der Müllentsorgung stellen einen weiteren Problemaspekt dar.

- GAGFAH: Kündigungsgründe der Mieter sind derzeit meist der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim. Ernst zu nehmen sind die Kündigungsgründe bei den jüngeren Mietern. Hier zeichnet sich ab, dass der niedrige Wohnungsstandard und die schlechte Qualität des Wohnumfeldes neuerdings durchaus ein Kündigungsgrund sind, dies betrifft besonders die Mieterhaushalte der Mittelschicht. Bedenklich stimmt die in den Unternehmen wahrnehmbare Tendenz einer Konzentration von einkommensschwachen Haushalten und Haushalten mit Migrationshintergrund. Damit verbunden ist auch die Abwanderung der jüngeren, deutschen Mittelschicht Haushalte (25-35 Jährige) in andere Stadtteile. In diesem Zusammenhang wurde seitens der GAGFAH beklagt, dass eine Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten und Mietschulden in den jüngeren Haushalten (25-35 Jährige) auffällig sei. Diese Entwicklung variiere im Untersuchungsgebiet allerdings gebäudeweise. In diesem Zusammenhang wurden die Lebenslagen vieler Kinder und Jugendlichen als schlecht bewertet. Bei der WGL und der GAGFAH wurden die nachbarschaftlichen Konflikte zwischen ausländischen und deutschen Mietern in einigen Wohngebäuden benannt.

2.3.4 Wohnraummanagement der Wohnungsunternehmen

2.3.4.1 Belegungsmanagement

Ein strategisches Belegungsmanagement nach einem Quotierungsverfahren⁴³ der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, wobei die Wohnungsvergabe im Wohnhaus nach Kriterien, wie Alter, Familienstatus, Berufsstatus, Nationalität vergeben wird, wird nach Auskunft der vier Wohnungsunternehmen bisher nicht praktiziert. Alle Wohnungsunternehmen können ihre Wohnungen ohne Einfluss von Belegungsrechten der Stadt Leverkusen selbstbestimmt vermieten. Dennoch gibt es Einzelstrategien. Die Wohnungsverwalterin der Baywoge gab an, sich bei der Neuvermietung vermehrt um Seniorenhaushalte in den Wohnungen am Königsberger Platz zu bemühen, um langfristig stabilere Nachbarschaften und Mieterstrukturen zu erzielen. Dabei zählen für die Seniorenhaushalte als Hauptargument bei der Wohnungswahl die kurzen und barrierefreien Wege und die Ausstattung mit Fahrstühlen sowie die Nähe zur bestehenden Infrastruktur am Königsberger Platz. Als besonders positives Vermietungsargument erweist sich das Angebot für Senioren der Arbeiterwohlfahrt am Platz für die Neuvermietung. Bei der Arbeiterwohlfahrt können Senioren zu Mittag essen und an unterschiedlichen Freizeitaktivitäten teilnehmen. An einigen Tagen gibt es auch ein offenes Seniorencafé. Einer der Gründe für die bevorzugte Belegung der Wohnungen mit Senioren ist, dass das Wohnungsunternehmen zunehmend Probleme mit jüngeren Mieterhaushalten in der Wohnungsbewirtschaftung hatte. Das primäre Problem waren dabei Mietschulden. Die Baywoge hat einen nebenberuflichen Hausmeister im Bestand. Beschwerden werden nach kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der Baywoge eingeteilt und bearbeitet. Kündigungsgründe werden nicht systematisch erfasst.

Da drei der vier Wohnungsunternehmen keine Informationen über den Migrationshintergrund der Mieterhaushalt dokumentieren, können derzeit keine Aussagen über die ethnische Diversität in den Wohnblöcken gemacht werden. Die WGL verfügt über eine Auflistung der Nationalitäten ihrer Mieter. Aus der Liste lassen sich erste Rückschlüsse für die Bestände ziehen. Auch gibt es Hinweise in der Kommunalstatistik auf Belegungstendenzen im Quartier, wie z.B. in der Monheimer Straße

⁴³ Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW (Hg.) (2004): Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)-entwicklung. Dokumentation des Fachgesprächs am 11.12.2003, in Dortmund. Eigenverlag: Dortmund

und Baumberger Straße, wo viele Spätaussiedler wohnen. Bestimmte Straßenabschnitte und Häuser erscheinen stärker von Mietern mit Migrationshintergrund oder Spätaussiedlerhaushalten belegt zu sein. Ein Vergabekriterium ist bei der Vorauswahl der Mieter die positive Schufa-Auskunft, um die Mietschulden und Mietausfälle in den Unternehmen zu minimieren. Bei der GAGFAH gibt es laut Auskunft der Mitarbeiterinnen in den Hochhäusern der Baumberger Straße eine zu geringe Nachfrage nach Wohnungen bei der Neuvermietung. Lediglich Sozialwohnungen, die mit Wohnberechtigungsschein vergeben werden, werden noch stark nachgefragt. Bei der WGL existiert keine gezielte Wohnungsbelegung in den Wohnhäusern. Bei der Auswertung der vorliegenden Daten zeigt sich in einigen Häusern eine überdurchschnittliche Belegung mit Haushalten mit Migrationshintergrund. Begründet ist dies unter anderem mit dem Sozialwohnungsangebot der WGL, das von diesen Mietergruppen verstärkt nachgefragt wird.

2.3.4.2 Öffentlichkeitsarbeit

Lediglich die WGL verfügt über eine stadtweite Mieterzeitung. Diese erscheint vierteljährlich und beinhaltet Berichte über die verschiedenen Wohnstandorte. Derzeit beginnt die WGL, Mieterfeste in Rheindorf zu fördern und zu unterstützen. Auch die Sander-Stiftung sponsert eine Mieterinitiative bei ihrem Sommerfest in der Okerstraße. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten für Mieter sind nicht bekannt geworden.

2.3.4.3 Hausmeisterdienste

Es gibt nur sporadisch anwesende Hausmeister in Rheindorf-Nord. Die Hausmeister der GAGFAH sind dienstags und donnerstags in den Beständen und wohnen außerhalb des Gebiets. Bei der WGL waren bis zum Sommer 2005 nebenberufliche Hauswarte beschäftigt – meist Rentner auf 400 Euro-Basis, die in der Regel nur wenige Stunden in der Woche in den Beständen tätig waren. Die Hausmeister verfügen meistens über eine handwerklich-technische Qualifikation, jedoch nicht über nachweisbare Qualifikationen der Kundenorientierung und Mieterkommunikation. Die WGL hat im Sommer 2005 auf die schlechten Serviceerfahrungen bei den Hausmeisterdiensten reagiert und begonnen, wieder eigene Hausmeister mit Vollzeitstellen einzustellen.

2.3.4.4 Beschwerdemanagement

Die Beschwerden der Mieter werden zentral in den Verwaltungen der Unternehmen entgegengenommen. Ordentliche Beschwerden müssen in den Unternehmen telefonisch und in der Regel aus juristischen Gründen schriftlich eingereicht werden, damit sie im Fall einer gerichtlichen Klage Bestand haben. Dabei werden die Beschwerden unterteilt in technische und kaufmännische Aufgabenbereiche. Ausdrucksschwache Mieter oder Mieter mit Migrationshintergrund und mit schlechten Sprachkenntnissen haben es bei der schriftlichen Formulierung einer Beschwerde daher schwer, ihr Anliegen zu formulieren. Das gängige Beschwerdeverfahren stellt so für einige Mieter eine Kommunikationsbarriere dar und ist keinesfalls kundenfreundlich. Laut Aussagen der GAGFAH werden pro Kundenbetreuer 1.000 Wohneinheiten verwaltet. Die Beschwerden werden in der Zentrale in Essen-Rüttenscheid telefonisch und schriftlich angenommen. Dabei würden Beschwerden wegen Lärmbelästigung und Vandalismus sowie wegen der gelben Abfallsäcke besonders ins Gewicht fallen. Ebenfalls seien Verschmutzungen im Treppenhaus und im Wohnumfeld häufiger Anlass für Beschwerden. In der Oderstraße, am Gascontainer, sei ein Treffpunkt von Jugendlichen, die Lärm verursachen und Gegenstände zerstören. Hier gab es seitens der GAGFAH Mitarbeiterin mehrmals Versuche, die Probleme der älteren Mieter mit den Jugendlichen zu lösen. Die GAGFAH äußert hier den Wunsch, dass die Jugendarbeit in Rheindorf-Nord ansetzen könnte, um die Jugendlichen sinnvoll zu beschäftigen und die Konflikte mit älteren Anwohnern zu reduzieren. Bei

der Wilhelm-Sander-Stiftung werden die Beschwerden telefonisch und schriftlich entgegengenommen. Beschwerden seitens der Mieter gibt es primär in Bezug auf die Treppenhausreinigung und auf Verstöße gegen die Hausordnung.

2.3.4.5 Auswertung der Kündigungsgründe

Bei der schriftlichen Kündigung des Mietvertrags werden die Kündigungsgründe der Mieter durch die Unternehmen nicht nachgefragt. Regelmäßige Wohnzufriedenheitsuntersuchungen wurden bisher nicht durchgeführt. Lediglich bei der WGL liegt für ausgewählte Quartiere in Leverkusen eine Studie der Firma Logos vor⁴⁴. Darin enthalten sind auch Fragen zum Wohnstandort Rheindorf-Nord.

2.3.5 Themen aus Sicht der Wohnungsunternehmen im TRAFÖ-Forschungsprojekt

Die Wohnungsunternehmen schreiben der Verbesserung des Images von Rheindorf-Nord eine zentrale Bedeutung zu für die zukünftige Vermietung und erfolgreiche Bewirtschaftung der Wohnungsbestände. In der lokalen Presse und im Internet sollen zukünftig mehr positive Berichte über Rheindorf-Nord erscheinen. Der Erhalt der Vermietbarkeit der Wohnungsbestände in naher Zukunft macht, insbesondere angesichts der demografischen Tendenzen in der Mieterschaft, eine positive Imageentwicklung dringend erforderlich. Zudem wird der massive Stellenabbau beim ehemaligen Bayerkonzern zu weiteren Nachfragerückgängen am lokalen Wohnungsmarkt in den ehemals werksgebundenen Wohnungsbeständen führen.

Ein weiteres Thema ist die Erzielung einer hohen Wohnzufriedenheit der Mieter. Die Vermieter wünschen sich in Zukunft Strategien für eine leichtere und bessere Vermietung der frei werdenden Mietwohnungen. Der Rückgang der Mietschuldner unter den jüngeren Haushalten ist ein zentrales wirtschaftliches Ziel.

Auch das Aufkommen von Vandalismus variiert in den Wohnhäusern und Straßen. Demnach verzeichnet die GAGFAH in der Baumberger Straße den meisten Vandalismus. Die Situation der Jugendlichen und der sich zum Teil aus dem provokanten und destruktiven Verhalten ergebenden Konflikte mit älteren Nachbarn sind für die GAGFAH ein wichtiger Aspekt der Untersuchungen und zukünftigen Maßnahmen. Aus ihrer Sicht fehlen Plätze und Orte für die unterschiedlichen Gruppierungen. Die Zusammenarbeit zwischen den Wohnungsunternehmen bezeichnet die Geschäftsführung der Wilhelm-Sander-Stiftung als gut. Eine Zusammenarbeit zwischen den Ämtern der Stadtverwaltung finde bisher kaum statt bzw. könnte verbessert werden.

2.3.6 Städtebauliche und wohnungsbauliche Kriminalprävention

Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention bei der Wohngebäude- und Wohnumfeldgestaltung sind in den befragten Unternehmen bisher kein Bestandteil des Wohnungsmanagements gewesen. Die Begrifflichkeiten sind als solche nicht bekannt. Das Thema Sicherheit wurde vormals nicht explizit als Problem benannt und bei Wohnungssanierungen und Wohnumfeldmaßnahmen abgearbeitet, obwohl aus einzelnen Aussagen zu entnehmen ist, dass Sicherheitsfragen und Aufgaben der Vandalismusvermeidung eine zunehmende Rolle im Wohnungsmanagement spielen. Diese Aufgaben beziehen sich im Bewusstsein der Vermieter jedoch mehr auf die Hausordnung, auf Konflikte in der Nachbarschaft, auf das Müllvorkommen und auf die Wohnumfeldgestaltung. Technische Sicherheitsaspekte (Balkontüren, Wohnungstüren, Zugang zu Wohnhäusern) sind nur

⁴⁴ Logos Mieterbefragung im Auftrag der WGL GmbH

partiell bei Sanierungen unter anderen technischen Gesichtspunkten gelöst worden. Eine Checkliste zur Erhöhung der technischen Sicherheit der Wohngebäude wird bisher nicht bewusst in den Wohnungsbeständen verwendet. Auch berät die Polizei die Unternehmen bisher nicht bei Neubau oder Sanierungsvorhaben. Bei baulich-technischen Maßnahmen fällt kaum ein Augenmerk auf eine präventive Strategie zur Gestaltung der Wohngebäude und des Wohnumfeldes. Der situative Ansatz wurde bisher in keinem der Unternehmen diskutiert. Lediglich das Thema Vandalismus im Zusammenhang mit Jugendlichen wird bei der GAGFAH angesprochen. In der Baumberger Straße werden die Knöpfe und Türen der Aufzüge besonders häufig durch Vandalismus zerstört. Bei der WGL wurden im Rahmen von Modernisierungen einige Aspekte im Rahmen der Gebäudeaufwertung reguliert (Beleuchtung, Briefkästen).

2.4 Analyse der Baustruktur in Rheindorf-Nord

Zur Annäherung an den Untersuchungsraum fanden in den Sommermonaten 2004 Ortsbegehungen am Tage und nach Einbruch der Dunkelheit statt. Bei der Analyse konnte auch auf Arbeitsergebnisse von Studierenden der Fachhochschule Köln (SRM, F & E Forschungsschwerpunkt) zurückgegriffen werden, diese wurden in die Bestandsanalyse integriert und um weitere Erkenntnisse zu städtebaulichen Aspekten der Kriminalprävention ergänzt. Im ersten Analyseschritt wurden räumliche Aspekte des gebauten Raums erhoben.

Von der A59 ist die Großsiedlung gut erkennbar. Besonders die drei massiv wirkenden grauen Punkthochhäuser in der Baumberger Straße der GAGFAH und die drei baugleichen Punkthochhäuser (Eigentumswohnungen) in der Peenestraße (Hausnummern 1, 3, 5) sind gut erkennbar. Gerade noch erkennbar ist das Hochhaus der WGL in der Leinstraße 1. Das auffälligste Wohngebäude, insbesondere für Personen, die von der S-Bahn-Station Rheindorf kommen, ist das 13-geschossige Scheibenhochhaus mit angebautem Heizkraftwerk der Energieversorgung Leverkusen (hoher grauer Schornstein) an der Okerstraße 30a/b. Dieses Gebäude hat imagebildenden Charakter für Rheindorf-Nord und ist als Landmarke von der vorbeiführenden Bahnlinie aus gut sichtbar. Das Scheibenhochhaus ist Nord-Süd ausgerichtet. An der nördlichen Fassade befinden sich enge Laubengänge. An der Südfassade hat jede Wohneinheit einen sehr schmalen, aber langen Balkon. Dieses Gebäude ist das Erste, was Besucher von der Bahn aus wahrgenommen wird.

In Rheindorf-Nord existieren unterschiedliche Gebäudetypen, die jeweils für sich gruppiert sind. Charakteristisch für das Nordquartier ist beispielsweise die Zeilenbebauung. Das markanteste Gebäude stellt das im nördlichen Randbereich in der Okerstraße stehende, 13-geschossige Scheibenhochhaus der Wilhelm-Sander-Stiftung dar. In der Leinstraße steht ein 16-geschossiges Hochhaus der WGL mit Balkonen, welches durch die umgebende Vegetation jedoch kaum auffällt. Am Königsberger Platz stehen ein 9- und ein 8-geschossiges Gebäude. Die Analyse der Merkzeichen und Gebäudekanten zeigt, dass nicht nur das Scheibenhochhaus an der Okerstraße (Hausnr. 30a, 30b) das Quartier prägt, sondern auch die anderen hohen Gebäude, die so genannten Sternhäuser, die Kirchen, die Gebäudekante der Schulen sowie die großflächige Grünanlage. Die Mehrzahl der Wohngebäude ist in einem Verbund von 3- bis 4-geschossigen, einfachen Zeilenbauten angelegt worden. Die Ausrichtung ist meist Nord-Süd, gelegentlich auch Nord/Ost-Süd-West. Die Zeilen- und Hochhäuser haben Flachdächer, die meisten Einfamilienhäuser Satteldächer. Baulich und gestalterisch fällt dabei die Butterheide durch ihre gewachsene, heterogene Siedlungsstruktur und den dörflichen Siedlungscharakter auf. Der Siedlungsbereich besitzt damit einen Sonderstatus im Untersuchungsquartier.

2.4.1 Erscheinungsbild der Wohngebäude

Der Fassadenzustand variiert im Quartier stark. In einigen Bereichen wurden die Fassaden neu gestrichen, in anderen ist an der ursprünglichen Gestaltung nach dem Bau bisher nichts verändert worden. Zeitgemäße Wärmeschutzmaßnahmen an den Fassaden zur effektiven Energieeinsparung und Verringerung der Nebenkosten sind im Gebiet noch sehr selten, sodass die Betriebskosten für die Beheizung der Wohnungen hoch ausfallen. Die verschiedenen baulichen Haustypen der Einfamilienhausbebauung zeigen die typischen individuellen Gestaltungsmerkmale durch die Eigentümer auf. Die meisten Ein- und Zweifamilienhäuser sind im Außenbereich sehr gepflegt. Die Fassaden sind in der Regel verputzt.

In den Punkthochhäusern in der Baumberger Straße besteht ein erheblicher Modernisierungsbedarf: Fassaden, Hauseingangs- und Treppenhausbereiche sind sichtbar in die Jahre gekommen und wirken ‚abgenutzt‘. Aus der aktuellen Unternehmenssituation – Verkauf an einen US-Immobilienfonds und andere interne Prioritätensetzung – lässt sich mittelfristig nicht absehen, ob hier Investitionen getätigt werden, die die Wohnimmobilien und das Wohnumfeld deutlich aufwerten. Bei den meisten Gebäuden bestehen Sanierungs- und Modernisierungsrückstände, sowohl an den Fassaden und insbesondere in den Eingangsbereichen und Hausfluren. Besonders der Zustand der Zeilenhäuser der WGL fällt in einigen Siedlungsbereichen auf. Dies trifft insbesondere auf die Warthestraße, Elbestraße, Unstrutstraße und Zschopaustraße zu.

Auf den Rasenflächen existiert ein Strauch- und Baumbestand, der auf Grund seines Alters oft Sichtachsen versperrt oder für eine starke Verschattung der Wohnungen sorgt. Das ursprüngliche Freiflächenkonzept verschwindet vielfach durch die Vegetation und die fehlende Instandhaltung. Häufig befinden sich Wäschestangen auf den Abstandsflächen zwischen den Wohnzeilen, die in einigen Wohnbereichen bei guter Witterung genutzt werden. In den meisten Fällen sind die Wäschestangen aber angerostet und die Lackierung blättert ab. Es besteht ein auffälliger baulicher Kontrast zwischen den Zeilenhäusern, dem Scheibenhochhaus (Okerstraße 30) und den Punkthochhäusern (Baumberger Straße, Leinestraße, Königsberger Platz, Warthestraße, Peenestraße).

2.4.2 Grün- und Freiraum

Der große Grünflächenanteil mit vielfältigem Baumbestand im Quartier wie auch um Rheindorf-Nord herum stellt eine hohe Qualität dar. So befinden sich westlich der A59 mehrere Baggerseen. Im Süden von Rheindorf fließt der Rhein, der eine hohe Freizeitqualität aufweist. Nach Osten ist das Quartier durch Kleingartenanlagen begrenzt, hinter denen die Wupper den Stadtteil Rheindorf durchfließt. Hier bieten sich viele Möglichkeiten für Freizeit und Erholung. Im Norden grenzt das Gebiet an Felder, Wiesen und Waldflächen, die allerdings durch die Bahntrasse von Rheindorf-Nord getrennt werden.

Zwischen dem südlichen und nördlichen Teil der Siedlung liegt eine öffentliche Grünfläche (namenloser Park I), um die herum Schulen, Kindergärten und Sportplätze angesiedelt wurden. Diese Fläche ist als Wasserschutzzone 1 ausgewiesen und dient der Trinkwassergewinnung. Ein zweiter Park (Park II / Festplatz) befindet sich im südlichen Teil von Rheindorf-Nord zwischen Netze-, Solinger- und Felderstraße. Diese Fläche wird an den Wochenenden als Flohmarkt genutzt (Festplatz). Ein kleiner See liegt inmitten dieses Parks.

Allerdings beeinträchtigen zu dichte Bepflanzung und eine unübersichtliche Gestaltung die Nutzung beider Parkflächen innerhalb der Siedlung (und nehmen so zu bestimmten Tageszeiten den Charakter von Angsträumen an). Durch die Parkflächen laufen wichtige Wege zu den Wohnbereichen. Diese sind alle zu dunkel und uneinsehbar. Die Bepflanzung ist an den Wegrändern in der Regel zu hoch und zu dicht, so dass die Ränder der Wege unübersichtlich und nicht transparent

sind. Die finanziell angespannte Situation der Stadt führt dazu, dass die Grünflächen weniger intensiv gepflegt und geschnitten werden.

2.4.3 Spiel- und Bolzplätze

Rheindorf-Nord ist (laut Angaben der Stadt Leverkusen, Stand 2003) mit acht öffentlichen Spielplätzen ausgestattet. Die Spielplätze sind zum Teil erneuerungsbedürftig und nur wenig attraktiv. Der Spielplatz im Park am Wasserwerk ist durch den Baumbestand stark verschattet, uneinsehbar und bietet unberechtigten Personen Gelegenheiten zum Aufenthalt. Sicherheitsdefizite entstehen für die Kleinkinder durch Glasscherben, Hundekot und durch zurückgelassene Spritzen. Die finanziell angespannte Situation der Stadt Leverkusen führt dazu, dass für Neubau- und Umgestaltungsmaßnahmen in Rheindorf wenig Mittel zur Verfügung stehen. Sogar die Instandhaltung von Spielflächen kann nur mit Mühe und Not bewerkstelligt werden. Dies gilt auch für die Grünpflege. Insgesamt pflegt der Fachbereich Stadtgrün der Stadt Leverkusen in Rheindorf ca. 15 ha (154.023 qm) Parkanlagen und eine Bundesbahntrasse.

Private Spielflächen finden sich zudem auf den Grundstücken nahe an den Gebäuden der jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften. Insbesondere die WGL hat in Verbindung mit Modernisierungs- und Wohnumfeldmaßnahmen im Bereich der Monheimer Straße zeitgemäße neue Spielplätze angelegt. In anderen Bereichen zeigen sich aber auch deutliche Defizite (Zerfall und Verunreinigungen). Hier müsste im Detail überprüft werden, inwieweit die hauseigenen Spielplätze (meist Sandkästen) der Wohnungsunternehmen zurzeit überhaupt von Kindern der Mieter genutzt werden und wo aktuell Erneuerungsbedarf besteht. Eine Beteiligung und Einbeziehung der Kinder und Eltern bei der Neugestaltung und Betreuung der Spielbereiche fand bisher weder durch die Wohnungsunternehmen noch seitens der Stadt Leverkusen statt. So gibt es beispielsweise bisher keine Spielplatzpatenschaften zur besseren Kontrolle und Erhaltung der Spiel- und Aufenthaltsqualität für Kinder und Eltern. Einige Schulhöfe können nachmittags von den Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Sie bieten jedoch kaum attraktive Ausstattung und Spielreize. Der Schulhof der Grundschule (Löwenzahngrundschule) ist nicht ausreichend zum anliegenden Park begrenzt, so dass fremde Personen die Kinder in der Pause ansprechen können.

2.4.4 Die Verkehrserschließung

Es lässt sich festhalten, dass Rheindorf-Nord für den motorisierten Straßenverkehr gut erschlossen ist. Die Autobahn (A59) in Richtung Düsseldorf und Köln ist schnell und gut zu erreichen, der Ausbau des Straßennetzes im Quartier ist ebenfalls gut. An den öffentlichen Personennahverkehr ist Rheindorf-Nord gut angeschlossen. Das Quartier verfügt über eine S-Bahn-Station (S6 Köln-Essen) und ein ausreichendes Netz an Buslinien (7 Buslinien und ein Nachtbus freitags und samstags von 0-3 Uhr). Zwar gibt es nur eine Buslinie (207), die von 21:00 Uhr bis 24:00 Uhr fährt, die S-Bahn verkehrt jedoch noch bis 1 Uhr nachts im Halbstundentakt. Bis 23.30 Uhr sind S-Bahn und die Buslinie miteinander ‚getaktet‘. Danach fährt kein Bus mehr. Allerdings kommt es bei der S6 häufig zu Verspätungen.

2.4.5 Fuß- und Radwege

Es besteht ein ausgeprägtes Netz aus Fuß- und Radwegen, welche ebenfalls unzureichend gekennzeichnet sind. Es entstehen vielerorts Nutzungskonflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern, da die Wegführung unverständlich bzw. unzureichend gekennzeichnet ist. Durch dichten Bewuchs der Sträucher und Bäume, uneinsehbare Bereiche und unklarer Trennung zwischen öffentlichen

und privaten Wegen wird die Orientierung erschwert. Infolge der vorherrschenden Zeilenbebauung liegen viele Wege weit ab von den Nebenstraßen und sind nur schwer zu überblicken und nicht hinreichend ausgeleuchtet bzw. zum Teil überhaupt nicht beleuchtet. In fast allen Bereichen des Quartiers lässt die Beleuchtungsstärke zu wünschen übrig oder fehlt zum Teil sogar völlig. Vielfach sind Laternen über längere Zeiträume defekt oder ausgeschaltet. Die Laternen sind im öffentlichen Straßenraum in der Regel nur einseitig auf dem Bürgersteig platziert, so dass die gegenüberliegende Straßenseite im Dunkeln nicht erkennbar ist. Zudem geht von den Laternen ein Blendungseffekt aus. In Leverkusen gibt es z. T. Einsparungen durch die Abschaltung jeder zweiten Straßenlaterne. Diese Maßnahme ist in Fachkreisen umstritten, da es Hinweise auf erhöhte Unfallzahlen in diesen Bereichen gibt.

2.4.6 Öffentlicher und privater Parkraum

Im Untersuchungsraum Rheindorf-Nord sind auf den ersten Blick ausreichend PKW-Stellplätze vorhanden. Diese sind überwiegend private Stellplätze in Form von Garagenhöfen oder offenen Stellplatzanlagen in der Nähe der Häuser. Ein Großteil der privaten Parkplätze der Wohnungsunternehmen ist – bedingt durch die hohe Strauchvegetation – nicht transparent und schlecht beleuchtet.

Öffentliche Stellplätze finden sich in großer Anzahl um den Königsberger Platz herum. Diese sind zum Teil durch ihre Lage nicht einsehbar und weisen städtebauliche Sicherheitsdefizite auf (Parkplatz hinter dem Getränkemarkt, Elbestraße; Parkplatz an der Insterstraße). Im Bereich Parkplatz an der Elbestraße/Endstation ergeben sich Nutzungskonflikte zwischen der Bushaltestelle des ÖPNV und dem parkenden motorisierten Individualverkehr (MIV). Die öffentlichen Parkplätze am Nebenzentrum Felderstraße sind mit Sträuchern zugewachsen und blickdicht, zudem bestehen Beleuchtungsdefizite. Ein weiterer Parkplatz befindet sich in der Leinestraße. Am S-Bahn Haltepunkt Rheindorf befindet sich ein abgelegener P+R-Parkplatz (Park & Ride) mit erheblichen Sicherheitsdefiziten. Zudem gibt es Nutzungskonflikte zwischen Anwohnern und Pendlern, da Fahrzeuge von Nutzern der S-Bahn entlang der Okerstraße abgestellt werden. Der Parkplatz an der Felderstraße ist dicht bewachsen, nicht einsehbar und wenig genutzt.

2.4.7 Orientierung

Die Orientierung im Quartier weist Defizite auf: Die Wohngebiete sind durch Ringstraßen und Stichstraßen erschlossen (Schleifenerschließung mit Sackgassen). Lediglich zwei Hauptverkehrsstraßen führen im Norden und eine im Süden aus dem Quartier hinaus (Solinger Straße L293, Masurenstraße). Zwei Kreuzungen (Am Vogelsang/Felderstraße) am Rande von Rheindorf-Nord führen nicht direkt in das Quartier, sodass es für Ortsfremde schlecht zu finden ist. Der Königsberger Platz als Hauptgeschäftszentrum ist unzureichend bzw. gar nicht ausgeschildert und auch von den umliegenden Straßen nicht einsehbar.

Auch laut Aussage der Gewerbetreibenden ist der Königsberger Platz für ortsfremde Besucher und Kunden nur schlecht zu finden. Grund ist die unzureichende Ausschilderung auf den Hauptstraßen. Für die Bewohner selbst stellt die Orientierung kein Problem dar. Besucher und Kunden, die zum ersten Mal in Rheindorf-Nord sind, haben Orientierungsprobleme beim Auffinden des Königsberger Platzes und der Geschäfte am Platz. Die Plätze an der Felder- und Wechselstraße sind nicht ausgeschildert.

2.4.8 Versorgung Einzelhandel

Allgemein ist die Grundversorgung im Einzelhandel für Sortimente des mittelfristigen Bedarfs (Bekleidung, Schuhe, Sanitätshaus für Senioren etc.) und des langfristigen Bedarfs (Elektro, Haushalt, Möbel) im Quartier nicht gedeckt. Lediglich der Bereich Lebensmittel- und Drogeriemärkte sowie Kioske (kurzfristiger Bedarf) sind vertreten.

In den beiden kleineren Nebengeschäftszentren (Weichselstraße; Felderstraße) ist ein anhaltender hoher Leerstand der Laden- und Gastronomieflächen zu verzeichnen. Die beiden Ladenzentren und die öffentlichen Plätze wirken durch die Leerstände der Geschäftsimmobilien und die geringe Fußgängerfrequenzierung des öffentlichen Raums unbelebt und verlassen. Die Läden sind im privaten Eigentum. Beide öffentliche Platzflächen sind im städtischen Eigentum. Die Grünflächen machen keinen gepflegten Eindruck. Die dichte Bepflanzung versperrt zum Teil die Blickbeziehungen über die Plätze. Im Bereich der Felderstraße wirkt die Bepflanzung der Hochbeete störend: Denn im pflegeleichten, aber unattraktiven Bodendecker verfängt sich der vom Wind zugetriebene Abfall. Die regelmäßige Pflege und Säuberung der Grünflächen ist kostenintensiv und problematisch. Die beiden Plätze befinden sich bereits in einem schleichenden Prozess des Niedergangs.

2.4.9 Königsberger Platz

Bezüglich der Lebensmittelversorgung finden sich in ganz Rheindorf statistisch Potenziale, da die Verkaufsflächenzahl nur bei 0,19 qm pro Einwohner liegt (Durchschnitt Leverkusen 0,34 qm).⁴⁵ Ein Investor plant bereits die Ansiedlung eines weiteren Lebensmitteldiscounters (Neubau Lidl) in der Elbestraße, auf dem heutigen Standort der evangelischen Kirchengemeinde nahe dem Königsberger Platzes. Hierbei handelt es sich um das Grundstück der evangelischen Kirche, die durch den Erlös des Grundstücksverkaufs einen Neubau an der Solinger Straße finanziert. Die Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters wird bei den ansässigen Einzelhändlern am Königsberger Platz sehr kritisch bewertet. Seitens der Bewohner und hier insbesondere derer, die über eine geringe Kaufkraft verfügen, besteht der Bedarf nach preiswerten Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs im fußläufigen Wohnumfeld. Auch die Wohnungsunternehmen bewerten die Ansiedlung des Lidl als positiv.

Die Fluktuation der Einzelhändler am Königsberger Platz war im Jahr 2004 groß. Im Hauptgeschäftszentrum am Königsberger Platz stand im Januar 2005 ein Ladenlokal der Baywoge leer (ehemals Schlüsseldienst). Dieses wurde wenige Monate später mit einem Blumengeschäft belegt. Der ehemalige Ladeninhaber ist aus standortbedingten Gründen mit seinem Unternehmen (wenig Laufkundschaft, hohe Ladenmiete) nach Opladen umgezogen. Im Winter 2005 hat ein Feinkostgeschäft mit russischen Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln in der Ladenpassage eröffnet. Anfang 2005 hat die Drogeriekette Schlecker am Königsberger Platz eine Filiale eröffnet. In den Expertengesprächen wurde deutlich, dass viele der ortsansässigen Inhaber wirtschaftliche Probleme am Standort haben und deshalb im Jahr 2004 eine Werbegemeinschaft gegründet haben. Positiv ist die Marktbestellung des südlichen Bereichs (Eigentümerin Stadt Leverkusen) an den Donnerstagen zu bewerten. Der Markt belebt den gesamten Königsberger Platz. Das reichhaltige Sortiment der Marktbesteller zeigt Tendenzen zu Billigsortimenten auf, die in der Regel von den Kunden angenommen werden. An den andern Tagen wird der südliche Platz als gebührenfreier Parkraum genutzt.

⁴⁵ vgl.: Handlungsprogramm Einzelhandel, Stadt Leverkusen Stadtplanung und Bauaufsicht; Stand: Oktober 2002

3 Sicherheitsanalyse

3.1 Polizei und öffentliche Ordnung

Die Polizeiwache am Königsberger Platz wurde im Jahr 2003 geschlossen. Anlass dafür waren interne Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Polizei Leverkusen. Seitdem steht tagsüber an einigen Wochentagen am Königsberger Platz eine mobile Wache, die nur zu bestimmten Zeiten von der Bevölkerung aufgesucht werden kann. Nachfragen ergaben, dass das Ordnungsamt personell nicht im Quartier präsent ist und eine Citystreife in Rheindorf-Nord nicht durchgeführt wird bzw. eine solche Maßnahme bisher auch nicht beabsichtigt ist.

3.1.1 Polizeiliche Daten

Bei der Leverkusener Polizei verwendet man seit dem 2. Halbjahr 2003 das neue Vorgangsbearbeitungssystem (IGVP). Die Datenbanken beruhen auf Excel und haben keine Schnittstellen zu kommunalen Datenbanken bzw. geografischen Informationsprogrammen. Anders als bei der Kölner Polizei, wo das geografische Lage-/Analyse-/Darstellungs- und Informationssystem GLADIS (Geographisches Lage Analyse Darstellungs- und Informationssystem) verwendet wird, sind hier geografische Daten (Koordinaten) nicht enthalten, sondern nur reine Textinformationen zum Tatort (Hausnummern). Die Daten liegen im Zeitraum von 01.01.1999 bis 31.07.2003 vor. Des Weiteren wurden die Einsatzdaten der Polizei im Zeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2003 betrachtet. Leider können letztere Daten nicht mit den Eingangsstatistiken verglichen werden, da diese Daten nur eine kurze Speicherzeit aufweisen und bereits wieder gelöscht sind. Auch gibt es keine Aussagen zu den Tätermotiven und den genauen geografischen Tatorten. Trotz der für räumliche Analysen nicht aussagekräftigen Datensätze wird im folgenden Bearbeitungsteil versucht, mit den vorhandenen Daten Erkenntnisse für die Forschungsarbeit herauszufinden.

3.1.2 Verteilung der Tatorte

Im Jahr 2003 wurden vom F&E Forschungsschwerpunkt ausgewählte Polizeidaten aus 12 von der Polizei selektierten Straßen analysiert. Der Datensatz beinhaltet nicht die Nebenstraßen der Einfamilienhausbebauungen (z.B. Butterheide); somit kann folglich kein Bild über die Kriminalitätslage in den nicht selektierten Wohnbereichen gegeben werden. Die Ausschnitte der 12 analysierbaren Straßendatensätze werden demzufolge in keinerlei Vergleich mit anderen Siedlungstypen und Stadtteilen gesetzt.

Am Königsberger Platz, in der Monheimer Straße und in der langen Elbestraße zeigt sich nach dem analysierten Datensatz die größte Kriminalitätsbelastung (vgl. Tabelle 3-1).

Die polizeilichen Daten lassen in der vorliegenden Form nur ansatzweise Interpretationsmöglichkeiten zur städtebaulichen Kriminalprävention zu. Lediglich im Fall der Sicherheit auf Parkplätzen und Garagenanlagen können die Ergebnisse der polizeilichen Eingangsstatistik mit den Ergebnissen der städtebaulichen Analysen in Bezug gestellt und daraus Hypothesen aufgestellt werden. Exemplarisch wurden dazu jeweils vergleichend Parkplatzsituationen und öffentliche Räume/Zentren untersucht. In der Leinestraße und in der Weichselstraße wird laut polizeilicher Eingangstatistik eine erhöhte Anzahl an Kfz-Diebstählen verzeichnet.

Tabelle 3-1: Anzahl der Delikte nach Straßen und Jahren in ausgewählten Straßen Rheindorf-Nord (1999-2003)

Straße	1999 01.01.-31.12.	2000 01.01.-31.12.	2001 01.01.-31.12.	2002 01.01.-31.12.	2003 01.01.-31.07.
Königsberger Platz	51	50	53	40	37
Elbestraße	33	36	32	41	28
Baumberger Straße	32	36	30	28	26
Monheimer Straße	33	34	29	19	33
Unstrutstraße	16	21	38	31	16
Rheindorf-Nord gesamt	398	370	386	391	303

Quelle: Polizei Leverkusen 2004, eigene Darstellung

3.1.3 Auswertung der Polizeieinsätze nach Einsatzdaten im Jahr 2003

Zur Verdeutlichung der Regelverletzungen, Ordnungsstörungen und der Häufigkeit von Polizeieinsätzen in Rheindorf-Nord wurden die Einsatzdaten der Polizei Leverkusen herangezogen. Die Daten liegen für den Zeitraum vom 01.01.2003 bis 31.12.2003 in einer selektiven Sonderauswertung prägnanter Straßenzüge vor. Die Straßen Königsberger Platz, Elbestraße, Baumberger Straße, Monheimer Straße und Unstrutstraße in Rheindorf-Nord sind laut Aussagen der Polizei Leverkusen Ziel der Einsatzfahrten und dabei am häufigsten von Ruhestörungen und Ordnungsverletzungen betroffen. Auch hier fehlen genauere Ortsangaben bei der Dokumentation im Einsatzprotokoll, um geographische Aussagen über sicherheitsrelevante Phänomene und Straftaten für den Wohnungs- und Städtebau machen zu können. Derzeit sind im Polizeipräsidium Leverkusen nur ungefähre Ortsangaben (ohne Positionsangabe) und Anschriften dokumentiert.

Wertet man die Daten nach Störungen mit Polizeieinsatz im direkten Wohnumfeld und in den Wohngebäuden aus, fällt Folgendes auf:

- Rund ein Drittel der Einsatzfahrten fand in der Zeit von 0.00 Uhr bis 8.00 Uhr morgens statt, ein Großteil der Einsätze noch nach 20.00 Uhr. Zum größten Teil handelt es sich um Bagatelleinsätze mit Störungen der nächtlichen Ruhezeiten, die in der Regel durch erhebliche Lärmstörungen in den Treppenhäusern und Wohnungen gekennzeichnet sind.
- Verhaltensauffällige Nachbarn (z.B. Trinker) und gewalttätige Familienstreitereien (häusliche Gewalt) stellen eine massive Beeinträchtigung und Störgröße für die Nachbarschaft dar. Bei der genaueren Analyse nach Anlässen und Hausnummern fallen vielfach Gebäude mit einer sozial benachteiligten nachbarschaftlichen Mieterstruktur (Sozialwohnungen) auf, in denen sich Störungen durch nächtliche Randalierer, Ruhestörungen und Sachbeschädigung häufen.

Die Gebäudenummern mit einer Häufung von Einsatzfahrten sind jedoch nur eine Momentaufnahme. Auch in anderen Häusern kam es vereinzelt zu Störungen und polizeilichen Einsätzen. Hier könnte der Vergleich von Beschwerden in den Wohnungsunternehmen hilfreiche Erkenntnisse liefern, sofern diese Kategorien erfasst und ausgewertet werden.

Tabelle 3-2: Gewichtung der Polizeieinsätze nach Schwere der Taten

Priorität	Gewichtung Vorkommnis / Taten
hohe 1	Alarm-Einbruch, Unterstützung
2	Raub-Handtasche, Diebstahl-Fahrzeug/an/aus, vermisste Person, Feuer, Suizid, Einbruch-Diebstahl-Geschäft-Täter vor Ort, Sex- Exhibitionist, Exitus, Verkehrsdelikt
mittlere 3	Randalierer, Bedrohung, Feuer-Container, Trunkenheitsfahrt, verdächtige Person, Diebstahl-Fahrzeug, Umwelt-Sonstige, Diebstahl, Körperverletzung, Einbruch-Diebstahl, Einbruch-Diebstahl-Wohnung, Verkehrsflucht, hilflose Person, Ampelfunktion
4	Ruhestörung, Familienstreit, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Ermittlung, Täter vor Ort, Fundsache, verdächtiges Fahrzeug, Hilfe ersucht, gefährliches Tier; Verkehrsbehinderung
niedrige 5	Personentransport, Durchsuchung, Alarm allgemein, Kurierfahrt, Sonstige

Quelle: Polizeipräsidium Leverkusen, Einsatzdatenrecherche vom 27.08.2004, eigene Darstellung

3.1.4 Tatverdächtige in Rheindorf-Nord

In Jahr 1999 lag die Anzahl der Tatverdächtigen in den 12 selektierten Straßen bei 103 und im Jahr 2002 bei 62 Personen. Die Daten aus dem Jahr 2003 verzeichnen eine starke Zunahme von Tatverdächtigen im Untersuchungsgebiet, dabei wird ein Fehler bei der Eingabe nicht ausgeschlossen. Andernfalls kann eine Verstärkung von Polizeikontrollen und die verstärkte Bekämpfung der Jugenddelinquenz im Jahr 2003 zu derartigen Zahlensprüngen und Abweichungen im Vergleich zu den Vorjahren geführt haben. Damals wurde auf Grund der zahlreichen Vorfälle in Rheindorf-Nord 2002 das Projekt „Jugend“ eingerichtet. Das Dunkelfeld der Kriminalität, das durchschnittlich bei 80% vermutet wird, wurde vermutlich damit stark aufgehellt, so dass sonst nicht registrierte und somit unbemerkte Straftaten in das Hellfeld gezählt werden. Das bedeutet nicht, dass die Zahl der Straftaten gestiegen sein muss, sondern lediglich, dass die Straftaten auf Grund verstärkter Aktivitäten der Leverkusener Polizei auch registriert wurden. Um zu konkreten Aussagen über die Kriminalitätsentwicklung zu gelangen, müssten auch hier Langzeituntersuchungen und Dunkelfelduntersuchungen durchgeführt werden, damit überhaupt Aussagen zur langjährigen Entwicklung getroffen werden können. Derartige statistische Sonderanalysen wie Langzeituntersuchungen und Dunkelfeldbetrachtungen existieren für die Quartiere und Stadtteile in Leverkusen jedoch nicht.

In den Expertengesprächen mit der Polizei wurde für den Untersuchungszeitraum eine stagnierende bis rückläufige Kriminalitätsbelastung für Rheindorf-Nord angenommen. Auch sollen nach polizeilicher Einschätzung die meisten Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden hier nicht auffälliger als an anderen Leverkusener Standorten sein. Leider können diese Aussagen bisher nicht für das Leverkusener Stadtgebiet und die Quartiere statistisch und kriminalgeografisch abgebildet und überprüft werden.

3.1.5 Wohnorte der Tatverdächtigen

In der Baumberger Straße wohnen nach den Daten der Polizei die meisten Tatverdächtigen. Die Monheimer Straße, Elbestraße und Königsbergerplatz folgen. Dabei muss allerdings das jeweilige Verhältnis der Einwohnerzahl in den Straßen berücksichtigt werden. Dazu liegen bisher keine Einzelauswertungen beim Einwohnermeldeamt im Bereich der Kommunalstatistik vor. Auch die Baumberger und Monheimer Straße, die hauptsächlich als reines Wohngebiet ausgewiesen sind, verzeichnen viele Wohnsitze von Tatverdächtigen. Die Auswertung der Eingangsstatistiken der Polizei (PKS) zeichnet für den Untersuchungszeitraum 1999 bis 2003 folgendes Bild in 12 Straßen

des Quartiers ab. Auffällig ist die hohe Übereinstimmung von Wohnorten von Tatverdächtigen und Deliktorten (vgl. Tabelle 3-3).

Tabelle 3-3: Wohnsitze von Tatverdächtigen/Anzahl von Delikten nach Straßen im Zeitraum 1999-2003

Rang	Straße (Wohnort)	Anzahl der Tatverdächtigen	Anzahl Delikte
1	Baumberger Straße	66	116
2	Monheimer Straße	63	105
3	Elbestraße	55	92
4	Königsberger Platz	48	87
5	Warthestraße	12	67
6	Pregelstraße	7	21
7	Okerstraße	6	12
8	Zschopaustraße	6	11
9	Oderstraße	4	8
10	Memelstraße	3	6
11	Saalestraße	2	4
12	Weichselstraße	1	2

Quelle: Polizeipräsidium Leverkusen 2004, eigene Darstellung

Die Auswertung der Täterwohnsitze zeigt, dass in einigen Miethäusern in der Elbestraße eine Häufung der Wohnsitze von Tatverdächtigen zu verzeichnen ist. In der Regel sind dies Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, die entsprechend von jungen Familien der unteren Einkommensgruppen bewohnt werden. Demgegenüber gibt es in den Einfamilienhäusern keine Auffälligkeiten, da dort ein hoher Anteil von Seniorenhaushalten lebt und die untersuchten Delikte – personen- und altersmäßig bedingt – bei ihnen weniger auftreten.

Bei der Auswertung fallen einzelne Personen als Mehrfachtäter auf. Diese Mehrfachtäter haben unterschiedliche Delikte begangen. Die Delikte liegen in der Mehrzahl der Fälle in den leichten bis mittleren Delinquenzkategorien. Die Delikte der Tatverdächtigen aus der Elbestraße reichen von Ladendiebstahl bis hin zur schweren Körperverletzung. Bei der Auswertung fallen einzelne Personen mehrfach auf. Die Mehrzahl der Tatverdächtigen ist männlich und hat unterschiedlich schwere Delikte ausgeübt. Weibliche Tatverdächtige begingen in der Mehrzahl Ladendiebstähle, jedoch auch das Delikt der Körperverletzung kommt vor.

3.1.6 Fazit

Es bleibt durch eine kriminalstatistische Untersuchung, die mehrere Jahresstatistiken untersucht und für das Stadtgebiet Leverkusen und die Stadtteile ausgewertet wird, zu klären, ob Rheindorf-Nord höhere Kriminalitätsraten als andere Stadtteile aufweist. Zusätzlich müssen Kommunaldaten, wie Bevölkerungsdaten, einbezogen werden, um die Bevölkerungsdichten und Verteilungen von Altersgruppen und Migranten mit zu analysieren. Die Verwendung eines geographischen Informationssystems und geeigneter Datenerhebungen unter Einbezug von Koordinaten wäre sinnvoll. Zudem sollte eine modellhafte Sonderauswertung auf Ausschnittskarten im Maßstab 1:100 erfolgen, um Erkenntnisse über planungsrelevante Tatgelegenheiten und Brennpunkten zu erhalten.

Die Polizei Leverkusen betont lediglich, dass Rheindorf-Nord, wie vergleichbare Wohnmilieus, kein guter Ort für Kinder und Jugendliche ist, was mit der Entwicklung der sozialen Lebenslagen und

der infrastrukturellen Ausstattung des Quartiers zusammenhängt und welcher als fördernder Hintergrundfaktor für Delinquenz und Kriminalität interpretiert werden kann.

3.2 Bewohnerbefragung in Rheindorf-Nord

Im folgenden Kapitel werden die Befunde und Interpretationen der Bewohnerbefragung zur Lebensqualität und Sicherheitssituation in Rheindorf-Nord im Jahr 2004 dargestellt. Die Bewohnerbefragung steht dabei im engen Zusammenhang des städtebaulichen Sicherheitsaudits, im Rahmen einer integrierten Sicherheitsstrategie der Kriminalprävention in Siedlungen.

3.2.1 Profil der Befragten

Es wurden rund 4.400 Fragebögen an die Haushalte verteilt. Die Verteilung der Fragebögen an die Haushalte in den Einfamilienhäusern übernahm die Fachhochschule Köln. Die ausgefüllten Fragebögen konnten als portofreie Rückantwort an die Fachhochschule zurückgeschickt werden. Zur Motivation setzten die Wohnungsunternehmen Preise aus.

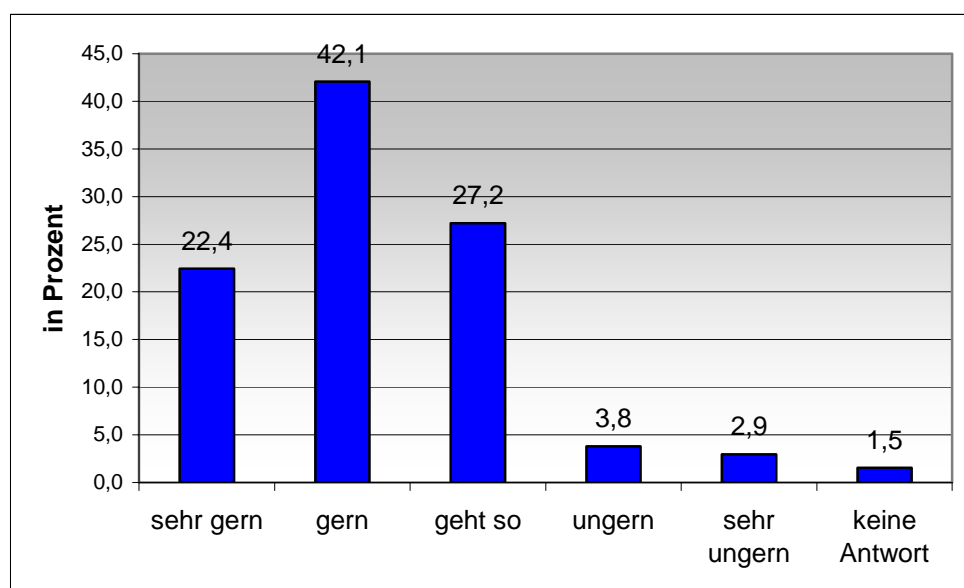
Von den Mieterhaushalten antworteten rund 25%, dies entspricht 713 Personen. Die Rückantwortquote der Eigenheimbewohner lag ebenfalls bei rund 25% (360 Personen). Frauen sind in der Befragung etwas stärker vertreten (54% weiblich zu 41% männlich). 93% der Befragten haben die deutsche Staatsangehörigkeit. 5% antworten, dass sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, aber nur 72,5% davon sind auch in Deutschland geboren. Das bedeutet, dass in der Befragung die Bewohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die nach der statistischen Auswertung von 2002 12% der Quartiersbevölkerung stellen, unterrepräsentiert sind. Es wurden auch keine Fragebögen an die Fachhochschule zurückgeschickt, die eigens in die russische bzw. türkische Sprache übersetzt worden waren.

72% der Befragten Erwachsenen waren älter als 41 Jahre, davon 35% älter als 65 Jahre. 73,9% der Mieter die an der Befragung teilgenommen haben, wohnten seit mehr als 10 Jahre in Rheindorf-Nord. Nur rund 15,0% der Befragten wohnten weniger als 5 Jahre in Rheindorf-Nord. Dies lässt jedoch keine direkten Rückschlüsse auf die Wohndauer der Bewohner von Rheindorf-Nord zu, da die Befragung nicht repräsentativ ist. Es lässt sich eher die Aussage treffen, dass die Befragung vor allem die Sichtweisen der langjährigen deutschen Mieter widerspiegelt.

3.2.2 Positive und negative Aspekte von Rheindorf-Nord

Die Sicherheit im Wohnquartier ist ein entscheidender Faktor für die Zufriedenheit mit dem Wohnquartier und damit auch für die Stabilität der Nachbarschaft. Zur Einschätzung der Relevanz von Sicherheitsproblemen wurden die Bewohner dazu befragt, wie gerne sie in Rheindorf leben und welchen Stellenwert dabei der Faktor Sicherheit hat.

Für die weitere Entwicklung des Stadtteils ist vor allem relevant, ob die Bewohner vorhaben wegzuziehen oder sich weiterhin an den Stadtteil binden wollen und gegebenenfalls auch an dessen weiterer Entwicklung aktiv teilhaben wollen.

Abbildung 3-1: Wie gern leben Sie in Rheindorf-Nord?

Fast zwei Drittel der Mieter lebt gerne oder sogar sehr gerne in Rheindorf- Nord.

22,4% der befragten Mieter leben sehr gern in Rheindorf-Nord.

42,1% leben gern im Quartier.

27,2% antworten demgegenüber mit „geht so“.

6,7% leben ungern bzw. sehr ungern im Untersuchungsgebiet.

Als besonders positiv werten die befragten Mieter das Bus- und Bahnangebot, ihre Wohnung und die vielen Grünflächen, sowie den großen Park am Wasserwerk. Auch die Geschäfte am Königsberger Platz werden positiv gesehen. Im Gegensatz zu ihrem Wohngebäude und dem Wohnumfeld, sind viele Mieter mit ihrer Wohnung zufrieden.

Tabelle 3-4: Was gefällt Ihnen in Rheindorf-Nord?

Rang	10 häufigsten Nennungen	In %	absolut
1	das Bus- und Bahnangebot	67	476
2	die Wohnung	60	431
3	die vielen Grünflächen	57	404
4	der große Park	53	379
5	die Geschäfte am Königsberger Platz	45	323
6	die Nähe zu Bekannten und Verwandten im Stadtteil	36	258
7	das Haus, in dem ich wohne	29	204
8	die Nachbarn / Nachbarschaft	28	198
9	das Parkplatzangebot	26	188
10	der Stadtteil insgesamt	23	166
Mehrfachnennungen möglich / N=690, Antworten insgesamt:			3.479

Über 2/3 der Befragten beabsichtigt nicht aus Rheindorf-Nord fortzuziehen; dies entspricht etwa der Zahl der zufriedenen Mieter. 19,2% der Mieter beabsichtigen aus Rheindorf fortzuziehen. Als vorrangige Gründe für einen geplanten Fortzug aus Rheindorf-Nord werden Unzufriedenheit mit dem Quartier, Unzufriedenheit mit dem unmittelbaren Wohnumfeld des Wohnhauses und dem Treppenhaus sowie dem Hausflur genannt.

Aber auch die Bewohner, die nicht beabsichtigen aus Rheindorf-Nord fortzuziehen, nennen zahlreiche negative Aspekte, die ihnen nicht gefallen.

Tabelle 3-5: Was gefällt Ihnen in Rheindorf-Nord nicht?

Rang	10 häufigste Nennungen	In %	absolut
1.	herumhängende Personengruppen be-	68	486
2.	die Zerstörung von Gegenständen	66	469
3.	Frauen werden belästigt	23	164
4.	die Umgebung des Hauses	21	146
5.	Kinder werden belästigt	19	137
6.	die Nachbarn / Nachbarschaft	19	134
7.	Einzelnenennungen	18	126
8.	das Freizeitangebot für Jugendliche	17	122
9.	das schlechte Parkplatzangebot	14	101
10.	die Geschäfte am Königsberger Platz	13	93
Mehrfachnennungen möglich / N = 636			

Die negativen Aspekte deuten auf Konflikte zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen hin, die auch als sicherheitsrelevant eingestuft werden können. Als besonders negative Aspekte wurden 'herumhängende' Personengruppen an bestimmten Orten, die Zerstörung von Gegenständen, die Belästigung von Frauen, die Umgebung des Hauses, die Belästigung von Kindern und die Nachbarn beziehungsweise die Nachbarschaft genannt. Darauf deutet auch die Benennung der "größten Probleme des Stadtteils hin" (vgl. Tabelle Tabelle 3-6).

Tabelle 3-6: Am häufigsten genannte "größte Probleme" von Rheindorf-Nord:

Rang	10 häufigste Nennung	absolut
1.	Müll/Dreck/keine Sauberhaltung	94
2.	zu hoher Ausländeranteil	85
3.	Belästigung durch Kinder und Jugendliche	69
4.	Mangel an Freizeitangeboten und Ausgelmöglichkeiten	46
5.	Herumhängende Personen (im Park / Königsberger Platz)	42
6.	Mangelhafte Einkaufsmöglichkeiten	37
7.	mangelhafte Beleuchtung	34
8.	Vandalismus	33
9.	Kriminalität	32
10.	Spiel- und Sportplätze (Mangel, Instandhaltung)	30
Mehrfachnennungen möglich / N=719,		

Zu den drei wichtigsten Problemthemen gehören Müll und Dreck, Vorbehalte gegen 'Ausländer' und 'Belästigungen' durch Kinder und Jugendliche. Diese Aspekte stehen alle auch in einem Zusammenhang mit Sicherheit. Auch wenn Kriminalität nicht an oberster Stelle der Liste der Probleme in Rheindorf-Nord steht, so zeigt sich doch ein deutliches Bild sozialer Konflikte. Viele davon fallen in den Bereich von Ordnungswidrigkeiten (Müll, Belästigungen) und sozialen Konflikten (Benennung von ,zu vielen Ausländern' als ,soziales Problem' sowie von ,herumhängenden Personen').

3.2.3 Erfassung von Straftaten und Sicherheitseinschätzung

Zur ergänzenden Erfassung von erfassten Straftaten wurde nach der Opferwerdung der Mieter gefragt. Damit wird auch das so genannte 'Dunkelfeld' der Sicherheitssituation erfasst, also Taten welche nicht bei der Polizei registriert wurden.

- 11,4% der Befragten geben an, dass sie selber, ein Familienmitglied bzw. sowohl der Befragte als auch ein Familienmitglied Opfer einer Straftat geworden sind.
- Unter dem Begriff „Straftat“ werden von 149 der Befragten auch Regelverstöße und Ordnungswidrigkeiten auf Wegen und Straßen im Quartier verstanden. Weitergehend wurde gefragt ob die Befragten, die nicht selber Opfer einer Straftat geworden sind, eventuell ein anderes Opfer persönlich kennen.
- 27,3% der Befragten geben an, ein Opfer einer Straftat in Rheindorf-Nord zu kennen.
- Die Befragten gaben auch an, so weit es ihnen bekannt war, wo sich die Straftaten ereignet hatten.

Tabelle 3-7: Wo hat sich die Straftat ereignet?

Tatorte	absolut
Die Straftat hat sich auf Straßen und Plätzen in meiner Wohngegend ereignet.	149
Die Straftat hat sich in meiner Wohnung ereignet.	52
Die Straftat hat sich an sonstiger Stelle ereignet.	46
Die Straftat hat sich in einer Kneipe ereignet.	10
Die Straftat hat sich an meiner Arbeitsstelle ereignet.	3
Mehrfachnennungen möglich, N:220, Antworten insgesamt:	260

Die Antworten verdeutlichen, dass die meisten Erfahrungen im Freiraum, auf Straßen, Wegen und Plätzen stattgefunden haben. An zweiter Stelle ist die eigene Wohnung Tatort gewesen. In den offenen Antwortkategorien der Frage wurden der Reihenfolge nach noch von Kelleraufbrüchen (10), Autobeschädigungen und Aufbrüchen (5) und dem Park als Tatort berichtet (5). Vor allem die uneinsehbaren Parkplätze in den Wohnbereichen sind potenzielle Tatorte für Autoaufbrüche. Hinweise dafür geben auch die polizeilichen Daten der Einsatz- und Eingangsstatistik.

3.2.4 Subjektive Sicherheit

Nicht nur die objektive Sicherheit ist für die Lebensqualität eines Wohngebietes wichtig, sondern auch die subjektive Sicherheit. Diese drückt sich durch die Einschätzung des Risikos aus, Opfer einer Straftat zu werden. In der Befragung wurde nach der Einschätzung des Risikos gefragt, Opfer bestimmter Formen von Delikten zu werden. Von den befragten 713 Bewohnern wurden folgende Einschätzungen Opfer zu werden benannt.

Für wahrscheinlich halten ...

- 429 (60%) einen Autoaufbruch,
- 362 (51%) einen Einbruch,
- 292 (41%) angepöbelt zu werden,
- 229 (32%) geschlagen/verletzt zu werden,

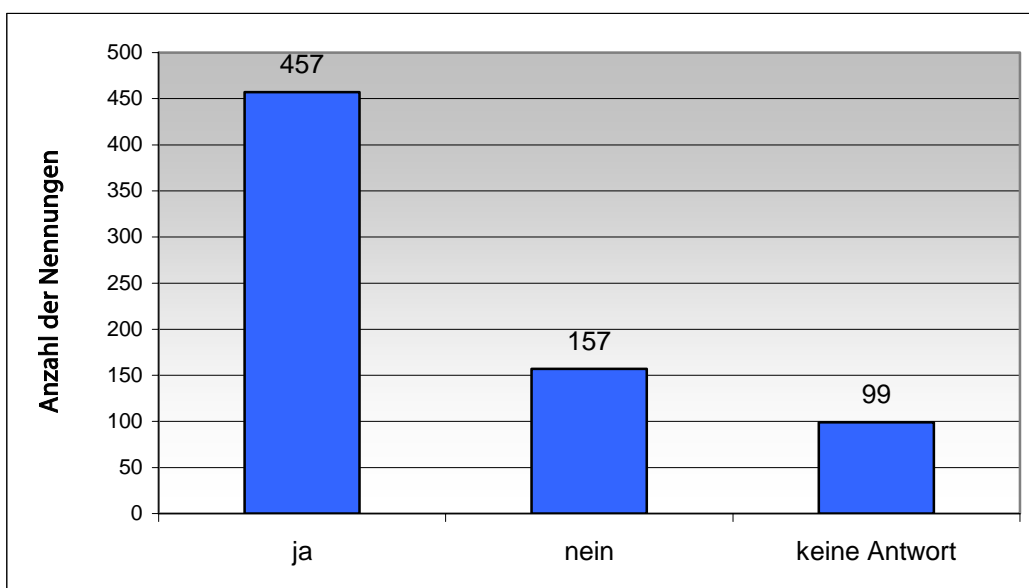
- 216 (30%) einen Raubüberfall,
- 147(20%) einen sexuellen Übergriff,
- 123 (17%) eine Vergewaltigung,
- 98 (14%) einen Hundebiss.

Das bedeutet, dass über die Hälfte der befragten Bewohner von Rheindorf-Nord mit einem Eigentumsdelikt rechnet, in der Form von Autoaufbrüchen, Wohnungseinbrüchen oder Raub und Diebstahl. Etwa ein Drittel der Bewohner rechnet damit, Opfer von personenbezogener Gewalt zu werden, also geschlagen und verletzt zu werden bzw. einen sexuellen Übergriff oder einen Vergewaltigungsversuch zu erleben. 41% der Befragten halten es für wahrscheinlich, ‚angepöbelt‘ zu werden, was nicht einer Straftat im engeren Sinne entspricht, aber für die persönliche Sicherheit dennoch von Bedeutung ist.

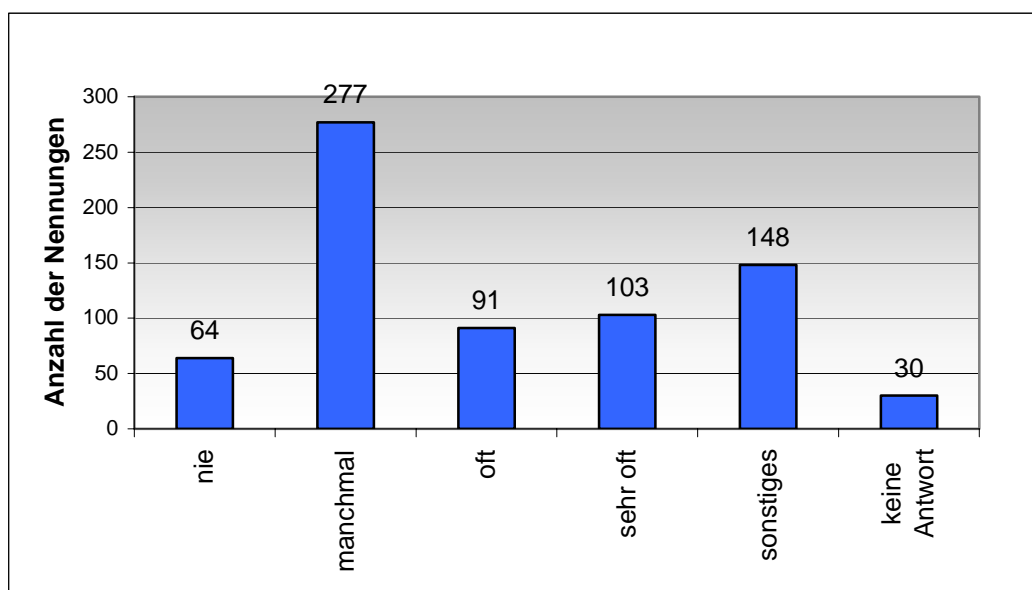
3.2.4.1 Sicherheitswahrnehmung im öffentlichen Raum

Die subjektive Einschätzung der Sicherheit im Wohnumfeld hat einen Einfluss auf die Nutzung des öffentlichen Raumes. In extremen Fällen führt die Unsicherheitswahrnehmung dazu, dass die Bewohner nachts nicht mehr aus dem Haus gehen oder bestimmte Räume meiden. In der Befragung wurden die Bewohner und Bewohnerinnen zu ihrem persönlichen Sicherheitsgefühl an Orten und Plätzen in Rheindorf-Nord befragt.

Abbildung 3-2: Gibt es Orte oder Plätze in Rheindorf-Nord, die Sie meiden, weil Sie sich dort unwohl oder sicher fühlen?



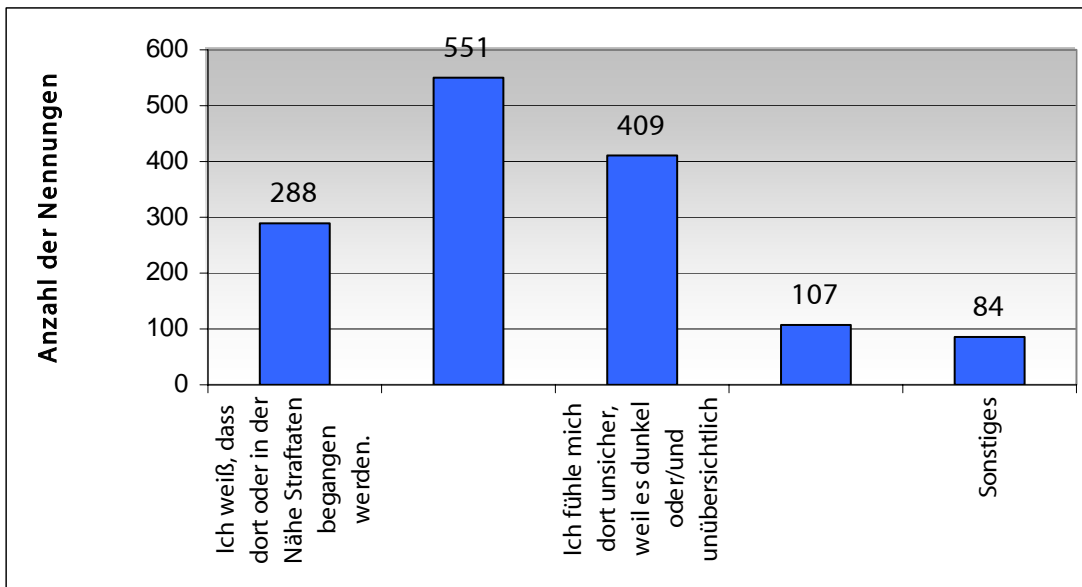
64,1% der befragten Mieter (457) geben an, dass es in Rheindorf-Nord Orte bzw. Plätze gibt, die sie meiden. Nur 22,0% (157) verneinen die Frage. 13,9% geben keine Antwort auf die Frage. Das Vermeiden von bestimmten Räumen tritt in allen Altersgruppen auf. Das Vermeidungsverhalten ist bei den 26 bis 40-jährigen mit 80% der Bejahung besonders ausgeprägt. Das Geschlecht spielt ebenfalls eine wichtige Rolle: 68% der Frauen geben, an Räume zu meiden, bei den Männern sind dies nur 59%. Vor allem nachts steigt im Allgemeinen das subjektive Unsicherheitsgefühl. Dies trifft auch für die meisten Bewohner von Rheindorf-Nord zu.

Abbildung 3-3: Haben Sie nachts (draußen) alleine in Rheindorf-Nord Angst, Opfer einer Straftat zu werden?

- 277 (38%) der befragten Mieter gaben an, dass sie manchmal nachts draußen Angst in Rheindorf-Nord haben.
- 91 (12,8%) haben sogar sehr oft Angst.
- 148 (20,8%) der Befragten verlassen nach Einbruch der Dunkelheit nicht ihre Wohnung.
- Lediglich 64 (9,0%) Mieter gaben an, nie Angst zu haben.

Über 50% der befragten Mieter äußern, dass sie nachts draußen Angst im Untersuchungsgebiet haben. 30,2% (148) der Mieter verlassen ihre Wohnung nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr. In einer Darstellung nach Altersgruppen zeigt sich, dass dies vor allem auf die älteren Bewohner zutrifft. Etwa die Hälfte der Mieter, die über 65 Jahre alt sind, (122) verlassen nach Einbruch der Dunkelheit ihre Wohnung nicht mehr. Auch das Geschlecht spielt eine Rolle bei der Wahrnehmung der Sicherheit: 15% der männlichen Bewohner äußerten, ‚nie‘ Angst zu haben, nur 5% der Bewohnerinnen machen diese Angabe. 32% der Bewohnerinnen haben oft oder sehr oft Angst, diese Angabe machen nur 21% der männlichen Bewohner. Insgesamt geben die meisten Befragten beider Geschlechter jedoch an, nachts ‚manchmal‘ Angst zu haben. In der Befragung sollten die Mieter auch die Gründe nennen, die dazu führen, dass sie sich unsicher fühlen.

Abbildung 3-4: Gründe für Unsicherheit im öffentlichen Raum



Primär sind es Personen, deren Aufenthalt im Freiraum den Mietern Angst macht (38%). Die schlechte und mangelnde Beleuchtung sowie unübersichtliche Räume (28%) sind weitere wichtige Gründe für die Unsicherheitswahrnehmung der Mieter. Das Wissen über Tatorte (20%) ist der dritt wichtigste Grund für Unsicherheit. Ein weiterer Grund ist die Wahrnehmung von Schmutz (7%). Es werden ganz bestimmte Orte und Plätze als unsicher empfunden, die von den Befragten auch konkret bezeichnet wurden. Die 10 häufigsten Nennungen werden im Folgenden aufgeführt.

Tabelle 3-8: Orte und Plätze an denen Sie Angst haben oder sich unsicher fühlen?

Rang	Orte und Plätze:	absolut
1	Park	91
2	Königsberger Platz	31
3	S-Bahnhof	26
4	Jugendhaus	26
5	Bushaltestellen	24
6	Weg zum Pferdestall / Hundeplatz	23
7	Baumberger Str.	22
8	Felder Str.	20
9	Endstation	18
10	Parkplatz / Garagen	13
10	Spiel und Sportplätze	13
10	Unstrutstr.	13
Offene Frage / N=273, Antworten insgesamt:		397

Als Orte mit einer hohen Unsicherheit und mit erhöhter subjektiver Angstwahrnehmung bewertete Bewohnerschaft in Rheindorf-Nord den Park am Wasserwerk, den Königsberger Platz, den Bereich S-Bahnhof Rheindorf, den Bereich am städtischen Jugendhaus und die Bushaltestellen.

3.2.4.2 Sicherheitsgefühl im Wohnhaus

Für die Bewertung der Wohnzufriedenheit und Sicherheitssituation ist auch die Einschätzung der Mieter im eigenen Wohnhaus von entscheidender Bedeutung. Von den 713 Mietern fühlen sich 61,9% in ihrem Wohnhaus sicher, dem gegenüber fühlen sich 31,7% der Mieter nicht sicher. Die Altersgruppen spielen für die Sicherheitswahrnehmung im Haus dabei eine geringere Rolle als im öffentlichen Raum. 68% (168) der über 65-jährigen fühlen sich in der Wohnung sicher. Dies bedeutet, dass ältere Menschen nicht grundsätzlich eine höhere Unsicherheit wahrnehmen, wie aus den Angaben zur Sicherheit im öffentlichen Raum zu schließen wäre. Auch hier wurden die Befragten gebeten, die genauen Gründe für ihre Unsicherheit zu benennen, die zehn meistgenannten werden hier aufgeführt.

Tabelle 3-9: Meistgenannte Unsicherheitsfaktoren im Wohnhaus

Rang	Unsicherheitsfaktoren im Wohnhaus:	absolut
1	Fremde können das Haus leicht betreten oder halten sich im Haus auf.	139
2	Wohnungstür, Balkontür, Fenster nicht einbruchssicher	112
3	Einbruch und Diebstahl aus dem Keller	89
4	Verschmutzung, Dreck oder Vandalismus im Flur und Treppenhaus	85
5	uneinsehbarer oder dunkler Parkplatz	77
6	laute, aggressive Nachbarn im Haus	75
7	Das Haus wirkt von außen ungepflegt und heruntergekommen.	64
8	Der Müllplatz ist schwer einzusehen.	45
9	Man kennt die Nachbarn im Haus nicht.	43
10	Schmierereien, Wandmalereien, Dreck im Fahrstuhl	41
Mehrfachnennungen möglich / N=226, Antworten insgesamt:		861

Der am häufigsten genannte Unsicherheitsfaktor ist die mangelnde Zugangskontrolle der Häuser. Dass Fremde Häuser leicht und unkontrolliert betreten können, ist bei vielen Befragten die Ursache für Unsicherheit (139 Nennungen). Auch die Zugangskontrolle der eigenen Wohnung wird oft als unzureichend wahrgenommen und führt zu Unsicherheit (112 Nennungen). Eingangs- und Wohnungstüren sind anscheinend häufig nicht ausreichend technisch gesichert. Die Fenster und fehlende Rollläden in den unteren Geschossen gewähren nicht ausreichend Sicherheit gegen Einbruch. Auch fehlt es im Haus häufig und im Außenbereich oft an Beleuchtung. Längst nicht alle Keller sind für Fremde unzugänglich, weswegen Einbrüche häufig vorkommen (89 Nennungen). Des Weiteren bestehen zahlreiche sicherheitstechnische Defizite bei der Gestaltung der Wohngebäude und der Außenflächen (64 Nennungen). Zeichen von Unordnung wie Schmutz und Verwahrlosung werden als Unsicherheitsfaktoren ebenfalls benannt (41 Nennungen). Sie sind ihrer Häufigkeit jedoch den technischen Aspekten der Einbruchssicherheit untergeordnet und der Einschätzung von Tatgelegenheiten nach der Zugänglichkeit. Neben den technischen Aspekten die Sicherheit in Wohnhäusern werden auch häufig Konflikte mit Nachbarn als Grund für Unsicherheit angegeben (75 Nennungen) und nachgeordnet, jedoch ebenfalls von Bedeutung ist die Anonymität unter den Nachbarn (41 Nennungen).

3.2.5 Bewertung des Wohnumfelds und des Vermieters

Nur 18,7% der Mieter halten sich gerne im Umfeld des Hauses auf; 22,6% hingegen halten sich nicht gerne draußen in der Umgebung ihres Wohnhauses auf. Die Mehrheit (37%) beantwortet die Frage mit „manchmal ja und manchmal nein“. 16,4% antworten unter Sonstiges („es gibt an unserem Haus keine Möglichkeiten“). In der Befragung wurden die Mieter gebeten, ihre Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit ausgewählten Aspekten ihres Wohnumfeldes zu benennen. In der folgenden Tabelle werden die zustimmenden Nennungen, also die Zufriedenheit dargestellt. Die sonstigen Antworten warten entweder die Verneinung der Zufriedenheit oder die Enthaltung.

Tabelle 3-10: Auswertung Frage: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Rang	10 häufigste Nennungen	In %	absolut
1.	Orientierung auf den Wegen zum Haus	52	371
2.	Eingangsbereich des Wohnhauses	46	327
3.	Gestaltung der Grünflächen am Haus	43	303
4.	Beleuchtung der Wege in der Dunkelheit	33	232
5.	Sauberkeit in der Umgebung des Hauses	32	225
6.	Schnelle Erneuerung beschädigter / zerstörter Gegenstände	31	223
7.	Aufenthalts- / Sitzmöglichkeiten vor dem / am Haus	30	215
8.	Sicherheit der Autos auf den Parkplätzen	28	197
9.	Abfallbereich; Umgang der Anwohner mit Müll	22	153
10.	Anwesenheit / Aufenthalt von unangenehmen Personen	19	133
Mehrfachnennungen möglich / N=559, Antworten insgesamt			2.379

Etwa die Hälfte der Mieter ist mit der Gestaltung des Wohnumfelds zufrieden. Etwas geringer ist die Zufriedenheit bei der Instandhaltung des Wohnumfeld und der Sauberkeit. Die geringste Zufriedenheit bezieht sich dabei jedoch auf den Kontakt der Bewohner untereinander, der Aufenthalt von Personen im Wohnumfeld wird als unangenehm wahrgenommen und der Umgang mit Müll kritisiert.

44% der Befragten (312) geben an, dass es in Rheindorf-Nord keine ausreichende Beleuchtung auf den Wegen gibt. Dieses Defizit gilt es im weiteren Verlauf des Projekts, zu thematisieren.

Die befragten Mieter schätzten auch ihre Zufriedenheit mit dem Service ihres Vermieters ein:

- 42,8% der Mieter sind mit dem Service Ihres Vermieters "zufrieden".
- 27,6% beantworten die Frage nur mit „teils teils“.
- 14,6% der Mieter sind "weniger bis unzufrieden" mit dem Service des Vermieters.
- 12,1% der Mieter sind "sehr zufrieden".

Fast ein Drittel der Mieter ist demnach wenig zufrieden mit den Arbeiten des Hausmeisters. Die Leistungen und der Service der Hausmeister werden von vielen Mietern kritisiert. Auf die Einhaltung der Hausordnung durch die Mieter sollte mehr geachtet werden.

- 34,4% der Mieter sind mit der Annahme und Bearbeitung ihrer Beschwerden zufrieden.
- 27,6% äußern sich dazu mit „teils teils“.
- 18,6% sind weniger zufrieden bis unzufrieden mit dem Verfahren und der Umsetzung.
- 9,4% sind hingegen sehr zufrieden.

Die Verbesserung der Erreichbarkeit und die Kommunikation mit den Vermietern ist eine häufig genannte Forderung der Mieter.

Tabelle 3-11: Am häufigsten genannte Orte, an denen Beleuchtung fehlt

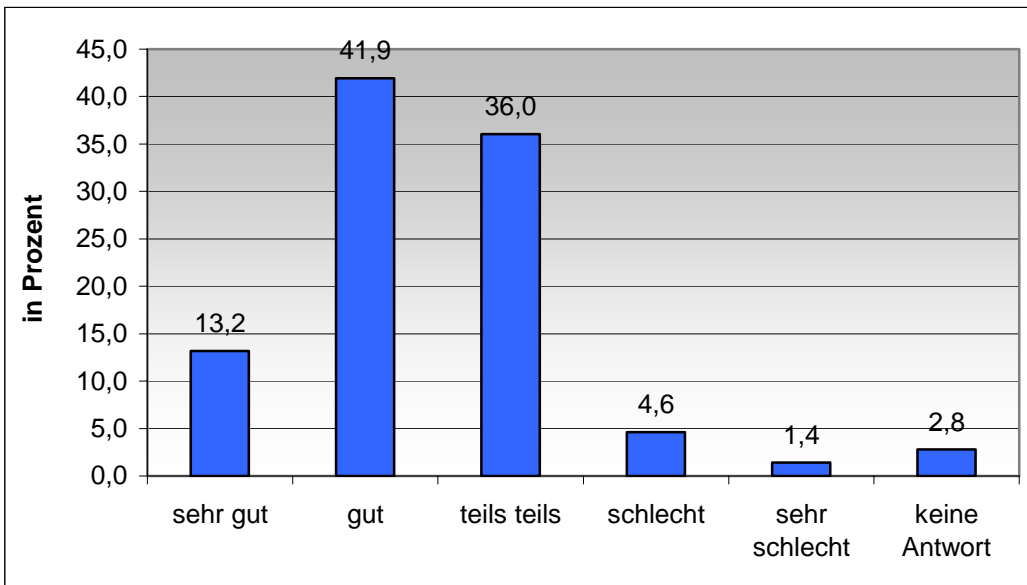
Rang	10 häufigste Nennungen	absolut
1	Park	60
2	Parkplätze / Garagenhöfe / Wege zwischen den Häusern	52
3	Unstrutstr.	18
4	Königsberger Platz	15
5	Pregelstr. / Memelstr.	14
6	Felderstr.	13
7	Monheimer Str.	13
8	Zschopastr.	13
9	S-Bahnhof	11
10	Straßen / überall	10
Offene Frage / N=261		

3.2.6 Nachbarschaft und soziale Kontakte

Nicht nur die Gestaltung der Gebäude entscheidet über die Sicherheit eines Wohnquartiers, sondern vor allem auch das Handeln und Zusammenleben der Bewohner und die daraus resultierenden Konflikte. In Rheindorf-Nord gibt es zahlreiche enge Verbindungen unter der Bewohnern. Über die Hälfte der Mieter gibt an, dass sie Verwandte haben, die im Quartier leben. Ein Drittel der befragten Mieter hat keine Verwandten im Quartier. Auffallend ist, dass es zwei Gruppen von Mietern gibt. So verfügen viele Mieter über einen großen Freundes- und Bekanntenkreis in Rheindorf-Nord. Demgegenüber gibt es nur einen geringen Teil der Mieter, die keine engeren Kontakte und Netzwerke im Quartier haben.

- 13,2% der Befragten haben keine Freunde und Bekannten in Rheindorf-Nord.
- 17,7% der Befragten haben ein bis drei Freunde und Bekannte im Untersuchungsgebiet.
- 16,1% haben vier bis sechs Freunde und Bekannte in Rheindorf-Nord.
- 4,8% haben sieben bis neun Freunde und Bekannte.

Abbildung 3-5: Wie ist Ihr Kontakt zu Ihren Nachbarn im Haus?



Über die Hälfte der Mieter schätzt ihr nachbarschaftliches Verhältnis als gut oder sehr gut ein. Die meisten Mieter treffen sich im Sommer mit ihren Freunden und Bekannten zu Hause, in der eigenen Wohnung. Mit Abstand folgt der Besuch in Gaststätten und dem Eiscafé. Auch der Park am Wasserwerk ist ein wichtiger Treffpunkt und Freiraum für viele Mieter. Von großer Bedeutung sind auch Gärten und Kleingartenanlagen im Stadtteil.

Über die Hälfte der Mieter wünschen sich jedoch auch Verbesserungen hinsichtlich des Kontakts mit den Nachbarn.

- 58,8% der Mieter wünschen sich in Zukunft mehr Kontakt und Hilfe unter den Nachbarn.
- 22,9% wünschen sich weder Kontakt noch Nachbarschaftshilfe.
- 18,4% der Mieter antworten nicht auf die Frage.

Die "mangelnde bis fehlende Integrationswilligkeit von Moslems besonders aus der Türkei" sowie "Angst" vor den neuen Fremden wird vielfach offen in der Befragung geäußert. Viele Bewohner wünschen sich, dass Deutsche und Ausländer in der Hausgemeinschaft und der unmittelbaren Nachbarschaft mehr aufeinander zu gehen und sich folglich mehr Gemeinsamkeiten entwickeln können.

3.2.7 Soziale Kontrolle durch die Polizei

88,4% der Befragten geben, an das die Polizei häufiger anwesend sein sollte. Nur 40 Personen (5,6%) verneinen die Frage und 43 (6,0%) gaben keine Antwort. Die regelmäßige Präsenz der Polizei ist ein Bedürfnis der Mieter. Dies betrifft besonders die älteren Bewohner.

Tabelle 3-12: Zu welchen Zeiten sollte die Polizei in Rheindorf anwesend sein?

Gewünschte Präsenzzeit der Polizei	absolut
Polizei sollte am Abend anwesend sein.	450
Polizei sollte am Wochenende anwesend sein	235
Polizei sollte immer anwesend sein.	219
Polizei sollte am Tag anwesend sein.	65
Mehrfachnennungen möglich / N=647, Antworten insgesamt:	969

Die Mehrzahl der Befragten (63%) wünscht, dass die Polizei in den Abendstunden und an den Wochenenden (31%) mehr Präsenz in Rheindorf-Nord zeigt, da zu diesen Tageszeiten das subjektive Unsicherheitsempfinden und das Erleben von kritischen Ereignissen im Wohnumfeld beeinflusst wird. Die zeitliche Präsenz der Polizei ist besonders in den Abendstunden und an den Wochenenden erwünscht.

3.2.8 Verbesserungsvorschläge der Befragten

Zur Vorbereitung eines Handlungskonzepts wurden die Bewohner dazu befragt, welche Verbesserungsvorschläge sie in der Umgebung ihres Wohnhauses und in der Nachbarschaft hätten. Eine qualitative Verbesserung der Grünflächen durch Pflege, Anlage von Blumenrabatten und Aufstellen von Bänken oder Sitzgelegenheiten steht bei den Mietern an erster Stelle. Die Verbesserung des Sicherheitsgefühls durch Sicherheitskräfte wird als zweite Priorität genannt. Dritte Priorität hat die Einhaltung von Ruhezeiten. An vierter Stelle steht das Thema Beleuchtung von Wegen.

Tabelle 3-13: Veränderungswünsche der Mieter

Rang	Nennung	absolut
1.	Grünpflege, Bänke, Blumenbeete	332
2.	Anwesenheit von Sicherheitskräften	315
3.	weniger Lärm in den Ruhezeiten	288
4.	Beleuchtung von Wegen	280
5.	Mitsprache bei der Auswahl neuer Nachbarn	280
6.	freundliche Gestaltung der Hausfassaden	214
7.	Miteinander von Deutschen und Ausländern	175
8.	Freizeitangebote für Kinder	168
9.	Freizeitangebote für Jugendliche	166
10.	Verbesserung des Verhältnisses unter den Nachbarn	165
11.	Einkaufsmöglichkeiten (Angebote in Läden und Geschäften)	145
12.	Verkehrsberuhigung an gefährlichen Straßen	136
13.	Beratungsangebote für Arbeitslose und Arbeitssuchende	122
14.	regelmäßige Mieterfeste	119
15.	Angebot von Mietergärten	114
16.	Übersichtlichere Gestaltung von Wegen und den Eingangsbereichen	94
17.	Sonstiges	86
18.	persönliche Kontakte unter den Nachbarn	81
19.	Angebot von Deutschkursen	63
Mehrfachnennungen möglich / N=647, Antworten insgesamt:		3.343

Tabelle 3-14: Offenen Nennungen von Ideen und Verbesserungsvorschläge

Rang	Nennung	absolut
1.	Strengere Kontrollen (Hausordnung, Radarkontrolle, Polizeistreifen)	38
2.	Verbesserung des Spielplatz- und Sportplatzangebotes	16
3.	Aufenthaltsorte / Sitzgelegenheiten / Ansprechpersonen / Beratungszentrum	12
4.	Integrationshilfen / Sprachkurse	12
5.	Sanierung der Wohnung / Hauses	11
6.	Hausmeister einstellen	9
7.	Bäume fällen / beschneiden	8
8.	Mehr Beleuchtung anbringen	8
9.	mehr Parkplätze / Garagen	7
10.	abschließbare Mülltonnen	6
10.	mehr Einkaufsmöglichkeiten	6
offene Frage / N=130, Mehrfachnennungen möglich, Antworten insgesamt:		143

Einige Mieter schlagen strengere Kontrollen der Hausordnung in den Wohngebäuden vor. Daneben werden aber auch Geschwindigkeitskontrollen und mehr Polizeistreifen von Mietern gefordert. Weitere Themen sind die qualitative Verbesserung des Spielplatz- und Sportplatzangebotes und der Aufenthaltsorte. Dabei sollten ausreichend Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Als soziale Dienstleistungen sollten Beratungszentrum, Integrationshilfen und Sprachkurse angeboten werden. Spezifische Verbesserungsvorschläge wurden in Bezug auf die Vermieter abgefragt (vgl. Tabelle 3-15).

Tabelle 3-15: Am häufigsten genannte Verbesserungsvorschläge für Vermieter

Rang	10 häufigste Nennungen	absolut
1.	Hausmeister soll besser arbeiten	60
2.	Die Einhaltung der Hausordnung sollte streng kontrolliert werden	57
3.	WGL-Mitarbeiter und der Hausmeister sollen auf die Beschwerden besser eingehen	46
4.	Sanierung/Erneuerung des Hauses/ der Wohnung	27
5.	Erreichbarkeit/Kommunikation mit WGL-Mitarbeitern	25
6.	Mieter sollen an die anderen Hausbewohner angepasst werden und bei Einzug den anderen vorgestellt werden	12
7.	mehr Spielplätze	4
8.	Müllsammelplatz umgestalten und absichern	5
9.	Grünflächen und Bäume pflegen bzw. fällen	3
10.	Gehwege erneuern	2
Offene Frage / N=247		247

Die Leistungen und der Service der Hausmeister werden von vielen Mietern kritisiert. Auf die Einhaltung der Hausordnung durch die Mieter soll mehr geachtet werden. Das Beschwerdemanagement soll in den Wohnungsunternehmen umgestellt und die Betreuung der Häuser durch die Hausmeister verbessert werden. Die Verbesserung der Erreichbarkeit und Kommunikation zwischen Vermietern und Mietern ist eine weitere Forderung.

3.3 Ergebnisse der Begehungen im Rahmen des Sicherheitsaudits in Rheindorf-Nord

Durch die Befragung wurde ein Einstieg in die aktive Beteiligung von Bewohnern am Sicherheitsaudit geschaffen. 20% der befragten Mieter äußerten, dass sie bereit seien, beim städtebaulichen Sicherheitsaudit im Quartier mitzuwirken und Verbesserungsvorschläge an den verschiedenen Orten und Plätzen zu machen. Diese Mieter gaben Ihre Telefonnummer für eine Einladung zum Sicherheitsaudit im Fragebogen an. 54% zeigen keine Bereitschaft zur Mitwirkung. 26% der Mieter gaben keine Antwort auf die Frage.

3.3.1 Durchführung des Audits

Am 07. und 08. Januar 2005 wurden die ersten beiden Ortsbegehungen mit Bewohnern bei Einbruch der Dunkelheit durchgeführt. Am 19.05.2005 folgte das dritte Bewohneraudit mit Mietern der WGL bei Tageslicht. Alle Termine wurden bewusst in den späten Nachmittag gelegt, damit die Bewohner, die Arbeiten müssen die Gelegenheit zur Teilnahme hatten und die vielfach in der Haushaltsbefragung kritisierte Beleuchtungssituation gecheckt werden konnte. Die Wintermonate bieten sich für derartige Begehungen an, da der Sonnenuntergang in den frühen Abendstunden stattfindet und sich so noch genügend freiwillige Bewohner motivieren lassen teilzunehmen. Bei der Auswahl der Bewohner konnte auf die freiwillige Angabe der Telefonnummer (vgl. Frage 51: "Wären Sie bereit mit uns die Plätze und Orte in Rheindorf-Nord zu besichtigen, um Verbesserungsvorschläge zu machen?") in den Fragebögen zurückgegriffen werden. Rund 160 Freiwillige hatten ihre Telefonnummer im Fragebogen (ohne Angabe des Namens) eingetragen.

Die Begehungen dauerten rund zwei Stunden. Auch hier zeigt die Erfahrung, dass weniger Zeit in großen Untersuchungsgebieten nicht ausreicht und längere Begehungen für viele Teilnehmer zu anstrengend oder vom individuellen Zeitbudget nicht zu leisten sind. Auch witterungsbedingte Aspekte wie Temperatur, Wind und Niederschlag spielen eine wichtige Rolle. Da es in Rheindorf-Nord bis dahin keine geeigneten Treffpunkte in Räumen gab, die zur Auswertung genutzt werden konnten (z.B. Gemeindehäuser, Bürgerhaus, Schule), wurde das Verfahren im Freien durchgeführt. Empfehlenswert ist jedoch, wie in den Begehungen in anderen Projekten festgestellt werden konnte, dass sich für die Auswertung besonders die kirchlichen Gemeinderäume oder Bürgerhäuser eignen. Dort sollte nach Möglichkeit auch ein kleiner Imbiss zur Anerkennung des Bürgerengagements gereicht werden.

Die Gruppen wurden am vereinbarten Treffpunkt am Königsberger Platz vor der Eisdiele empfangen. Dieser Treffpunkt schien geeignet, da er zentral gelegen und in den frühen Abendstunden relativ belebt ist. Der überdachte Vorraum der Eisdiele war zu diesem Zeitpunkt geöffnet, sodass diese immer auch Sicherheit gegen Witterungseinflüsse und unsichere Situationen bieten konnte. Am Treffpunkt wurden die Teilnehmer begrüßt und eine kurze Vorstellung des TRAFÖ-Forschungsprojekts und der Mitarbeiter der Fachhochschule Köln gegeben. Die Teilnehmer stellten sich ihrerseits kurz namentlich vor und machten Angaben zu ihrer Motivation an der Teilnahme. So konnten erste Sprachbarrieren gelöst werden und ein lockerer Einstieg in den Rundgang erfolgen.

Im nächsten Schritt wurden der Anlass und die Zielsetzung der Begehung erläutert. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden aufgefordert, jederzeit Rückfragen an das Forschungsteam zu stellen. Es wurde als Aufgabe formuliert, alle wichtigen Aspekte während der Begehung zu benennen und keine Antwort zu unterdrücken. Dann wurden die zentralen Fragen der Checkliste vorgetragen

und erläutert (s. Anlage Checkliste Rheindorf-Nord). Diese Liste bekamen die Teilnehmer als Kopie ausgehändigt, ebenso konnten sie kopierte Gebietspläne erhalten. Im Verlauf der Begehung zeigte sich jedoch, dass eine mehrmalige Wiederholung der Leitfragen an den verschiedenen Orten aus der Checkliste erforderlich ist, um ortsgenaue Aussagen der Teilnehmer zu erhalten. Die Ausgabe der Gebietspläne war nicht erforderlich, da viele Teilnehmer ungeübt im Kartenlesen sind und somit durch die Unterlagen abgelenkt werden, weil sie sich auf die Pläne konzentrieren. Die Vergabe sollte daher nur als Angebot gemacht werden oder bei Planungswerkstätten als Zeichenmaterial angeboten werden, wobei eine inhaltliche Betreuung notwendig ist.

Zu Beginn wurde eine Hauptroute vorgeschlagen und in der Gruppe abgestimmt, wobei diese von den Teilnehmern noch während der Begehung lokal ergänzt werden konnte. Es ist wichtig, Ortsvorschläge der Teilnehmer aufzunehmen und die Route auf die Gruppenbedürfnisse abzustimmen. Auf den Wegen und Seitenstraßen hatten die Teilnehmer/innen ausreichend Gelegenheit, ergänzende Angaben zu machen (aufgezeichnet mit einem Tonband). Die Teilnehmer/innen durften das Lauftempo bestimmen. Bei Unklarheiten fragte das Forschungsteam mit Rückfragen nach oder hielt an.

Beispiel: Route und Orte (07.01.2005):

- Königsberger Platz
- Memelstraße
- Park I am Königsberger Platz
- Park II (Festplatz)
- Solinger Straße zu den Häusern der WGL Memelstraße
- Oderstraße zu den GAGFAH Häusern
- S-Bahnstation Rheindorf über Okerstraße

3.3.2 Park I am Königsberger Platz



Lage: westlich neben dem Königsberger Platz, Haupt- und Nebenwege

Eigentümerin: Stadt Leverkusen

„Früher war dieser Park schön. Er war übersichtlich und gepflegt. Jetzt ist alles zugewachsen. Wir hatten viel mehr Möglichkeiten zum Spielen. Früher gab's hier Rutschen, Schaukel. Mittlerweile ist hier nichts mehr.“

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- fehlende Sichtachsen im Bereich der Eingangssituationen zum Park I,
- unzureichende Sichtbeziehungen auf den Wegen,
- zu dichtes Gebüsch an den Wegen,
- schlechte Beleuchtung auf den Fuß- und Radwegen,
- defekte Laternen,
- schlechte Orientierung und Sichtbeziehungen im Park,
- geringe Aufenthaltsqualitäten (Bänke, Zonierung, Gestaltung),
- wenige Passanten und Nutzer am Tag und in den Abendstunden.
- zu hohe Büsche an der Grundschule, fehlende Sichtbeziehungen zu Kindern

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

In der Haushaltsbefragung 2004 wird der Park am Königsberger Platz vielfach von den Bewohnern als Angstraum beschrieben. Gleichzeitig ist er der wichtigste Freiraum für die Bewohner aus Rheindorf-Nord. Der große Park ist namenlos. Die Beleuchtung ist auf fast allen Haupt- und Nebenwegen nach Einbruch der Dunkelheit zu schwach und zum Teil defekt. Lediglich auf dem Hauptverbindungsweg (Nord-Süd-Verbindung) wurden laut Aussagen der Bewohner in den letzten Jahren Laternen nachgerüstet. Die Wege sind vielfach an den Wegrändern mit dichten Büschen zugewachsen und wirken dadurch uneinsehbar. Die Eingangssituation zum Park hat sich, seitdem der Spielplatz im Randbereich zum Königsberger Platz erneuert wurde, verbessert und wirkt auf die Bewohner positiv. So genannte „unerwünschte Randgruppen“ (Junkies, Trinker) nutzen den Parkeingangsbereich in Höhe des Königsberger Platzes und des südlichen Schulbereichs der Gesamtschule als regelmäßigen Treffpunkt. Sie nutzen die Bänke im zentralen Parkeingangsbereich, was besonders älteren Bewohnern und den Müttern von Kindern Unbehagen und Angst bereitet. Bewohnerinnen berichten von Pöbeleien durch Betrunkene. Viele Bänke sind defekt und es fehlen in vielen Zonen Sitzgelegenheiten zum Verweilen. In der Vergangenheit soll es mehr Bänke gegeben haben. Viele Bewohner geben an, dass sie den Park aus Angst nicht mehr nach Einbruch der Dämmerung durchqueren. Einige Bewohner meiden den Park auch am Tage großflächig, was wiederum dazu führt, dass nur wenige Passanten im Park anzutreffen sind und die soziale Kontrolle sehr gering ist. So wird der Park von vielen Bewohnern gemieden, obwohl er eine wichtige Verbindung zwischen dem Königsberger Platz und anderen Wohnbereichen des nördlichen Quartiers darstellt und als Abkürzung durch den Norden dienen kann. Des Weiteren wird der Park als Schulweg von Grundschulern genutzt, viele von Ihnen dürfen den Park, laut Aussagen des Schulpersonals nicht mehr ohne Begleitung einer vertrauten Personen nutzen, da es hier in der Vergangenheit immer wieder zu Zwischenfällen kam. Dabei werden die Kinder, laut Aussagen der Bewohner (Begehung) und der Grundschulleiterin, von fremden Männern an den Kindergärten und in der Nähe des Schulhofs der Grundschule angesprochen. Auffällig ist, dass der Park in den warmen Sommermonaten kaum von den Bewohnern genutzt wird, um sich z.B. auf den Wiesen zu erholen oder die weiten Flächen zum Spielen zu nutzen. Aus den verschiedenen studentischen Untersuchungen (Sozialraumanalyse, Cliquesportrait, Diplomarbeiten) ist bekannt, dass verschiedene Gruppen von Jugendlichen den Park in den Abendstunden besuchen und bestimmte Bereiche für ihre Freizeitaktivitäten nutzen. Dies geschieht in verschiedenen Nischen.

Außerdem gibt es einen öffentlichen Spielplatz in Höhe des katholischen Kindergartens, der in die Jahre gekommen ist. Die Spielgeräte werden als reizlos empfunden und sind häufig defekt. Für Eltern und Kinder ist der Aufenthalt meist unattraktiv, da Bäume und Büsche den Spielplatz stark abschotten, verschatten und eine trennende Wirkung haben. Der Spielplatz wird zweckentfremdet als Treffpunkt von Trinkern genutzt. Auch von Spritzenfunden wurde berichtet. Im Bereich des Sportplatzes Baumberger Straße nutzen Dealer, laut Angaben der Bewohner, die geschützten Nischen des Parks zum Verkauf ihrer Drogen. Berichten zu Folge halten sich im Park in den Sommermonaten Personen während ihres Hafturlaubs auf. Vor zwei Jahren soll es eine Vergewaltigung gegeben haben. Die Passanten vermissen regelmäßige Fußstreifen der Polizei.

3.3.3 Königsberger Platz, Rheindorf-Nord



Lage: Zentrum Rheindorf-Nord, gesamtes Umfeld

Eigentümerinnen: nördlicher Teil WGL und Baywoqe, südlicher Teil Stadt Leverkusen

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- geringe soziale Kontrolle in den Abendstunden,
- defizitäre Beleuchtungssituation,
- z. T. defekte Laternen, durch Buschwerk zugewachsene Beleuchtung
- geringe Aufenthaltsqualität für unterschiedliche Nutzergruppen,
- geringe Qualität der Stadtmöblierung,
- geringe Qualität der Grünflächen,
- mangelnde Beleuchtung und soziale Kontrolle auf den angrenzenden Parkplätzen (hinterm Getränkemarkt, Parkplatz Insterstraße, Parkplatz beim Einzelhändler Kaisers),
- geringe Einsehbarkeit auf sämtlichen Nebenwegen (Pennymarkt, Sparkasse, AWO Seniorenheim, Durchgang zu Memelstraße),
- geringes subjektives Sicherheitsempfinden von Senioren (z.B. AWO Seniorenzentrum),
- positiv: Marktnutzung und Nutzung der Eisdiele (mit langen Öffnungszeiten).

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

Die Gestaltung des nördlichen Platzbereichs finden viele Teilnehmer nicht attraktiv genug. Sie wünschen mehr Urbanität am Platz; der Platz lädt die Bewohner nicht zum Verweilen ein, da er nicht den Charakter eines lebendigen Treffpunkts für alle Altersgruppen hat. Sie wünschen sich einen Platz zum Sitzen (z.B. Bänke, Stühle) und eine Verbesserung der Spielmöglichkeiten für Kinder (z.B. Wipptiere, Spielgeräte). Das Kunstobjekt in der Mitte des Platzes (Skulptur in der Form eines Stahlkugelschnitts) findet nur wenig Akzeptanz. Der Platz ist nicht kinder- und familienfreundlich. Die leer stehenden Geschäfte und das angebotene Sortiment befriedigen einen Teil der Bewohnerschaft nicht.

Insbesondere der südliche Platzbereich (Markt und Parkplatz) wird in den Abendstunden als unsicherer Ort empfunden, da sich dort Personen aufhalten, die die Passanten verunsichern und anpöbeln. Der südliche Königsberger Platz ist laut Aussagen der Bewohner Treffpunkt von herumhängenden Jugendlichen und Trinkern. Viele Bewohner haben hier in der Dunkelheit und nach Ladenschluss Angst hinauszugehen und meiden den Platz nach Möglichkeit. Einige berichten von Straftaten und Ordnungsstörungen. Die Eingangsstatistik der Polizei Leverkusen verzeichnet nächtliche Ruhestörungen in einigen Häusern und in den Gastronomiebetrieben, sowie Schlägereien. Bewohner berichten, dass der Zigarettenautomat am Lottoladen aufgebrochen wurde. Jugendliche suchen den Platz auch mit ihren Autos auf, sodass es zu Ruhestörungen kommt. Tagsüber wird die Situation durch die vielen unterschiedlichen vorbeilaufenden Passanten auf den Platz relativiert.

Die Freiraumgestaltung ist im südlichen Teil unübersichtlich, wirkt unstrukturiert, zeigt eine Tendenz zur Verbuschung der Grünflächen auf und wirkt so teilweise verwahrlost und dunkel. Vor allem ältere Bewohner und Mütter beklagen den Mangel an Sitzgelegenheiten. Die Nebenwege, wie zum Beispiel am Pennymarkt und an der Sparkasse, werden von den Bewohnern am Abend als schlecht beleuchtet und zu unübersichtlich empfunden. Das Wohngebäude der Baywooge hat in den Eingangsbereichen und den östlichen Außenbereichen Sicherheitsdefizite. Die Kellereingänge sind dunkel, unbeleuchtet und vom Weg nicht einsehbar. Die Vegetation verdeckt die Kellereingänge und wirkt zu dem ungepflegt. Die Wegbeleuchtung ist nicht ausreichend. Hinter dem Pennymarkt bietet sich eine unübersichtliche Situation (Müllsammelplatz). Auch die Parkplätze in der Umgebung gelten als unsicher:

- Parkplatz hinter Kaiser: Der Parkplatz ist hier relativ dunkel. Es gibt keine Beleuchtungskörper, wenig Licht kommt von der Straßenbeleuchtung auf der gegenüberliegenden Straßenseite in der Elbestraße.
- Parkplatz hinter dem Getränkemarkt: Der Parkplatz ist unübersichtlich und die soziale Kontrolle wegen geringer Sichtbeziehungen gering.
- Parkplatz an der Insterstraße: Der Parkplatz ist dunkel. Die Laternen sind z.T. von Büschen und Bäumen zugewachsen.

3.3.4 Park II (Festplatz)



Lage: Felderstraße / Netzstraße / Solingerstraße und Umfeld

Eigentümerin: Stadt Leverkusen (öffentlicher Raum)

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- Sicherheitsrelevante Aspekte der Grünflächen – und Freiraumgestaltung:
- Zum Teil fehlende Sichtachsen zu den Eingangsbereichen zum Park II (Festplatz),
- unzureichende Beleuchtung auf den Gehwegen,
- geringe Sichtbeziehungen durch in die Wege und Sichtachsen wachsende Büsche,
- gealterte u. unstrukturierte Grünflächengestaltung und Bepflanzung,
- geringe Aufenthaltsqualitäten, geringe Anreize zur Nutzung,
- wenige Möglichkeiten zum Sitzen,
- uneinsehbarer und mit Sträuchern zugewachsen, nicht mehr genutzter Parkplatz am Jugendzentrum.
- ungenutzte Potenziale: Freiflächen am Jugendzentrum und am Teich
- Handlungspotenzial: Neubau der evangelischen Kirche, Freiraum am Jugendzentrum

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

Dieser Park (Festplatz) wird von vielen Bewohnern in Rheindorf-Nord als Angstraum wahrgenommen. Die Beleuchtung ist in den Abendstunden nur schwach. Viele Bewohner meiden den Park nach Einbruch der Dunkelheit, aus Angst vor betrunkenen Jugendlichen und vor unerwünschten Konfrontationen und Pöbeleien. Die Wege sind in den Randbereichen unübersichtlich und zum Teil von der Vegetation zugewachsen. Trinkergruppen und Jugendliche (darunter russlanddeutsche Jugendliche) nutzen den Park in den schlecht einsehbaren Bereichen in Höhe des Jugendzentrums. Die Spazierwege werden im Bereich des Jugendzentrums von vielen Passanten gemieden. Die Zuwege und der Eingangsbereich des städtischen Jugendhauses sind nicht einsehbar, da Sichtachsen alle zugewachsen sind. Zwischen

dem Baumbestand existiert ein starker Strauchbewuchs. Das Jugendhaus nutzt den Park bisher nur selten für Aktivitäten und wird durch eine Umzäunung in den öffentlichen Parkflächen abgegrenzt. Der Bereich neben dem Jugendzentrum (Weg mit Einlassschranke bzw. neuerdings Begrenzungspfählen) wird von jugendlichen Gruppen aufgesucht. Der Treffpunkt der jugendlichen Spätaussiedler auf dem nordwestlichen Eingangsweg löst Angst bei Passanten und einigen jugendlichen Besuchern des Jugendzentrums Angst aus, da es hier bereits zu Anmache und Abzockerei kam. Im Bereich des Basketballkorbs treffen sich viele Jugendliche; er ist häufig mit Glasscherben und zum Teil auch durch Brandspuren verunreinigt. Der Platz ist für Jugendliche attraktiv, weil er geschützt liegt und durch die starke Vegetation kaum einsehbar ist. Die beiden gestalteten Rundelle im oberen und unteren Bereich des Teichs werden nicht genutzt, bieten jedoch Freiraumpotenziale. Der Teich ist von der Netzestraße und im hinteren Bereich durch einen Zaun, wegen der steilen Böschung, abgegrenzt. In den Büschen finden sich Müll und zerstörte Fahrräder, während der Begehung mit der externen Polizeigruppe.

Viele Bewohner der Monheimer Straße nutzen den Park als Abkürzung zur Solinger Straße. Die Wiesenflächen werden an einigen Wochenenden für den Flohmarkt genutzt. Eine Möblierung mit Bänken und eine ansprechende Bepflanzung sind kaum vorzufinden. Im unmittelbaren Anschluss an den Park (Ecke Netzestraße/Solingerstraße) baut die evangelische Kirchengemeinde ein neues Kirchengebäude und Gemeindehaus. Die Bauarbeiten haben im Jahr 2004 begonnen und werden voraussichtlich Mitte 2006 beendet werden.

3.3.5 Bushaltestelle Endstation / Elbestraße



Lage: Höhe Peenenstraße, Warnowstraße, Suedestraße

Eigentümerin: Stadt Leverkusen, Verkehrsunternehmen

„Der Bereich um die Haltestelle hat sich in den letzten Jahren verändert. Früher gab es an diesem Platz noch Bäcker und Geschäfte. Die Scheiben des Wartehäuschens werden nicht mehr erneuert, da sie sofort wieder eingetreten werden.“

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- unzureichende Beleuchtung im gesamten Umfeld und auf den Wegen,
- unübersichtliche Gestaltung der Bushaltestelle Endstation,
- geringe Qualität in den Wartezonen, geringer Wetterschutz für die Fahrgäste,
- Vandalismus an Telefonzelle, Haltestellenhaus und Mülleimern.

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

Die Bushaltstelle befindet sich am Ende der Elbestraße in der Höhe der Einmündung Warnowstraße / Peenestraße. In unmittelbarer Nähe befinden sich: die Filiale einer Drogerie (Schlecker), ein Kiosk und eine Gaststätte. Auf dem gesamten Weg durch die Elbestraße bis zur Endstation ist es am Abend relativ dunkel, da die Beleuchtung nur auf einer Straßenseite platziert ist. Viele Bewohner trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr, dorthin zu gehen. Nach eigenen Aussagen fahren Bewohner aus Angst am Abend kurze Strecken mit dem Auto, um Bekannte im Bereich der Endstation zu besuchen. Mit dem Bereich Endstation sind die Bewohner und ÖPNV-Nutzer im Allgemeinen unzufrieden. Der Ort wirkt nicht nur unsicher, sondern bietet auch Tatgelegenheitsstrukturen. Neben Übergriffen auf Busfahrer wird von Pöbeleien und aggressiven Verhalten durch Jugendliche gegenüber Passanten berichtet. Nächtliche Autorennen und offenem Drogenhandel findet hier auch statt.

Die Bushaltstelle wird von ÖPNV-Nutzern als unattraktiv bewertet. Ein Wetterschutz durch das Wartehaus ist kaum gegeben. Die Aufenthaltsbereiche entsprechen nicht den Bedürfnissen der überwiegend älteren Fahrgäste. Es gibt kaum Sitzgelegenheiten zum Ausruhen. Wenn Fahrgäste aus dem Bus aussteigen, besteht wegen der schlechten Beleuchtung der Bürgersteigkante eine Unfallgefahr, aus diesem Grund seien dort schon einige Fahrgäste gestürzt.

An der Bushaltstelle stehen häufig falsch parkende Autos. An der Peenestraße gibt es eine schlesische Wirtschaft, die gut besucht sein soll. Dadurch erzeugen die Besucher ein Parkraumproblem im Wohnumfeld, was Ärger bei den Anwohnern erzeugt. Busfahrer, die im Bereich Endstation ihre Pausen verbringen, wurden in der Vergangenheit beraubt, wenn sie den Bus in ihrer Pause kurzzeitig verlassen haben. Laut Aussagen der Bewohner seien in den letzten drei Wochen vor der Begehung fünf Busse aufgebrochen worden. Eine spätere Nachfrage bei einem der Busfahrer bestätigt diese Vorkommnisse. Wenn die Busfahrer in der Pause des Busaufenthalts an der Endstation zum WC gehen (es gibt dort ein WC des Verkehrsunternehmens für die Busfahrer), dann halten einige der Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren die Toilettentür zu und die anderen gehen zum abgeschlossenen Bus, öffnen die Bustüren und stehlen die Münzkassetten. Deshalb trauen sich einige Busfahrer nicht mehr, den Bus in den Pausen zu verlassen. Neben Passanten fühlen sich vor allem die direkten Anwohner zunehmend unsicherer an diesem Ort, weil die Glasflächen des Telefonhäuschens nach jeder Erneuerung gleich wieder zerstört werden. Der Treffpunkt von Jugendlichen müsse von dieser Stelle verlagert werden. Es kommt auch vor, dass ältere Erwachsene auf der Straße von Jugendlichen aggressiv angepöbelt und verbal belästigt werden (Zitat: „Willst du ein paar auf die Schnauze haben?“). Destruktives Verhalten, wie das Attackieren von Mülltonnen, wobei sie aus der Verankerung gerissen und werden, gehört dazu. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch nach abendlichen Fußstreifen durch die Polizei im Bereich der Endstation und in ganz Rheindorf-Nord geäußert.

Der Standort des Wartehauses an der Bushaltstelle ist zu hinterfragen. Es wird vorgeschlagen, dass der Unterstand an der Bushaltstelle keine Verglasung mehr hat (Vandalismus). Der Wartebereich sollte nach Aussagen der ÖPNV-Nutzer, 30m nach links versetzt, da die Nutzer dort auch in den Bus einsteigen. Diesen Vorschlag, gilt es zu prüfen. Der schirmförmige Wetterschutz in dem zentralen Mittelpunkt der Endstation bietet wenig Schutz gegenüber der Witterung.

3.3.6 Scheibenhochhaus an der Okerstraße 30



Lage: Okerstraße, Nähe S-Bahnstation Rheindorf-Nord

Eigentümerin: Wilhelm-Sander-Stiftung

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- Der Eingangsbereich des 13-geschossigen Gebäudes ist für Fremde leicht zugänglich (Klingelprobe),
- gestalterische Defizite: Flure, Treppenhäuser, Fahrstühle, kleine und gestaltungsarme Eingangsbereiche, zugige Laubengänge,
- zu schwache Beleuchtung in den Treppenhäusern,
- Kellerräume: Defizite beim Brandschutz (Sperrmüll in den Gängen z. Zeitpunkt der Begehung),
- Wiese im hinteren Außenbereich für Fremde zugänglich, nicht gestalteter und unstrukturierter Außenbereich, besonders das Abstandsgrün der hinteren Wiese,
- Einbruchgefahr über Abflussrohre der Balkone für Fremde leicht erreichbar, Versteckmöglichkeiten am Blockkraftwerk,
- Besonderheit: Das Scheibenhochhaus stellt eine ‚Landmarke‘ dar und dient in Rheindorf-Nord als Orientierungszeichen.

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

Das Scheibenhochhaus stellt durch seine Art der Bebauung eine schwierige Aufgabe an die Aspekte der architektonischen Sicherheitsgestaltung. Der Eingangsbereich des 13-geschossigen Gebäudes ist für Fremde leicht zugänglich (Klingelprobe), dadurch ist nur geringe soziale Kontrolle im gesamten Gebäude möglich. Fremde können in jeden Teil des Wohngebäudes gelangen (Keller, Fahrstühle, Treppenhäuser, direkt bis vor die Wohnungstüren der Mieter). Es gibt Anzeichen von Treffpunkten in den Treppenhäusern, Verunreinigungen und Anzeichen von Vandalismus. Die Beleuchtung in den Treppenhäusern ist zu schwach. In den Kellerräumen bestehen Defizite beim Brandschutz (Sperrmüll in den Gängen z. Zeitpunkt der Begehung). Wiese im hinteren Außenbereich für Fremde zugänglich, es besteht Einbruchgefahr über Abflussrohre der Balkone.

Das Scheibenhochhaus stellt eine ‚Landmarke‘ dar und dient in Rheindorf-Nord als Orientierungszeichen. Das Gebäude wirkt wie eine triste Lärmschutzmauer, die die S-Bahntrasse von

Rheindorf-Nord trennt, daher wäre eine attraktive Umgestaltung des Gebäudes von Interesse für das Image von Rheindorf-Nord (vgl. Aufgaben im Programm „Stadtumbau West“). Die Vermietbarkeit der recht großflächigen 2-Zimmerwohnungen ist bereits heute problematisch (Aussage WSS). Bei der Sicherheitsbegehung gelangten die Testpersonen ohne Probleme in alle Bereiche der beiden Gebäude. Die Haustür wurde ohne Rückfragen der Mieter geöffnet. In den Treppenhäusern fanden sich Spuren von informellen Treffpunkten. Die Treppenhäuser sind schwer einsehbar und kaum kontrollierbar, da viele Mieter mit dem Fahrstuhl fahren. Die Mäusegitter an den Kellerfenstern sind nicht gesichert, sodass sich Kellereintritte leicht begehen lassen.

3.3.7 Punkthochhäuser an der Baumberger Straße



Lage: Baumberger Straße

Eigentümerin: GAGFAH; Niederlassung Essen

Sicherheitsrelevante Aspekte der Gestaltung- Kurzergebnisse:

- der Eingangsbereich des 8-geschossigen Gebäudes ist für Fremde leicht zugänglich,; unübersichtliche Zuwege im Außenbereich, unkontrollierte Zuwege zu den Häusern, unübersichtliche Eingangsbereiche,
- die Fahrstühle befinden sich auf halber Etage und sind nicht einsehbar, Barrieren: Treppe im Eingangsbereich, Fahrstühle auf halber Etage,
- die Mehrzahl der Wohnungsschlösser ist nicht einbruchssicher.
- Einbruchsfahr: Balkone der Parterrewohnungen können leicht von Fremden überwunden werden.
- Parkplätze sind nicht sicher und werden regelmäßig von Dieben heimgesucht.
- sichtbare Verunreinigung im Treppenhaus (Defizite Flur, Treppenhaus, Fahrstuhl);

- Graues Fassadenbild / trister Fassadenanstrich des Baukörpers; heruntergekommene Müllstandorte,
- fehlende Beleuchtung hinter den Gebäuden (Hausnummer 44: lediglich 2 sehr schwache Laternen),
- ungestalteter Außenbereich, die Wiese des Abstandsgrüns ist für Fremde zugänglich, keine Aneignungsmöglichkeiten des Wohnumfelds durch Mieter.

Zentrale Ergebnisse der Begehungen (Sicherheitsaudit):

Bei der Begehung zeigte sich eine sichtbare Verunreinigung im Treppenhaus (Defizite Flur, Treppenhaus, Fahrstuhl). Die Parkplätze sind nicht sicher und werden regelmäßig von Dieben heimgesucht. Es gibt Berichte über Diebstahl von Post aus den Briefkästen. Es besteht zudem Einbruchgefahr über die Balkone der Parterrewohnungen, diese können leicht von Fremden überwunden werden.

Das Erscheinungsbild dieser markanten Hauses ist eher negativ. Die Hausnummer 44 wird nur schwach beleuchtet. Unkontrollierte Zuwege zu den Häusern und unübersichtliche Eingangsbereiche verhindern dort soziale Kontrolle. Der ungestaltete Außenbereich, bietet zudem keine Aneignungsmöglichkeiten des Wohnumfelds durch Mieter. Ein graues Fassadenbild bildet einen tristen Fassadenanstrich des Baukörpers. Heruntergekommene Müllstandorte; unkontrollierte Zuwege zu den Häusern und unübersichtliche Eingangsbereiche;

3.4 Ergebnisse der studentischen Untersuchungen

Die enge Anbindung des TRAFÖ-Forschungsprojekts an die Lehrveranstaltungen des Instituts für Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln ermöglichte verschiedene studentische Auswertungen, Untersuchen und Diplomarbeiten in Rheindorf-Nord durchzuführen, die ohne die aktive Mitarbeit der Studierenden nicht möglich gewesen wären. Es handelt sich dabei um Analysen aus Sicht der häufig als problematisch eingestuften Problemgruppe der Heranwachsenden in Rheindorf-Nord. Dadurch ist es möglich, die sozialen Konflikte, die vor allem die Sicherheitswahrnehmung in den öffentlichen Räumen beeinträchtigen, besser zu verstehen. In den Jahren 2004 und 2005 haben drei Diplomandinnen des Studiengangs Sozialpädagogik eine Abschlussarbeit über unterschiedliche Aspekte in Rheindorf-Nord verfasst. Die wichtigsten Ergebnisse der drei Diplomarbeiten werden im folgenden Teil vorgestellt.

3.4.1 „Ausländerkriminalität“ – Delinquenz und Devianz türkischstämmiger Jugendlicher und Heranwachsender in Rheindorf-Nord (Autorin: Jessica Ladoé)

Im ersten Kapitel wird der Begriff der Ausländerkriminalität definiert und kritisch beleuchtet. Die Autorin stellt im zweiten Kapitel die in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen der Psychologie, Sozialpsychologie und Soziologie diskutierten Delinquenz- und Devianztheorien dar. Im dritten Kapitel beschreibt sie die Erkenntnisse über Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund in Deutschland und der Problematik der polizeilichen Daten sowie der soziokulturellen Merkmale bei der Entstehung von Delinquenz. Diese Kapitel werden hier nicht weiter ausgeführt. Im Folgenden werden das vierte und fünfte Kapitel (der empirische Teil der Arbeit zu Rheindorf-Nord) vorgestellt. Diese enthalten Analysen des Sozialraums, der polizeilichen Statistik und weiterführende qualitative Analysen mit türkischstämmigen Bewohnern und

Bewohnerinnen, Jugendlichen und ausgewählten Schlüsselpersonen aus dem Untersuchungsraum. In der Diplomarbeit untersucht die Autorin die Leitfragen:

- Wie stellt sich die Kriminalität in Rheindorf-Nord zurzeit dar?
- Welche Rolle spielen die jungen Tatverdächtigen dabei?
- Welche Deliktarten sind typisch?
- Gibt es eine spezifische Ausländerkriminalität im Quartier?
- Wie hoch ist der Anteil von Nichtdeutschen an der Zahl der Tatverdächtigen?

Die Arbeit zeigt, dass bei vielen männlichen türkischen Jugendlichen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit gewalttätigen Verhalten erkennbar sind, die ihre Ursache in persönlichen Gewalt- und Konflikterfahrungen in der Familie haben. Sie weist zudem auf Bildungsdefizite und soziale Benachteiligungen hin, welche Marginalisierungserfahrungen erzeugen können. Türkischstämmige Jugendliche und Heranwachsende in Rheindorf-Nord weisen jedoch im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen im Untersuchungsgebiet statistisch keine höheren Delinquenzraten auf. Die türkischen Jugendlichen werden jedoch vielfach von der Öffentlichkeit als problematische Personen wahrgenommen und stigmatisiert. Dies geschieht insbesondere im Wohnumfeld und den wohnungsnahen Freiräumen, wo sich die Jugendlichen an selbst gewählten Treffpunkten aufhalten und Erwachsene diese Orte oft auch als Angsträume wahrnehmen.

Diese Konflikt- und Angsträume werden nach Aussage von Jessica Ladoé auf Grund der nicht vorhandenen institutionellen Treffpunkte für die Zielgruppe in Zukunft eher noch zunehmen und somit eine Verschärfung der negativen öffentlichen Wahrnehmung dieser Gruppe auslösen. Die Entwicklung von gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist demnach in Rheindorf-Nord eine primäre Aufgabe für alle die sich mit Sozialraum und Integration von Deutschen und Migranten befassen, um eine weitere soziale Isolation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu vermeiden und positive interkulturelle Chancen und Integrationsspielräume zu eröffnen.

Die Treffpunkte der Jugendlichen und Heranwachsenden im öffentlichen Freiraum haben eine große Bedeutung für die sozialen Kontakte, da sie dem Austausch und der Kommunikation unter den Geschlechtern und Kulturen innerhalb der Peer-Group dienen. Nicht immer verhalten sich Jugendliche bei diesen Treffen im Freiraum normkonform. Folglich können hier Konflikte mit Erwachsenen auftreten, die diese Räume ebenfalls nutzen, zum Beispiel zum Passieren und Durchqueren. In Rheindorf-Nord sind dies in erster Linie die Bushaltestellen, der Park am Wasserwerk und das Umfeld des städtischen Jugendzentrums. Witterungsgeschützte Räume und Orte gibt es zu wenige im Quartier. Es treffen sich mehrere heterogene Gruppen, die überwiegend aus Jungen bestehen.

3.4.2 Junge russlanddeutsche Heranwachsende im Sozialraum – Untersuchung in Leverkusen, Rheindorf-Nord (Autorin: Maria Merten)

Maria Merten untersuchte in ihrer Diplomarbeit die Situation einer Gruppe heranwachsender Spätaussiedler im Bereich des städtischen Jugendhauses an der Felderstraße. Anlass der Untersuchung ist, dass die Gruppe russlanddeutscher Jugendlicher in der Vergangenheit immer wieder Schlagzeilen machte und in der öffentlichen Meinung der erwachsenen Bevölkerung im Quartier negativ wahrgenommen wird. Die Beschreibungen der Gruppe beinhalten Auffälligkeiten wie Ruhestörungen, Ordnungswidrigkeiten, Vandalismus bis hin zu aggressivem Verhalten und Gewalttaten. Die Gruppe der Jugendlichen wurde mit der Methode der qualitativen Lebensweltanalyse untersucht. Mittels Sozialraumanalyse, unter Verwendung der Nadelmethode, mehrmaliger Stadtteilbegehun-

gen, Erstellung eines Cliquenrasters und ergänzenden Befragungen von Institutionen wurden Erkenntnisse gesammelt. Durch ihren vergleichbaren Migrationshintergrund und der verbindenden Sprachkompetenz war es der Autorin möglich, Kontakt zu den Heranwachsenden in der Felderstraße aufzunehmen und sie mehrmals zu befragen.

Die Mehrzahl der Spätaussiedlerjugendlichen integriert sich nach wenigen Jahren in Deutschland und wird dabei weder auffällig noch delinquent. Dies gilt auch für Rheindorf-Nord. Die stigmatisierende Rolle der Berichterstattung in den Medien darf bei der Wahrnehmung dieser Zuwanderungsgruppe nicht unterschätzt werden. Verhaltensauffällig und zum Teil straffällig wird lediglich eine geringe Zahl meist männlicher Heranwachsender. Diese verweigern zuvor die Integration in die neue Umwelt und weisen ein großes Risiko auf, delinquent zu werden. Die Probleme tauchen oft zuvor in der Schule auf: Schulverweigerung und der Abgang ohne einen Schulabschluss kommen häufig vor. Herkömmliche pädagogische Maßnahmen versagen bei dieser Gruppe. Die Ursachen liegen in den grundsätzlich verschiedenen Erfahrungen dieser Jugendlichen mit unterschiedlichen Wertesystemen, Erziehungsstilen und Pädagogik in der bisherigen Biografie.

Primäre Delikte dieser Gruppe sind Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. Dies deutet auf mögliche psychische Probleme der Täter hin. Bei ihnen handelt es sich aus sozialpädagogischer Perspektive um eine Generation von Jugendlichen, die von ihren Eltern erst im Jugendalter nach Deutschland mitgenommen wurden. Sie erleben in einer schwierigen Lebensphase einen Neuanfang, sozusagen unter komplett veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die ambivalente Wahrnehmung und Erfahrung des Werte- und Normensystems bringt sie in eine psychologisch ambivalente Situation.

Im Quartier Rheindorf-Nord fallen einige Jugendliche im unmittelbaren Bereich des städtischen Jugendzentrums negativ auf. Viele Spätaussiedlerfamilien wohnen in der Monheimer- und Baumbergerstraße und in anliegenden Wohnstraßen in Beständen der WGL (vgl. Daten zu Wohnstandorten der Spätaussiedler). In der Vergangenheit haben einige der jugendlichen Spätaussiedler Hausverbot im Jugendhaus erteilt bekommen. Diese Jugendlichen treffen sich seitdem vor dem Jugendzentrum, im Bereich einer Absperrschranke. Befreundete, meist männliche Jugendliche und Heranwachsende suchen nun diesen informellen Treffpunkt an Nachmittagen und am Abend auf. Bei den Treffen erzeugen Pkws und laute Musik zusätzliche Störungen der öffentlichen Ordnung. Die Treffen erzeugen massive Konflikte im Nahraum, da die Gruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden den Eindruck von „markanten Wachmännern“ an der Schranke hinterlässt und viele erwachsene Passanten und auch jugendliche Besucher des Jugendzentrums sich durch die Anwesenheit bedroht fühlen (Belege finden sich auch in den Ergebnissen der Haushaltsbefragung und des Sicherheitsaudits). Der Treffpunkt ist nach den Meetings verunreinigt, leere Wodkaflaschen und zerbrochenes Glas werden hinterlassen. Mitarbeiter des städtischen Jugendhaus berichteten, dass Besucher des Jugendhauses beim Passieren der Schranke von den Spätaussiedlern ‚abgezogen‘ worden seien. Erwachsene Passanten berichten, dass sie das Gebiet nach Möglichkeit meiden. Gemeint sind damit sämtliche Treffpunkte der Russlanddeutschen: Schranken, Bushaltestellen und die Freiraumbereiche um das Jugendhaus herum.

3.4.3 Cliquenportrait von Jugendlichen in Rheindorf-Nord (Autorin: Martina Wellemssen)

Die Studierende Martina Wellemssen hat in den Wintermonaten 2004 im Rahmen einer Hausarbeit ein Cliquenportrait von Jugendlichen erstellt. Zur Annäherung an die Jugendlichen und den Sozialraum hat sie zuvor Interviews mit Schlüsselpersonen geführt. Zu den befragten Personen gehören der Bezirkspolizist Herr Müller sowie Anwohner an verschiedenen Orten im Nordquartier. Im nächs-

ten Schritt hat sie Interviews mit Jugendlichen durchgeführt, um Einsichten in ihren Alltag in Rheindorf-Nord zu erhalten.

Das Interview mit dem Bezirkspolizisten zeigt, dass seitens des Polizisten eine starke innerliche Zurückhaltung besteht, das Nordquartier durch weitere belastende Aussagen zu stigmatisieren. Der Bezirkspolizist lebt nach Angaben der Autorin selbst in Rheindorf. So gibt es laut Herrn Müller nur subjektiv wahrgenommene Angsträume und kaum objektive Tatorte. Die objektive Gefahr, die durch Kriminalität ausgehe, sei in den letzten zwei Jahren gesunken. Laut Aussagen der Polizei ist in Rheindorf-Nord die Situation der Jugendkriminalität im Quartier seit der Inhaftierung zweier heranwachsender Russlanddeutscher entspannter und nicht, wie vielfach von den Bewohnern geschildert, in der Tendenz weiter angestiegen. Durch die polizeilichen Interventionen in den vergangenen Jahren sei eine Normalisierung der Zustände eingeleitet. Dies wird aber in großen Teilen der Bevölkerung nicht nachvollzogen. So fehlt die Aufklärungsarbeit über die reale Kriminalitätssituation.

In den Interviews mit den Bewohnern des Stadtteils wird eine gegenteilige Wahrnehmung ihrer persönlichen Beziehung zu den Jugendlichen deutlich. Sie empfinden die jugendlichen Cliquen, insbesondere der Russlanddeutschen, zunehmend als Provokation und Bedrohung. Sie fürchten sich in den unterschiedlichen räumlichen Bereichen vor einer Konfrontation mit ihnen. Das Verhalten der Jugendlichen habe sich deutlich gegenüber Erwachsenen verschlechtert. Dies betrifft den Verlust von Wertvorstellungen und ein destruktives Verhalten. In diesem Zusammenhang werden direkt die vielen Zuzüge der ausländischen Bewohner thematisiert. Als besonders unangenehm werden der exzessive Alkoholkonsum und auffälliges, aggressives Verhalten empfunden. Für die Zukunft befürchten die befragten Erwachsenen eine weitere Verschlechterung der Situation; sie rechnen mit Waffenbesitz und Überfällen. Mögliche Lösungen der Konflikte werden nicht erwähnt. Die Schuld liege bei Eltern, Polizei und den zuständigen Behörden, die im Quartier alle versagen, so die Befragten. Die älteren Bewohner haben sich innerlich schon auf Angst und Rückzug im Quartier eingelassen.

Das Cliquenportrait mit Jugendlichen verdeutlicht, dass es in Rheindorf-Nord laut Wellemsen nur Zweckgemeinschaften von Jugendlichen gibt und lediglich eine Clique existiert: die der Russlanddeutschen vor dem städtischen Jugendhaus. Über die Clique macht sie keine Untersuchung. Dies begründet sie mit dem Gewaltpotential der Clique, von dem sie gehört hat. Die sich täglich neu zusammenfindenden Jugendlichen in den Zweckgemeinschaften haben einige Gemeinsamkeiten: mangelnder Rückhalt im Elternhaus, Perspektivlosigkeit, Langeweile und die Hoffnung auf Abwechslung, Respekt und Wärme. Die nicht explizit verabredeten und ziellosen Zusammentreffen verhindern die Ausbildung von gemeinsamen Interessen und den Aufbau von engen, freundschaftlichen Kontakten. Laut Aussagen von Wellemsen existiert in der Gruppe keine Loyalität, und es herrsche Misstrauen unter den Mitgliedern. Insgesamt fühlen die Jugendlichen sich überall ausgeschlossen. Die daraus resultierenden Aggressionen münden im gemeinsamen Konsum von Alkohol (z.B. Wodka) und Drogen oder enden in zerstörerischem Verhalten an Gegenständen im Wohnumfeld.

Das destruktive Verhalten gegen sich selbst und gegen Dinge habe unter anderem die Intention, Aufmerksamkeit der Erwachsenenwelt zu erzeugen. Die Jugendlichen wünschen sich Veränderungen, Anerkennung und Teilhabe, verfügen aber nicht über das geeignete Wissen und Know-how (kulturelles Kapital), um Anerkennung und Gehör bei Erwachsenen zu finden. Sie bemängeln das fehlende räumliche und personelle Angebot für ihre Altersgruppe im Quartier. Demgegenüber deuten sie auf das vielfältige infrastrukturelle Angebot für kleine Kinder und Senioren (z.B. Kindergärten; katholisches und evangelisches Gemeindehaus) hin und verdeutlichen dabei die fehlende Lobby in der Erwachsenenwelt für ihre Bedürfnisse. Das Freizeitangebot des städtischen Jugend-

hauses an der Felderstraße wird stark kritisiert. Die fehlenden Öffnungszeiten am Wochenende und der nicht im Angebot stehende Jungentag werden kritisiert.

Die Jugendlichen wünschen sich neben einer guten Bildung und Berufsausbildung mehr Vorbilder und Akzeptanz bei ihren Eltern, in der Schule und im Wohnumfeld. Weiter erhoffen sie sich mehr Vorbildfunktion und Respekt bei den Erwachsenen. Nur der Schulleiter der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule werde respektiert, da er Grenzen und Möglichkeiten klar aufzeige. Nur geringfügig sind Werte, Normen und Interessen, laut Autorin, bei den Jugendlichen vorhanden und bisher wenig gefördert und gefordert worden. Die Jugendlichen berichten von Gewalt an der Schule. An Verabredungen halten sie sich nicht. Konkret wünschen sich die Jugendlichen ein attraktiveres Angebot für Jungen, so zum Beispiel geschützte Räume, wo sie Billard spielen können.

4 Vorbereitung eines Handlungskonzepts

4.1 Zusammenfassung der Sicherheitssituation

4.1.1 Objektive und subjektive Sicherheit

13% der Befragten in Rheindorf-Nord geben an, selbst bzw. ein Mitglied der eigenen Familie Opfer einer Straftat geworden zu sein. Über ein Viertel der Befragten ist ein Opfer einer Straftat in Rheindorf-Nord bekannt. Allerdings muss zu bedenken gegeben werden, was die Befragten unter den Begriff „Opfer“ verstehen. Dazu gehören auch wie die offenen Antworten zeigen, Konflikte und Ordnungsstörungen in der Nachbarschaft, die noch keine Straftat ausmachen. Diese Vorfälle sind zukünftig stärker zu differenzieren und nachzuvollziehen, da auch sie negative Wirkungen auf die Lebensqualität im Quartier haben. Die Nennung eines beeinträchtigten Sicherheitsempfindens der Mieter liegt deutlich über der Hälfte der Befragten. Dies betrifft sowohl die Erwartung Opfer von Eigentumsdelikten zu werden (60%), wie die Angst vor gegen die eigene Person gerichteten Gewalttaten (32%), sowie ‚Pöbeleien‘ (41%). Die relativ hohe Risikoeinschätzung der Befragten Opfer einer Gewalt- bzw. Straftat zu werden, deutet auf negative äußere Eindrücke, Berichte und Erfahrungen der Mieter im Nah- und Sozialraum sowie auf vorhandene Tatgelegenheiten im Wohnumfeld hin. Auch die Entwicklung konfliktbelasteter Nachbarschaften und die zunehmende Anonymität in den Häusern sind weitere Ursachen. Die Antworten der Befragung verdeutlichen, dass die Mehrheit der Erfahrungen mit Straftaten im Freiraum, auf Straßen, Wegen und Plätzen stattgefunden haben. An zweiter Stelle ist die eigene Wohnung Tatort gewesen. Leider konnte für den Tatort Wohnung keine konkrete Zuordnung der begangenen Straftat ermittelt werden, so dass nicht deutlich wird ob es sich um Wohnungseinbrüche oder andere Taten handelte. Vor diesem Hintergrund sind in den zukünftigen Strategien der Wohnungsunternehmen zur Erhöhung der Wohnzufriedenheit in den Rheindorfer Wohnungsbeständen die Sicherheitsbelange der Mieterhaushalte gezielt zu berücksichtigen.

4.1.2 Sicherheit in öffentlichen Räumen

Die mit der höchsten Priorität in der Bewohnerschaft bewerteten Orte mit einer hohen Unsicherheit und subjektiven Angstwahrnehmung in Rheindorf-Nord sind: Der Park am Wasserwerk, der Königsberger Platz, der Bereich S-Bahnhof Rheindorf, der Bereich am städtischen Jugendhaus und die Bushaltestellen. Alle diese Orte spielen für die Wahrnehmung und Wohnqualität des Quartiers eine entscheidende Rolle. Primär ist der Aufenthalt von Personen Grund, weshalb die Mieter an bestimmten Plätzen und Orten verunsichert sind. Nur 17% der Nennungen von raumbezogener Unsicherheit beziehen sich auf konkrete Straftaten.

In den öffentlichen Räumen spielen subjektive Wahrnehmungen und soziale Konflikte die zentrale Rolle in der Einschätzung der Sicherheit. Die Übersichtlichkeit und die mangelnde Beleuchtung von öffentlichen Räumen, insbesondere von Grünflächen, sind häufig Grund für Unsicherheit (30%). Die Sicherheitseinschätzung der öffentlichen Räume ist besonderes stark in Bezug auf Alter und Geschlecht der Befragten different. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die subjektive Einschätzung der Sicherheit mit individuellen Eigenschaften und daraus resultierenden Ängsten vor Verletzlichkeit zusammenhängt. Ein Sicherheitskonzept in diesem Bereich muss demnach auch auf die subjektive Sicherheit nicht nur die Verminderung von Tatgelegenheiten ausgerichtet werden. Obwohl 32% der Bewohner mit der Sauberkeit ihres Wohnumfelds nicht zufrieden sind, nennen nur 8% der Befragten Schmutz und Müllansammlungen als einen Anlass für Unsicherheit. Die Herstellung von

mehr Sauberkeit ist also dringend erwünscht, zur Verbesserung der Sicherheit reicht sie nicht aus. Die gestalterische Umstrukturierung von öffentlichen Räumen in Bezug auf Orientierungsmöglichkeiten, Symbolik und Übersichtlichkeit, bietet hier ein zusätzliches Potential für die Verbesserung des Sicherheitsgefühls.

Die Anwesenheit anderer Personengruppen, die als bedrohlich eingestuft werden, wird am häufigsten als Grund für Unsicherheit benannt (40%). Dieser Aspekt ist an sich kein Delikt und dennoch einer der wichtigsten für die Sicherheit relevanten Faktoren. Hintergrund für dieses Ergebnis sind u.a. Ängste und Konflikte die sich aus der persönlichen Distanz und dem Fremdsein zwischen Erwachsenen und Jugendlichen ergeben. Für die Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Räumen müssen deswegen auch Konzepte zur Bewältigung solcher Konflikte entwickelt werden. Eine Ursache des Konflikts liegt u.a. in der mangelnden Freiraumentwicklung und Ausdifferenzierung der Freiräume nach Ziel- und Nutzergruppen begründet, wobei es zu räumlichen Nutzungskonflikten und Ausgrenzungen in Rheindorf-Nord kommt. Durch ein nach Nutzergruppen differenziertes Freiraumkonzept könnte diese Form sozialer Konflikte entschärft werden. Es wäre dabei zu prüfen ob es dem sozialen Miteinander eher förderlich ist, nach Nutzergruppen getrennte Raumbereiche anzubieten oder ob versucht werden sollte, in einem heterogen genutzten öffentlichen Raum die soziale Interaktion und damit das Verständnis füreinander zu fördern. Die sozialen Konflikte, die daraus resultieren müssten dann durch andere geeignete Maßnahmen begleitet werden

4.1.3 Sicherheit in den Wohnhäusern

Die Sicherheitsdefizite in Wohnungen beziehen sich auf andere Aspekte als im öffentlichen Raum. Auch im Wohnhaus sind jedoch soziale Konflikte, auch ohne direkten Bezug zu Straftaten, Ursache für Unsicherheitswahrnehmung.

Das Verhältnis zu den Nachbarn wird von mehr als der Hälfte der Bewohner in den Mietwohnungen als "gut" oder "sehr gut" eingestuft, hingegen bezeichnen etwa 5% der Befragten das nachbarschaftliche Verhältnis als "schlecht" oder "sehr schlecht". 13% der Befragten nennen laute aggressive Nachbarn als Grund für Unsicherheit im Haus. Etwa 15% der Befragten nennen Vandalismus, Dreck und Verschmutzung als Grund für Unsicherheit.

Zu wenig Beleuchtung im Hauseingang (5%) und im Flur (3%) sind im Bereich des Wohnhauses die am seltensten genannten Faktoren für Unsicherheit, ganz im Gegensatz zu den öffentlichen Räumen. Als Grund für mangelnde Sicherheit werden von den Mietern vor allem die Zugänglichkeit der Häuser (20%) und der Einbruchsschutz der Wohnung (16%) genannt. Daraus lässt sich schließen, dass es im Wohnbereich im Untersuchungsraum Rheindorf-Nord weniger die subjektiven Faktoren sind, welche die Sicherheit beeinflussen, sondern die persönliche Einschätzung von Tatgelegenheiten. Im privaten Wohnumfeld spielen naturgemäß Eigentumsdelikte eine größere Rolle als im öffentlichen Raum, weswegen im Bereich der Wohnungen vor allem die Einbruchssicherheit die tragende Rolle für die Sicherheit spielt. Vor allem die uneinsehbaren Parkplätze in den Wohnbereichen sind bereits vielfach Tatorte für Autoaufbrüche in der Vergangenheit gewesen, Hinweise dafür geben die polizeilichen Daten der Einsatz- und Eingangsstatistik und die Mieteraussagen im Sicherheitsaudit.

4.2 Ableitung von Handlungsansätzen aus dem Sicherheitsaudit

Im Rahmen eines integrierten Handlungskonzept sollte neben der Vermeidung von Tatgelegenheiten durch bauliche Maßnahmen, die Themen Regelverstöße und Ordnungswidrigkeiten im Quartier und Bestand thematisiert werden, um soziale Maßnahmen der Prävention vor negativen Entwicklung mit einer Erhöhung der Straftaten zu vermeiden. Diese Maßnahmen sollten neben der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, auch den besseren Umgang zwischen Jung und Alt berücksichtigen sowie das nachbarschaftlichen Miteinander aufgreifen, um Regelverstöße und Ordnungswidrigkeiten, sowie soziale Konflikte zu reduzieren.

Zwei Drittel der Mieter nutzen nach Einbruch der Dunkelheit die Wege und den Straßenraum im Wohnquartier. Die mit 90% sehr hohe Anzahl der Mieter, die nach Einbruch der Dunkelheit subjektive Angstgefühle im Quartier haben, muss Bestandteil der weiterführenden integrierten Handlungsmaßnahmen sein, um eine Verbesserung der Lebensqualität, der Wohnzufriedenheit und des Images zu fördern und sicher zu stellen. Insbesondere gestalterische und bauliche Maßnahmen, Beleuchtung und eine möglichst heterogene Belegung der Siedlungsräume durch Passanten wird eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls bewirken. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in Rheindorf-Nord überdurchschnittlich viele Seniorenhaushalte betroffen sind (vgl. dazu Kapitel zu Sozialdaten).

4.2.1 Städtebaulicher Veränderungsbedarf zur Erhöhung der Sicherheit

Mit den Erkenntnissen der Bewohnerbefragung und der Ergebnisse der Sicherheitsbegehungen im (Sicherheitsaudit) lassen sich Erkenntnisse zu den unsichereren Orten aufzeigen. Allerdings sei hinzugefügt, dass die verwendete Methode der Bewohnerbefragung noch Ungenauigkeiten bei der Benennung der unsicheren Orte aufzeigt. Wie bereits in der allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Leverkusener Polizei im Jahr 2003 festgestellt wurde, existieren in Rheindorf-Nord zahlreiche Bereiche, die von den vielen Bewohnern als unsichere Orte benannt werden:

- Park I (Wasserwerk) am Königsberger Platz,
- Park II (Festplatz) und das Umfeld,
- Königsberger Platz,
- öffentliche und private Parkplätze und die Zuwege,
- Bushaltestelle Endstation, Elbestraße,
- S-Bahnstation Rheindorf, Zuwege und das Umfeld,
- fast alle Bushaltestellen.

Insbesondere der Park (Wasserwerk) ist ein von subjektiver Angstwahrnehmung, Ordnungsstörungen und Kleinkriminalität geprägter Grünbereich. Die Bewohner meiden den Park aus dieser Kenntnis größtenteils in den Morgen- und Abendstunden. Die Erkenntnisse über die subjektive und objektive Sicherheit in diesem weitläufigen Bereich machen eine Auseinandersetzung in der Politik und Verwaltung dringend erforderlich.

Der südliche Teil des Königsberger Platzes (Marktplatz) bedarf der Aufwertung, durch Rückschnitt oder Neubepflanzung in den Randbereichen entlang der Wege. Zudem ist eine Verbesserung der Sitzgelegenheiten empfehlenswert, um mehr Passanten zum Verweilen zu motivieren. Die Beleuchtung ist so zu verbessern, dass eine ausreichende Ausleuchtung erreicht wird. Hierzu gibt es

in NRW bereits zahlreiche positive Beispiele (Programm Stadt macht Platz, NRW). Ähnliches gilt für den Park am Jugendhaus in der Felberstraße, hier ist über eine gestalterische Integration und Öffnung des städtischen Jugendzentrums und der neuen evangelischen Kirchengemeinde in den Park zu entscheiden. Auch der angekündigte Neubau eines städtischen Jugendzentrums sollte vorab in die Landschaftsplanung einbezogen werden, um neue, positive Raumpotenziale in diesem Bereich für die Bewohner und Jugendlichen zu ermöglichen.

Für die Grünpflege ist festzuhalten, dass sich die kommunalen Einsparungen bei der Grünpflege auf die Sicherheitsempfindungen der Bewohner auswirken. Die hohen und verbuschten Sträucher an den verschiedenen Stellen passen nicht in das Siedlungsbild und erzeugen durch das Zuwachsen der Sichtachsen Sicherheitsverluste. Besonders betroffen sind Grünflächen, Parkanlagen und öffentliche Plätze. Eine intensive Veränderung der Grünflächen, zugunsten der ursprünglichen Baumbestände und mit geringerer Strauchvegetation sowie eine effektivere Beleuchtung der Fußwege scheint anlässlich der Haushaltslage der Stadt Leverkusen zwar utopisch, sollte aber dennoch im Auge behalten werden, zumal z.B. der Park eine zentrale Fußwegerschließung in die Siedlungsbereiche bietet.

4.2.1.1 Beleuchtung und Übersichtlichkeit

Fast 40% der Mieter finden, dass es zu dunkel im Quartier ist und es an Beleuchtung fehlt. Dieses Defizit gilt es im Rahmen der zukünftigen Schritte und Maßnahmen zur Quartiersentwicklung zu thematisieren und zu lösen. Dabei sind der öffentliche Straßenraum und das Wegesystem im privaten Wohnumfeld mittels einer Lichtplanung zu verbessern. Auch während des städtebaulichen Sicherheitsaudit in den Abendstunden wurden diese Aussagen bestätigt. Die Sichtweiten sind in der Dunkelheit äußerst gering. Gesichter von entgegenkommenden Personen können erst wenige Meter (ca. 3m) vorher erkannt werden. Aus den Nennungen sind konkrete Prioritäten für die Lichtplanung erkennbar. Orte, an denen nach Aussagen der Mieter primär Beleuchtung fehlt, sind der große Park (am Wasserwerk), die Parkplätze, die Garagenhöfe und die Wege zwischen den Häusern. Zudem müssen die weiteren Nennungen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung in den Straßen berücksichtigt werden (Aussage: „Straßen / überall“). Insbesondere ist das Beleuchtungskonzept der Stadt Leverkusen in Rheindorf-Nord zu überprüfen und aufzuwerten. Die Beleuchtungssituation der Wohnbereiche, Zuwege, Garagen und Parkplätze sollte seitens der Wohnungsunternehmen optimiert werden. Empfehlenswert ist eine übergreifende Lichtplanung (Beleuchtungskonzept) für das Quartier. Im Bereich der Wohngebäude sind zahlreiche Zuwege zu den Häusern zu dunkel. Bei Stichproben waren auch Hausflure zum Teil nicht ausreichend ausgeleuchtet (z.B. Flure in der Leinestraße 1). Die Garagenhöfe und Parkplätze der Wohnungsunternehmen sind zum Großteil ohne Beleuchtung und stellen für viele Mieter Angsträume dar. Dabei wirken sich die Sparmaßnahmen der Stadt Leverkusen im öffentlichen Raum bereits negativ auf das Sicherheitsempfinden und die Nutzung der Straßen, Plätze und Grünanlagen aus. Die beleuchtungstechnisch schlechten Laternen werden nicht zeitnah instand gesetzt. Außerdem berichtet das Tiefbauamt von gezielten Abschaltungen von Laternen zwecks Einsparung.

4.2.1.2 Zielgruppenspezifisches Freiraumkonzept

Generell fehlen in Rheindorf-Nord ausreichend Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Dies betrifft alte und junge Bewohner gleichermaßen. Das führt unter anderem zu Konflikten zwischen den Generationen im Freiraum, wie zum Beispiel der Aufenthalt an Bushaltestellen und den nur noch wenigen vorhandenen Bänken im Park und auf dem Königsberger Platz. Diese Konflikte können auch durch gestalterische Maßnahmen gemindert werden. Eine landschaftsplanerische Neukonzeptionierung und Aufwertung, durch eine zielgruppengerechte Zonierung und Gestaltung für

unterschiedliche Bedürfnisse der Bewohner und angrenzenden Kindergärten sowie Schulen sollte mittelfristig umgesetzt werden, um das Image des Freiraums zu erhöhen und den Wohnstandort zu verbessern. Diese könnte, wie im Falle des Stadtteilparks für Kinder und Jugendliche in Flensburg-Engelsby (ausgezeichnet mit dem Deutschen Spielraumpreis) geschehen, wo durch Beteiligung der unterschiedlichen Altersgruppen neue Freiraumpotenziale für den Stadtteil erschlossen wurden und eine positive Trendwende stattgefunden hat. Dabei wurden an vielen Stellen Bewegungsangebote und aktivierende Spielflächen errichtet, die gleichzeitig von der Schule genutzt werden können.

Bei der Entwicklung von Freiräumen für Jugendliche sollten diese aktiv in den Planungsprozess einbezogen werden, um zum einen die richtigen Orte und zum anderen die Akzeptanz zu erhöhen und damit späteren Vandalismus zu vermeiden. Die Orte sollten sorgfältig bestimmt werden und können in den Parkanlagen, Grünflächen, Schulhöfen und im öffentlichen Raum platziert werden (Beispiel aus der Stadt Herten / Stadt für Kinder, jugendgerechte Sitze, Prokids). Parallel dazu sollten für die Bewohner und besonders für die älteren Menschen wieder mehr Bänke im öffentlichen Raum platziert werden. Das Bedürfnis nach mehr Sitzmöglichkeiten wird auch in der Haushaltsbefragung und im Sicherheitsaudit vielfach geäußert.

In Rheindorf leben vergleichsweise viele Kinder. Überdurchschnittlich viele Kinder im Untersuchungsgebiet stammen aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund und benötigen für eine altersgerechte Entwicklung besondere pädagogische Förderung und Angebote im öffentlichen und halböffentlichen Freiraum. Die Spielplätze und Spielgeräte in Rheindorf-Nord haben in einigen Bereichen Instandsetzungsbedarf oder sollten saniert und sinnvoll mit Geräten ergänzt werden. Die öffentlichen Spielplätze sollten partizipativ mit den Nutzern erhalten werden, wozu zum Beispiel, wie in anderen Kommunen, mit Spielplatzpatenschaften aus der Bewohnerschaft zu betrauen (Gelsenkirchen Schalke-Nord; Herten Prokids). Primär in den Quartiersbereichen, wo viele Kinder in den Haushalten leben, sollten altersgerechte Spielgeräte auf den öffentlichen und privaten Spielplätzen errichtet bzw. ergänzt werden. Dabei ist auf Geräte zu achten, die Kreativität und Phantasie der Kinder anregen und die Motorik fördern.

Die beiden Schulgebäude bedürfen der energetischen Sanierung und einer umfangreichen Modernisierung. Die Schulhöfe weisen wenig Aspekte einer positiven Schulhofgestaltung auf welche die vorbeugende Wirkung von mitgestalteten und bewegungsfreundlichen Pausenflächen nutzt, wie sie beispielsweise in Schweden propagiert werden und immer öfter auch an den Standorten der "Sozialen Stadt" in NRW auf Schulhöfen (GÖS NRW) realisiert werden. Die räumliche Schulhofabgrenzung der Grundschule zum Park I (Königsberger Platz) ist zu diskutieren, da hier zumindest akut eine Gefahr von fremden Personen für die Grundschul Kinder ausgeht. Hierzu gab es mehrere Hinweise von Bewohnern während der Sicherheitsbegehungen im Audit.

4.2.1.3 Haltestellen

Die Haltestellenbereiche sind mit den öffentlichen Verkehrsunternehmen kundenfreundlicher und sicherer zu gestalten. Damit die bisherige Zweckentfremdung durch Jugendliche begrenzt wird. Es sind entsprechende Freiraumkonzepte auf den Potenzialflächen wie oben beschrieben mit Jugendlichen partizipativ entwickelt werden. Die Bushaltestellen sind vandalismussicher und dennoch für die Fahrgäste attraktiv zu gestalten. Auch hier gilt es, Transparenz in den Wartebereichen und ausreichend Beleuchtung zu gewährleisten. Ausreichend Sitzflächen und Müllbehälter sind so zu gestalten, dass sie zerstörerischem Handeln möglichst standhalten. Fahrpläne und Aushänge sind durch ausreichend Beleuchtung lesbar zu gestalten.

Die Erschließung der baulichen Anlage, der für Rheindorf-Nord wichtigen S-Bahnstation, ist ein wichtiges Handlungsfeld für den Wohnstandortfaktor. Die Sicherheitsdefizite sind zu beheben. Dies betrifft:

- die Verbesserung der Beleuchtung auf dem Weg Okerstraße,
- die Übersichtlichkeit und Gestaltung des Park & Ride Parkplatzes,
- die sicherheitstechnische Gestaltung der Fahrradstellplätze,
- die Sicherung des Zuwegs des Eingangsbereichs und der Eingangshalle.

Die Verbesserung der Kontrolle der S-Station in den weniger durch Fahrgäste frequentierten Abendstunden durch die Präsenz von Wachpersonal ist überlegenswert, wenn auch kostspielig.

4.2.2 Veränderungsbedarf der Gebäude zur Erhöhung der Sicherheit

Aus den Antworten lässt sich schließen, dass die soziale Kontrolle in einigen Wohnhäusern nur gering ausgeprägt ist. Unbefugte Fremde können unbemerkt das Haus betreten, ohne von Nachbarn nach ihrem Besuchsziel angesprochen zu werden. Die Eingangs- und Wohnungstüren sind technisch nicht sicher bzw. lassen sich leicht überwinden. Die Fenster, Balkontüren und fehlende Rollläden in den unteren Geschossen gewähren keinen ausreichenden Sicherheitsstandard gegen Einbruchversuchen. Auch fehlt es im Haus und in den Außenbereichen häufig an ausreichender Beleuchtung. Nicht alle Keller, sind für Fremde unzugänglich. Des Weiteren bestehen zahlreiche sicherheitstechnische Defizite bei der Gestaltung der Wohngebäude und der Außenflächen. Unzureichende Beleuchtung ist dabei ein relevanter Aspekt.

Daraus lässt sich ableiten, dass die nach dem aktuellen Stand der Technik geltenden baulich-technischen Sicherheitsstandards und Produkte bei Instandhaltung, Sanierungen und Modernisierungen in den Wohngebäuden berücksichtigt werden sollten. Sicherheitstechnische Nachrüstung von Gegensprechanlagen, Wohnungstüren und Spionen empfehlen sich zur Gewinnung von Neumieter. Die Verbesserung der Sicherheit durch einbruchssichere Fenster und Balkontüren ist für die unteren Etagen erforderlich. Balkone sind in den unteren Bereichen vor Einbrechern besser zu schützen. Vorab sollte die Kompetenz der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen eingeholt werden. Die polizeiliche Beratung könnte bei baulich-technischen Maßnahmen im Vorfeld unabhängig unterstützend beraten. Die technischen Abteilungen der Wohnungsunternehmen sollten sich mit dem örtlichen Kommissariat Vorbeugung regelmäßig über die Verbesserung der sicherheitsrelevanten Wohnstandards austauschen, um ein effektives Sicherheitsmanagement für die Immobilienbestände zu entwickeln.

Neben den sicherheitstechnischen und nachbarschaftlichen Defiziten gab es in den Untersuchungsergebnissen immer wieder Hinweise auf Ordnungs- und Sauberkeitsprobleme in einigen Beständen. Auch der Zustand der Flure und Fahrstühle ist häufig kritisiert worden. Die Antworten der Mieter verdeutlichen die Erfordernis einer verträglicheren und stabileren Nachbarschaften und sind ein zukünftiges Handlungsfeld für das zu entwickelnde sozial- und serviceorientierte Quartiers- und Wohnungsmanagement.

Die zeitgemäße Aufwertung des Wohnumfeldes zur besseren Identifikation der Mieter ist ein weiteres Handlungsfeld, um in den nächsten Jahren eine höhere Mieternachfrage am städtischen Wohnungsmarkt zu erzeugen. Dazu gehören auch Impulse, die Mieter in die Wohnumfeldgestaltung aktiv einzubeziehen (Mietervorgärten, Mietergärten, Pflege von Spiel- und Aufenthaltsbereichen).

4.2.2.1 Müllsammelplätze

Die Sicherheitsempfinden der Bewohner wird auch durch die Sauberkeit des Quartiers beeinflusst, wie aus der Bewohnerbefragung hervorgeht. Probleme mit Müll und Sauberkeit werden häufig als Problem benannt und sind deswegen ebenfalls Bestandteil eines integrierten Sicherheitskonzepts.

Das fehlende Design und die Standorte der Müllsammelplätze werden vielfach in den offenen Antworten bemängelt. Die Mieter wünschen sich geeignete Müllstandorte, die weder eine optische Beeinträchtigung des Straßenbildes hervorrufen, noch für die Anwohner im Sommer eine Quelle für Geruchsbelästigung darstellen können. Die Müllstandorte sollten nicht unter den Fenstern der Mieter platziert werden, dennoch einsehbar und zudem abschließbar sein. Außerdem wird mehrfach die Lagerung der gelben Säcke kritisiert, die sich auf Grund der großen Mengen im Straßenraum verteilen und Unordnung und Gestank erzeugen. In einigen Bereichen gibt es Probleme mit Ungeziefer im Bereich der Müllplätze. Hinzu kommt, dass die gelben Säcke nach der Leerung der Container regelmäßig liegen bleiben. Gegebenenfalls reichen die Container in einigen Hausbereichen nicht für das Müllaufkommen aus oder werden von Fremden mit benutzt. Der Sperrmüll sollte aus den Kellergängen und Trockenräumen entfernt werden.

4.2.2.2 Parkraumbewirtschaftung und -gestaltung

Private Parkplätze sind so zu gestalten, dass sie in der Bewertung der Mieter sicher sind. Dies betrifft die Sichtbeziehungen, die Zuwege, die Beleuchtung und den erschwerten Zugang für Fremde. Gleiches gilt für die Müllstandorte. Viele Mieter wünschen sich einen ihnen zugeteilten Parkplatz (mit Nummerschild), damit die zum Teil bestehende Parkraumnot auf den privaten Parkplätzen der Wohnungsunternehmen vermieden werden kann. Auch werden mehr Garagenplätze an einigen Wohnstandorten gewünscht denn diese bieten mehr Sicherheit vor Beschädigungen, PKW-Aufbruch und PKW-Diebstahl. PKW-Halter können damit ihre Versicherungskosten vermindern. Zudem sollte für ausreichende Beleuchtung an den Garagen und Parkplätzen gesorgt werden (z.B. durch Bewegungsmelder).

4.2.3 Soziale Kontrolle und Polizei

Die regelmäßige Präsenz der Polizei ist ein wichtiges Bedürfnis der Mieter in Rheindorf-Nord. Dies betrifft nicht nur die älteren Mieter und Bewohner in Rheindorf-Nord. Der sehr hohe Zuspruch, deutet auf einen deutlichen Bedarf hin, der in Zukunft berücksichtigt werden sollte. Die Präsenz der Polizei ist besonders in den Abendstunden und an den Wochenenden seitens der Bewohner erwünscht, also dann, wenn sie nach den heutigen Einsatzplänen kaum anzutreffen ist. Auch während der drei Sicherheitsaudits äußerten viele Bewohner das Bedürfnis nach mehr Präsenz einer Fußstreife durch die Polizei in den Abendstunden und an den Wochenenden.

Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit trägt die Präsenz von möglichst vielen Fußgängern bei Dunkelheit bei. Auch regelmäßige Fußstreifen der Polizei in den Abendstunden sind nach Aussagen der Befragten hilfreich. Der Einsatz eines gezielt eingesetzten Streetworkerteams am Abend könnte Konflikte zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im Sozium minimieren. Zusätzlich gilt es Konzepte durch Vermieter und Wohnungsunternehmen zur Sicherheitsförderung einzelner Wohnumfeldbereiche (Wege, Müllstandorte, Parkplätze) umzusetzen (vgl. Dokumentation der Planungswerkstatt vom 23. und 24.01.2006). Öffentliche Wege und Gehwege sind durch Strauchschnitt und qualitativer Verbesserung der Beleuchtung zu verbessern. Auch die abendliche Belebung der Plätze, wie dem Königsberger Platz und den Plätzen an der Felder- und Weichselstraße sind durch ein ansprechendes städtebauliches Entwicklungskonzept zu fördern, damit sich auch in den Abendstunden Passanten und Nutzer vor Ort aufhalten (s. Si-

cherheitsaudit). Dabei geht es um die Ansiedlung von attraktiven Cafés, Bistros, Imbissstuben, die Umnutzung von Ladenflächen zu nachbarschaftlichen Treffpunkten und Seniorenwohnungen (Plätze an der Weichsel- und Felderstraße). Zudem ist jedoch auch die Bereitschaft der Bewohner zur sozialen Kontrolle zuzuhematisieren. Konflikte und gegenseitiges Misstrauen schaden der Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung für die Sicherheit in der Nachbarschaft. Besondere Aufmerksamkeit und Anstrengungen müssen deswegen dem Miteinander und der Integration von Ausländern und Deutschen in Zukunft zukommen, sowie dem respektvollen und zugleich toleranten Zusammenleben unterschiedlicher Generationen.

4.2.4 Erkenntnisse aus den sozialpädagogischen Arbeiten

Die bestehende soziale Infrastruktur ist auf ihre Nutzungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und anzupassen. Angebote und Termine sind im Quartier unter den Akteuren so zu koordinieren, dass Termindoppelungen und Terminüberschneidungen gleicher Angebote vermieden werden (z.B. Mädchentag). Besonders zu berücksichtigen sind Bedarfsveränderungen durch neue Gruppen im Quartier und die sich veränderten sozialen Milieus bei der Konzeptentwicklung und Gestaltung (junge Familien, Migrantenhaushalte, Alleinerziehende).

Witterungsgeschützte Angebote für Kinder und Jugendliche existieren in Rheindorf-Nord nicht in ausreichender und angemessener Weise. Eine Ergänzung und Erweiterung von witterungsgeschützten Spielräumen sollte in die Überlegungen der bestehenden sozialen, schulischen und sozialpädagogischen Einrichtungen diskutiert werden. Die Einrichtung eines Spielmobils könnte einen Anlaufpunkt für Kinder bieten, die bisher ohne altersgerechte Sozialkontakte zu anderen Kindern sind. Über die sozialpädagogische Arbeit des Spielmobils könnte der Kontakt zu anderen Kindern gezielt angeregt werden. Hier bestände die Möglichkeit, sie speziell zu fördern. Dies betrifft besonders die Stärkung der sozialen Kompetenz dieser Kinder. Mädchen benötigen in einem bestimmten Alter witterungsgeschützte Räume, wo sie sich mit gleichaltrigen Freundinnen treffen und austauschen können. Bisher halten sich viele Mädchen im Freiraum und an Bushaltestellen in Rheindorf-Nord auf, da es kaum geschützte Treffpunkte und Raumangebote gibt. Es ist zu prüfen, ob für Mädchen geschützte Raumangebote in den bestehenden Einrichtungen realisierbar sind.

In Zukunft sind auch frei werdende Ladenlokale und Kindergärten umzunutzen (z.B. leer stehende Gastronomieflächen an den Plätzen). Das leer werdende Gesamtschulgebäude der Sekundarstufe 1 in Rheindorf-Nord, könnte zu einem Bürger- und Familienzentrum umgenutzt werden. Dort könnten Räumlichkeiten für unterschiedliche Gruppen eingerichtet und z. T. selbst verwaltet werden. Außerdem ist im Netzwerk über ein soziales Raumnutzungskonzept nach zu denken, wobei Institutionen freie Raumpotenziale anderen Gruppen mitteilen und bei Bedarf anbieten. Dies geschieht beispielsweise bei Kindergärten, die auch für Sprachkurse für Erwachsene Räume anbieten.

Für die strategische Handlungsebene wird eine stärkere Vernetzung der verschiedenen sozialen Akteure und zusätzlichen Stadtteilakteure empfohlen, um eine effektive Arbeit vor Ort zu koordinieren und das Erfahrungswissen der Akteure mehr noch zu bündeln und die Handlungsfelder effizienter im Netzwerk aufeinander abzustimmen und stärker auszudifferenzieren.

4.2.5 Netzwerke und Kooperation im Quartier

Nur in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren macht es überhaupt Sinn über Handlungsempfehlungen nachzudenken und diese zu entwickeln. Die Umfrage unter den Schlüsselakteuren verdeutlicht, dass es noch Verbesserungsbedarf bei der Vernetzung der lokalen Akteure in Rheindorf-Nord gibt. Einige Experten berichtet, dass zwar schon einige akute Themen in den Arbeitskreisen thematisiert werden, dabei aber auch Vieles parallel diskutiert wird, ohne, dass die potentiellen

Synergieeffekte der lokalen Akteure dabei genutzt werden. Die unterschiedlichen Professionen sind heute bei vielen übergreifenden Fragestellungen noch unter sich. Man kennt sich nicht so gut und man kooperiert nicht so gut, wie es dem Außenstehenden am Anfang von einigen Akteuren mitgeteilt wird, wenn es um die tägliche themenübergreifende Aufgabenstellungen geht. So besteht eine relativ hohe Homogenität der Professionen untereinander. Ein „Runde Tisch“, indem Probleme und Themen stadteilbezogen verhandelt und lösungsorientiert abgearbeitet werden, existiert nicht. Die großen Wohnungsunternehmen haben sich zu einer Arbeitsgruppe in Leverkusen zusammengetan. Die sozialen Institutionen tagen in der Sozialraum AG in Rheindorf und Hitdorf. Akteure aus den Schulen und der Polizei Leverkusen sind zumindest sporadisch vertreten. Vertreter aus Politik, Bewohnerschaft und lokaler Ökonomie sind nicht vertreten. Ein weiterer Arbeitskreis aus Ärzten und Mitarbeitern des Gesundheitswesens tagt ebenfalls regelmäßig. Aktivitäten im Sinne einer Ordnungspartnerschaft gibt es in Rheindorf-Nord bisher nicht auch kein Gremium zur Kriminalprävention oder eine Stadtteilkonferenz. Vertreter des Ordnungsamts sind in keiner Arbeitsgruppe angetroffen worden. Die Mitglieder der parallel arbeitenden Arbeitskreise wurden in Expertengesprächen dazu befragt. Die Einzelhändler haben sich im Jahr 2004 zur Vertretung ihrer Interessen zu einem Verein zusammengeschlossen. Die kommunale Wirtschaftsförderung ist nicht auf Stadtteilebene aktiv.

Die zwei durchgeführten Planungswerkstätten sind ein erster Schritt zur Verbesserung der Netzwerke und der Kooperation im Quartier. Die Ergebnisse dieser Werkstätten wurden bereits in separaten Arbeitspapieren veröffentlicht^{46,47}, an dieser Stelle erfolgt eine Zusammenfassung dieser Berichte.

⁴⁶ Gerd Hamacher, Sabine Kaldun, Andreas Kriege, Herbert Schubert, Rolf Teloh (2006) Dokumentation Planungswerkstatt »Sicherheit im Bestand und Quartier« am Beispiel des Stadtteils Leverkusen Rheindorf-Nord am 23. und 24. Januar 2006

⁴⁷ Karin Neugebauer, Herbert Schubert (2006) Dokumentation Workshop »Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord« am 23. Mai 2006

4.3 Städtebauliche Planungswerkstatt

Der städtebauliche Planungsworkshop wurde am 23. und 24. Januar 2006 durchgeführt. Die methodische Erprobung und Optimierung des neu konzipierten Planungsansatzes zur „Sicherheit durch Gestaltung“ stand dabei im Vordergrund.



Abbildung 4-1: Städtebauliche Planungswerkstatt, Foto: eigene Quelle

In der Planungswerkstatt wurden zwei interdisziplinäre zusammengesetzte Teilnehmergruppen (Akteure aus Wohnungswirtschaft, kommunaler Planung, Jugendhilfeplanung/Soziales, Polizei) über die Defizite aus der Ist-Analyse an den jeweiligen Standorten vor Ort informiert. Im nächsten Schritt wurden die beiden Gruppen mit den Aufgabenstellungen (s. Anhang Input Tag 1 und Tag 2) des Sicherheitsaudits beauftragt. Die Teilnehmer haben an jeweils einem Tag an einem der ausgewählten Fallbeispiele im Siedlungsbestand nach dem Anforderungsprofil des Architekten Oscar Newman (Defensible Space gleichbedeutend mit „verteidigungsfähiger“ Raum) und CPTED (Crime Prevention through Environmental Design = Kriminalprävention durch Umweltgestaltung) erste Lösungsstrategien im Team erarbeitet. Dabei waren interdisziplinäre Perspektiven erwünscht und gewollt, damit Schnittstellen zu anderen Akteursfeldern frühzeitig bei der zukünftigen Quartiersweiterentwicklung benannt und berücksichtigt werden können.

Mit der Durchführung der Planungswerkstatt wurde das Ziel verfolgt, von Anfang an gemeinsam mit den Akteuren aus Rheindorf-Nord, wie z.B. Vertretern der Wohnungsunternehmen, der Stadt Leverkusen und der Polizei Leverkusen, eine interdisziplinäre Diskussion über den aktuellen Ist-Zustand und die zukünftigen Planungen (z.B. Neubau, Stadterneuerung, Umgestaltung, Modernisierung) zu führen. Im Kreis der Akteure sollen integrierte Lösungswege erarbeitet, vereinbart und koordiniert werden, um zu einer möglichst ganzheitlichen Stadteilerneuerung mit allen am Wohnstandort erforderlichen baulichen und sozialen Komponenten zu gelangen. Dabei wurde besonderer Wert auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen gelegt, um integrierte Lösungen, die später von möglichst vielen Akteuren getragen und umgesetzt werden, zu ermöglichen. Damit soll eine enge verzahnte Zusammenarbeit bei der Lösung städtebaulicher, woh-

nungswirtschaftlicher und sozialer Problemlagen im Sozialraum gewährleistet werden. Denn nur eine integrierte Handlungsstrategie für die Quartiersentwicklung kann nachhaltige Impulse für mehr Sicherheit und Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen erzeugen.

4.3.1 Ausgewählte Bestände und Aufgabenfelder

An beiden Tagen wurden an zwei exemplarisch ausgewählten Wohnstandorten erste architektonische und städtebauliche Vorentwürfe in zwei parallel arbeitenden Gruppen diskutiert und entwickelt. Die im Entwurf zu überplanenden Bereiche bestanden aus den folgenden Gebieten:

1. Tag: Zeilenhäuser, Bestände der WGL GmbH, Unstrutstraße 20-70 und Zschopaustraße 16-23
2. Tag: Scheibenhochhaus, Bestand der Wilhelm-Sander-Bestände, Okerstraße 30a/b

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhielten eine Einführung über die bei der Entwurfsplanung anzuwendenden architekturpsychologischen Details sowie einen Input über die aktuelle Ist-Situation (Ist-Analyse nach CPTED = Crime Prevention Through Environmental Design) in den exemplarischen Beständen (s. Input im Anhang). Die Ist-Situation wurde nach dem dargestellten Schema mit Bildmaterial visualisiert.

- (1) Innere Erschließung der Wohngebäude (Treppenhäuser, Flure, Kellerzugänge, etc)
- (2) Schnittstellen zu den Wohngebäuden (Eingangsbereiche, Balkone, Fenster, etc)
- (3) Zuwege und Beleuchtung
- (4) undefiniertes Abstandsgrün
- (5) Müllstandorte
- (6) Parkplätze und Garagenhöfe

Im Anschluss an eine Präsentation der Ist-Situation wurden die defizitären Aspekte direkt vor Ort aufgesucht. Mit diesem Vorgehen wurde den Teilnehmern die räumliche Situation veranschaulicht. Danach folgte die Bearbeitung in zwei parallelen Gruppen, wo die Aufgaben diskutiert und erste bauliche Lösungen skizziert wurden. Die Ergebnisse wurden am jeweiligen Nachmittag im Plenum vorgestellt und diskutiert. Während der Präsentation waren eingeladene Vertreter der Bezirkspolitik anwesend.

4.3.2 Ergebnisse der Planungswerkstatt Zeilenhäuser Unstrut- und Zschopaustraße



Abbildung 4-2: Zeilenhäuser Unstrut- und Zschopaustraße, Foto: eigene Quelle

4.3.2.1 Wohnumfeld

Die vorhandene Situation ist geprägt von offenen und undifferenzierten Freiräumen, die zum einen den freien Blick gewährleisten, zum anderen jedoch keine spezifische Nutzung bzw. Aneignung ermöglichen. Die unmittelbaren Zonen vor den Häusern auf beiden Fassadenseiten gehören zu den sensibelsten Bereichen der Freiräume.

a) Balkonseite

Das angestrebte Sicherheitsgefühl der Bewohner im Erdgeschoss kann sich nicht einstellen, da die öffentlich zugänglichen Freiflächen bis unmittelbar an die Balkone heranreichen (die Brüstung gilt nicht als Schutz, sondern kann einfach übersprungen werden). Eine Barriere, das bedeutet eine deutlich markierte Zone vor den Balkonen, schafft Abstand und könnte das ungehinderte Einsehen in den privaten Balkonbereich bzw. in die Wohnung verhindern. Zwischen der öffentlichen Grünfläche und dem privaten Balkon wird so eine Pufferzone definiert, die als Grenzraum und Hemmschwelle zwischen Privat, Halbprivat und Öffentlich wahrgenommen wird. Das angestrebte Sicherheitsgefühl wird zusätzlich durch die Montage von einbruchshemmenden Fenster- und Türelementen im Erdgeschoss verstärkt (nach Stand der Technik).

b) Eingangsseite

Bei den Eingängen der Wohnhäuser mit ihren unmittelbar angrenzenden Freiflächen und Überhängen sind unterschiedlichste Elemente bzw. Standorte zu berücksichtigen (Stellplätze für Kinderwagen und Gehhilfen, Standorte für die Müllcontainer und Fahrräder, PKW-Parkplätze etc.) Dabei ermöglicht eine klare Zonierung das Ordnen bzw. Einteilen dieser Elemente nach einer vorgegebenen Hierarchie.

c) Zonierung

Die oftmals freien bzw. ungeklärten Flächen auf der Balkon- und Eingangsseite der Wohnhäuser bedürfen einer grundlegenden Klärung, Ordnung und Gliederung.

Die Zone in direktem Kontakt zu den Balkonen der Erdgeschosswohnungen sollten der 'halbprivaten' Aneignung der dort Lebenden gewidmet werden und dem öffentlichen Raum entzogen werden. Dort können verschiedene Formen von Mietergärten, Terrassen oder Loggien eingerichtet und individuell gestaltet werden.

e) Sonderflächen

Für die besonderen Funktionen, wie zum Beispiel die Müllplätze, Fahrradabstellmöglichkeiten u. a., werden dafür geeignete Standorte an den Kopfenden der Zeilen definiert. Die momentan teils ungeordnet auf den Zugangswegen abgestellten Müllbehälter sollen eigens eingefasste, transparent gestaltete Müllboxen erhalten. Diese lassen sich mit anderen Funktionen wie zum Beispiel Fahrradabstellanlagen kombinieren. Für die Problematik der Wäschestangen wird vorgeschlagen, im Freiraum zwischen den Zeilen an geeigneter Stelle entlang einer Leitlinie Bodenverankerungen vorzusehen, in die nur bei entsprechendem Bedarf Wäschestangen (oder 'Spinnen' zum Trocknen) eingesetzt werden können.

4.3.2.2 Grün- / Freiflächen allgemein

Als Grundlage für eine übergreifende Freiraumbetrachtung müsste eine detaillierte Bestandsaufnahme erstellt werden, die Aussagen darüber trifft, welche Flächen und Elemente der Grünanlage ursprünglich geplant und gebaut wurden und welche davon heute noch tatsächlich benutzt werden bzw. benötigt werden. Die Eigentumsverhältnisse müssen geklärt werden (siehe: innerer Erschließungsweg Zschopaustr./Unstrutstr.). Ablesbare Trampelpfade oder erkennbar ungenutzte

befestigte Wege müssen ebenso katalogisiert werden wie „stillgelegte“ und überwachsene Sandkästen. Der Bedarf an Spielflächen bzw. das Flächenverhältnis zwischen Ruhe- und Verweilbereichen müsste statistisch erhoben werden; dabei ist eine zukünftige Entwicklung zu beachten (als Beispiel wurden „wachsende“ bzw. „schrumpfende“ Spielflächen genannt, die im Verlauf von Jahren jeweils umgewidmet werden können). Ausserdem müssen aktuelle Daten zur Alters- und Haushaltsstruktur berücksichtigt werden. Das Erstellen von Bestandsplänen der Freiflächen und statistische Erhebungen über Mieterstrukturen zusammen mit Prognosen über den zu erwartenden Bedarf an nutzungsspezifischen Grün- und Freiflächen als Grundlage einer übergreifenden Freiraumplanung, anhand von Daten zur Alters- und Haushaltstrukturen im Bestand.

4.3.2.3 Zonierung und Realisierungsphasen

Da zum Stand der Planung nicht vorhersehbar ist, welche Zonen und Bereiche der Freiflächen zu welchem Zeitpunkt realisiert werden können, wird der Planungsstand als Raster verstanden, welches in regelmäßigen Zeitabständen überprüft, überarbeitet und ergänzt werden kann. Das Abgleichen der geplanten Zonen mit dem Bestand ermöglicht einen schnellen Überblick über Maßnahmen, die sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können (ergänzen, neu bebauen oder zurückbauen). Eine zu erstellende Prioritätenliste von Maßnahmen gibt erste Richtlinien für Realisierungsphasen und kann in ein übergreifendes Konzept eingearbeitet werden. Als „Probelauf“ bzw. Experiment kann der Raum zwischen zwei Zeilen exemplarisch realisiert werden um die daraus resultierenden Erkenntnisse und Erfahrungen in den weiteren Planungsverlauf einzuarbeiten (Ein gebautes Beispiel kann sich auch positiv auf den Austausch mit den Mietern auswirken, da am realisierten Beispiel diskutiert wird).

4.3.3 Ergebnisse der Planungswerkstatt Scheibenhochhaus Okerstraße 30a/b,



Abbildung 4-3: Scheibenhochhaus Okerstraße 30a/b; Foto: eigene Quelle

Das Scheibenhochhaus an der Okerstraße weist einen hohen Bekanntheitsgrad und eine positive Gestaltungskraft auf. Es bildet eine Landmarke für alle, die sich Leverkusen-Rheindorf nähern. Das angegliederte Kraftwerk erzeugt die Wärme für den Stadtteil - der Schornstein des Kraftwerks bildet einen Gestaltungszusammenhang mit dem Hochhaus - und Rheindorfer wissen: "Da kommt die Wärme her". Die mit dem Hochhaus verbundenen Assoziationen "Wärme" und "Mitte" bilden inte-

ressante Gestaltungsperspektiven. Der Schornstein selbst weckt spannende Assoziationen an Industriearchitektur.

Der Bezug zur nahe gelegenen S-Bahn kann ausgebaut werden. Das Gebäude könnte sich stärker zur Landschaft öffnen, hier sollte eine Eingangssituation geschaffen werden. Das Gebäude besitzt ein attraktives, grünes Umfeld, dessen Aneignung durch die Bewohner erheblich gesteigert werden kann.

Die Anonymität des großen Gebäudes hat nicht nur Nachteile, Anonymität kann auch erwünscht sein: "Stadtluft macht frei". Das Gebäude und der Stadtteil besitzen ein schlechtes Image bei Personen, die es nicht kennen. Im Kontrast dazu ist zu beobachten, dass Menschen, die in Rheindorf aufgewachsen sind und in jungen Jahren weggezogen, im Erwachsenenalter in "ihren alten Stadtteil" zurückkehren.

Probleme:

- Das Gebäude mit seinem direkten Umfeld wirkt in seiner jetzigen Gestalt wie ein Fremdkörper.
- Die Orientierung im Gebäude ist unklar und schwierig.
- Das an das Hochhaus angegliederte Heizkraftwerk wirkt als Barriere zwischen Hochhaus und Siedlung.

4.3.3.1 Landmarke bzw. Symbolcharakter für Rheindorf-Nord

Aufgrund seiner imposanten Höhe und seiner solitären Lage erscheint das Scheibenhochhaus in der Okerstraße 30a/b als Landmarke und Symbol für Rheindorf-Nord. Daher besteht ein enger Zusammenhang zwischen den eventuellen Maßnahmen an diesem Gebäude und dem ganzen Wohnquartier. Dies kann als Chance begriffen werden, denn eine gelungene Sanierung an dieser „prominenten“ Stelle signalisiert einen positiven Imageaufschwung mit Symbolcharakter für das ganze Quartier.

Unumstritten ist diese weit erkennbare Signalwirkung des Gebäudes. Ein klares Entwicklungsziel mit entsprechenden Sanierungsmaßnahmen ist zu definieren. Wichtig ist es, bei allen Sanierungsmaßnahmen die Zielgruppe klar zu definieren (Welche Maßnahmen erhöhen die Wohnqualität und Wohnzufriedenheit der Bewohner des Hauses direkt, welche stehen im Zusammenhang mit der oben genannten Signalwirkung?).

Ein intelligentes Farbkonzept für die Fassadenflächen kann die Aussage einer Landmarke unterstützen oder mindern (architekturpsychologische Wirkung auf den Betrachter: unbewusste und bewusste Wahrnehmung von Größe bzw. Höhe des Gebäudes).

Die ungeordnet wirkenden Dachaufbauten (Antennen und Parabolspiegel) sind negativ besetzt und wirken zusätzlich bedrückend auf das Erscheinungsbild des Gebäudes.

Die Sanierung des weit erkennbaren Dachgeschosses kann Anlass bieten, einen Kunstwettbewerb auszuloben um eine Form von „Krone“ für das Hochhaus zu finden (im Zusammenhang mit einem interessanten Beleuchtungskonzept und regelmäßigen Lichtevents).

a) Große Lösung

Das Potenzial des Gebäudes als Symbol für Rheindorf als der Ort, "wo die Wärme herkommt" - die interessanten Assoziationen, die beispielsweise der Schornstein des Heizkraftwerkes zur Industriearchitektur weckt, sollten Grundlage einer neuen Farbgestaltung sein. Diese könnte im Verbund mit einer energetischen Gebäudeoptimierung erfolgen, bei der die Fassade eine neue Außenhaut erhalten würde. Neben der veränderten Außenwirkung würden damit die Bewohner das Gefühl

gewinnen, in einem "modernen" Haus zu leben, welches "auf der Höhe der Zeit" ist - die Identifikation mit dem Gebäude würde so gestärkt.

b) Kleine Lösung

Ein Wettbewerb zur Neugestaltung der Fassade könnte ein erster, bezahlbarer Schritt sein, der dem Anliegen einer besseren Gestaltung dieses Rheindorfer "Symbols" durch begleitende PR-Aktionen eine größere Öffentlichkeit erschließen könnte. Auf dem Weg zu einer "großen Lösung" ließen sich über diesen Weg möglicherweise auch Sponsoren gewinnen, die eine Neugestaltung des Hochhauses im Interesse des gesamten Stadtteils unterstützen würden.

4.3.3.2 Interne Erschließung, Laubengänge und Balkone

Der Laubengang mit seinen jetzigen Dimensionen ist viel zu schmal und ruft gerade in den höheren Etagen ein beklemmendes Gefühl hervor (Brüstungselemente sind zu dünn, der sichere Abstand zur Tiefe fehlt). Gerade an den Stellen, an denen man aus dem Fahrstuhl oder dem Treppenhaus austritt, fehlt es an Fläche. Durch das Einrücken einer Wohnungsfassade (Wohnung direkt gegenüber dem Erschließungskern) könnte die Situation deutlich entzerrt werden.

Die Brüstung besteht aus Beton, der auf seiner Oberseite keinen Handlauf besitzt und von daher keinen wertvollen haptischen Wert darstellt (Holzhandlauf oder ähnliches ansprechendes Material). Generell wirken die Oberflächen des Laubenganges und des Treppenhauses eher „robust“ und „rau“ (daher eher minderwertig und kalt: gestrichener Beton im Brüstungsbereich, Gussasphalt als Bodenoberfläche etc.).

Für die Balkone auf der anderen Seite gilt gleiches: Die relativ geringe Tiefe lässt eine Benutzung durch die Mieter nur geringfügig zu. Generell ist zu überprüfen, in welcher Höhe noch ein ungehinderter Aufenthalt auf den Balkonen möglich ist (Windzug).

Neben grundsätzlichen energetischen Überlegungen (Energieeinsparung und Nebenkostenreduktion), die die Fassade des Gebäudes betreffen, bedarf der Laubengang einer besonderen Betrachtung: Der Weg durch das Wohnhaus bis zu den Wohnungen hin muss aufgewertet werden, um eine höhere Wohnqualität zu erreichen. Es besteht dabei eine Wechselbeziehung zwischen den Oberflächenmaterialien und einem angestrebten Verhalten (je leichter und filigraner ein Bauteil erscheint, je weniger reizvoll ist es, dies zu beschädigen).

4.3.3.3 Zuwege und Anbindung

Bei der fußläufigen Erschließung des Hochhauses fällt auf, dass für die insgesamt 112 Wohnungen kein adäquater Eingang vorhanden ist: Die Erschließungsstraße (Verlängerung Okerstraße) durch die Siedlung führt auf nicht eindeutig erkennbare Weise zum Hochhaus. Das vor gelagerte Kraftwerk zusammen mit den großen Flächen der Garagenhöfe wirkt eher abweisend, Fußgänger und PKW-Verkehr teilen sich auf undifferenzierte Art den Zugang zum Hochhaus und beide Eingänge sind proportional zur Größe des Hauses viel zu klein. Dabei wäre es wünschenswert, wenn der ganze Bereich vor dem Hochhaus in einem weiteren Zusammenhang neu strukturiert und geordnet wird (Anbindung über das Grundstück hinaus).

Inwieweit kann das Kraftwerk gestaltet bzw. umhüllt werden, damit es mit der angrenzenden Wohnbebauung harmonisiert? Der Weg zum Hochhaus hin muss aufgewertet werden.

Durch eine dem Objekt entsprechend repräsentative Anbindung und einer Aufwertung der Erschließungsflächen innerhalb des Gebäudes lassen sich ganz andere Qualitäten erreichen und ein höherer Wohnwert erzielen.

a) Große Lösung

Die Zuwegung von der Siedlung zum Scheibenhochhaus wird zum Hauptzugang von Rheindorf in Richtung S-Bahn-Haltepunkt umgestaltet. Mindestens ein Teil des bestehenden Garagenhofes müsste verlegt werden, um die bisherige Zufahrt zum Hochhaus in Richtung S-Bahnhof zu verlängern. Der neue Hauptweg könnte als Allee ausgestaltet werden, von der aus der Eingangsbereich zum Hochhaus durch eine eindeutige Schwelle klar abgegrenzt werden sollte.

Die neue Bewegungsrichtung würde das Kraftwerk nicht mehr als Barriere zwischen Gebäude und Siedlung erscheinen lassen. Der bisherige Zugangsweg, der beidseitig von Wohngebäuden flankiert wird, kann durch eine Umgestaltung des Weges selbst und seiner Schnittstellen zum Straßennetz beruhigt werden, bleibt aber als Nebenweg erhalten. Der neue Nebenweg und der neue Hauptweg bilden in ihrer Verlängerung in Richtung S-Bahn einen "Park im Feld" aus, ein attraktiver Freiraum mit hoher Aufenthaltsqualität und guter Beleuchtung - eine Visitenkarte für Rheindorf-Nord.

b) Kleine Lösung

Die bisherige Zuwegung zur S-Bahn bleibt in ihrem jetzigen Zustand erhalten. Der Trampelpfad zwischen Hochhaus und Haltepunkt wird durch eine eindeutig definierte und gestaltete Öffnung im Zaun "legalisiert". Eine weitergehende Öffnung unterbleibt.

4.3.3.4 Eingangssituation

Zwei wesentliche Probleme betreffen die Eingänge: Zum einen sind sie nicht barrierefrei (die beiden Fahrstühle erreicht man nur über Zwischenpodeste), zum anderen sind die Flächen für die Eingangszonen viel zu klein (z. B. fehlt Platz für Kinderwagen und Rollatoren).

a) Große Lösung

Die Zone vorne entlang des Hochhauses wird völlig umgestaltet: Ein dem Format des großen Gebäudes entsprechender, breit dimensionierter Fußweg führt zu den beiden Eingängen. Ein mit Sträuchern, Blumen etc. gestalteter Abstandsraum verbleibt zwischen dem Laubengang im Erdgeschoß und dem neuen Eingangsweg. Eine in diesen Abstandsraum integrierte Rampe erschließt einen der Aufzüge für Rollstuhlfahrer.

Die bisher relativ zusammenhanglos und undefiniert verstreuten Funktionen wie Fahrrad- und Mofa-Abstellplätze, sowie die unmarkierten Stellplätze werden entlang der neuen Leitlinie parallel zur Hausfassade angeordnet. Die Stellplätze werden einzeln markiert. Eine filigran konstruierte, durchgängige Überdachung der Fahrrad-Abstellplätze schafft ein neues, großzügiges Entree und eine öffnende Geste zur Landschaft. Die Höhe der Dachebene wird so gewählt, dass die Sicht von den Laubengängen auf Eingangsbereich und Landschaft uneingeschränkt erhalten bleibt. In die neue Konstruktion sollte eine Beleuchtung nach unten auf Fahrräder und Zugangsweg sowie nach oben auf die Fassade der "Landmarke" integriert werden.

b) Kleine Lösung

Bei eng begrenztem Budget könnte zumindest die Grundordnung der kleinen Lösung ohne teure Konstruktionen umgesetzt werden. Ein definiertes Tor zur Zugangsstraße könnte eine klare Grenze zwischen dem öffentlichen Raum der Zufahrt und dem halböffentlichen Raum vor dem Gebäude setzen.

a) Das Abgraben eines halben Geschosses auf die Ebene des Untergeschosses hätte den Vorteil, das sich der Aufzug auf der unteren Ebene barrierefrei erschließen lässt und sich ein großer Raum über zwei Etagen anbietet, der vielleicht sogar eine große Öffnung auf der Gartenseite erhält. Damit gäbe es eine Anbindung der hinter dem Haus liegenden Grünfläche.

b) Mit wenigen Öffnungen in der Geschosdecke lässt sich eine repräsentative Eingangshalle realisieren, die durchaus auch als Erschließung für gemeinschaftliche Räume gelten kann.

Diese Art von Raumangebot bzw. Wegeführung ermöglicht eine ganz andere Wahrnehmung des Hochhauses. Der Weg zum Hochhaus hin und der Weg durch das Haus zur Wohnung erhält so eine höhere Qualität und das Haus erfährt einen größeren Wohnwert.

4.3.3.5 Abgrenzung des Wohngebäudes

Die Schließung des Rückraumes des Hochhauses und die Förderung seiner Aneignung durch die Bewohner lässt sich mit relativ einfachen Mitteln erreichen, die eine "große Lösung" nicht notwendig machen: Nach dem Vorbild der Londoner "Places" wird ein klar begrenzter, grüner Freiraum vorgeschlagen, der nur den Bewohnern des direkt angrenzenden Gebäudes vorbehalten ist. Eine Mauer oder ein begrüntes Gitter definiert die Trennung von den benachbarten Grundstücken. Daran angelehnt können Sitzbänke mit Blick auf Wiese und Hochhaus den Raum eindeutig als Ruheraum definieren. Der Zugang kann über Schlüssel oder Öffnungszeiten beschränkt werden. Der Eingang sollte in jedem Fall eindeutig als Schwelle zu einem privateren Bereich gestaltet werden. Dabei muss die Funktion der Feuerwehzufahrt weiterhin gegeben bleiben.

4.3.4 Freiraumkonzept

4.3.4.1 Nutzungsspezifische Flächen in der Gesamtanlage

Für nutzungsspezifische Freiflächen sind eventuelle Konflikte zwischen den Nutzern oder den angrenzenden Anwohnern mit zu berücksichtigen. Bei der Neustrukturierung der Gesamtanlage erscheint es sinnvoll, die anzubietenden Spielflächen an wenigen Standorten zu konzentrieren (Erhöhung der Sozialkontakte, bessere soziale Kontrolle im Umgang mit den Geräten). Wie für die Bereiche zwischen den Zeilen, wird auch für die Gesamtanlage vorgeschlagen, Flächen und Nutzungsangebote hierarchisch zu gliedern und anzuordnen (welche Nutzer halten sich wo auf und benutzen welchen Weg?).

Übergeordnete Grünraumangebote (Kommunikationsräume, Spielflächen, Sandflächen, Verweilbereiche etc.) müssen klar in die Planung integriert werden und ihren beabsichtigten Nutzungen gemäß strukturiert und geordnet werden.

4.3.4.2 Wegeführung

Die Wegeführung wird als logisch und sinnvoll bewertet. Das oben beschriebene Baukastensystem sollte sich an die bestehende Wegeführung angliedern und sie damit verdeutlichen und akzentuieren. Das Problem fehlender Orientierung entsteht durch Sträucher und Bäume, die Blickbezüge im großzügigen Freiraum verdecken. Im Bereich der menschlichen Aughöhe sollten alle Grünpflanzen so zurückgeschnitten werden, dass sich ein großzügiges visuelles Blickfeld ergibt.

Die Wegeführung wird als logisch und sinnvoll bewertet. Das oben beschriebene Baukastensystem sollte sich an die bestehende Wegeführung angliedern und sie damit verdeutlichen und akzentuieren. Das Problem fehlender Orientierung entsteht durch Sträucher und Bäume, die Blickbezüge im großzügigen Freiraum verdecken. Im Bereich der menschlichen Aughöhe sollten alle Grünpflanzen so zurückgeschnitten werden, dass sich ein großzügiges visuelles Blickfeld ergibt.

4.3.4.3 Grünpflege

Die Bestandspflege der Grünräume muss entsprechend dem Ziel eines großzügigen visuellen Blickfeldes korrigiert werden. Bei Neupflanzungen von Sträuchern sollten von vorne herein niedrig wachsende Pflanzen ausgewählt werden.

4.3.4.4 Beleuchtungskonzept

Der momentan von Stadt und Wohnungsbaugesellschaft angewandte Standard der Beleuchtung reicht nicht aus, um den Bewohnern genügend Sicherheit zu vermitteln. Wird das oben beschriebene Baukastensystem zur Schaffung von Orten allgemeiner und individueller Aneignung geschaffen, sollten in die Gestaltung jedes Elementes auch Leuchtkörper integriert werden. Die Gebäude selbst können durch eine intelligente und gestalterisch angenehme Beleuchtung (beispielsweise der Kopfseiten) zur allgemeinen Verbesserung der Beleuchtung beitragen. Die Kopfseiten könnten zudem gemäß einem Farbkonzept hellere, Licht reflektierende Farbtöne erhalten.

Da die Diskussion über eine bessere Beleuchtung des Untersuchungsgebietes unter den Verantwortlichen festgefahren zu sein scheint, könnte eine außergewöhnliche Aktion zum Thema sinnvoll sein, um eine neue Perspektive auf das für das subjektive Sicherheitsempfinden vor Ort besonders wichtige Problem zu gewinnen und wieder Bewegung in die Debatte zu bringen. Ein Wettbewerb unter Designern könnte eine solche Aktion sein: Aufgabe wäre ein in Bau und Unterhalt besonders effizientes System zu entwickeln, welches auf die hier vorliegende Baustruktur perfekt zugeschnitten ist. Da sich das Beleuchtungsproblem in vielen Siedlungen ähnlich darstellt, könnten andere Gemeinden als Partner des Wettbewerbs auftreten und die Ergebnisse auch für ihre Standorte nutzen. Mit einem Wettbewerb lassen sich öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen verbinden (z.B. die Eröffnung der Ausstellung der Ergebnisse). Die damit verbundene erhöhte Aufmerksamkeit birgt die Chance, Sponsoren für eine bessere Beleuchtung zu gewinnen. Das Potenzial technischer Innovationen wie solarbetriebene Beleuchtungselemente oder LED-Technik, welche die Unterhaltskosten minimieren helfen, sollte dabei einbezogen werden.

4.3.5 Stadteilentwicklung

4.3.5.1 Umsetzungsperspektive

Neben den Entwicklungen innerhalb der Wohnsiedlung ist der Erfolg von Sanierungsmaßnahmen erheblich von seinem angrenzenden Umfeld beeinflusst. Hierbei ist entscheidend, welche klar definierten Ziele langfristig festgelegt werden. (z.B. eine Gestaltungssatzung, Rahmenplanung, Masterplan, etc.).

Diese Ziele sollen kein starres Instrument darstellen, sondern müssen immer wieder im Rahmen eines „runden Tisches“ (Stadtteilakteure und Bewohner) kritisch hinterfragt und überprüft und an die aktuellen Anforderungen angepasst werden.

Einzelmaßnahmen bzw. Entwicklungsziele der einzelnen Akteure gilt es zu koordinieren (Verweis auf den Verkauf des ev. Gemeindehauses und der laufenden Planung des Neubaus des Lebensmittel-Discounters Lidl, am alten Standort der evangelischen Kirche).

4.3.5.2 Fehlende Orte für Kommunikation und Nachbarschaften in Rheindorf-Nord

Bei der ganzheitlichen Betrachtungen der Thematik „Sicherheit in Quartier und Bestand“ wurde festgehalten, dass zukünftig eine bessere Kommunikation zwischen den Bewohnern stattfinden muss. Dabei ist nicht nur die Vermittlung zwischen Gruppen mit Migrationshintergrund unterein-

ander und die Kommunikation zwischen Deutschen und Migranten zu verstehen, sondern auch ein generationsübergreifender Austausch. Dasselbe gilt für die verbesserte Kooperation und Zusammenarbeit der Akteure aus Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltung, Polizei und weiteren Institutionen und Einzelakteuren im Quartier. Die dafür benötigten Flächen und Räume sind im Bestand kaum vorhanden bzw. in einem allgemein schlechten Zustand.

An den beiden konkret diskutierten Fallbeispielen wurde intensiv nach Lösungen gesucht, diesen Mangel mit relativ geringen Mitteln zu beheben. Dabei kann eine dauerhafte Lösung nicht nur im Aktionsradius eines Wohnungsbauunternehmens gefunden werden, sondern muss im Verbund mit der öffentlichen Hand erarbeitet werden (Frage nach einem zentralen Quartierszentrum, welches auch als solches erkennbar ist).

4.3.5.3 Bürgerbeteiligung, Kommunikationswege

Jede Maßnahme, die im Zuge eines Neubaus und Umbaus oder Sanierung bzw. Modernisierung realisiert wird, ist frühzeitig auf ihren Symbolcharakter hin zu überprüfen (z.B.: Welche Maßnahmen werden auf welchem Weg kommuniziert, damit das subjektive Sicherheitsgefühl und die Quartiersqualität steigt?).

Aneignung und verantwortliches Engagement der Bewohner lassen sich durch partizipative Prozesse, wie Beteiligung und Mitwirkung, verbessern. Fördernd ist eine Diskussion an ganz konkreten baulichen Maßnahmen. Nicht nur Kommunikationsräume sind vorzuhalten, sondern auch eine Kommunikationsinfrastruktur, die langfristig bereitgestellt und weiterentwickelt wird. Diese ist bedürfnisorientiert und abgestimmt mit den Bewohnern zu entwickeln.

4.4 Workshop "Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord"

Am 23. Mai 2006 wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Sicherheit in städtischen Siedlungen“ der Workshop „Soziales Miteinander in Rheindorf-Nord“ in Leverkusen durchgeführt. Zu Beginn des Workshops wurden die Teilnehmer mit Hilfe einiger Ergebnisse des TRAFÖprojektes (Themenbereich Soziales/Nachbarschaft) in die Thematik eingeführt. Hierbei wurden Ergebnisse der Bewohnerbefragung 11/2004 und 12/2005 berücksichtigt, die sich mit den Themen Wohnzufriedenheit/Wohnunzufriedenheit mit Wohnungsunternehmen und öffentlichen Räumen der Stadt Leverkusen sowie nachbarschaftlichen Kontakten und Konflikten im Quartier auseinander gesetzt haben. Demnach ist die Wohndauer wegen des hohen Seniorenanteils im Stadtteil relativ lang. Grundsätzlich ist eine hohe Wohnzufriedenheit mit den Wohnungen und Grundrissen festzustellen. Viele Mieter geben allerdings dem nachbarschaftlichen Zusammenleben keine guten Noten. Im Vordergrund stehen hier das problematische Belegungsmanagement im sozialen Wohnungsbau und eine zunehmende Anonymität beim Zuzug neuer Mieter. Ruhestörungen, Vandalismerscheinungen und fremde Personen im Haus verursachen häufig Nachbarschaftskonflikte. Für die Zukunft wünschen sich 59% der befragten Mieter mehr Kontakt und Hilfe in der Nachbarschaft (Bewohnerbefragung 11/2004). Öffentliche Räume wie z.B. Bushaltestellen in Rheindorf-Nord werden als typische Konflikt-Orte wahrgenommen, da diese häufig von Jugendlichen als Treffpunkte genutzt werden. Der dort verübte Vandalismus und das auftretende aggressive Verhalten erzeugen Unsicherheit in der Quartiersbevölkerung. Diese und andere Ergebnisse dienten als Arbeitsgrundlage für den Workshop „Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord“.



Abbildung 4-4: Workshop 'Soziales Miteinander in Leverkusen, Rheindorf-Nord', Foto: eigene Quelle.

In der ersten Arbeitsphase wurden zunächst zwei homogene Arbeitsgruppen gebildet, die Arbeitsgruppe 1 „Soziales/Kirche/Polizei“ und die Arbeitsgruppe 2 „Wohnungswirtschaft und Stadtplanung“. So konnte jeweils der Veränderungsbedarf für das soziale Miteinander in Rheindorf-Nord aus der eigenen professionellen Perspektive der Teilnehmer diskutiert und formuliert werden.

In der zweiten Arbeitsphase wurden die Arbeitsgruppen neu gemischt. Zunächst wurden in den beiden Arbeitsgruppen die Zwischenergebnisse präsentiert und diskutiert. In einem weiteren Schritt wurden erste Umsetzungsvorschläge gesammelt, die das soziale Miteinander in Rheindorf-

Nord verbessern können. Dabei fand Berücksichtigung, welche Akteure sich ergänzen und bei ihrem Handeln komplementär zusammenwirken können. Im Plenum wurden die Ergebnisse unter Anwesenheit der Bezirkspolitik präsentiert, diskutiert und zum Abschluss wurde ein Ausblick in die Zukunft gewagt.

Bei der Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum wurde deutlich, dass die Akteure über die verschiedenen Professionsgrenzen hinweg einen Konsens über erforderliche Maßnahmen hinsichtlich des sozialen Miteinanders im Quartier Rheindorf-Nord erzielt haben. Die Teilnehmer betonten, dass sämtliche Maßnahmen, die das soziale Miteinander in Rheindorf-Nord verbessern, einen positiven Einfluss auf das Image des gesamten Quartiers nach innen und außen bewirken. Zudem wünschen alle Teilnehmer eine stärkere Einbindung der Bewohnerschaft in den gesamten Prozess der Stadtteilerneuerung.

4.4.1 Arbeitsgruppe „Akteure Soziales/Kirche/Polizei“

In der ersten Arbeitsphase haben die Teilnehmer aus fachlicher Perspektive den Veränderungsbedarf hinsichtlich des sozialen Miteinanders in Rheindorf-Nord gesammelt und diskutiert. Alle Teilnehmer sind im sozialen Bereich tätig, arbeiten mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und erleben tagtäglich die negativen Konsequenzen eines mangelnden sozialen Miteinanders im Quartier.

Fragestellung: Welchen Veränderungsbedarf sehen Sie aus Ihrer Perspektive im Bereich des Sozialen in Rheindorf-Nord?

Die Teilnehmer konnten in dieser Phase drei relevante Handlungsfelder schriftlich benennen. Die Abfrage erfolgte mit der Moderationsmethode über Karten. Die ausgefüllten Karten wurden an den Moderationstafeln gesammelt, besprochen und thematisch geordnet. Nachfolgend werden die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase der AG 1 dargestellt und erläutert.

Die Teilnehmer der AG 1 haben als soziale Akteure drei wesentliche Themenschwerpunkte formuliert, die das soziale Miteinander in Leverkusen Rheindorf-Nord verändern bzw. verbessern sollen. Die diskutierten Themen stehen nicht separat nebeneinander, sondern sind miteinander verzahnt; es sind:

- eine stärkere Vernetzung aller beteiligten Institutionen und Behörden vor Ort,
- eine verbesserte Nachbarschaftshilfe und
- die Integration von besonderen Zielgruppen (Kinder und Jugendliche, Personengruppen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Senioren) .

Von allen Teilnehmern wird als Ziel die stärkere Einbeziehung der Bewohnerschaft in die Belange des Quartierlebens genannt. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sollen dabei besonders Berücksichtigung finden.

4.4.1.1 Stärkere Vernetzung einzelner Gruppen

Einzelne Akteure, Institutionen und Behörden sollen sich in Zukunft stärker vernetzen, um Arbeitsabläufe besser abstimmen und integrieren sowie Prozesse transparenter gestalten zu können. Die Teilnehmer betonen, dass sich dadurch soziale Themen und generationen-übergreifende Projekte einfacher in die alltägliche Arbeit integrieren lassen. Vor diesem Hintergrund wünschen die Akteure für Rheindorf-Nord die Einrichtung eines Büros, das sowohl als Informationsstelle fungiert, Beratung in Fragen des täglichen Lebens anbietet, als auch ein Ort generationenübergreifender Begegnung ist. Durch Aktionen und Projekte sollen die Kontakte der unterschiedlichen Bevölke-

ruhungsgruppen des Quartiers intensiviert und damit gestärkt werden. Während der Diskussion weist eine Teilnehmerin darauf hin, dass nach den Sommerferien 2006 mit dem Rheindorfer Laden ein Angebot installiert werden soll, das diesen Vorstellungen entspricht. So lassen sich Personengruppen im Quartier ansprechen, die bislang eine hohe Hemmschwelle besitzen, bereits existierende Angebote im Stadtteil zu nutzen. Irritation herrscht darüber, dass die Vertreter der Seniorenarbeit im Quartier darüber keine Informationen erhalten haben und in der programmatischen Ausgestaltung des Ladenkonzepts zunächst außen vor geblieben sind. Andere Teilnehmer betonen, dass der Bereich Kinder- und Jugendarbeit federführend lediglich den Anfang machen wird. Die Akteure anderer Handlungsbereiche wie Senioren, Migrantenvereine etc. sind eingeladen, sich nach der Anlaufphase an dem Projekt zu beteiligen. Auf Grund der zugespitzten Diskussion und des hohen Informationsbedarfs wird das Projekt Rheindorfer Laden in der zweiten Arbeitsgruppenphase umfassender vorgestellt und erläutert.

Um die in Rheindorf-Nord relativ isolierten, d.h. separat agierenden Arbeitskreise stärker zu vernetzen, wird die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz vorgeschlagen, die als Überbau der bestehenden Arbeitskreise fungieren kann. Als Bindeglied soll sie generationen- und themenübergreifende Arbeits- und Kommunikationsstrukturen schaffen sowie zwischen den beteiligten Institutionen und Behörden im Stadtteil Kontakte aufbauen und intensivieren, sodass interdisziplinäre Arbeitsstrukturen geschaffen werden können.

4.4.1.2 Nachbarschaftshilfe

Bei allen Teilnehmern herrscht große Einigkeit darüber, dass Nachbarschaftshilfe in Rheindorf-Nord eine zentrale Grundlage für das soziale Miteinander im Stadtteil darstellt. Mit kleinräumigen Handlungsansätzen kann die Initiierung, der Aufbau und die Stärkung nachbarschaftlicher Hilfe gefördert werden. Es wird vorgeschlagen, attraktive Treffpunkte für Nachbarn zu schaffen, um mit Hilfe von Angeboten und Freizeitaktivitäten das Gemeinschaftsgefühl der Bewohnerschaft von Rheindorf-Nord zu stärken. Konflikt-Orte im Stadtteil, wie z.B. Bushaltestellen, die von Jugendlichen als Treffpunkte genutzt werden und häufig durch Vandalismuserscheinungen und destruktives bzw. aggressives Verhalten der Jugendlichen bei vielen Erwachsenen Unsicherheit und Distanz auslösen, sollen gezielt von sozialen Akteuren betreut werden. Ebenso wie Wohnanlagen, in denen einzelne Personen oder Familien leben, die eine Fülle von sozialen Problemen aufweisen und Unterstützung benötigen; die sich bislang von bestehenden Angeboten nicht angesprochen fühlen oder für die es keine angemessenen Angebote gibt, sollen aktiviert werden. Die Teilnehmer sprechen von Brennpunkten im Stadtteil, die einen intensiven Betreuungsbedarf aufweisen. Anonymität und Isolationsstrukturen im Quartier lassen sich durch intensive Kontakte aufbrechen.

Damit wird parallel die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöht. Hier sind sowohl die Wohnungsunternehmen gefordert, als auch die sozialen Organisationen und nicht zuletzt die Bewohner selbst. Durch das eigene Engagement können die Bewohner ihren Lebensraum mitgestalten. Die Teilnehmer schlagen Beteiligungsprojekte vor, wie z.B. Stadtteilstern, die Mitwirkung an Vorhaben der Wohnumfeldgestaltung und die Verantwortungsübernahme für Nachbarschaftsinitiativen wie etwa ein Bewohnerfest bringen die Menschen aneinander näher. Dies erhöht die Identifikation mit dem Sozialraum, stärkt das Selbstbewusstsein durch das Gefühl, an Veränderungen mitzuwirken und einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation geleistet zu haben. Es entstehen zudem Kontakte nicht nur zu anderen Bewohnern, sondern auch zu Vermietern, Vertretern sozialer Institutionen, der Stadt, sodass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Diese Kontakte müssen in Zukunft gepflegt werden, um weitere Projekte planen und initiieren zu können.

4.4.1.3 Integration

Das Thema Integration wird unter den Teilnehmern vielschichtig diskutiert und nicht ausschließlich auf die Zielgruppe der Migranten beschränkt. Die Zielgruppen Senioren, Kinder und Jugendliche werden explizit angesprochen. Integration kann nur mit der jeweiligen Zielgruppe stattfinden und nicht über ihren Kopf hinweg beschlossen werden. Es wird von einem Teilnehmer kritisiert, dass sich im Rahmen der kürzlich stattgefundenen Integrationskonferenz nur Teilnehmer deutscher Herkunft mit dem Thema Migration beschäftigt haben. In der Diskussion wird die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen bestätigt. Einzelne der anwesenden Akteure kommen als Multiplikatoren in Frage.

Für die Senioren in Rheindorf-Nord wird der Bedarf einer zentralen Seniorenbetreuungsstelle formuliert, die in den Fragen des täglichen Lebens beratend und unterstützend zur Seite steht. Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass die AWO im Bereich der Seniorenarbeit bereits intensiv tätig ist. Insofern werden Kooperationen gebraucht, um effektiver agieren zu können. Exemplarisch streifen die Teilnehmer das Thema des seniorengerechten Wohnens und konstatieren für den Stadtteil einen großen Handlungsbedarf. Aufgrund der hohen Zahl alteingesessener Bewohner, die Rheindorf-Nord in den 60er Jahren besiedelt, inzwischen ein relativ hohes Alter erreicht haben und nur ungern ihren Stadtteil verlassen würden, besteht dringend ein Anpassungsbedarf von Wohnungen und sozialen Diensten. Es herrscht Einigkeit im Gespräch der Teilnehmer: Die Senioren müssen zukünftig sowohl bei der Vergabe oder beim Wohnungstausch als auch beim Umbau seniorengerechter Wohnungen gezielt unterstützt werden. In diesem Zusammenhang wird auf die Wohnungsunternehmen verwiesen, die in die Thematik miteinbezogen werden sollen.

Ein weiteres Ergebnis lautet: In Rheindorf-Nord ist die soziale Infrastruktur für Jugendliche nicht hinreichend. Es wird darauf hingewiesen, dass mittlerweile ein Beschluss des Stadtrates vorliegt, ein neues Jugendhaus zu errichten. Insbesondere die Integration der Spätaussiedlerjugendlichen gestaltet sich in Rheindorf-Nord gegenwärtig problematisch. Organisierte Angebote werden von den Jugendlichen überwiegend abgelehnt und so ist zu erwarten, dass auch ein neues Jugendhaus eher wirkungslos bleiben wird. Viele Bewohner des Quartiers fühlen sich von den Jugendlichen aus Spätaussiedlerfamilien gestört – teilweise bedroht, weil diese Jugendlichen sich häufig im öffentlichen Nahraum (z.B. an Bushaltestellen) zu mehreren aufhalten und destruktives oder gar aggressives Verhalten zeigen. Für diese Zielgruppe wird einhellig ein eigener Treffpunkt gefordert, der den Jugendlichen einen Platz im Quartier sichert und damit ein erster Schritt zur Integration dieser Randgruppe vollzogen werden kann.

Die zielgruppenübergreifende Integration – z.B. von Alt und Jung oder zwischen den Kulturen – wird in Rheindorf-Nord ebenfalls von den Teilnehmern vermisst.

In dieser Phase der Diskussion weisen die Teilnehmer jedoch immer wieder auf den limitierenden Faktor der Kosten hin, der die Kommune in ihrem Handeln einschränkt. Es wird der Wunsch geäußert, mehr über Förderprogramme zu erfahren, mit denen an den Problemen wirkungsvoll angesetzt werden kann.

4.4.2 Arbeitsgruppe „Wohnungswirtschaft und Stadtplanung“

In der ersten Arbeitsphase fragen die Vertreter der Wohnungswirtschaft und Stadtplanung aus der fachlichen Perspektive nach dem erkennbaren Veränderungsbedarf, um das soziale Miteinander zu verbessern. Das methodische Vorgehen stimmt mit dem der AG 1 überein.

Die Teilnehmer sind einstimmig der Meinung, dass alle aufgezeigten Themen für die zukünftige Quartiersentwicklung mit der Einführung des (im Rahmen eines Antrags auf Städtebauförde-

rungsmittel) geplanten Quartiermanagements miteinander in Verbindung stehen und bei der Veränderung und Aufwertung von Rheindorf-Nord wichtig und erforderlich sind.

4.4.2.1 Image Rheindorf-Nord

Als übergeordnetes Ziel benennen die Vertreter aus den Wohnungsunternehmen und der Stadtplanung eine Imageverbesserung für die Siedlung in den nächsten Jahren. Begründet wurde das mit der negativen Außenwahrnehmung von Rheindorf-Nord durch die Leverkusener Bevölkerung, sodass in der Konsequenz die Wohnungsnachfrage und der Zuzug von außen (v. a. von Mittelschichtfamilien) stark gesunken sind. Gleichzeitig steigt die Tendenz, dass Mieter mit Wohnberechtigungsschein in Leverkusen am ehesten in Rheindorf-Nord Wohnraum in sozial gebundenen Wohnungsbeständen finden. Die zunehmende Verdrängung von Arbeitslosen und Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen aus den freifinanzierten Beständen in vielen Kommunen des Rheinlands wird dafür verantwortlich gemacht (Segmentierung des Wohnungsmarktes).

4.4.2.2 Belegungsmanagement

Um die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Imageaufwertung und eine Verbesserung der Nachbarschaftsbeziehungen in Rheindorf-Nord zu erzielen, muss nach Meinung der Teilnehmer das Belegungsmanagement der Wohnungsunternehmen weiter entwickelt werden. Dazu gehört, dass zukünftig genauer auf die heterogene Zusammensetzung der Mieterschaft geachtet wird. Dies bezieht sich auf die Alters- und Sozialstruktur sowie auf kulturelle und ethnische Aspekte. Eine gebündelte Belegung mit arbeitslosen Bevölkerungsgruppen, Spätaussiedlerhaushalten und anderen Personengruppen mit Migrationshintergrund führt zwangsläufig zu einer konflikthaften Zusammensetzung der Hausgemeinschaften. Durch ein sensibles und Nachbarschaft förderndes Belegungsmanagement soll dies zukünftig vermieden werden. Als positives, mittelfristiges Ziel soll angestrebt werden, dass wieder Familien und Haushalte aus Mittelschichthaushalten nach Rheindorf-Nord ziehen. Dem stehen allerdings die gesetzlichen Vorgaben der sozial gebundenen Wohnungsbestände gegenüber. Hierzu wird angeregt, über den Austausch von Sozialbindungen und ungebundenen Wohnungen zwischen Rheindorf-Nord und stabileren Stadtgebieten von Leverkusen (z.B. innerhalb des Bestandes eines Wohnungsunternehmens) nachzudenken, um einer weiteren Konzentration von sozial benachteiligten Haushalten vorzubeugen. Die

Anregungen im Einzelnen:

- Ein besseres Vermietungsmanagement soll die Prozesse in Rheindorf-Nord langfristig steuern. Neben der zeitgemäßen Aufwertung der Bestände und des Wohnumfeldes gehört eine gezielte Stärkung der Bindung zwischen Vermieter und Mieter zum Konzept. Wohnzufriedenheit, Wohnungsnachfrage und die Orientierung an Mieterbedürfnissen müssen im Hinblick auf erwartete Vermietungserfolge am Standort Vorrang erhalten.
- Das Belegungsmanagement soll mit dem Ziel einer passgenauen Belegung der Wohnungen neu organisiert werden, damit sich daraus aktive Nachbarschaften entwickeln können.
- Über das gesamte Stadtgebiet sollen die verschiedenen Mietergruppen nach einem neuen Schlüssel verteilt werden, um einseitigen und konflikträchtigen Sozialstrukturen vorzubeugen.
- Die Einführung eines modernen (kommunikationsorientierten) Beschwerdemanagements soll die Kommunikation zwischen Vermieter und Mieterhaushalten wirkungsvoller machen. Dazu gehört, mehr und früher den Austausch zwischen Mietern und Vermieter zu pflegen.

- Im Sinne der Qualitätssicherung und der Wirkungskontrolle soll die Wohnzufriedenheit in Rheindorf-Nord regelmäßig überprüft und ein Wohnbelegungsmonitoring durchgeführt werden.

Die Wohnungsunternehmen wünschen sich in Zukunft von den Mieterhaushalten eine verbesserte Integration in die Hausgemeinschaft und die Bereitschaft für ein nachbarschaftliches Miteinander. Hierzu sind geeignete Konzepte und Umsetzungsmeilensteine zu finden und in der Praxis zu erproben.

4.4.2.3 Seniorengerechtes Wohnen

Der hohe Anteil von Seniorenhaushalten in Rheindorf-Nord erfordert eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit allen relevanten Aspekten des seniorengerechten Wohnens. Viele ältere Bewohner und Mieter möchten auch im Alter in ihrem vertrauten Wohnumfeld wohnen und leben. Eine gute Ausstattung und Gestaltung der Wohnung kann den Verbleib in der eigenen Wohnung bei den meisten Mietern begünstigen. Für die Wohnungsbestände bedeutet dies, dass technische Anpassungen und Umbaumaßnahmen erforderlich werden können. Im Gegensatz zum Neubau, bei dem seniorengerechte / behindertengerechte und barrierefreie Standards von Anfang an berücksichtigt werden können, sind solche Maßnahmen im Bestand bautechnisch zum Teil schwierig umsetzbar. Der seniorengerechte Umbau von Wohnungen ist vor diesem Hintergrund in Rheindorf-Nord dringend zu empfehlen.

Ein weiteres geeignetes Instrument kann der Wohnungstausch innerhalb der Bestände eines Wohnungsunternehmens sein. Dabei können Senioren eine zu große Wohnung mit ungünstiger Lage im Haus gegen eine kleinere, ebenerdige Wohnung im Wohngebiet tauschen. Damit die neue Wohnung für gehbehinderte Personen besser erreichbar und nutzbar ist, muss das Wohnungsunternehmen ein Portfolio geeigneter Bestandseinheiten aufstellen und mit einem wirkungsvollen Tauschmanagement vermarkten. Denn die gezielte Organisation und Unterstützung der Kunden beim Wohnungstausch und die Übernahme der technisch erforderlichen Anpassungen in den Wohnungen muss seitens der Wohnungsunternehmen als Marketingmaßnahme betrieben werden, die die Attraktivität des Bestands erhöht. Soziale Institutionen können den Prozess mit Beratung und Begleitung sowie bei der Vergabe und beim Umzugsmanagement unterstützen.

Neben solchen technischen Voraussetzungen müssen qualitative Betreuungsangebote für Senioren in Rheindorf-Nord in ausreichendem Umfang geschaffen werden. Eine engere Kooperation zwischen lokalen Akteuren wie die Wohnungsunternehmen, AWO, Caritas, Diakonie und einschlägige Fachbereiche der Stadt Leverkusen wird als weitere wichtige Voraussetzung bewertet. Eine Abstimmung der unterschiedlichen Angebote soll zukünftig stärker koordiniert werden, um Parallelstrukturen und doppelte Angebote zu vermeiden, die Schnittstellen im Prozess qualitativvoll zu gestalten und auf die verschiedenen Zielgruppen zuschneiden zu können.

4.4.2.4 Begegnungsstätten für Rheindorf-Nord

Die Arbeitsgruppe erörtert den Mangel an Begegnungsstätten für die Bewohner von Rheindorf-Nord. Es wird die Schaffung von wohnungsnahen Begegnungsstätten für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen vorgeschlagen und diskutiert. Dies kann ein zentrales Bürgerhaus leisten oder ein anderes wandelbares Raumkonzept, das den verschiedenen Bewohnergruppen Begegnungsmöglichkeiten bietet.

4.4.2.5 Stadtteilstefte

Die Organisation und Durchführung von Stadtteil- und Mieterfesten wurden als gute Möglichkeit gewertet, Bewohner, Nachbarn und Mieter in einer angenehmen Atmosphäre in Kontakt zu bringen. Die Mithilfe und Mitorganisation an Festen (interkulturelles Stadtteilstef, Kulturfest, Mieterfest) kann unterschiedliche Menschen zusammenbringen. Als Beispiel wird auf die gemeinsame Vorbereitung eines Standes für internationale Spezialitäten verwiesen, der z.B. in Castrop-Rauxel Deininghausen von einer international durchmischten Nachbarschaft organisiert worden ist. Generell soll die verbesserte Integration der ausländischen Bevölkerung zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht werden, der auch die Organisationsentwicklung der Wohnungsunternehmen und der sozialen Infrastruktureinrichtungen einschließt. Gute Ansätze zur besseren Kommunikation und das Miteinander von Deutschen und Migranten können in Rheindorf-Nord an verschiedenen Stellen erprobt werden; es wurden folgende Handlungsansätze genannt: Bildung von Hausgemeinschaften, Projekte im Wohnblock, Bereitstellung von Gärten im halbprivaten/halböffentlichen Freiraum des Abstandsgrüns, Gestaltung von Treffpunkten im öffentlichen Raum, Mitarbeit in einer Bürgergruppe zur Vorbereitung des geplanten Bürgerhauses.

4.4.3 Entwicklung von integrierten Handlungsansätzen

Für die Arbeitsphase II wurden die Arbeitsgruppen heterogen neu gemischt. Sie setzen sich sowohl aus Teilnehmern der Bereiche Soziales, Kirche und Polizei als auch aus der Wohnungswirtschaft und Stadtplanung zusammen. Als Arbeitsthemen der zweiten Arbeitsphase dienen die von beiden Arbeitsgruppen formulierten Veränderungsbedarfe hinsichtlich des sozialen Miteinanders in Rheindorf-Nord. Die neu zusammengesetzten Arbeitsgruppen informieren sich zunächst gegenseitig über die Ergebnisse der homogenen Arbeitsgruppen 1 und 2 und setzen diese in einem weiteren Arbeitsschritt in Beziehung zueinander, erarbeiten konkrete Umsetzungsvorschläge und benennen Einrichtungen, die dabei zusammen arbeiten können.

Aufgabe: Erarbeiten Sie Umsetzungsvorschläge und benennen Sie dazu Einrichtungen (Institutionen, Vereine, Bürger/innen, etc.), die dabei zusammenarbeiten können!

Zu Beginn der zweiten Arbeitsphase wird das Thema „Soziale Stadt“ seitens der Wohnungswirtschaft angesprochen. Dies sei der richtige Ansatz, das Quartier neben baulichen Verbesserungen auch sozial aufzuwerten. Die Teilnahme am Programm „Soziale Stadt“ wird von den Teilnehmern als erstrebenswerte Lösung in Betracht gezogen, da die Stadt Leverkusen und die sozialen Akteure ohne eine Programmteilnahme kaum in der Lage sein werden, weitere neue Aufgaben zu leisten (Personal/Ressourcen/Sachkosten). Die Organisation und Unterstützung bei der Suche und der Beantragung neuer Finanzierungswege wird von Seiten der Stadt Leverkusen erbeten. Wegen des geringen finanziellen Spielraums der Stadt Leverkusen erscheint die Akquisition von externen Zuschüssen (insbesondere von Bund und Land, aber auch von der EU) als einzig realisierbarer Handlungsansatz.

In der Arbeitsgruppe 1 wird deutlich, dass nicht alle Teilnehmer das Programm „Soziale Stadt“ kennen. Es wird ein Informationsbedürfnis geäußert, das im Rahmen des Workshops aufgrund des engen Zeitfensters nur am Rande berücksichtigt werden kann. Generell finden alle Teilnehmer die Bemühung um Ressourcen für eine integrierte Quartierförderung sinnvoll und angebracht.

4.4.3.1 Quartiermanagement

Die Teilnehmer äußern den Bedarf nach der Einrichtung eines zentralen Quartiermanagements in Rheindorf-Nord zur Koordination und Vernetzung der übergreifenden Handlungsfelder und Aufgaben der zukünftigen Quartiersentwicklung.

Das Quartiermanagement soll einen festen Ansprechpartner für alle Akteure und Bewohner einführen. Diese Person muss über die erforderliche Qualifikation und/oder Erfahrung bezüglich der Umsetzung von Zielen mit Handlungskonzepten der „sozialen Stadterneuerung“ verfügen. Zur Finanzierung müssen Städtebauförderungsmittel aus dem Programmbereich „Soziale Stadt“ beantragt werden.

Eine erfolgreiche Verbesserung des sozialen Miteinanders in Rheindorf-Nord hängt nicht zuletzt von der Bündelung der lokalen Ressourcen ab, idealerweise von einer übergeordneten Stelle koordiniert und vernetzt. Unter den Teilnehmern herrscht Einigkeit darüber, als Bindeglied dafür das Quartiermanagement vorzusehen. Das Qualifikationsprofil des Quartiermanagements ist aufgrund der Anforderungen und der umfangreichen Zielsetzungen und Aufgaben vorab zu definieren und abzustimmen. Es soll eine hauptamtliche Kraft eingesetzt werden, die im Rahmen einer Vollzeitbeschäftigung tätig wird und durch ihre Ausbildung und Berufserfahrung den komplexen Stadterneuerungsprozess begleiten und unterstützen kann. Geeignete Räumlichkeiten (QM-Büro als Anlaufstelle) können mit Unterstützung der Wohnungsunternehmen gefunden werden.

4.4.3.2 Beratungsangebote und Nachbarschaftshilfe

Für alle Bewohner von Rheindorf-Nord und damit für alle Altersgruppen soll eine Begegnungsstätte geschaffen werden, die einem zentralen multifunktionalen Bürgerhaus entspricht. Hier lassen sich zahlreiche Angebote installieren und zusätzlich gibt es die Möglichkeit, Räume für private Feiern anzumieten. Die Stadt, die Kirchen und die Wohnungsbaugesellschaften sollen sich an diesem Projekt beteiligen. Von einigen Teilnehmern kommt der Einwand, dass es sich hierbei um eine Idealvorstellung handle. Es werden sich nicht alle Bevölkerungsgruppen angesprochen fühlen. So muss überlegt werden, wie diese Gruppen involviert werden können. Als Beispiel werden die Spätaussiedlerjugendlichen genannt, die als Randgruppe zunächst eigene Treffpunkte benötigt. Damit soll langfristig die Isolation aufgebrochen werden und ein erster Schritt in das Quartier gemacht werden. Es muss eine akzeptierte Anlaufstelle für Jugendliche und Heranwachsende geben, die Unterstützung in akuten Notlagen und bei Alltagsfragen leisten kann. Durch ehrenamtliche Kräfte soll der Bereich Nachbarschaftshilfe gestärkt und gefördert werden. Zusammenfassend stellen die Teilnehmer fest, dass die formulierten Vorschläge einen Beitrag zur Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und stärkeren Bürgeraktivierung leisten sollen.

Aus der Sicht der Wohnungsvermieter wird der Umgang mit den (unterschiedlichen) sozialen und pädagogischen Hilfeangeboten durch viele Haushalte problematisch eingestuft. Es wird wahrgenommen, dass die Angebote im Einzelfall sinnvoll und notwendig sind. Aber aus Sicht der Wohnungsunternehmen muss eine gezieltere Ansprache und ein niedrighwelliges Beratungsangebot in Rheindorf-Nord eingerichtet werden, wie es das Modell „Rheindorfer Laden“ verspricht. Auch muss über die geringe Resonanz der „Kommstrukturen“ neu nachgedacht und nach verbessernden Lösungen gesucht werden. Ob eine wohnungsnaher Anlaufstelle mit einem breiten Angebot, wie z.B. eine Schuldnerberatung mit weiteren Beratungskompetenzen dies leisten kann, wird in den Raum gestellt. Der Beratungstreffpunkt soll einen wohnungsnahen Standort finden, muss einen breiten Service für die Bewohner anbieten und darf nicht als „Problemladen“ negativ assoziiert werden.

4.4.3.3 Einrichtung des „Rheindorfer Laden“

Der Rheindorfer Laden wird als niedrigschwellige Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle nach den Sommerferien in einem Ladenlokal am Königsberger Platz eröffnet. Hauptverantwortlich ist ein Trägerverbund, der sich aus den katholischen Jugendwerken, der Caritas und der Stadt Leverkusen zusammensetzt. Über eine Mischfinanzierung wird eine Honorarstelle geschaffen. Diese ist allerdings nicht in 2007 gesichert, sodass heute bereits nach einer neuen Finanzierung gesucht werden muss. Als trägerübergreifendes Projekt sollen langfristig Akteure aus den unterschiedlichen Bereichen involviert werden. In der Anfangsphase sind hier überwiegend Vertreter der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Es wird eine Informationsstelle eingerichtet, die sich u. a. mit Fragen rund um das Thema Kindergarten beschäftigt. Auch bei Erziehungsproblemen soll der Rheindorfer Laden behilflich sein. So werden Beratungsangebote vor Ort etabliert, die sich mit Erziehungsfragen oder Drogenproblematiken beschäftigen.

Langfristig sollen Angebote für die verschiedenen Zielgruppen des Quartiers implementiert werden. Angeregt wird u. a. die Einrichtung einer Schuldnerberatung und weiterer Hilfsangebote. Ziel ist eine stärkere Vernetzung aller Einrichtungen, die generationen- und themenübergreifend agieren sollen und damit „Hand in Hand“ arbeiten. So sind auch die Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Diese zeigen sich in den Arbeitsgruppen sehr interessiert und äußern den Wunsch, dass Familien in Not mehr motiviert werden müssen, professionelle Hilfe anzunehmen. Dies sei ein großes Problem. Der Rheindorfer Laden soll zwar auch ein offener Treffpunkt für alle Bürger sein, aber ob es gelingt, das Stigma einer Problemanlaufstelle zu vermeiden, bleibt offen.

4.4.3.4 Stadtteilkonferenz

Die Teilnehmer wünschen einen besseren fachlichen und interdisziplinären Austausch im Quartier zu übergeordneten Themen und Aufgaben. Es wird die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz vorgeschlagen. Alle im Stadtteil bereits agierenden Arbeitskreise sollen im Rahmen der Stadtteilkonferenz die Möglichkeit erhalten, in Kommunikation zu treten und ihre jeweiligen Belange zu besprechen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. So lassen sich im Interesse des Quartiers generationen- und themenübergreifende Kommunikationsstrukturen schaffen (Integration aller Zielgruppen) und Aufgaben besser bündeln. Das Thema Integration ausländischer und deutscher Bürger bezieht sich auf alle Bevölkerungsgruppen im Stadtteil und erfordert damit eine enge Zusammenarbeit von Vertretern der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft und der sozialwirtschaftlichen Träger. Projekte, die das gesamte Quartier betreffen, lassen sich im Netzwerk besser planen und durchführen. Es wird als effektiver erachtet, generationsübergreifende Projekte und Maßnahmen gemeinsam zu koordinieren und die Aufgaben von Anfang an zu verteilen und Ziele zu vereinbaren. Als einfaches Beispiel nennen die Teilnehmer die regelmäßige Organisation von Festen, wobei die Bewohner bei der Vorbereitung und Durchführung zu aktivieren sind.

Für alle Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Miteinanders wird eine Neuorientierung der Beteiligungskultur (Partizipation) als sinnvoll bewertet. Die einzelnen Maßnahmen müssen daraufhin konzipiert werden. Im Handlungsbereich der Wohnungsunternehmen gibt es hier viele Ansatzpunkte, die zukünftig besser genutzt werden sollen. Beteiligungsprojekte im Rahmen von Wohnumfeldverbesserungen sind denkbar und auch Mieterversammlungen, wo vorab über Ziele informiert und gemeinsam Entscheidungen entwickelt werden können (Freiraumgestaltung).

4.4.3.5 Aufgabe der Polizei

Die Präventionsabteilung der Polizei soll sich in Bezug auf die vorbeugende Arbeit in das Quartier einbringen. Die Aufgaben ergeben sich auf Grund der Ist-Situation in Rheindorf-Nord. Für Kinder und Jugendliche sollen effektive Angebote zur Vermeidung von Gewalt und Kleinkriminalität bereits in Kindergärten und Schulen geschehen. Senioren brauchen eine gute, jedoch nicht subjektive Ängste auslösende Präventionsberatung, mit deren Hilfe sie sich gegen Alltagskriminalität und Gewalttaten besser schützen können. Dies kann über die Wohnungsunternehmen und die Senioreneinrichtungen organisiert werden.

4.4.3.6 Handlungsfeld Wohnen - Belegungsmanagement

Die Teilnehmer sind sich einig, dass die Wohnungsbaugesellschaften langfristig das Belegungsmanagement optimieren müssen. Sie können auf breiter Basis agieren und daher ist ihr Einfluss auf das soziale Miteinander in Rheindorf-Nord nicht zu unterschätzen. Die Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften sehen ihre Verantwortung und nehmen diese an.

Im Handlungsfeld der Wohnversorgung von Senioren wird eine inhaltliche Kooperation zwischen Wohnungsbaugesellschaften und sozialen Einrichtungen wie AWO, Caritas und anderen freien Trägern gewünscht. Eine intensive Betreuung älterer Bewohner des Stadtteils bei der Vergabe, Umbau oder Tausch seniorengerechter Wohnungen ist dringend erforderlich, da der Bedarf in Rheindorf-Nord steigt. Ziel kann eine zentrale Seniorenbetreuung sein. Die AWO hat hier bereits eine Vielzahl von Angeboten entwickelt. In diesem Zusammenhang wurde auf die Versorgung der älteren Spätaussiedler hingewiesen, die als neue Zielgruppe auch Beachtung finden müssen.

Seitens der Wohnungsunternehmen wird eine stärkere Fokussierung und Zuwendung auf die Hausgemeinschaften und das Wohnumfeld im Bereich des sozialen Wohnungsmanagements vorgeschlagen. Hierzu werden u. a. Maßnahmen zum Aufbau und zur nachhaltigen Stärkung der Nachbarschaftshilfe vorgeschlagen. Die Annahme der Hausgemeinschaft und grundlegender Hausregeln sei ein großes Problem. Es sei gut, wenn Prozesse gefunden und umgesetzt werden können, die die Bereitschaft zur Integration in das soziale Gefüge der Nachbarschaft verbessern. Dabei spielt die Art und Weise der Belegung auch eine entscheidende Rolle. Fach- und sachkundige Ansprechpartner sollen dort eingesetzt werden, wo extreme soziale Problemlagen das soziale Miteinander in Rheindorf-Nord besonders erschweren. Die Gruppe wünscht eine baldige Weiterführung der Arbeit und eine Verstetigung erfolgreicher integrierter Handlungsfelder.

5 Schlussbetrachtung

5.1 Perspektiven der Methode "städtebauliches Sicherheitsaudit"

Die aus der Planungswerkstatt gewonnenen Erfahrungen bei der Erprobung des Verfahrens „städtebauliches Sicherheitsaudit“ zeigen, dass die Methode geeignet ist, Akteure aus unterschiedlichsten Institutionen an dem komplexen Thema „Sicherheit durch Gestaltung im Bestand und Wohnumfeld“ prozess- und lösungsorientiert planen zu lassen. Mit diesem Ansatz können die in den Prozessen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung häufig nur einem Fachpublikum zugänglichen und isoliert betrachteten Einzelplanungen besser im Sinne einer ganzheitlichen Planungsperspektive in größere Zusammenhänge integriert werden. Die bisher unberücksichtigt gebliebenen Sicherheitsaspekte im Wohnungs- und Städtebau können so Beachtung erfahren. Das im Forschungsprojekt erprobte Verfahren des städtebaulichen Sicherheitsaudits hat sich im ersten Testlauf bewährt. Im Falle der baulichen Realisierung müssen in den nächsten Schritten, Entwürfe mit den Nutzergruppen (Mieter, Jugendliche, Kinder, etc.) in einer ähnlichen Arbeitssituation vor Ort (moderierte Planungswerkstatt) diskutiert werden, um eine möglichst hohe Akzeptanz und Identifikation mit den Maßnahmen zu schaffen.

Anlässlich der positiven Erfahrung ist den Akteuren in Rheindorf-Nord zu empfehlen, zukünftig derartig offene und interdisziplinäre Arbeitsmethoden im Akteursnetzwerk zu etablieren und weiterzuentwickeln, um eine effektive Wohnstandortverbesserung durch die integrierte Zusammenarbeit zu erreichen. Ein weiterer Ausbau des Akteursnetzwerkes und die kontinuierliche Beteiligung der Bevölkerung sind dabei erforderlich und können im Rahmen einer konkreten Umsetzungsplanung frühzeitig realisiert werden. Dabei können Planungswerkstätten mit unterschiedlichen Zielgruppen (z.B. Bewohner, Mieter, Kinder, Jugendliche, Senioren) durchgeführt werden. Für den nachhaltigen Erfolg der planerischen Maßnahmen und ihrer Umsetzung ist dabei von großer Bedeutung, dass von Anfang an ein transparenter und ehrlicher Informations- und Kommunikationsprozess zwischen der lokalen Bevölkerung, den verantwortlichen Akteuren und der lokalen Politik stattfindet. Es wird den Leverkusener Akteuren empfohlen, derartig angelegte Arbeitsprozesse und Entscheidungsfindungen im Rahmen eines Runden Tisches für Kriminalprävention und Quartiersentwicklung für Rheindorf-Nord zu gründen und zu etablieren. Es wird vorgeschlagen, eine neutrale Moderation einzusetzen, die eine unabhängige Position einnimmt und gruppenspezifische Interessen und Konflikte ausgleichen kann. Des Weiteren sind die Akteure für die fachlichen Aufgaben regelmäßig zu ‚coachen‘, d.h. prozessbezogen zu begleiten und zu beraten.

Ein Erfahrungsaustausch mit überregionalen Akteuren (Beste-Praxis-Transfer in Netzwerken) ist erfahrungsgemäß effektiv bei der Lösung von Detailfragen. Die Exkursion mit Akteuren aus Leverkusen Rheindorf-Nord nach Dortmund-Clarenberg, wo die Ruhr-Lippe Wohnungsbaugesellschaft eine Großwohnsiedlung mit kriminalpräventiven Zielsetzungen erneuert hat, repräsentiert ein Beispiel für einen solchen Transfer. Auch die Teilnahme an thematischen Fachveranstaltungen zum Austausch ist erstrebenswert, um neue Ansätze kennen zu lernen und sich Hilfe von außen zu holen. Nur mit vereinten Ressourcen des Netzwerkes kann eine langfristig qualitative Quartiersentwicklung und Imageverbesserung für die Rheindorfer Bewohnerinnen und Bewohner erzielt werden.

5.2 Die Auditmethode aus wissenschaftlicher Perspektive

Durch die Methode des integrierten Sicherheitsaudits ist es möglich, ein multidimensionales Bild der Probleme und Wunschvorstellungen aller Beteiligten in Bezug auf die Sicherheit eines Stadtteils zu generieren. Zentrale Bestandteile des Auditverfahrens waren Befragungen, Begehungen

und Workshops. Eine besondere Qualität des Verfahrens liegt in der Darstellung unterschiedlicher Sichtweisen auf das Thema Sicherheit, bei dem auch subjektive Einschätzungen einbezogen werden. Die Mischung verschiedener Methoden bietet dabei die Möglichkeit, die Bewohner und die lokalen Akteure auf unterschiedlichen Ebenen anzusprechen und damit ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Äußerung zu bieten. Zudem eröffnet das Auditverfahren die Möglichkeit, die Akteure in einen Prozess des Handelns zu überführen und über aktive Befragungskonzepte und Workshops die Bildung von Netzwerken zu fördern sowie endogene Potentiale zu aktivieren. So werden zwei Aspekte eines Handlungskonzeptes in diesem Verfahren abgedeckt: (1) die Beteiligung der lokalen Akteure und Bewohner sowie (2) ihre nachhaltige Aktivierung.

Es zeigt sich aus wissenschaftlicher Sicht jedoch leider auch ein ‚Handicap‘ der Methoden des Sicherheitsaudits. Da die Analysen weitgehend subjektiv bleiben, wird damit vor allem ein subjektives Bild der Realität abgebildet. Die Kenntnis über die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung sowie der lokalen Akteure ist sehr wichtig für die Entwicklung eines Handlungskonzeptes. Es ist jedoch nur schwer mit wissenschaftlichen Theorien und Konzepten zu verbinden. Dafür wäre es notwendig, stärker die objektiven Wirkungsbezüge einzubeziehen, die zu den subjektiv diagnostizierten Sicherheitsproblemen führen, und diese zu untersuchen. Unter einer wissenschaftlichen Perspektive reicht es nicht aus, subjektiv konstruierte Wahrnehmungen zur Sicherheit nur abzubilden.

Es zeigt sich somit, dass die Generierung eines wissenschaftlich fundierten Handlungskonzeptes mit einem solchen Auditverfahren nur begrenzt möglich ist. Aus der Kenntnis lokaler Probleme lassen sich nicht unbedingt Wirkungszusammenhänge aufdecken und Lösungen ableiten. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung in Rheindorf-Nord auf, dass vermehrt auch evaluierte Praxisbeispiele untersucht werden sollten, um herauszufinden, mit welchen Ansätzen die in einem Auditverfahren festgestellten Probleme wirkungsvoll zu lösen sind. Im Fall von Mängeln, die baulich-technisch behoben werden können, ist dies relativ einfach möglich. Benannte Defizite in der Beleuchtung können durch zusätzliche Lampen behoben werden, die Probleme liegen hier lediglich auf der Seite der Umsetzung und der Finanzierung. Andere Probleme, vor allem diejenigen, welche soziale Maßnahme erfordern, lassen sich nicht so einfach beheben. So leitet sich aus der Benennung eines ‚Ausländerproblems‘ nicht zugleich die Lösung desselben ab. Auch die Konflikte der älteren Bevölkerung mit Jugendlichen im Gebiet, die das bestimmende soziale Problem im Untersuchungsgebiet darstellen, sind bis jetzt nur benannt und damit bekannt geworden. Wie damit umzugehen ist, das lässt sich aus einem solchen Verfahren leider nicht ablesen. Sollen für die Lösung der sozialen Konflikte nun separate Räume angeboten werden oder soll in gemeinsam genutzten Räumen das Zusammenleben geübt werden? Und wie müssten solche Räume aussehen? Die Antwort auf diese Frage kann hier leider noch nicht gegeben werden.

Das durchgeführte Audit bietet dennoch eine gute Grundlage, um ein Handlungskonzept zu erarbeiten und um in einen Lernprozess des Handelns überzugehen. Welche Maßnahme für welches Problem angemessen ist, lässt sich vor allem aus der Praxiserfahrung ablesen. Es ist also erfreulich, dass der Prozess des Handelns für mehr Lebensqualität, und damit auch eine verbesserte Sicherheitssituation, in Rheindorf-Nord eingeleitet wurde und wir hoffen, dass die Ergebnisse dieser Studie dieses Handeln qualifizierend begleiten können.

6 Quellenverzeichnis

Internet

- Brossman, Renae / Choi, Ann / Daniel, Steve / Pio, David (2002): East St. Louis Action Research Project. University of Illinois at Urbana-Champaign; <http://www.eslarp.uiuc.edu/la/LA338-S01/groups/b/Evolution1.html> (05/2002)
- Hillier, Bill / Shu, Simon (2002): Do Burglars understand defensible Space? New evidence on the relation between crime and space. [Http://www.spacesyntax.com/housing/BillCrimePaper/BillCrimePaper.html](http://www.spacesyntax.com/housing/BillCrimePaper/BillCrimePaper.html)
[Http://www.toronto.ca/safetyaudits/resources.htm](http://www.toronto.ca/safetyaudits/resources.htm); Stand Juni 2007
[Http://www.crimereduction.gov.uk/aud00.htm](http://www.crimereduction.gov.uk/aud00.htm); Stand Juni 2007
- Leow, Willy (1997): Von New York lernen, heißt siegen lernen?, Auszug aus - kassiber 33. [Http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_33nym3.htm](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_33nym3.htm)
- Rosenbauer, F. (1998): Konfliktregulierung und Gewaltminimierung an Hand des "Broken-Windows"-Konzepts, Universität Siegen, <http://rosenbauer.de/habr.htm>

Literatur

- Bodenschatz, H. / Schönig, B.(2004), Smart Groth - New Urbanism - Liveable Communities, Wuppertal
- Keim, K.D.(1981): Stadtstruktur und alltägliche Gewalt. Fallstudie Wolfsburg-Westhagen. Frankfurt/Main, New York
- A. Brassard (2003), Integrating the Planning Process and Second-Generation CPTED. In: The CPTED-Journal 2, S. 46-53.
- Baier, Reinhold / Schäfer, Karl-Heinz (2003): Integrative Prävention durch Audits zur Verkehrsraumgestaltung. Teil 4: Verfahrenskretisierung. Studie im Auftrag der Polizei-Führungsakademie Münster. Aachen
- Baumgart, S. / Seggern, H. v. u.a. (1996): Frauengerechte Stadtplanung. Ein Beitrag zu einer "gender sensitive"-Planung der Stadt. Schriftenreihe Forschung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 498, Bonn
- Beck, D. / Müller, B. / Painke, U. (1994): Gewaltfreie Nachbarschaftshilfe. Kreatives Eingreifen in Gewaltsituationen und gemeinschaftliche Prävention fremdenfeindlicher Übergriffe. Ein Handbuch für die Praxis. Minden
- Bertelsmann Stiftung; Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) (o. J.): Junge Kommune - Strategien für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft. In: Netzwerk, Kommunen der Zukunft. Essen
- Böhrenz (1980): Das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und die wichtigsten Vorschriften des allgemeinen Rechts der Gefahrenabwehr im Lande Niedersachsen sowie der Musterentwurf für einheitliche Polizeigesetze. 8. Auflage, Hannover
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2001): Kriminalprävention in Deutschland. Länder-Bund-Projektsammlung. Neuwied, Kriftel
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (1979): Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden
- BMBau (Hrsg.) (1998) Städtebaulicher Bericht. Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege. Bonn
- Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW (Hg.) (1988) Überforderte Nachbarschaften. Köln, Berlin
- Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Hg.) (1999): Der Kiez um den Traveplatz (Sabine Behn und Heinz J. de Vries), Berlin

- Chicago Community Policing Evaluation Consortium (1995): Community Policing in Chicago, Year Two. An Interim Report. Illinois Criminal Justice Information Authority, Chicago
- Chicago Housing Authority (1996): Blueprint for Building Working Communities. Progress Report, Chicago
- Chicago Police (1993): Together We Can. A Strategic Plan for Reinventing The Chicago Police Department, Chicago
- Clarke, R.V.G. (1979): Crime Prevention through Town-Planning and Architecture. International Comparison (Including Social Structure) - Synopsis and Outlook in United Kingdom. In: Bundeskriminalamt: Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden, S. 135-154
- Coester, Marc u.a. (2001): Kriminologische Analyse empirisch untersuchter Präventionsmodelle aus aller Welt. 61 Studien im Überblick. In: Rössner, Dieter u.a., Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, 2 Bände, bearbeitet vom Institut für Kriminalwissenschaften und vom Fachbereich Psychologie / Sozialpsychologie der Philipps-Universität Marburg in Zusammenarbeit mit Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg und Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung e. V. Berlin, Marburg, Düsseldorf, S. 194-264
- Corts, U. (1998): Eine Hochzeitsgesellschaft vor dem Römer darf trinken. Interview mit P. Holle, J. Reckmann, Frankfurter Rundschau vom 11.07.
- Crouch, Steve / Shaftoe, Henry / Fleming, Roy (1999): Design for Secure Residential Environments. London, Englemere
- Crowe, Timothy (2000): Prevention Through Environmental Design, Butterworth-Heinemann
- D. Hoffmann-Axthelm (1993) Die dritte Stadt. Frankfurt/M. 1993
- Deutscher Präventionstag (Hrsg.) (2003): Kongresskatalog des 8. Deutschen Präventionstages am 28./29. April 2003, Hannover
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.) (2003): "Stadtumbau nur mit uns". Dokumentation zum Wettbewerb um den Sonderpreis für Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des Bundeswettbewerbs "Stadtumbau Ost". Berlin
- Dreher, G.; T. Feltes (1998): Das Modell New York. Kriminalprävention durch 'Zero Tolerance'? Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion. Empirische Polizeiforschung, Band 12, Holzkirchen/Obb.
- Ehrenhalt, A. (1995): The Lost City. Discovering the Forgotten Virtues of Community in the Chicago of the 1950s. New York
- Elias, N. (1969): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bände, Bern
- ENV 14383-2 (2002): Prevention of crime - Urban planning and design. Part 2: Urban Planning. Veröffentlicht unter ÖNORM, Österreichisches Normungsinstitut, Wien
- Etzioni, A. (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt, New York
- Feltes, Thomas (2001): Kriminalitätskontrolle oder Kriminalitätsbekämpfung? Von Sicherheitsnetzen, Sicherheitspartnerschaften und anderen neuen Hoffnungen. Fachhochschule Villingen-Schwenningen
- Flade, A. u.a. (1997): Die sichere Stadt. Institut Wohnen und Umwelt, 2. Auflage, Darmstadt
- Fleissner, Dan / Heinzemann, Fred (1996): Crime Prevention Through Environmental Design and Community Policing, NIJ Research in Action (Internet)
- Fürst, D. (1997): Humanvermögen und regionale Steuerungsstile. Bedeutung für Regionalmanagement? In: Staatswissenschaften und Staatspraxis, 8. Jg., S. 187-204
- Fürst, D.(1998):Humanpotential - Ressource der Regionalentwicklung. Hannover
- Fürst, D.; H. Schubert (1998): Regionale Akteursnetzwerke - Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., Heft 5/6, S. 352-361
- Fürst, Dietrich / Schubert, Herbert (1998): Regionale Akteursnetzwerke. Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., Heft 5/6, S. 352-361

- GdW e.V. (Hg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern im Auftrag des GdW. In: GdW Schriften Bd. 48. 2. Auflage. Berlin
- Geason, Susan / Wilson, Paul R. (1989): Designing out crime: Crime prevention through environmental design (Crime prevention series). Australian Institute of Criminology, Canberra
- Giddens, A. (1996): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/Main
- Giddens, A. (1997): Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt/Main
- Goffman, E. (1974): Das Individuum im öffentlichen Austausch. Frankfurt/Main
- Graham, J.; T. Bennett (1997): Strategien der Kriminalprävention in Europa und Nordamerika. Bonn
- Gramckow, H. (1996): "Community Policing" und kommunale Kriminalprävention in den USA. In: T. Trenczek, H. Pfeiffer (Hg.): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten. Bonn, S. 184-197
- Grymer, H.; K.D. Keim (Hg.) (1981): Gewalt in der Stadt. Berlin
- Hahn, K. (1995): Soziale Kontrolle und Individualisierung. Zur Theorie moderner Ordnungsbildung. Opladen
- Hahn, K. (1996): Soziale Kontrolle als soziologischer Grundbegriff. Klassische und neuere Theorien revisited. In: Kriminologisches Journal, 28. Jg., S. 261-280
- Hanhörster, Heike. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hg.) (2001): Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich. Dortmund
- Heinz, W. (1997): Kriminalprävention auf kommunaler Ebene. In: Kriminalistik, 51. Jg., S. 426-432
- Hepp, G. (1996): Wertewandel und Bürgergesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, S. 3-12
- Herrmann, Heike/Sessar, Klaus/Weinrich, Martin (2002): Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt. In: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 02: Innere Sicherheiten. Baden-Baden, S. 251-286
- Hess, Henner (1996): New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben: Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., H. 3, 179ff.
- Hunsicker, E. (1996): Vereine zur Förderung der Kriminalprävention. In: Kriminalistik, 50. Jg., S. 499-501
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2003): Kriminalprävention in Stadtteilen. Kriminalverhütung durch Interaktion. Kiel
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1995): Für eine Stadt ohne Angsträume. Planungsleitfaden für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. In: Bausteine für die Planungspraxis in Nordrhein-Westfalen Bd. 20, 1. Auflage. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2001): Die Mietergärten im Berliner Viertel in Monheim am Rhein. Eine Studie im Rahmen des Europäischen Forschungsprojektes NEHOM. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2001): Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2003): Im Mittelpunkt der Städte - Sicherheit und Aufenthaltsqualität - Strategien für den Erfolg urbaner Zentren. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) Fachbereich Stadtentwicklung und Gesellschaft (Hg.) (2004): Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)entwicklung, Dokumentation des Fachgesprächs am 11. Dezember 2003 in Dortmund. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen/Fachbereich Stadtentwicklung und Gesellschaft (Hg.) (2004): Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)entwicklung, Dokumentation des Fachgesprächs am 11. Dezember 2003 in Dortmund. Dortmund
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (Hg.): Rund-erlass zur Förderung von baulichen Maßnahmen in hochverdichteten Sozialwohnungsbeständen der 60er und

- 70er Jahre in Verbindung mit integrierten Bewirtschaftungskonzepten (IV A 3 -322-521/02) vom 27.05.2002 Journal, Ausgabe 2/04
- Institut für soziale Arbeit (Hg.) (1996): Lebensort Straße. Kinder und Jugendliche in besonderen Problemlagen. Münster
- InWIS (Hg.) (1995): Wohnungsmanagement 2000. Neue Anforderungen an Management und Führungsqualifikationen angesichts neuer Geschäftsfelder und Dienstleistungsfunktionen in der Wohnungswirtschaft. Wissenschaftliche Studie. In InWIS-Berichte Nr. 2/1995, S. 128-150. Bochum
- Jacobs, J. (1961): The Death and Life of Great American Cities. Penguin Books, Hammondsworth (dt.: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. 3. Auflage, Braunschweig, Wiesbaden, 1993)
- Jäger, J. (1996): Kriminalitätsvorbeugung im öffentlichen Verkehrsraum. Dortmund
- Jäger, R.; E. Groh (1997): Kommunale Kriminalprävention. In: Kriminalistik, 51. Jg., S. 747-752
- Jeffery, C. Ray (1971): Crime Prevention through Environmental Design. Beverly Hills, CA: Sage
- K. Gruber (1976) Die Gestalt der deutschen Stadt. 2. Auflage, München
- Kaldun, Sabine (1997): Neue Aspekte der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung - Ein Baustein zur Gewaltprävention. In: Pro Jugend / Ausgabe Schleswig-Holstein/Bayern, Heft 4
- Kasperzak, T. (2000): Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis. Empirische Polizeiforschung, Bd. 14, Holzkirchen/Obb.
- Keim, K.D. (1979): Stadt, Wohnung und Gewalt. In: Bundeskriminalamt: Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden, S. 41-46
- Kitchen, Ted / Schneider, Richard (2001): Planning for Crime Prevention: Trans-Atlantic Perspectives on Defensible space
- Kleiman, W.M.; P.H. van der Laan (1996): Lokale Initiativen bei der Bekämpfung und Prävention von Jugendkriminalität. Eine Skizze der Situation in den Niederlanden. In: T. Trenczek, H. Pfeiffer (Hg.): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten. Bonn, S. 154-168
- Knodt, M. (1998): Die Prägestkraft regionaler Politikstile. In: B. Kohler-Koch et al.: Interaktive Politik in Europa. Regionen im Netzwerk der Integration. Opladen, S. 97-124
- Kommission zur Untersuchung des Reformbedarfs in der niedersächsischen Polizei (1993): Polizeireform in Niedersachsen. Analyse des Ist-Zustandes und Vorschläge zur Neukonzeption. Abschlussbericht, Hannover
- Korell, J.; U. Liebel (1997): Umwandlung des öffentlichen Raums in ein Disneyland und soziale Ausgrenzung. In: G. Dreher, T. Feltes (Hg.): Das Modell New York. Kriminalitätsprävention durch "Zero Tolerance". Holzkirchen
- Kühnel, W.; I. Matuschek (1995): Gruppenprozesse und Devianz. Risiken jugendlicher Lebensbewältigung in großstädtischen Monostrukturen. Weinheim, München
- Kürpick, S. / M. Murböck (1997): Kriminalprävention in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
- Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (Hg.)(2002) Städtebau und Kriminalprävention – polizeiliche Kriminalprävention. Mainz
- Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen (Hg.)(2005) Sicherheit durch Gestaltung der Städte. Düsseldorf
- Laue, Christian: Broken Windows und das New Yorker Modell - Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten? In: Rössner, Dieter u.a.: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, Band 2, bearbeitet vom Institut für Kriminalwissenschaften und vom Fachbereich Psychologie / Sozialpsychologie der Philipps-Universität Marburg in Zusammenarbeit mit Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg und Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung e. V. Berlin, Typoskript, Marburg, Düsseldorf, August 2001, S. 333-436

- Léauté, J. (1979): Crime Prevention through Town-Planning and Architecture. International Comparison (Including Social Structure) - Synopsis and Outlook in France. In: Bundeskriminalamt: Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden, S. 155-166
- Lee-Sammons, Lynette / Stock, Jürgen (1993): Kriminalprävention. Das Konzept des "Community Policing" in den USA. In: Kriminalistik, Heft 3, S. 157-162
- LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW mbH und Ruhr- Lippe Wohnungsgesellschaft mbH (Hg.) (2004): Informieren, Beteiligen, Aktivieren - Bewohnerbeteiligung bei der Erneuerung der Wohnanlage Clarenberg in Dortmund-Hörde. Dortmund
- LKA Rheinland-Pfalz (Hg.) (2002): Städtebau und Kriminalprävention. Mainz
- Lüdemann, Christian / Ohlemacher, Thomas (2002): Soziologie der Kriminalität. Theoretische und empirische Perspektiven. Weinheim, München
- M. Weber (1972) Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Auflage, Tübingen
- Mayntz, R. (1996): Politische Steuerung. Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: K.v. Beyme, C. Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft, Opladen
- McElroy, Jerome E. und andere (1993): Community Policing - The CPOP in New York. SAGE Publications. Newbury Park
- Merten, Maria (2005): Junge russlanddeutsche Heranwachsende im Sozialraum - Untersuchung in Leverkusen, Rheindorf-Nord. Diplomarbeit Fachhochschule Köln / Fachbereich Sozialpädagogik. Köln
- Newman, Oscar (1972): Defensible Space. New York, Macmillan Company
- Newman, Oscar (1979): Crime Prevention through Town-Planning and Architecture. International Comparison (Including Social Structure) - Synopsis and Outlook in the United States. In: Bundeskriminalamt: Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden, S. 103-134
- Newman, Oscar (1996): Creating Defensible Space, US Dept. of Housing & Urban Development Office of Policy Development & Research
- Newman, Oscar(1980): Community of Interest. Garden City, New York: Anchor Press / Doubleday
- Niedersächsisches Innenministerium (Hg.)(2002), Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft, Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung. Hannover
- Painke, Uwe (2001): Ein Stadtteil macht mobil - Neighborhood Safety in den USA, Lit: Münster, Hamburg, London
- Park, R.E. (1952): Human Ecology. In: R.E. Park (Hg.): Human Communities. The City and Human Ecology. Glencoe, Illinois, S. 145-164
- Park, R.E.; E.W. Burgess, R.D. McKenzie (Hg.) (1925): The City. Chicago
- Peters, H. (1995): Devianz und soziale Kontrolle. Eine Einführung in die Soziologie abweichenden Verhaltens. Weinheim
- Pohlmann-Rohr, B. (1996) Sichere Stadträume – auch für Frauen. In: E. Kube / H. Schneider / J. Stock (Hg.) Vereint gegen Kriminalität: Wege der kommunalen Kriminalitätsprävention in Deutschland. Lübeck u.a. , S. 231-259
- Preis, U. / Pohlmann-Rohr, B. (1995): Für eine Stadt ohne Angsträume. Planungsleitfaden für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
- Riege, M. / Schubert, H.: Sozialraumanalyse (2002) - Grundlagen, Methoden, Praxis. Opladen
- Rössner, D. et al. (2001), Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Marburg, Düsseldorf
- Rucht, D. (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und die USA im Vergleich. Frankfurt/Main, New York

- Schlüter, Gottfried (1997): Pruitt-Igoe - Die Dritte. In: Wolkenkuckucksheim, Internationale Zeitschrift für Theorie und Wissenschaft der Architektur, 2. Jg., Heft 1; http://www.theo.tu-cottbus.de/wolke/deu/Themen/971/schlueter/schlueter_t.html (05/2002)
- Schmalstieg, H. (1998): "Bürgersinn" in den Städten fördern. Das Beispiel Hannover. In: Der Städtetag, Heft 7, S. 488-492
- Schubert, H. (2000a): Städtischer Raum und Verhalten. Zu einer integrierten Theorie des öffentlichen Raumes. Opladen
- Schubert, H. (2000b): Von der Agenda 21 zur sozialen Stadt - Integrierte Perspektiven für die soziale Arbeit beim Stadt-teilmanagement. In: Neue Praxis, 30. Jg., Heft 3, S. 286-296
- Schubert, H. (2002): Settings von Öffentlichkeit. In: Herlyn, Ulfert / von Seggern, Hille (Hrsg.): Zur Aneignung und Nutzung urbaner öffentlicher Räume durch Jugendliche. Tagungsdokumentation, Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie: Universität Hannover
- Schubert, H. (2005): Kriterien für Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung . In: Schubert, Herbert (Hg.): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention: Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: SRM-Verlag, S. 33-108
- Schubert, H. (2005a): Empirische Architektursoziologie. In: Die Alte Stadt, 32. Jg., S. 1-27
- Schubert, H. (2005b) (Hrsg.): Sicherheit durch Stadtgestaltung: Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen, Köln: Verlag Sozial Raum Management
- Schubert, H. (2005c): Sicherheit als Thema der Stadtgestaltung - eine Einführung. In: Schubert, Herbert (Hg.): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention: Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: SRM-Verlag, S. 13-32.
- Schubert, H. (2005d): Realisierung der präventiven Stadtgestaltung durch Leitbilder und Verfahren. In: Schubert, Herbert (Hg.): Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention: Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: SRM-Verlag, S. 105-126.
- Schubert, H. (2006): Stadt als sicherer Raum. Zur Diskussion um eine "städtebauliche Kriminalprävention". In: Die Alte Stadt, 33. Jg., Heft 3, S. 249-267
- Schubert, H. / Schnittger, A. (2002): Sicheres Wohnquartier, gute Nachbarschaft - Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung. Handreichung, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, Hannover
- Schubert, H. / Spieckermann, H. / Veil, K. (2007): Sicherheit durch präventive Stadtgestaltung - Deutschland und Großbritannien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 12 vom 19.03.2007, S. 32-38
- Schubert, H.A. (1977): Soziologie städtischer Wohnquartiere. Frankfurt/Main, New York
- Schubert, Herbert / Spieckermann, Holger (2002): Aufbau von Netzwerken als Kernaufgabe des Quartiermanagements. In: U.-J. Walther (Hrsg.): Die soziale Stadt. Eine Zwischenbilanz. Opladen, S. 147-162
- Schubert, Herbert / Spieckermann, Holger (2004): Standards des Quartiermanagements. Handlungsgrundlagen für die Steuerung einer integrierten Stadtteilentwicklung. Verlag Sozial Raum Management, Köln
- Schubert, Herbert / Spieckermann, Holger / Hänschke, Katrin (2004): Organisationsmodell für das Quartiermanagement. In: Raumforschung und Raumordnung, 62. Jg., Heft 3, S. 217-226
- Schwind, H.-D. / W. Ahlborn / R. Weiß (Hrsg.) (1978): Empirische Kriminalgeografie. Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum (Kriminalitätsatlas Bochum), BKA-Forschungsreihe, Band 8, Wiesbaden
- Selle, K. (1994): Lokale Partnerschaften. Organisationsformen und Arbeitsweisen für kooperative Problembearbeitung vor Ort. In: R. Froessler, M. Lang, K. Selle, R. Staubach (Hg.): Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Basel, S. 36-66

- Sherman, L. (1997): Conclusion: The Effectiveness of Local Crime Prevention Funding. In: Sherman, L. et al. (Hg.): Preventing Crime: What Works, What Doesn't, What's Promising. A Report to the United States Congress. Washington
- Siebel, W. (2003) Die überwachte Stadt - Ende des öffentlichen Raums? in: Die Alte Stadt 30 (2003), S. 247-257
- Soomeren, Paul van (2000): Crime prevention solutions for Europe: Designing Out Crime. Conference on the relationship between the physical environment and crime reduction and prevention, Szczecin - Poland: 19 - 21 October 2000
- Soomeren, Paul van / Woldendorp, Tobias (1997): CPTED in the Netherlands. (URL http://www.e-doca.net/Resources/Conference%20Papers/Noordwijk/CPTED_NL.PDF)
- Stadt Dortmund; Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen; Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2002): Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund
- Stadt Gelsenkirchen, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Hg.) (2003): Neue Wege im Ortsteil- Im Ortsteil neue Wege. Gelsenkirchen
- Stadt Leverkusen (Hg.) (2004): Zuwanderung und Wohnen in Leverkusen. Dokumentation der Tagung im November 2004. Leverkusen
- Stadt Leverkusen, Fachbereich Gesundheit und Soziales (Hg.) (2003): Bericht der Arbeitsgruppe Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Leverkusen. Leverkusen
- Steinhilper, G. (1979): Crime Prevention through Town-Planning and Architecture. International Comparison (Including Social Structure) - Synopsis and Outlook in the Federal Republic of Germany. In: Bundeskriminalamt: Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt im Dezember 1978, Wiesbaden, S. 167-177
- Tillner, S. / Licka, K. (1995): Richtlinien für eine sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume. Herausgegeben von der Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordination von Frauenangelegenheiten der Stadt Wien (Frauenbüro), Wien
- Trenczek, T. / Pfeiffer, H. (Hrsg.) (1996): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten. Bonn
- van den Brink, H (2005) Kommunale Kriminalprävention – Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien. Frankfurt/M. 2005
- Walther, U.-J. (Hg.) (2002): Die soziale Stadt. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Leske + Budrich
- Wilson, James W. (1975): Thinking about Crime. Basic Books, Los Angeles
- Wilson, James W. / Kelling, George L. (1996): Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster, In: Kriminologisches Journal, 28. Jg., H. 2, S. 121ff (Übersetzung des Originalartikels "The police und neighborhood safety: Broken Windows" aus "The Atlantic Monthly", März 1982 <http://www.theatlantic.com/politics/crime/windows.htm>)
- Winkel, O. (1996): Wertewandel und Politikwandel. Wertewandel als Ursache von Politikverdrossenheit und als Chance ihrer Überwindung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, S. 13-25
- Zaiser, Steffen Community policing - auch in Deutschland anwendbar? (Mai 2002): <http://www.dpolg.com/Archiv/deleg99/commpoli.htm>
- Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hg.) (2004), Städtebau und Kriminalprävention – eine Broschüre für die planerische Praxis. Stuttgart.
- Zimbardo, Philip (1973): A Field Experiment in Auto Shaping. In: Ward, C. (Hrsg.): Vandalism. London u.a., S. 85-90
- Zühlke, W.; W. Schulz, J. Jäger (1993): Mehr Sicherheit in der Stadt. Stadtentwicklungspolitische Aspekte der Kriminalprävention. Dortmund

7 Appendix: Erhebungsinstrumente ⁴⁸

⁴⁸ Der Fragebogen wurde ebenfalls in türkischer und russischer Sprache zur Verfügung gestellt.